

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Didaktik der Geschichte

Mütter, Bernd: Die Entstehung der Geschichts-
didaktik als Wissenschaftsdisziplin in der Epo-
che der Weltkriege. Ein Beitrag zur „Kultur der
Niederlage“ in Deutschland, 380 S., BIS, Ol-
denburg 2013.

Zumindest der Untertitel muss überraschen. In-
wiefern kann die Entstehung einer Wissen-
schaftsdisziplin wie der Geschichtsdidaktik einen
Beitrag zur „Kultur der Niederlage“ sein? Um
diese Frage zu beantworten kann man sich
kaum jemand besseren denken als Bernd Müt-
ter, der nicht nur diese Frage aufgeworfen,
sondern sich seit geraumer Zeit, wenn nicht ein
ganzes akademisches Leben lang mit der gei-
steswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik be-
fasst. Denn ihre Entstehung steht im Zentrum
des Fragehorizonts und sie ist es, die in den
goldenen Jahren der Weimarer Republik und
wieder nach 1945 dem Geschichtsunterricht ei-
ne tragfähige Grundlage zu geben vermochte.
So Mütter, der die Anfänge „geschichtsdidakti-
schen Denkens“ im späten 18. Jahrhundert
nicht übersieht, der aber die Gründung der Ge-
schichtsdidaktik als eigenständige Wissenschafts-
disziplin auf das Jahr 1926 datiert, in dem Erich
Weniger seine Habilitationsschrift „Grundlagen
des Geschichtsunterrichts“ publizierte.

Eine *scientific community*, die einem eige-
nen Selbstverständnis folgt, kommt um ihre
wissenschaftsgeschichtliche Selbstvergewisse-
rung nicht umhin. Deshalb will der emeritierte
Oldenburger Geschichtsdidaktiker deren Grund-
legung in der geisteswissenschaftlichen Pädä-
gogik und ihre Wurzeln offen legen. Wer den
Einband des Bandes betrachtet, findet darauf
drei Portraits: Neben dem Göttinger Historiker
Karl Brandi befindet sich der Pädagoge Her-
mann Nohl und das Ende der Trias bildet Erich
Weniger, den man als führenden Vertreter der
geisteswissenschaftlichen Pädagogik kennt; von
dem ist indes wohl kaum bekannt, dass er im
Fach Geschichte bei Brandi promovierte, bevor
er sich 1926 mit der erwähnten Grundlagen-
schrift pädagogisch habilitierte. Neben dieser
durchaus umfangreichen Schrift, in der über
die Geschichte des Geschichtsunterrichts im
19. Jahrhundert dessen Gestalt und darüber die
Geschichtsdidaktik als eigenständige Disziplin
konzipiert wird, hat der Göttinger Pädagoge le-

diglich zwei weitere Publikationen zu Geschichts-
unterricht und Geschichtsdidaktik vorgelegt. Da-
bei handelt es sich um eine 1925 in der „Neuen
Sammlung“ erschienene Vorstudie zur Habilita-
tionsschrift und um seine bekannten „Neue(n)
Wege im Geschichtsunterricht“, mit denen er
1949 den nahezu zum Erliegen gekommenen
Diskurs um den Geschichtsunterricht wieder
anfachte.

Dass es neben der geschlossenen Phalanx
Brandi-Nohl-Weniger weitere Vorläufer und
Vertreter der geisteswissenschaftlichen Pädä-
gogik gab, die sich mit Aspekten des histori-
schen Denkens oder mit dem Geschichtsunter-
richt befassten (insbesondere Theodor Litt),
weiß auch der Autor. Im vorliegenden Band aber
wird nahezu ausschließlich auf die berufsbiogra-
phische Seilschaft Brandi-Nohl-Weniger fokus-
siert. So werden die Protagonisten jeweils bio-
graphisch vorgestellt, bevor deren geschichts-
theoretische und geschichtsdidaktische Über-
zeugungen und Konzeptionen dargestellt und
analysiert werden. Entscheidend ist für Mütter,
dass „die geisteswissenschaftliche Fundierung
der historisch-politischen Bildung in Schule und
Erwachsenenbildung [...] mehr oder weniger
zwangsläufig zu einem neuen Wissenschafts-
charakter der Geschichtsdidaktik“ (S. 307)
führte. Dabei ist ganz entscheidend, dass Erich
Weniger, der über keine Unterrichtserfahrung
verfügte, nicht „aus der Unterrichtspraxis he-
raus, sondern [...] sich als theoretischer geistes-
wissenschaftlicher Pädagoge Gedanken über
die Unterrichtspraxis“ (S. 309) machte. Auf die-
sem Wege betrieb er die fachspezifische Wen-
dung „der geisteswissenschaftlichen Allgemein-
didaktik als ‚Theorie der Bildungsziele und Bil-
dungsinhalte‘“ (S. 310). Das Fach Geschichte
diente dem Göttinger Pädagogen dabei als her-
ausgehobenes Exempel, da in geisteswissen-
schaftlicher Tradition (Wilhelm Dilthey) allein
über die Geschichte das Wesen des Menschen
zu erkennen sei. Damit sei das Potenzial der
Geschichte für die Bildung offenkundig und das
Fach folglich bestens geeignet, auf seine „phi-
losophischen, psychologischen, besonderes
aber pädagogischen Momente“ hin untersucht
zu werden, um sein Bildungspotenzial auszu-
loten. Eben deshalb bedarf es nach Weniger
einer eigenständigen Reflektion über den Bil-
dungsgehalt des Geschichtsunterrichts, der von
der Methodenlehre des Unterrichtens zu un-
terscheiden ist. Damit war der Anspruch auf
eine selbstständige Disziplin „Didaktik des Ge-
schichtsunterrichts“ erhoben, allerdings noch
längst nicht umgesetzt. Denn im „geschichts-

didaktischen“ Diskurs der Weimarer Jahre blieb die Position Wenigers eine akademische Marginalie ohne schulpraktische Konsequenzen. Erst nach 1945 gewann Weniger als Bildungs- und Lehrplantheoretiker die Prominenz, die ihm auch geschichtsdidaktische Resonanz eintrug, ohne dass sein Grundlagenwerk allenthalben bekannt geworden wäre. Vielmehr wurden seine Gedanken in unterschiedlichen Schulfächern über sein allgemein-didaktisches Schrifttum rezipiert. So auch in der Geschichte. Hier wurde der Diskurs wohl wesentlich nachhaltiger als durch seine Habilitationsschrift durch den schmalen Sammelband von 1949 befördert, in dem die theoretische Begründung von Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht kaum eine Rolle spielt. Beide Werke können womöglich als Beiträge zur kulturellen Bewältigung der Kriegsniederlagen von 1918 und 1945 betrachtet werden. Ob allerdings das Grundlagenbuch von 1926 für die Entwicklung des disziplinären Selbstverständnisses nach 1945 die prominente Rolle spielte, die Mütter ihm zuzuweisen sucht, muss durchaus bezweifelt werden.

Der Neuigkeitswert des vorliegenden Buches besteht nicht in einer Vermehrung von Detailwissen, obwohl es im Bezug auf die Biographien durchaus aus Archivmaterialien schöpft. Neuigkeitswert besitzt vielmehr die integrative Zusammenschau verschiedener Vorläufer und die Verdichtung zu einer geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik im schmalen, Fragment gebliebenem Werk von Weniger. Es muss allerdings bezweifelt werden, ob dessen durchaus – wenn auch nicht in seiner Zeit – wegweisendes Buch von 1926 als Gründungs-urkunde der gegenwärtigen Geschichtsdidaktik betrachtet werden kann. Zum einen beschränkt es die Geschichtsdidaktik auf den Geschichtsunterricht und seinen Bildungsgehalt, wenngleich in geisteswissenschaftlichem Verständnis dazu Ausgriffe auf die außerschulischen Bildungsinstanzen und Bildungsmächte vonnöten und gefordert werden. Andererseits lässt die einseitige Rückführung der geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik auf Weniger außer Betracht, dass sein Ansatz konzeptionell und forschungsmethodisch keineswegs das Feld abzudecken vermag, das von der gegenwärtigen Geschichtsdidaktik beackert wird. Gleichwohl ist die neuerliche Erinnerung an die großen Potenziale der geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik (wobei diese Bezeichnung kaum gängig ist) außerordentlich verdienstvoll, wurde sie doch im Zuge der erziehungswissenschaftlichen Erneuerung und der empirischen

Wende zu Beginn der 1970er Jahre vorschnell ad acta gelegt. Am „Ausgang ihrer Epoche“ befindet sich die geisteswissenschaftliche Geschichtsdidaktik noch längst nicht; müssen ihre Schätze auch erst allmählich mühsam wieder gehoben werden, weil sie von dem Erneuerungsdrang der 1970er Jahre verschüttet wurden. Trotz der aus Sicht des Rezensenten allzu einlinigen Argumentation ist es das Verdienst des vorliegenden Buches, neuerlich auf die Notwendigkeit dieser Diskussion hingewiesen zu haben. Im Umfeld einer Disziplin, die Kompetenzmodelle technokratisch umzusetzen und empirisch zu evaluieren versucht, erscheint der Oldenburger Advokat einer bildungstheoretischen Geschichtsdidaktik wie ein einsamer Ruffer in der Wüste. Es ist dem lesenswerten Buch zu wünschen, dass der in ihm enthaltene Ruf nicht ungehört in der geschichtsdidaktischen Wüste verhallt.

Köln

Wolfgang Hasberg

Praktische Theorie

Brocks, Christine: Bildquellen der Neuzeit, 171 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2012.

Spätestens seit dem Historikertag 2006, der mit „Geschichtsbilder“ überschrieben war, sind Bilder als Quellen in der (deutschen) Geschichtswissenschaft angekommen. Doch gibt es bis heute keinen einheitlichen Weg, ihnen methodisch habhaft zu werden. Gerade diese Feststellung macht die Annäherung an die in dem hier zu besprechenden Buch thematisierte Quellengattung so spannend. Christine Brocks schafft es, in dem ersten Band der neuen, von Benjamin Ziemann herausgegebenen UTB-Reihe „Historische Quellen interpretieren“ vor allem, Studierende an die Hand zu nehmen. Sie tut dies anhand von Bildquellen in der historischen Forschung der Neuzeit seit dem Beginn der „modernen Publizistik“ (S. 7) in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Brocks möchte aufgrund der immer größer werdenden Bedeutung von Bildern als Quelle in Sozial- und Geisteswissenschaften „die wichtigsten theoretischen, methodischen und praktischen Aspekte rund um die historische Bildinterpretation“ (ebd.) gerafft vorstellen.

In der Einleitung liefert Brocks einen historischen Abriss über die Beschäftigung mit Bildquellen in den Geistes- und Sozialwissen-

ten von den Anfängen über die historische Bildkunde bis hin zum *pictorial* beziehungsweise *iconic turn*. Im Folgenden macht die Autorin drei große Forschergruppen aus, die ihrer jeweiligen Quellenarbeit unterschiedliche Definitionen zugrunde legen: Erstens versteht eine evidenzbasierte Sichtweise Bilder als Beweise für reales Geschehen, zweitens können Bilder als Repräsentationen oder auch Konstruktionen von Wirklichkeit gesehen werden und drittens spricht ein funktionalistischer Ansatz Bildern die Fähigkeit zu, Menschen zum Handeln aufzufordern. Die Einführung schließt mit „Hinweisen zur Bildanalyse“, die in den nachfolgenden Kapiteln immer wieder aufgenommen und an die jeweilige Quellengattung angepasst werden.

Den größten Anteil des Buches machen die Kapitel zu unterschiedlichen Quellen aus. Anhand von zwei übergreifenden Kategorien diskutiert die Autorin jeweils drei Bildgattungen: Unter der Rubrik Druckgrafik subsummiert Brocks Plakate sowie Bilderbögen, Karikaturen und bebilderte Zeitschriften, aber auch Postkarten und Sammelbilder. Fotografie, Film und Fernsehen betrachtet sie im Weiteren als neuere Bildmedien. Der Aufbau der einzelnen Kapitel folgt einem festen Muster: Nach einem „historiographischen Abriss [der] ökonomische[n] und technische[n] Entwicklung der jeweiligen Bildgattung in Europa“ (S. 8) stellt die Autorin theoretische Überlegungen und ausführliche Beispiele zu diesem Medium vor. Daran anschließend gibt sie weiterführende Informationen im Umgang mit der jeweils vorgestellten Bildgattung. Die derart zugeschnittenen methodischen Fragen sollen Studierende an die Hand nehmen. Brocks liefert zusätzlich Empfehlungen darüber, an welchen Orten erste Ansatzpunkte für Archivrecherchen sein könnten. Jeden Abschnitt vervollständigt sie durch eine kurze, auf die jeweilige Quellengattung zugeschnittene und kommentierte Auswahlbibliographie. Das Buch schließt mit einer ausführlichen Linksammlung, einem Glossar über die wichtigsten Begrifflichkeiten sowie einer umfassenden und nach „Handbücher[n] und Lexika“, „Einführungen und Überblicksdarstellungen“, „Quellen und Grundlagentexte[n]“ sowie „Einzeldarstellungen“ geordneten Bibliographie.

Trotz des immer wiederkehrenden Musters im Aufbau der Kapitel gibt es kaum Redundanzen, da die Abschnitte der jeweils zu besprechenden Bildmedien mit unterschiedlichen Schwerpunkten versehen sind: Mal findet die

Begriffsbestimmung vor der historischen Einordnung statt, wie bei den Kapiteln zu Plakaten oder dem Fernsehen, mal steht die Entwicklung der zugehörigen Medienindustrie im Vordergrund, wie beim Abschnitt über den Film. Die Autorin thematisiert auch die Aneignung der jeweiligen Medien durch die Menschen: Beispielsweise gab es in der Gesellschaft anfängliche Kontroversen darüber, ob ‚realistische‘ Darstellungen wie Fotos oder Filme als Kunstgattungen aufzufassen seien, oder ob das Sammeln von Postkarten oder Sammelbildern als eine Art von Aneignung der Welt im 19. Jahrhundert gelten könne.

Einen großen Platz nehmen die methodischen Beispiele (jeweils mit Erläuterung und Anwendung) ein. Brocks zeigt anhand von einschlägigen Analysen, wie eine Interpretation des jeweiligen Mediums aussehen kann. Auch dabei geht sie sehr vielfältig vor: Teilweise stellt die Autorin unterschiedliche Erscheinungsformen eines Mediums vor, wie beispielsweise im Kapitel über Plakate (politisches Plakat und Werbeplakat) oder beim Thema Fernsehen (verschiedene Sendeformate wie Sitcom und Medienereignis). In anderen Abschnitten wendet sie eine Methode ausführlich auf ein Beispiel an, wie etwa bei dem Heimatfilm „Grün ist die Heide“. Aber auch ein und dieselbe Quelle kann mittels unterschiedlicher Fragestellungen ganz verschiedene Interpretationen erzeugen, was die Autorin anhand des Themas Foto aufzeigt.

Christine Brocks ist eine sehr gute Überblicksdarstellung darüber gelungen, wie dem Thema Bild auf unterschiedlichsten Wegen begegnet werden kann. Dass dabei manches sehr kompakt erläutert wird und nicht allen Arten von Bildquellen oder Forschungsliteratur Rechnung getragen werden kann, liegt in der Natur der Sache. Bemerkenswert ist hingegen der Hinweis der Autorin, dass in der Geschichtswissenschaft theoretische Überlegungen die Auswahl der Methode und der Quellen beeinflussen. Gleichzeitig zeigt Brocks Studierenden auf, welche Fragen gestellt werden müssen, um sich des eigenen Vorgehens zu vergewissern. Aber auch Lehrende können viele Ideen aus diesem Buch ziehen, da es didaktisch sehr gut aufbereitet ist. Ihren Anspruch, mit der Einführung eine „Brücke zwischen Forschung und Praxis“ (S. 7) zu bauen, hat die Autorin auf eindrucksvolle Weise eingelöst.

Darmstadt

Silke Vetter-Schultheiß

Imaginäre Konstitution des Sozialen

Wolf, Harald (Hrsg.): Das Imaginäre im Sozialen. Zur Sozialtheorie von Cornelius Castoriadis, 134 S., Wallstein, Göttingen 2012.

Im Jahr 1984 erschien die deutsche Übersetzung des *opus magnum* des politischen Philosophen Cornelius Castoriadis „Gesellschaft als imaginäre Institution“. 30 Jahre später ist die Stimme dieses in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Autors in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften kaum zu vernehmen. Dies verwundert zumindest insofern, als Castoriadis im Untertitel besagter Schrift explizit den „Entwurf einer politischen Philosophie“ vorzulegen beanspruchte. Unbestritten dürfte sein, dass die geringfügige Rezeption und die Verfügbarkeit seines Werkes in deutscher Sprache in einem wechselseitigen Verstärkungsverhältnis stehen. Neben dem bereits genannten Hauptwerk fanden sich lange Zeit nur ein Band der im französischen Original sechsbändigen Reihe „Les carrefours du labyrinthe“, eine Sammlung ausgewählter Beiträge aus der Zeitschrift „Socialisme ou barbarie“ sowie einige vereinzelte Aufsätze. Diese Situation hat sich durch ein auf sechs Bände angelegtes Editionsprojekt in den letzten Jahren erheblich verbessert. Einem der beiden Herausgeber, Harald Wolf, ist es nun auch zu verdanken, dass mit dem vorliegenden Buch ein weiterer Schritt zur Erschließung des Castoriadis'schen Werkes erfolgt.

Ursprünglich als Dokumentation eines am Göttinger Lichtenberg Kolleg abgehaltenen Symposiums entstanden, erfüllt das Kompendium bemerkenswerterweise auch einen nicht unbedingt intendierten Zweck: Es kann als Einführungswerk in das politische und soziale Denken Castoriadis' gelesen werden und das allein ist ob der geschilderten Situation schon ein großer Verdienst. Es gelingt vor allem durch die Architektur des Bandes, die um den zentralen Pfeiler von Castoriadis' Denken, der konstitutiven Rolle des Imaginären im Sozialen, errichtet ist. Eröffnet wird er durch einen bereits auf Deutsch vorliegenden, aber nichtsdestoweniger klug gewählten Aufsatz Castoriadis', in dem dieser eine konzise Skizze seines Denkens unterbreitet. Auch dem Laien wird damit ein ausreichender erster Zugang zum häufig unübersichtlichen Schaffen Castoriadis' geboten. Die ergänzenden Anmerkungen und Querverweise des Herausgebers erleichtern die Orientierung auf unbekanntem Terrain dabei zusätzlich. Im Anschluss daran folgen vier Abhandlungen,

die ihrerseits zur weiteren Aufhellung elementarer Theoreme beitragen und diese kritisch und auf einen potentiellen Stimulationsgehalt für die zeitgenössische Theoriebildung in den Sozialwissenschaften hin befragen.

Durchwegs positiv fällt die Einschätzung des Herausgebers aus: Wolf weist in seinem Beitrag die kontinuierliche Präsenz der Leitmotive des Imaginären und der Autonomie von der frühen Schaffensphase bei „Socialisme ou barbarie“ bis zur ontologisch reflektierten Sozialtheorie im Spätwerk auf. Dies ist nicht nur ideengeschichtlich aufschlussreich, sondern auch insofern interessant, als es Wolf dadurch möglich wird, die unter anderen von Vertretern der Kritischen Theorie erhobenen Vorwürfe einer Entsoziologisierung im Gefolge der ontologischen Wende abzuschwächen. Gerade die Arbeiten der Gruppe „Socialisme ou barbarie“, auf die Castoriadis sein Leben lang Bezug nimmt, darauf insistiert Wolf zu Recht, zeugen von elaborierten Versuchen einer soziologisch anspruchsvollen Analyse konkreter Handlungssituationen und -formen.

Mit Johan Arnason und Bernhard Waldenfels kommen ferner zwei der profiliertesten Kenner Castoriadis' zu Wort. Arnason nimmt dabei eine Situierung Castoriadis' im soziologischen Gesprächsfeld vor und hebt zunächst dessen Adaption der Fragestellungen Durkheims und Webers hervor. Von entscheidender Bedeutung für die Werkentwicklung sei jedoch der produktiv gewendete Bruch mit Karl Marx gewesen: Arnason zeigt, wie sich Castoriadis aus einer fulminanten Demontage Marx' den Blick auf das Zentralmoment seines eigenen Ansatzes – die Imagination – eröffnet, um eben damit eine Reformulierung der Problemstellungen Webers und Durkheims vorzunehmen. Die insgesamt äußerst wohlwollende Darstellung wird abgeschlossen durch eine leider nur schemenhaft umrissene Kritik an Castoriadis', letztlich einseitigen und den eigenen Grundannahmen widersprechenden, eurozentristischer „Über-Identifizierung der Autonomie“ (S. 62). Weit stärker fällt hingegen Waldenfels' Kritik aus. Wenn gleich er durchaus ernsthaft und engagiert mit Castoriadis' Grundmotiven ins Gericht geht und um eine Würdigung bemüht ist, so ist unschwer erkennbar, dass in erster Linie eine ganze Reihe von Versäumnissen diagnostiziert wird: die Unzulänglichkeit des Umgangs mit der Aporie der Autonomie, die Überhöhung der unbedingten Kreation, die unzureichende Erfassung von Intersubjektivität sowie – darin kulminiert die Kritik und mündet in die Positionierung eines (Gegen-)

Entwurfs – die mangelnde Einbeziehung der konstitutiven Rolle von Fremdheitserfahrungen. Die von Waldenfels zugestandene (einzige) Stärke, die Betonung der „kreativen Dimension von Praxis und Erfahrung“ (S. 100), wirkt dagegen als eher unerheblich und bloß um eine Kaschierung der Wucht der Kritik bemüht.

Skepsis dominiert auch im Beitrag Ferdinando Mengas, der eine „fundamentale Problematik“ in Castoriadis' „Verbindung zwischen sozialer Autonomie und ihrer Realisierung durch die Option der direkten Demokratie“ (S. 107) identifiziert, worin er eine Totalisierung und Vereinheitlichung des politischen Raums angelegt sieht, die Castoriadis' zentraler Erkenntnis – der Kontingenz am und als Grund des Sozialen – zuwiderlaufe. Castoriadis' Denken liege somit bei aller emanzipatorischen Absicht ein struktureller Defekt zu Grunde. Menga versucht diesen Defekt zu umgehen und was dabei herauskommt ist ein beachtenswerter, ‚phänomenologisch‘ inspirierter Beitrag zur jüngst auch im deutschsprachigen Raum unter neuen Vorzeichen wiederbelebten Frage nach dem Status von Repräsentation. Die gegen ‚direktdemokratisches Denken‘ vorgebrachten Einwände sind durchaus überzeugend, treffen auf Castoriadis' Schaffen jedoch nur bedingt zu und scheinen vornehmlich der Vorbereitung der eigenen Position zu dienen. Zweifelsohne finden sich bei Castoriadis übersimplifizierende Lobpreisungen direkter Demokratie. Gleichwohl gibt es – gerade in den späteren Schriften – auch den nicht nur aus Gründen der Praktikabilität auf Repräsentationsfragen reflektierenden Castoriadis. Auch der Vorwurf der Entpluralisierung und Homogenisierung politischer Kollektivität kann bei näherer Betrachtung wohl nicht umfänglich aufrechterhalten werden. Die vom Verfasser in vulgär-psychoanalytisch anmutender Weise diagnostizierte „eher unterschwellige – und also verborgene und tiefe – Aversion“ (S. 112) gegen Repräsentation erscheint für die Analyse wenig hilfreich, wie auch die widersprüchliche Positionierung Hannah Arendts als Gewährsfrau der Menga'schen Argumentation irritierend ist. Wird dieser einerseits auch die Verdammung der Repräsentation vorgeworfen, so wird ihr Pluralitätsverständnis befürwortend – aber zu Unrecht, sofern man Castoriadis psychoanalytisch genährte Annahme der Irreduzibilität menschlicher Vielfalt nicht verleugnet – gegen Castoriadis ins Feld geführt. Zweifellos findet sich beides bei Arendt; fraglich ist jedoch, wieso Menga im Falle Castoriadis ein strukturelles Problem identifiziert, nicht aber bei Arendt, de-

ren Pluralitätsverständnis in Mengas Logik ebenfalls in einem Widerspruch zu ihrem Plädoyer für direktdemokratische Mechanismen stehen müsste. Ein Verdienst seiner Überlegungen ist es aber fraglos, auf diese bei Castoriadis zumindest angelegte und das emanzipatorische Ansinnen immanent bedrohende Gefahr hinzuweisen.

Castoriadis' Konzeptionen, das machen zumindest drei der vier Beiträge deutlich, weisen unzweifelhaft Unzulänglichkeiten auf. Versteht man Theoriebildung jedoch im besten Sinne – und im emphatischen Verständnis Castoriadis' – als tastende Suchbewegung, so erweisen sie sich zumindest als äußerst vielversprechende Stimuli politisch-sozialen Denkens. Insbesondere die Betonung der imaginären Konstitution des Sozialen vermag den sozialwissenschaftlichen Blick auf bisher weitestgehend unerforschtes Gebiet zu lenken. Gerade eine solchermaßen gearbete Aktualität Castoriadis' unter Beweis zu stellen, ist der grundlegende Anspruch des Sammelbandes. In dieser sowie der oben genannten, einführenden Hinsicht empfiehlt er sich sowohl für Neueinsteiger wie auch Kenner/innen des Castoriadis'schen Werkes.

Augsburg

Paul Sörensen

Argumentationshelix zur Kulturtheorie

Baecker, Dirk: Beobachter unter sich. Eine Kulturtheorie, 309 S., Suhrkamp, Berlin 2013.

In spiralförmigen, weit ausholenden Bewegungen zirkelt die Argumentation von Dirk Baeckers systemtheoretischer Kulturtheorie auf ihr Zentrum zu. Angefangen mit einer ausführlichen Exegese logisch-mathematischer Überlegungen in den „Laws of Form“ von George Spencer-Brown über Johann Gottlieb Fichtes „Wissenschaftslehre“, Georg Wilhelm Friedrich Hegels Wissenschaftstheorie und Immanuel Kants „Kritik der reinen Vernunft“ bis zum weit gefächerten Angebot diverser Theorien seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wie Systemtheorie, Kybernetik und vielen anderen reicht das beeindruckende Spektrum in diesem Buch. Das ist ungemein gelehrt und sehr voraussetzungsreich. Vor allem handelt es sich aber um den Versuch, den Kulturbegriff so zu umkreisen, dass dieses schwierige Konzept (aber welche ähnlich gelagerte Begriffskategorie wäre einfach zu handhaben?) fruchtbar gemacht werden kann.

Der Buchtitel stimmt schon hinreichend darauf ein, dass das systemtheoretische Lieblingskind der Beobachtung (vor allem zweiter Ordnung) den Hauptprotagonisten der Abhandlung abgibt. Es ist wohl kein Zufall, dass diese Differenzierungs- und Relationierungsfigur, die bekanntlich besagt, dass man immer die Beobachtungen anderer beobachtet und selbst bei den eigenen Beobachtungen beobachtet wird, auch über den Kreis von Kybernetik und Systemtheorie hinaus vielfach Akzeptanz gefunden hat. Denn damit lassen sich Formen des gesellschaftlichen Mit-, Gegen- und Übereinanders fassen, die grundlegend und umfassend sind. Während Niklas Luhmann mit dem Kulturbegriff so seine liebe Mühe hatte, nutzt Baecker nun die eigentlich recht naheliegende Verbindung zwischen Beobachtung und Kultur, „wenn Kulturtheorie heißen darf, den Blick dafür zu öffnen, dass unsere Beobachtung der Welt nicht unbeeinflusst von anderen Beobachtern ist, die die Welt anders beobachten“ (S. 9).

Bedauerlich ist, dass es der Autor bei einer – wie er es bezeichnet – „kulturellen Geste“ (S. 13) belässt, wenn er im Rahmen einer solcherart formulierten Kulturtheorie knapp darauf hinweist, dass sie auch die nicht-menschlichen Beobachter wieder ins Spiel bringen kann. Geister, Götter, Tiere, Pflanzen, Techniken werden hier als Gegenstände und Teilnehmer eines solchen kulturellen Verständnisses kurz genannt, werden in ihrer Rolle aber nicht ausführlicher vorgestellt. Dieser Gegenstand hätte erhellend sein und vielleicht auch die Nähe zu Bruno Latours „Akteur-Netzwerk-Theorie“ aufzeigen können.

Trotzdem bleibt es ein weiterhin bedeutsamer Aspekt des systemtheoretischen Ansatzes, dass er mit der Konzentration auf Beobachtungen (anstatt auf Beobachter) eine Selbstverliebtheit der Moderne umgehen kann, die allzu einseitig auf den (männlichen, weißen, westlichen, rationalen) Menschen gesetzt hat.

In Fortführung seiner bisherigen theoretischen Arbeiten versucht Baecker diesen Umstand allerdings weniger über empirische Zugänge, historische Konkretisierungen oder kulturelle *exempla* zu erhellen, als auf dem Weg einer möglichst weitgehenden Abstraktion. George Spencer-Browns „Laws of Form“ gibt ihm dabei die nötige Hilfestellung, um Beobachtungen als mathematische Gleichungen zu formulieren. Auf fast 60 Seiten des Buchs darf man der Baecker'schen Exegese der Formelsprache des Mathematikers Spencer-Brown folgen – auch wenn man sich danach fragt, ob das wirk-

lich alles sein muss. Denn die Frage nach dem tatsächlichen Ertrag dieser sehr ausführlichen Behandlung drängt sich schon auf, zumal diese Formalisierung für die weitere Argumentation zwar eine gewisse Rolle spielt, aber keine herausragende.

Auf der nächsten Ebene schwingt die Argumentationshelix dann in die Philosophie des deutschen Idealismus ein, die der Verfasser als erste Theorie des Beobachters identifiziert. Fichte, Hegel und auch Kant sind ihm ebenso wichtige Gewährsleute wie Jean Paul oder Wilhelm von Humboldt, die es ermöglichen, das Subjekt als eine Kippfigur zu bestimmen, das Differenzen setzt und selbst Differenz ist, weil es selbst beobachtet, dabei aber auch immer von anderen beobachtet wird. Auf diese Weise spannt sich ein endloses Netz von Relationierungen auf, von tatsächlich ‚zwischenmenschlichen‘ Beziehungen, die eine robuste Grundlage für eine Kulturtheorie bilden. Spätestens an dieser Stelle erweisen sich die Vorteile einer Kulturtheorie, die nicht über ausgesuchte Gegenstände oder Objektbereiche bestimmt wird, sondern die das Zwischen als Struktur stark zu machen versucht: Sie zeigt nämlich die Unumgänglichkeit dessen, was wir gemeinhin als ‚Kultur‘ zu bezeichnen pflegen.

Unter geschichts- und kulturtheoretischer Perspektive kommt der Negation, wie sie von Baecker bestimmt wird, eine besondere Bedeutung zu. Hier findet sich ein möglicher Bestandteil für eine veränderte Beschreibung historischer Transformationen, wenn die Verneinung nicht einfach als Element des Verschiedenen beschrieben wird, sondern als Unterbrechung im Ablauf der erwartbaren Dinge. Negationen können Hinweise auf Auseinandersetzungen sein, vor allem aber können sie (müssen jedoch nicht) Schnitte in etablierten Abläufen darstellen, nach denen in stark veränderter, wenn nicht sogar gänzlich neuer Form angesetzt werden muss. Die Negation stellt mithin eine Figur dar, deren geschichtstheoretische Implikationen noch auszuloten wären.

Die argumentativen Kreisbewegungen steuern allmählich auf ihre Zentrum zu, wenn Baecker in der Negation eine wichtige Basis für Pluralität und Heterogenität ausmacht, die im Kulturbegriff ihre Spuren hinterlassen. Dass dieser Kulturbegriff diffus bleibt, wird dabei nicht als Manko, sondern als notwendig angesehen. Vor allem aber dient die Kultur als Widerstreit gegen die Gesellschaft in der Gesellschaft. Diese Kultur gewinnt Stabilität durch die Wiederholung von Unterscheidungen – bleibt aber auf-

grund ihrer Komplexität nur bedingt theoretisierbar (was bereits Luhmann Probleme bereitet hatte). Denn wie soll man „das Rauschen, die Reibungen, den Schmutz, das Gelächter, die Verzweiflung, die Gewalt“ (S. 260) hier angemessen ins Spiel bringen? Baecker schlägt eine Archäologie der Medien vor, „wenn Archäologie hier heißen darf, für jedes Ereignis einer Kommunikation, eines Handelns oder Erlebens, nach rekursiven und iterativen Vor- und Rückgriffen fragen zu können, die das jeweilige Ereignis in eine Struktur [...] einbetten“ (S. 264). In meinen Ohren klingt das wie eine Einladung an die Geschichtswissenschaft.

Düsseldorf

Achim Landwehr

Blickpunkt Maternalismus

Klein, Marian van der u. a. (Hrsg.): *Maternalism Reconsidered. Motherhood, Welfare and Social Policy in the Twentieth Century*, 275 S., Berghahn, New York/Oxford 2012.

„Maternalismus“ ist im Deutschen kein gängiger Begriff, wurde aber durch mehrere OECD-Berichte über „Early Childhood Education and Care“ seit 2001 auch in Übersetzung publik gemacht und zugleich als die – überholte oder zu überwindende – Überzeugung definiert, dass die Betreuung von Kleinkindern in der Familie und besonders durch die Mutter geleistet werden solle. Differenzierter wird der Begriff in der deutschen Soziologie benutzt, etwa von Ilona Ostner in „Abschied vom Maternalismus?“ (2009), und vor allem in der US-amerikanischen Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaft. Geprägt wurde er 1990 von den Historikern Sonya Michel und Seth Koven in der *American Historical Review* und dann in ihrem Sammelband über „Maternalist Politics and the Origins of Welfare States“ (1993) sowie von Theda Skocpol in ihrem Werk über „The Political Origins of Social Policy in the United States“ (1992). In der amerikanischen Geschlechtergeschichte ist der Terminus gang und gäbe geworden, zumal aufgrund heftiger Debatten seit den 1990er Jahren, die sich auch breit im Internet niederschlugen (etwa Eirinn Larsen, *Gender and the Welfare State: Maternalism – A New Historical Concept?*, 1996). Nützlich erschien der Begriff mit Bezug auf die Rolle von Akteurinnen der klassischen Frauenbewegung und von solchen Frauen, die Nutznießerinnen des

entstehenden Sozialstaats werden wollten, sollten und zuweilen auch wurden (zusammen mit Patricia Thane habe auch ich 1991 mit einem Band über Geschlechterpolitik in der Entstehung der europäischen Sozialstaaten dazu beigetragen). Das Konzept wurde jedoch höchst schillernd für progressive, konservative oder reaktionäre Ideologien und Diskurse benutzt, für soziale Bewegungen wie sozialpolitische Strategien, für Mutterschutz wie Sozialarbeit, für Personen wie Staaten (*maternalists* und *maternalist states*). Es wurde gelobt oder getadelt und war ebenso umstritten wie beliebt: „Maternalism as Paradigm“ wurde 1993 in einem Forum des *Journal of Women's History* diskutiert, und Beiträge wie „Maternalism Redefined“ (Yvonne Zy-lan, 2000), „Farewell from Maternalism“ (Ann Shola Orloff, 2006), „Not Just Maternalism“ (Dorit Geva, 2011) oder „The New Maternalism“ (Jane Jenson, 2011) setzten neue Akzente. Zuweilen wird unter den zahlreichen Definitionen der ursprüngliche Kern des Konzepts fast vergessen: Die Bemühungen von Feministinnen in zahlreichen Ländern, im Rahmen des entstehenden Sozialstaats nicht nur Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt anzustreben, sondern auch soziale Gerechtigkeit für Mütter. Dieses Streben basierte auf der Forderung nach Anerkennung der häuslichen beziehungsweise Fürsorge-Arbeit (*care work*) und wurde begründet mit dem damals großen Slogan (er stammte aus Frankreich) von „Mutterschaft als sozialer Funktion“; dazu gehörten oft Visionen von einer grundsätzlichen Reform, die zu einem mütter-, kinder- und familienfreundlichen Gemeinwesen führen sollte.

Der vorliegende Sammelband, entstanden aus einer Tagung in Amsterdam 2002, erläutert in mehreren seiner Beiträge den Verlauf dieser historiographischen Debatte. Die Herausgeberinnen betonen einleitend, dass die Bedeutung von *maternalism* im Lauf der Zeit keineswegs klarer geworden sei, vom Faschismus bis zum Sozialismus und von Feminismus bis Antifeminismus reiche; es handle sich um ein „schlüpfriges Konzept“, und eines seiner Charakteristika sei „Herablassung“ (in diesem Band ist das ein Schlüsselbegriff), gepaart mit Klassen- und Rassenvorurteilen (deren Zentralität wird allerdings nicht wirklich nachgewiesen). Der frustrierenden Einsicht, dass das Konzept wegen seiner Ungenauigkeit vielleicht besser fallengelassen werden sollte, setzen sie entgegen, dass seine Nachteile auch Vorteile seien und *maternalism* geradezu „as an analytical category“ gelten solle (S. 2, 4, 10, 27). Die Reihe der

Aufsätze wird von Sonya Michel mit einem Grundsatzbeitrag eröffnet („Maternalism and Beyond“), und sie unterscheidet zwischen „maternalistischen“ und „neo-maternalistischen“ Diskursen, zwischen „traditionalistischen“ und rezenten; zu letzteren gehören einige Gruppen, die in den USA mit der Forderung nach einer staatlich finanzierten „caregivers' allowance“ auf sich aufmerksam gemacht haben (S. 31ff.). Solche Gruppen werden auch im letzten Beitrag („Maternalism Today“) gewürdigt: Seit dem Jahr 2000 sei in den USA eine „neue Welle“ von „Neo-Maternalismus“ entstanden, mit einigen Bestsellern („The Price of Motherhood: Why the Most Important Job in the World is Still the Least Valued“, 2001, oder „The Motherhood Manifesto“, 2006) und der Forderung nach bezahltem Mutter- oder Elternschaftsurlaub. Weitere Untersuchungen befassen sich mit Frankreich, den Niederlanden und dem faschistischen Italien. Ein wichtiger Beitrag dieses Bandes zur Geschlechtergeschichte liegt schließlich in den Aufsätzen zu nichtwestlichen Ländern: zum pan-amerikanischen Kinderkongress von 1935 in Mexiko City, dem es um die Wohlfahrt von Müttern und Kindern ging (Nichole Sanders); zu der Organisation Cruzada Pró Infância, die 1930 in Sao Paulo gegründet wurde und sich für Mutterschutz einsetzte (Maria Lúcia Mott); zum „maternalism Soviet style“ am Beispiel der erwerbstätigen kinderreichen Mütter in der West-Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg (Yoshie Mitsuyoshi); Alma Idiat analysiert mehrere Jahrzehnte von argentinischen Programmen zur Gesundheit von Müttern und Kindern. Nicht zuletzt wegen dieses globalen Ansatzes ist der Sammelband originell und lesenswert.

Berlin

Gisela Bock

Internationale Generationenkonzepte

Berghoff, Hartmut u. a. (Hrsg.): History by Generations. Generational Dynamics in Modern History, 301 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Angestoßen durch Grundsatzdebatten in dem noch bis 2014 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Graduiertenkolleg „Generationengeschichte“ an der Universität Göttingen über das in den letzten Jahren auch in den Geschichtswissenschaften breit diskutierte Generationenthema hat sich im Dezember 2010 im Deutschen Historischen Institut in Wa-

shington eine internationale Konferenz der zeitgeschichtlich-gesellschaftspolitischen Bedeutung unterschiedlicher Generationenkonzepte seit den 1920er Jahren gewidmet – ausgehend von der Beobachtung, dass es in Europa bisher eher „Jugendgenerationen“ und „politische Generationen“, in den USA dagegen eher „demographische“ beziehungsweise „Konsumgenerationen“ waren, die die Diskussion bestimmt haben. Nach einer umsichtigen Einleitung des Herausgeberquartetts liefern insgesamt dreizehn Beiträge des nun vorliegenden Tagungsbandes (komplett in englischer Sprache) Antworten auf die Frage nach den gesellschaftspolitischen Funktionen, Wirkungen und Grenzen dieser Konzepte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vor allem in den USA und Deutschland (vor und auch noch nach der ‚Wende‘), aber auch in Spanien, Schweden, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei.

Den Einstieg in die Thematik liefert ein Beitrag des Bevölkerungswissenschaftlers Elwood Carlson, der nach einem Überblick über die Abfolge der US-amerikanischen demographischen Kohorten im 20. Jahrhundert anschließend die infolge der umfangreichen Einwanderung recht gravierenden aktuellen wie auch zukünftig zu erwartenden generationellen Unterschiede im Vergleich zu Deutschland mit dessen seit den 1990er Jahren erheblich zurückgehenden Geburtenzahlen analysiert. Drei folgende Beiträge beschäftigen sich, bezogen im Wesentlichen auf die USA, mit speziellen generationellen Ausprägungen im Hinblick auf die im Laufe des 20. Jahrhunderts immer deutlicher werdenden Wandlungen des Adoleszenzkonzeptes (Sarah E. Chinn), auf die altersspezifischen Herausforderungen der ständig dominanter werdenden dortigen Konsumgesellschaft (Gary Cross) und der unterschiedlichen identitätstiftenden Prägungen und gesellschaftlichen Deutungen der Altersgruppe der „Baby Boomer“ (Johanna Blumberg). Anschließend liefern Uffa Jensen und Dirk Schumann zwei Analysen der besonders ausgeprägten Generationenverhältnisse und deren Wandlungen in der deutschen Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Während Jensen exemplarisch vor allem die erfahrungsgeschichtlichen Besonderheiten der Jugendbewegung in Richtung auf deren Bestreben nach emotionaler Identitätsfindung in den Mittelpunkt stellt, fragt Schumann unter anderem nach den inzwischen erheblich zunehmenden altersgruppenprägenden Wirkungen der Konsumgesellschaft jenseits des in Deutschland lange Zeit verbreiteten elitären Ju-

gendmythos. Dass die Frage nach der Bedeutung von Generation und Generationalität auch bemerkenswerte familiengeschichtliche Zusammenhänge zu erschließen vermag, zeigen die zwei folgenden Beiträge, welche die Bedeutung von generationellen Identitäten innerhalb konkreter Familienbetriebe in Spanien (Maria Fernandez Moya) und in Schweden (Olof Brunninge/Anders Melander) analysieren. Eine in den Medien oft widersprüchlich beurteilte Problematik behandeln im Anschluss daran zwei weitere Aufsätze, die nach den Wirkungen der Wiedervereinigung 1989/90 auf die um 1970 geborene Altersgruppe fragen. Volker Benkert konzentriert sich auf die Arten der Sozialisation der zwischen 1967 und 1973 in der DDR aufgewachsenen jungen Leute beziehungsweise deren Verarbeitung ihrer Wendeerfahrungen in der neuen Bundesrepublik und kommt zu dem Ergebnis, dass sich zumindest sieben unterschiedliche Erfahrungstypen identifizieren lassen und es deshalb nicht sinnvoll erscheint (was oft versucht worden ist), ein einheitliches Generationenmuster für diese Altersgruppe zu konstruieren. Daran anschließend hat Astrid Baerwolf nach den Besonderheiten des Mutterschaftsbildes beziehungsweise der Erfahrung von „Mutterschaft“ vor und nach der ‚Wende‘ gefragt: Sie kommt zu dem Schluss, dass es aufgrund der jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen im Hinblick auf die weibliche Berufstätigkeit und die Konzeptionen von Kindheit und Elternschaft zwischen beiden Erfahrungswelten erhebliche Unterschiede mit vielen Auswirkungen nicht zuletzt auf das Privatleben der Betroffenen gegeben hat. Die drei abschließenden Beiträge des Sammelbandes untersuchen generationengeschichtliche Konstellationen im Postkommunismus und stellen exemplarisch Folgen des zum Teil gravierenden Wandels in Ungarn (Judith Szapor), der Tschechoslowakei (Ondrej Matejka) und Polen (Kirsten Gerland) dar.

Folgt man dem Verlagsprospekt, so belegen die dreizehn im vorliegenden Sammelband abgedruckten Tagungsbeiträge die Erkenntnis, „dass die historische Zeit wohl in Generationen gelesen“, aber doch „Geschichte nicht von Generationen gemacht“ wird. Das ist zwar ein recht plakatives Urteil, doch warnen die Herausgeber/innen in ihrem Vorwort tatsächlich vor einer zu oberflächlichen Heranziehung des Generationenschemas bei der Deutung von nationalen Geschichten, auch wenn sie hervorheben, dass die Verwendung von Elementen dieses Schemas auf die Art verweist, „in which national histories are being read and negotiated as cultural

markers in historical time“ (S. 12). Diesem mentalitäts- und erfahrungsgeschichtlichen wie auch psychohistorischen Grundgedanken ist nachdrücklich zuzustimmen, auch wenn sich die meisten Beiträge allenfalls nur ansatzweise auf eine solche Perspektive eingelassen haben. Immerhin ermöglichen die Einzelergebnisse immer wieder Ausblicke auf das, was gerade nicht mit dem Pauschalbegriff „Generation“, aber doch mit dem auf die subjektive Selbsthistorisierung der Zeitgenoss/innen in ihrer Zeit bezogenen Begriff „Generationalität“ und deren vielschichtigen, oft lebenslaufprägenden Wirkungen gemeint ist.

Essen/Gießen

Jürgen Reulecke

„Befreiung (von) der Moderne?“

Dussel, Enrique: Der Gegendiskurs der Moderne. Kölner Vorlesungen, 189 S., Turia + Kant, Wien 2013.

An einem Begriff der Moderne, der diese mit einer linearen Fortschrittsgeschichte des aufgeklärten Europa identifiziert und unhinterfragt als universelle Norm setzt, entzündet sich spätestens mit Theodor W. Adornos und Max Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ eine grundsätzliche Kritik, die sich heute mit je unterschiedlichen Akzentuierungen aus poststrukturalistischer und postkolonialer Perspektive fortsetzt. Mit „Der Gegendiskurs der Moderne“ legt Enrique Dussel eine Position vor, die sich dezidiert als Polemik gegen eine exklusiv mittel- und nordeuropäische Aufklärung in dekolonialer Absicht versteht. Als Grenzgänger zwischen den Kontinenten verbindet Dussel, der als einer der wichtigsten Philosophen Lateinamerikas auch international Gehör findet, seit jeher unterschiedliche Philosophietraditionen. Bereits die von ihm in den 1960er Jahren begründete Philosophie der Befreiung ist in enger Auseinandersetzung mit Karl-Otto Apels und Jürgen Habermas' Diskursethik und Emmanuel Lévinas' Ethik des Anderen entstanden. Als einer der Vordenker des Projektes „Modernidad/Colonialidad“, demzufolge Kolonialität ein konstitutives Moment der Moderne ist, verfolgt der Autor jüngst das Vorhaben einer Dekolonisierung der Philosophie. Diese beiden Stränge werden im vorliegenden Buch zusammengeführt, um eine kritische Theorie der Transmoderne zu entwickeln, die neokoloniale Abhängigkeiten und das globale

Armutsgefälle zwischen Nord/Süd zu denken und zu überwinden vermag.

Rekonstruierte der Autor bereits in seinen Frankfurter Vorlesungen 1992 anlässlich des 500. Jahrestags der Eroberung Amerikas die Geschichte der Moderne aus der Perspektive der von ihr Unterworfenen, der indigenen Gesellschaften Lateinamerikas, versteht sich das Projekt der Transmoderne als ein philosophisches Gegenmodell sowohl zu Habermas' Vorstellung einer unvollendeten Moderne als auch zur postmodernen Skepsis gegenüber einer universellen Vernunft. Die Kölner Vorlesungen aus dem Jahr 2010 nähern sich diesem Projekt aus drei thematisch unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Perspektiven.

Unter dem Stichwort „Anti-Cartesianische Meditationen“ (S. 21) skizziert die erste Vorlesung eine alternative Ideengeschichte der Moderne sowie ihrer Kritik vom Standpunkt der Exteriorität, des kolonialen ‚Anderen‘. Insofern die Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Eroberungen und dem ontologischen Status der Ureinwohner, die sich aus der Begegnung Europas mit seinem ‚Anderen‘ ergeben, im Rahmen bisheriger philosophischer Paradigmen nicht mehr beantwortet werden können, vollzieht sich mit den Denkern der spanischen Spätscholastik der Übergang zu einem neuzeitlichen Naturrechtsdenken. Dem Problem moderner Subjektivität und dem cartesianischen *ego cogito* vorgängig versteht Dussel die Schule von Salamanca und ihre Auseinandersetzung um das *ego conquiro* (S. 40) daher als „intrinsische Ursache der Moderne selbst“ (S. 45). Der „locus enuntiationis“ (S. 99) einer transatlantischen, sich zwischen Spanien und dem iberischen Amerika aufspannenden philosophischen Öffentlichkeit ist dabei nicht auf Salamanca beschränkt, wo Francisco Suárez eine „akademisch-metaphysische Philosophie der Frühmoderne“ (S. 44) entwickelt. Während sich mit Bartolomé de Las Casas bereits ein ethisch-politisches Bewusstsein im Angesicht der kolonialen Verbrechen aus der Perspektive Lateinamerikas artikuliert, präsentiert der Verfasser mit dem Indigenen Felipe Guamán Poma de Ayala eine randständige Figur als ‚eigentlichen‘ Begründer eines Gegendiskurses der Moderne. Dieser decke anhand der Leiden der Ureinwohner und einer kritischen Theologie des Katholizismus nicht nur den performativen Widerspruch einer europäischen Moderne auf, sondern stelle aufgrund der Sprecherposition einer „radikalen Exteriorität“ auch einen „kritischen ‚Zukunfts-vorrat‘“ für heute dar (S. 95).

Mit Blick auf die Gegenwart sondiert die zweite Vorlesung Themen als auch grundlegende Voraussetzungen eines das Nord-Süd-Gefälle überschreitenden Dialogs zwischen der ‚dritten Generation‘ der Frankfurter Schule sowie der Philosophie der Befreiung. Während Adornos und Horkheimers Konzeption des verleblichten, verletzlichen und begehrenden Subjekts das Fundament für Befreiung aus der „Perspektive des Indio, des afrikanischen Sklaven“ (S. 103) bildet, stellen die von Habermas' entwickelte Diskursethik sowie neuere Theorien deliberativer Demokratie die demokratietheoretischen Elemente einer Philosophie der Befreiung. Aufgrund ihres von Dussel diagnostizierten Primates des Formalismus werden diese um die entscheidende Wendung eines „Konsens der Gemeinschaft der Unterdrückten“ ergänzt, worunter alle Subjektpositionen jenseits hegemonialer, weißer Männlichkeit gefasst werden (S. 120). Unklar bleibt dabei, worin der universelle Konsens der Ausgeschlossenen bestehen, wie dieser ermittelt, auf seine Legitimität hin geprüft und schließlich politisch umgesetzt werden soll. Die Einbeziehung insbesondere von feministischen Theoretikerinnen wie Nancy Fraser, Iris Marion Young und Seyla Benhabib mit Blick auf Ausschlüsse und Differenzen entwerfener Konzepte wäre hier gewinnbringend gewesen.

Diese Ausblendung zugunsten romantisierender Vorstellungen eines von Armut und Unterdrückung vereinten Großsubjektes, dessen Begehren per se legitim erscheint, setzt sich schließlich in der dritten Vorlesung fort, die unter der Leitfrage steht, wie Befreiung in einer postkolonialen Welt philosophisch gedacht und politisch realisiert werden kann. Jenseits einer Logik der Entwicklung und der Assimilation an einen politischen Liberalismus Europas und Nordamerikas entwirft der Autor hier das Projekt einer postkapitalistischen Transmoderne als Überschreitung sowohl der Moderne als auch der Postmoderne von ihren Rändern her. Über den Modus der Synthese von Ideen der Befreiung in einem interkulturellen Dialog besteht das Ziel in einem „trans-moderne[n] Pluriversum mit vielfältiger Universalität“ (S. 182). Wie aus dem Zusammentreffen von vermeintlich authentischen, nicht kolonisierten einerseits und modernen Normen- und Wissenssystemen andererseits ein pluralisiert universeller Geltungs- und Wahrheitsanspruch herauskristallisiert werden kann, bleibt allerdings unbeantwortet.

Insofern die Moderne ein ungebrochen affirmativer Bezugspunkt für das Selbstverständ-

nis säkularer politischer Gemeinschaften ist, regt Dussels Entwurf der Transmoderne unbestreitbar zu einer Selbstaufklärung der Moderne aus dekolonialer Perspektive an. Die Perspektive und die Problemlagen des globalen Südens erweisen sich dabei als unverzichtbare Ergänzung zu einem US-europäischen Projekt der transnationalen Demokratie, wie sie etwa in den Zeitdiagnosen Habermas' befürwortet wird.

Neben einem oft ungenauen argumentativen Vorgehen und dem Fehlen begrifflicher Klärungen über weite Strecken gleitet Dussels Polemik jedoch immer wieder in Populismus ab, wenn etwa pauschal antiamerikanische Bedrohungsszenarien eines Kulturimperialismus und globalen Neokolonialismus heraufbeschworen werden, wohingegen indigene Bewegungen oder gar ein marxistischer Salafismus vor der Folie einer unhinterfragten Affirmation der Alterität als Befreiungsbewegungen idealisiert werden. Ob aus der Synthese verschiedenster traditionaler und posttraditionaler Denk- und Lebensformen tatsächlich ein universeller Maßstab der Kritik von Herrschaft und Unterdrückung kondensiert werden kann, ohne bereits erreichte emanzipatorische Fortschritte preiszugeben, bleibt damit weiterhin fraglich.

Frankfurt am Main

Jeanette Ehrmann

Wechsel der Perspektive

Reeken, Dietmar von/Thießen, Malte (Hrsg.): „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, 377 S., Schöningh, Paderborn 2013.

Die Gesamtqualität eines Sammelbandes erschließt sich über die Einleitung. Während die einzelnen Artikel individuelle Stärken der Autor/innen offenbaren und in ihnen verschiedene Aspekte des allgemeinen Themas genauer unter die Lupe genommen werden, sollte die Einleitung eine Vielzahl verschiedener Aufgaben und Funktionen erfüllen. Zum einen sollte sie ganz allgemein in das behandelte Thema einführen und die Entstehungsgeschichte des vorliegenden Bandes umreißen. Immanently wichtig erscheinen auch die Darstellung der momentanen Forschungslage und natürlich die Vorstellung der einzelnen Artikel und des Aufbau des Sammelbandes. All dies gelingt der Einleitung der beiden Herausgeber, Dietmar von Reeken und Malte Thießen, auf vortreffliche Weise.

Der Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ und sein epistemologischer Gewinn werden seit Jahren innerhalb der Geschichtswissenschaft zum Teil kontrovers diskutiert. Insofern bildet dieser Sammelband, der sich der Umsetzung des Begriffes ‚Volksgemeinschaft‘ in der oder als ‚soziale Praxis‘ widmet, einen weiteren Baustein innerhalb dieser Diskussion. In ihrer Einführung bieten die Herausgeber einen sehr umfassenden und gleichzeitig differenzierten Blick auf die aktuelle Forschungslage. Wohlthuend fällt dabei auf, dass sie auch Kritiker des Konzepts (wie Ian Kershaw) mit ihren Argumenten zu Wort kommen lassen. Als Ziele des Sammelbandes, der zu großen Teilen das Ergebnis einer Konferenz an der Universität Oldenburg im Februar 2012 ist, definieren die beiden Herausgeber den Wunsch nach einer Erweiterung der Untersuchungsperspektiven innerhalb der Diskussion und die Einbettung der ‚sozialen Praxis‘ des Volksgemeinschaftsbegriffs in ländliche und städtische Rahmenbedingungen. Im Gegensatz zu übergreifenden nationalen Strukturen (in denen ‚Volksgemeinschaft‘ als ubiquitärer Propagandabegriff immer wieder verwendet wurde) bietet die Untersuchung kleiner Räume und Teil-Identitäten oft exemplarische Erkenntnisse. Kleinere Orte oder Ausschnitte werden als eigenständige Handlungsrahmen wahrgenommen und ihnen wird Rechnung getragen.

Ein weiterer Punkt, der für diesen Sammelband positiv hervorgehoben werden muss, ist sein Aufbau und der Zuschnitt der einzelnen Beiträge. Die Herausgeber haben es verstanden, den Leser von der Einleitung über einen mit stärker theoretisch ausgerichteten Beiträgen Teil „Perspektiven und Zugriffe“ hin zu den folgenden Teilen über „Ländliche Gesellschaften“ und „Städtische Repräsentationen“ mitzunehmen. Danach folgen noch Blicke auf die „Akteure der Vergemeinschaftung“, „Exklusionen vor Ort“ und „Rüstungsindustrie und Krieg“. Nachdem auch den „Nachwirkungen“ nach 1945 in zwei Beiträgen ein sehr spannender und erhellender Blick gewidmet wird, schließt Michael Wildt den Band mit einer Zwischenbilanz der Forschungsdebatte um die ‚Volksgemeinschaft‘ ab. Der gewählte Aufbau ist in sich absolut schlüssig und die passgenauen Beiträge, von denen jeder einzelne innerhalb seines exemplarischen Themas und Zugriffs die Kompetenz seiner Autor/innen zeigt, bieten dem Leser immer wieder neue Anregungen und Sichtweisen auf bisher vermutlich nicht vielen bekannte Themen. Außerdem wird auch innerhalb

der einzelnen Beiträge immer wieder auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in anderen vorliegenden Artikeln hingewiesen, so dass dem Leser nach der Lektüre des ganzen Bandes, die wirklich lohnenswert ist, die ‚Volksgemeinschaft als soziale Praxis‘ in vielen verschiedenen Aspekten näher gebracht worden ist.

Statt auf die einzelnen Beiträge näher einzugehen, soll stellvertretend für die vielen, vom Gehalt und ihrer Qualität her nahezu gleichwertigen Artikel zum Abschluss die „Zwischenbilanz“ von Michael Wildt etwas hervorgehoben werden. Denn diese bietet genau, was sie verspricht. Klar und präzise geht Wildt noch einmal auf den bisherigen Forschungsstand und die Entwicklung der Diskussion ein, nach der nun „das für und Wider gelassener und mit größerem Abstand betrachtet werden kann“ (S. 356). Er findet übereinstimmende Tendenzen und richtet dabei den Blick auch auf Forschungen, die über den Zuschnitt des Sammelbandes hinausgehen (Theodor Mommsen, Hans-Ulrich Thamer, Ulrich Herbert). Gleichzeitig bezieht er Erkenntnisse, die aus der Tagung und der Lektüre des Sammelbandes resultieren, in seine Analyse mit ein und verschränkt so den Erkenntnisgewinn des Sammelbandes mit dem der allgemeinen Forschung. Seine Schlussfolgerung, dass man „die Pluralität von Vorstellungen, die unterschiedlichen sozialen Praktiken, die sich mit diesem Begriff verbanden, ernst“ (S. 366) nehmen müsse, führt ihn zu dem Fazit, dass innerhalb dieses Forschungsfeldes noch viele Fragen offen seien und dass der Wechsel der Perspektive, den die Beiträge dieses Bandes mit den Konzentration auf die ‚soziale Praxis‘ der ‚Volksgemeinschaft‘ angestoßen haben auch für zukünftige Forschungen inspirierend und erhellend sein können.

Freiburg

Katja Happe

„Passive Wende“ des Opfergedenken

Franzen, Erik K./Schulze Wessel, Martin (Hrsg.): Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, 219 S., Oldenbourg, München 2012.

Die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und des Zweiten Weltkriegs war einer Reihe von Wandlungsprozessen unterworfen. Der in der Zeitgeschichtsschreibung

lange Zeit vorherrschende dichotome Opfer-Täter-Diskurs wurde mittlerweile durch eine differenziertere Betrachtung einzelner Opfergruppen ersetzt (vgl. Michel Chaumont „Opferkonkurrenzen“ 1997). Bereits seit den 1980er Jahren ist eine vermehrte Wahrnehmung sogenannter „vergessener Opfergruppen“ feststellbar (z. B. die Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll 1987). Im letzten Jahrzehnt können in der Zeitgeschichtsforschung zwei weitere Trends beobachtet werden: Zum einen die Individualisierung und Personalisierung (z. B. Annette Wieviorka „L'ère du témoin“ 2002, Martin Sabrow/Norbert Frei (Hrsg.) „Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945“ 2012), zum anderen die Wahrnehmung von „Opfern als Akteuren“ (z. B. Jahrbuch des Fritz-Bauer-Instituts 2008).

Der vorliegende Sammelband, der auf eine Tagung in Ústí nad Labem zurückgeht, beschäftigt sich mit der „passiven Wende“ im Opfergedenken seit den 1990er Jahren in Mittel- und Osteuropa. Schulze-Wessel schreibt in seiner Einleitung, dass „seit dem Zweiten Weltkrieg allmählich eine Hinwendung zum passiven Opfer, eine ‚Viktimisierung‘ der Geschichtswissenschaft und des politischen Diskurses, feststellbar“ sei (S. 1). In „post-heroischen, westlichen Gesellschaften“ sei das aktive Opfer als *sacrifice* nach dem Zweiten Weltkrieg durch das passive Opfer als *victim* allmählich ersetzt worden. Peter Hallama liefert dazu einen Forschungsüberblick zum *passive turn* in der Geschichtswissenschaft und den *memory studies*.

Paradoxiertweise bedeutet diese „passive Wende“ aber zugleich „eine aktive Wende für die Betroffenen: Opfer werden Akteure“ (S. 2). Thema des Bandes sind in erster Linie die Diskurse von Opferverbänden – eine begriffliche Abgrenzung zwischen Opferdiskursen und -narrativen fehlt leider –, die nach öffentlicher Anerkennung und Wiedergutmachung streben. Inwieweit in diese Verbandsdiskurse individuelle Erinnerungen Eingang finden beziehungsweise ob sie von staatlicher Seite aufgegriffen werden (S. 2f.), hänge von einer Reihe von Faktoren ab; zentral sei jedoch, dass die „Viktimisierung“ mit einem „zunehmenden Zwang zur Eindeutigkeit“ verbunden sei: „Als würdig gelten Opfer, wenn sie im umfassenden Sinne unschuldig sind“ (S. 4).

Neben dem Überblicksartikel von Peter Hallama beschäftigen sich neun weitere Beiträge mit Opferdiskursen in Deutschland, Tschechien, Polen, der Ukraine und Russland vor allem seit 1989. In den Texten zeichnen sich mehrere diskursive Trends ab: Einerseits ist dies die häufige

Assoziation mit den jüdischen Opfern. In ihrem Beitrag über Sinti und Roma in Tschechien zeigt Václava Kutter Bubnová, dass sich deren Forderungen nach Anerkennung seit Mitte der 1990er Jahre klar am Status der jüdischen Opfer orientieren (S. 166). Während Wahrnehmung und Integration dieser Opfergruppe in das nationale Gedächtnis langsam voranschreitet, gelang dies anderen Opfergruppen, die sich der gleichen Strategie bedienten, jedoch nicht.

Ein zweiter diskursiver Trend ist die Unterscheidung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Opfern. Iris Nachums Beitrag über „Sudetendeutsche und Juden im Ringen um Wiedergutmachung am Beispiel der Generali-Versicherung“ zeigt, dass sich sudetendeutsche Interessenvertreter in den 1990er Jahren ebenfalls „zunehmend an den Initiativen der jüdischen Organisationen“ orientierten (S. 86). Während die jüdischen Versicherungsnehmer mit ihren Klagen erfolgreich waren, wurden die Forderungen der Sudetendeutschen jedoch abgelehnt, da „ein moralischer Anspruch“ (S. 97) aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Tätergesellschaft nicht gegeben wäre. In seiner Analyse der Denkmalskultur der deutschen Vertriebenen gelangt Stephan Scholz zu dem Schluss, dass in der Gestaltung der Denkmäler in den letzten Jahrzehnten zunehmend Frauen und Kinder in den Vordergrund rückten – „als sichere Währung, um einen Opferstatus zu begründen und die damit verbundene Würdigung zu erhalten“ –, während die Männer ausgeblendet werden, da sie „die verbrecherische Täterschaft der Deutschen [...] aufrufen würden“ (S. 82f). Bettina Greiner spricht in ihrem Beitrag über die Opfer der Speziallager in der SBZ von der „Falle des passiven Opferverständnisses“. Speziallagerhäftlinge stünden in einem generellen „Täterverdacht“: „Es gibt offenbar noch immer eine Aversion gegenüber der Ambivalenz von Biographien und gegenüber dem Umstand, dass auch Täter Opfer gewesen sein könnten“ (S. 54).

Der *passive turn* hat seine Grenzen. Ein dritter Trend zeigt, dass vor allem in Osteuropa heroische Opferkonzepte bis heute wirksam sind. Julia Landau beschäftigt sich mit den semantischen Veränderungen in der Bezeichnung ukrainischer Zwangsarbeiter. Obwohl mehrere Begriffe in Verwendung sind (u. a. Häftling und Opfer) ist der aus sowjetischer Zeit stammende, heroisierende Begriff „Kämpfer“ nach wie vor von Bedeutung: einerseits in seiner nationalistischen Umdeutung als Kämpfer für eine unabhängige Ukraine, andererseits als Selbstbezeichnung ehemaliger Zwangsarbeiter, „die nicht

als passives oder leidendes ‚Opfer‘ gelten wollen“ (S. 180). Noch stärker heroisierend ist die russische Erinnerungskultur: Am Beispiel der Erinnerung an die Leningrader Blockade zeigt Tat'jana Voronina, dass sich die sowjetische Konzeption des Heldentums der Blockadeteilnehmer mit der Perestroika zwar veränderte, jedoch nicht grundlegend in Frage gestellt wurde: „Die Blockade ist nach wie vor einen heldenhafte Seite in der Geschichte einer Stadt, die von Helden bewohnt wird“ (S. 200).

Insgesamt ist die im Band stringent durchgezogene Frage nach dem *passive turn* und der ‚Viktimisierung‘ in den einzelnen Beiträgen überzeugend belegt, wobei allerdings in den post-sowjetischen Gesellschaften heroische Opferdiskurse noch weiterleben. Fallstudien zu Ländern wie etwa Ungarn und die Deutungskämpfe zwischen Opfern des Nationalsozialismus und des Kommunismus würden die Frage möglicherweise noch in einem neuen Licht erscheinen lassen.

Salzburg

Alexander Prenninger

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Geheimgesellschaften im globalen Vergleich

Jacob, Frank (Hrsg.): Geheimgesellschaften. Kulturhistorische Sozialstudien, 321 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2013.

Geheimgesellschaften sind in der Populärkultur seit jeher ein beliebtes Thema; zahlreiche Beststeller und Kinofilme beschäftigen sich mit den geheimen Bünden. Obwohl das Thema in den Medien also durchaus präsent ist, hat dies bislang nicht zu einer verstärkten wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Phänomen geführt. Im Gegenteil, die medial vermittelten Stereotype und Legenden halten sich hartnäckig und scheinen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geradezu entgegen zu stehen, wie Frank Jacob in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Geheimgesellschaften“ konstatiert (S. 6). Dass diese kein auf Europa begrenztes Phänomen sind, steht zweifellos fest. Doch hat sich die Forschung lange Zeit auf nur wenige Geheimbünde wie die Freimaurer, Illuminaten oder die Rosenkreuzer konzentriert und den vielen außereuro-

päischen Bünden kaum Beachtung geschenkt. Von dieser unbefriedigenden Forschungssituation ausgehend versteht sich der vorliegende Band ausdrücklich als eine globalhistorische, komparative Studie, die zudem epochenübergreifend angelegt ist. Geheimgesellschaften werden hier als globales Phänomen verstanden, das unter drei Gesichtspunkten zu untersuchen ist: Jacob fragt nach dem Zweck der Gründung von geheimen Gesellschaften, den Ursachen für die Geheimhaltung und nach der Rekrutierung von Mitgliedern (S. 7).

Die dreizehn Aufsätze thematisieren die unterschiedlichsten Geheimbünde im europäischen, asiatischen, amerikanischen und afrikanischen Raum. Dabei werden bekannte Bünde wie die Freimaurer und Illuminaten genauso behandelt wie die weniger bekannten Gesellschaften, beispielsweise der deutsche Germanenorden oder der afrikanische Ogboni Cult. Die Aufsätze sind nicht nur räumlich sehr breit gefächert, sondern umfassen auch einen Zeitraum von der Antike bis in das 20. Jahrhundert.

Im Folgenden sollen aus Platzgründen nicht alle Aufsätze nacheinander beschrieben werden, sondern vielmehr die drei in der Einleitung aufgeworfenen Fragestellungen anhand der Beiträge genauer beleuchtet werden: Gründungszweck, Geheimhaltungsursachen und Mitgliederrekrutierung.

Die Beiträge, die sich der ersten von Jacob gestellten Frage nach dem Gründungszweck widmen, zeigen, dass sich Geheimbünde aus einer spezifischen politischen oder sozialen Prämisse heraus gründeten. Dies arbeiten Tim Murtagh in Bezug auf die United Irishman and Defenders, Wolfgang Altgeld für die Carbonari sowie Diane Murray über die historischen Wurzeln der chinesischen Triaden heraus.

Der zweiten aufgeworfenen Frage nach den Ursachen für die Geheimhaltung geht beispielsweise Andreas Riffel in seinem Beitrag zum Ku Klux Klan nach. Geheimnisse erfüllten in den geheimen Gesellschaften eine wichtige soziale und performative Funktion. Dies stellt der Autor sehr eindrucksvoll dar (S. 266). Riffel beleuchtet die Funktion des Geheimnisses und führt aus, dass dieses in Ritualen inszeniert wurde und damit viel zur Anziehungskraft des Klans beigetragen habe (S. 247). Gleichzeitig diente das Geheimnis zur Abgrenzung nach außen sowie zur Gruppenkohäsion nach innen (S. 266). Leider gehen die meisten anderen Beiträge nicht oder nur sehr oberflächlich auf den Aspekt der Geheimhaltung oder auf die Funktion des Geheimnisses ein. Gerade in die-

sem Punkt hätte der komparative Ansatz sicher zu einem deutlichen Erkenntnisgewinn führen können.

Auch die dritte von Jacob formulierte Frage nach der Rekrutierungspraxis, wird nur in wenigen Beiträgen thematisiert, am ausführlichsten in dem Aufsatz von Wolfgang Altgeld zu den Carbonari, der zudem einige Initiationsrituale beschreibt (S. 133). Auch in dem Beitrag von Frank Jacob über die japanischen Geheimbünde Gen'yōsha und den Konkuryūkai sowie in dem Aufsatz von Maxwell Owusu und Godfrey N. Uzoigwe über den Ogboni Cult werden einige Rekrutierungsmuster untersucht. Viele Geheimbünde hatten sehr restriktive Mitgliederbeschränkungen und stellten darüber soziale Exklusivität her, was gleichzeitig einer größeren Verbreitung entgegenstand, wie das Beispiel des Germanenordens (S. 190) zeigt.

Leider bleibt teilweise unklar, warum bei manchen Gruppen von Geheimbünden gesprochen wird. Zwar heben die Aufsätze von Frank Jacob zu den Pythagoreern und E. Glenn Hinson zu dem frühen Christentum bestimmte Praktiken der Geheimhaltung hervor (Hinson verweist auf nächtliche geheime Treffen und Rituale der Christen, S. 36), doch sie geben keine Begründung für ihre Sichtweise. Jacob verweist in seinem Beitrag selbst auf dieses Problem und lässt letztlich offen, ob sein Beispiel als Geheimbund charakterisiert werden kann (S. 18).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass geheime Gesellschaften unabhängig von historischen, geographischen und politischen Kontexten einige Gemeinsamkeiten besitzen. Dazu zählen Rekrutierungsstrukturen genauso wie die Rolle und Funktion des Geheimnischarakters. Die Gemeinsamkeiten hätten jedoch noch stärker herausgearbeitet werden können: So betonen Frank Jacob, Albrecht und Irmtraud Götz von Olenhausen in ihrem Beitrag, wie stark vernetzt die völkischen Organisationen untereinander waren, da viele Mitglieder des geheimen Germanenordens auch in anderen geheimen und nicht-geheimen Vereinen engagiert waren (S. 200). Ein Befund, den Frank Kleinhagenbrock für die Illuminaten ebenso teilt wie auch Andreas Riffel für den Ku Klux Klan (S. 246). Dass viele Mitglieder nicht nur in einem Geheimbund engagiert waren, sondern gleich in einer ganzen Reihe von anderen Sozietäten aktiv waren, hat bereits Holger Zaunstock in seiner Dissertation über „Sozietätslandschaft und Mitgliedsstrukturen“ (1999) herausgearbeitet.

Der globalhistorische Ansatz ist für diese Thematik sehr zu begrüßen, doch stellt sich die Frage, ob die hier versammelten sehr differierten Beispiele überhaupt alle als Geheimgesellschaften aufgefasst werden können. Leider fehlt in der Einleitung eine Definition des Begriffes Geheimbund, ebenso wie eine Erläuterung was unter dem Begriff „Geheimnis“ verstanden wird. Dabei sind beide Begriffe in der Forschung ausführlich diskutiert worden, beispielsweise in dem unter anderem von Gisela Engel herausgegebenen Band „Das Geheimnis am Beginn der europäischen Moderne“ (2002) oder in Claudia Schirrmeyers „Geheimnisse“ (2004). Die von Jacob vorgestellten Fragen spiegeln sich in einigen Aufsätzen nur sehr oberflächlich wider. Damit fehlt dem Band, der aufgrund der globalhistorisch-komparativen Ausrichtung thematisch, zeitlich und räumlich sehr weit gefächert ist, der rote Faden. Es wäre für den Leser sinnvoll gewesen, die einzelnen Aufsätze den drei übergeordneten Fragestellungen zuzuordnen, die der Herausgeber in der Einleitung benannt hat. Dann wären Gemeinsamkeiten zwischen den sehr heterogenen Beispielen für den Leser sehr viel leichter erkennbar gewesen. Als weiterer Kritikpunkt sei genannt, dass der sehr ansprechend gestaltete Band an einer zu häufigen fehlerhaften Satzgestaltung leidet, um dies stillschweigend hinzunehmen.

Potsdam

Carmen Winkel

Fehlentwicklung der Geschichte?

Gregory, Brad S.: *The Unintended Reformation. How a Religious Revolution Secularized Society*, 574 S., Harvard UP, Cambridge, MA 2012.

Der an der Notre Dame University lehrenden Frühneuzeit-Historiker Brad S. Gregory untersucht in der Studie „The Unintended Reformation“ ein scheinbares Paradox: Warum brachte die Reformation, eine religiöse Erneuerungsbewegung, in Europa und Nordamerika zutiefst säkulare Gesellschaften hervor? Antworten auf diese interessante Frage könnte Max Weber und anderen Autoren neu bewerten, die sich mit dem Einfluss von Religion(en) auf Gesellschaft und Wirtschaft beschäftigt haben. Gregory präsentiert durchaus eine Reihe von interessanten Erklärungsansätzen und geht am Rande auch auf einige klassische Studien im Feld der Reli-

gionsgeschichte und -soziologie ein, aber er hat ein anderes Anliegen. Von einer ausdrücklich christlichen (und implizit katholischen) Position ausgehend präsentiert der Autor eine höchst kontroverse und pessimistische Kritik an den säkular geprägten westlichen Gesellschaften der Gegenwart. Diese Kritik überlagert die Untersuchung der eigentlichen Ausgangsfrage. Für Gregory war und ist die Säkularisierung ein zutiefst problematischer, letztlich zersetzender Prozess, den er in erster Linie auf die Reformation zurückführt. Der Autor weist den Vorwurf der Nostalgie für das mittelalterliche Christentum als Idealzustand mehrfach zurück. Er sieht dennoch in der Reformation eine vielleicht vermeidbare, aber unzweifelhaft katastrophale Fehlentwicklung der Geschichte.

Gregory untersucht die Konsequenzen der Reformation in den letzten fünfhundert Jahren in sechs detaillierten Fallstudien, welche die Hauptkapitel der Studie bilden: die Transformation der Theologie und der modernen Philosophie, die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche (bzw. Religion), den Übergang von einer christlichen zu einer säkularen Ethik, die Entstehung der Konsumgesellschaft und die Veränderung der Wissenschaft. Als zentrales Problem der modernen Gesellschaften (im Westen) identifiziert der Verfasser das Phänomen „Hyperpluralismus“ (S. 11), den Mangel an Institutionen und Diskursen, die Einheit stiften, sei es in der Politik, im Wirtschaftsleben oder in der Wissenschaft. In der Säkularisierung sieht er die Hauptantriebskraft hinter der Fragmentierung westlicher Gesellschaften. Diese Entwicklung führt der Autor auf die Reformation zurück. Gregory – ein Fachmann der Religionsgeschichte des 16. Jahrhunderts – bestreitet keineswegs, dass die Kritik der Reformatoren an der Kirche teilweise berechtigt war. Und die säkulare und kapitalistische Konsumgesellschaft, wie sie sich in den letzten fünf Jahrhunderten herausgebildet hat, so konzediert er ebenfalls, entspricht kaum den Vorstellungen einflussreicher Reformatoren wie Martin Luther, Ulrich Zwingli oder Johannes Calvin. Aber der Zustand der römischen Kirche des ausgehenden 15. Jahrhunderts ist in dieser Studie kein zentrales Thema. Die Kritik zielt vielmehr auf eine Kernposition der Reformatoren ab, dass jede einzelne Person die Autorität habe, die Bibel auszulegen. Diese Position habe schon in der Frühphase der Reformation zu unüberbrückbaren Differenzen unter den Protestanten geführt. Auseinandersetzungen über verschiedene Deutungen der Bibel und die Entstehung eines Pluralismus

von Glaubensrichtungen erklären nach Gregorys Argumentation auch, warum viele Aufklärer den Gedanken der Toleranz propagierten. Doch die Aufklärung brachte neben der Akzeptanz des religiösen Pluralismus ein weiteres ‚Problem‘ hervor, den Aufstieg der modernen Naturwissenschaften, und damit konkurrierende Erklärungsmodelle für die Entstehung der Welt und für andere existentielle Fragen. Im 19. Jahrhundert setzte sich schließlich (auch unter dem Einfluss der Aufklärung) der Kapitalismus durch. In der kapitalistischen Konsumgesellschaft der Gegenwart sieht Gregory die säkulare Ersatzreligion des Westens.

Gregory räumt ein, dass er sich mit seiner historischen Erklärung für den Aufstieg des Säkularismus teilweise weit außerhalb seines eigentlichen Forschungsgebietes bewegt. Seine These, dass sich die meisten Historiker und Sozialwissenschaftler zu stark auf sehr spezielle Fragen konzentrieren, anstatt größere Zusammenhänge zu untersuchen, ist durchaus überzeugend. Tatsächlich demonstriert die Studie den großen Einfluss der Reformation bis in die Gegenwart. Aber die teilweise undifferenziert präsentierte Kritik an der westlichen Gesellschaft der Gegenwart und die verengte christliche Perspektive von Gregory weisen Schwächen auf. Es ist unklar, warum Gregory jüdische und muslimische Perspektiven auf Säkularisierungsprozesse nach der Reformation nicht erörtert. Die sehr ausführliche und dichte Studie fordert den Lesern zudem viel Geduld und Ausdauer ab und hätte von einem besseren Lektorat profitiert.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

Religion and Revolution

Schönpflug, Daniel/Schulze Wessel, Martin (Hrsg.): Redefining the Sacred. Religion in the French and Russian Revolutions, 226 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2012.

Strukturelle vergleichende Untersuchungen von Revolutionen standen vor allem in den 1960ern und 1970ern auf der Tagesordnung, wenn auch hierbei oft das soziologisch-typologische Interesse an den Ausprägungen revolutionärer Politik auf die jeweiligen Gesellschaften überwog. Historiker haben sich hingegen nicht allzu oft daran versucht. Der letzte diesbezügliche Anlauf, den der Amerikaner Arno J. Mayer 2000

in seinem Buch zur bürgerlichen und proletarischen Revolution genommen hatte, liegt nun auch weit über zehn Jahre zurück. Dieses Unternehmen hatte zumindest in zweierlei Hinsicht in Erstaunen versetzt: Zum einen durch die immense Gelehrsamkeit des Verfassers, der den Leser souverän durch die politischen Ereignisse von 1789 und 1917 führt. Zum anderen aber dadurch, dass sein Buch in zwei kaum miteinander verbundene Narrative zerfällt; damit verweist es ganz offensichtlich auf die enorme Schwierigkeit der synthetischen Darstellung eines Vergleichs. Dies mag unter anderem daran liegen, dass allgemeine Schlussfolgerungen, die sich aufs Große und Ganze der beiden Revolutionen beziehen, notwendig zu sperrig, zu grobkörnig, zu abstrakt ausfallen müssen. Im Prinzip enthält Mayers Monografie zwei einzelne, jedes für sich durchaus lesenswerte Bücher. Der vorliegende Sammelband hegt nun glücklicherweise nicht den Anspruch, eine Generalsynthese beider Großereignisse zu liefern, sondern widmet sich der ein wenig vernachlässigten Verbindung zwischen Religion und Revolution und versucht, hierin Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten beider weltgeschichtlicher Zäsuren herauszuarbeiten. Sie gliedern den Band dazu in vier Abteilungen mit jeweils zwei Beiträgen.

In der ersten Sektion gehen Daniel Schönpflug und Gregory Freeze zunächst der Frage nach, ob es prinzipiell möglich ist, in den Revolutionen einen dezidiert religiösen Ursprung auszumachen. Dabei steht in beiden Fällen die Säkularisierungsthese, die in diesem Zusammenhang oft als Voraussetzung angeführt wird, auf dem Prüfstand. Während für Frankreich im 18. Jahrhundert mittlerweile die – nicht ganz unumstrittene – These vertreten wird, dass vor allem die religiöse Pluralisierung zu einer politischen Destabilisierung und schließlich zum Umsturz geführt habe, stellt Freeze für den russischen Fall die ungleich stärkere Behauptung auf, dass gerade die Religion und nicht deren Gegenstück als entscheidend subversive Kraft anzusehen sei: Auch wenn die Frömmigkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts durchaus Veränderung durchlaufen hatte, so blieb sie dennoch weiterhin stark in der russischen Gesellschaft verwurzelt, und gerade deswegen konnte die Orthodoxie vor allem nach 1905 starken Einfluss auf die Politik des Zarenreichs nehmen. Er macht drei damit zusammenhängende grundlegende Krisen aus, die letztlich für die Schwächung des *ancien régime* verantwortlich waren: Einmal die Entfremdung zwischen Kirche und Staat, dann eine Krise in der Kirche selbst und

schließlich das Problem der religiösen Freiheit, der der zarische Staat 1903 nachgegeben hatte. In beiden Fällen hatte offensichtlich die zunehmende Konkurrenz an religiösen Strömungen daher einen nicht unbedeutenden Anteil am Vorlauf der Revolutionen.

Der zweite Abschnitt vertieft nun in gewisser Weise dieses Argument und fragt nach der konkreten Politisierung von religiösem Dissens. Dale Van Kleys bereits andernorts publizierter Beitrag exemplifiziert dies für Frankreich. Seine Untersuchung des Patriotismus – Schlüsselvokabel in der ersten Phase der Revolution – fördert zutage, dass dessen ideengeschichtliche Umgebung weniger im aufgeklärten politischen Denken zu suchen ist, als er vielmehr in den augustinischen Bewegungen, namentlich dem Jansenismus, seinen Ursprung hat. Die politischen Konflikte, die die Jansenisten auf lokaler Ebene etwa gegen die Reformierung der *parlements* ausfochten, aber auch die Verfolgungen, denen sie von offizieller Seite ausgesetzt waren, brachten sie gewissermaßen auf eine patriotische Linie: Gegen Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sie einen Weg gefunden, der ihren Ungehorsam der katholischen Kirche gegenüber wie auch ihren legalen Widerstand gegen die absolute, von ihnen als despotisch bezeichnete Monarchie rechtfertigte, indem sie sich die Forderung nach einer nationalen Souveränität zu eigen machten, die sich auf eine Verfassung sowie das Naturrecht berief. Die Patrioten, die für die Einberufung der Generalstände eintreten sollten, rekrutierten sich genau aus diesem Kreis, und ihnen gelang es, dieses Argument letztlich zu politisieren. Anders hingegen war die Entwicklung in Russland, wie Alexander Etkind zeigt: Hier wandelte sich nicht ein religiöses Argument zu einem politischen, sondern die religiösen Sekten lieferten den ersten revolutionären Akteuren im 19. Jahrhundert gewissermaßen das Anschauungsmaterial für eine ideale Gesellschaft. Hier lernten die frühen Radikalen nicht nur ihre sogenannte Liebe zum Volk, sondern auch ihre politischen Ziele formulieren. Die Sekten selbst ließen sich dabei allerdings nicht politisch instrumentalisieren.

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Revolutionierung der Kirchen; hier treten deutlicher als zuvor die Unterschiede zutage, wie die Beiträge von Bernard Plongeron und Michael Shkarovskiy zeigen. War in Frankreich die Revolution ohne die Kirche nicht denkbar und wurde diese entsprechend als konstitutionelle Kirche in die neue Gesellschaft integriert, so zeigt sich für den russischen Fall eher eine entge-

gensetzte Entwicklung, bei der die Revolutionäre letztlich gegen eine Allianz zwischen Staat und Kirche optierten und sie das neue Regime nur ohne kirchlichen Beistand als vertretbar ansahen. In der letzten Sektion schließlich widmen sich Jean-Claude Bonnet und Frithjof Benjamin Schenk den revolutionären Kulte und arbeiten die religiösen Residuen in der Verehrung von Marat und Lenin heraus.

Die Beiträge verweisen darauf, welche in ihrer Bedeutung oft unterschätzte Rolle die Religion für die Revolutionen spielte: In erster Linie die jeweiligen, nicht ausschließlich kirchlichen Akteure, die maßgeblich am Fortgang der Ereignisse beteiligt waren, aber auch das religiöse Symbolrepertoire stabilisierte zum Teil die neuen Gesellschaften. Es zeigt sich aber auch, dass in Russland die Orthodoxie weit weniger Einfluss auf die Oktoberrevolution nahm, als dies der katholischen Kirche in Frankreich gelungen war. Dieser Befund überrascht jedoch nicht wirklich, sind doch auch die historischen Voraussetzungen wie auch die Zielrichtungen der jeweiligen revolutionären Gruppierungen völlig anders. Dieser Unterschied schlägt sich, wie bei der oben erwähnten Publikation Mayers, nun insofern nieder, als die Beiträge auch hier zwei einzelne Stränge bilden. Die in der Einleitung vorsichtig formulierte Absicht, lediglich nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden Ausschau zu halten, kann daher nicht wirklich befriedigen, zumal die Herausgeber zurecht davon ausgehen, dass wir es hier mit zwei unterschiedlichen Typen von Revolutionen zu tun haben. Es zeigt sich also einmal mehr, dass ein soziologischer Anspruch und eine historische Umsetzung sich bestenfalls in den Spagat drücken. Doch zumindest ein Aspekt tritt hier sehr deutlich in den Vordergrund: Wenn nun Religion als das gelten sollte, was am stärksten das Konservative und das in der Tradition wurzelnde Verlässliche einer Gesellschaft, aber auch einer Ideologie repräsentiert, dann wird klar, dass die Ausrufung eines angeblichen Neuanfangs immer auch Augenwischerei sein musste. Denn dessen eigentliche Kraft, dies zeigt der Sammelband, hing immer von den Möglichkeiten des Alten ab.

Köln

Roland Cvetkovski

Reflektierte Zeitgeschichte

D'Aprile, Iwan-Michelangelo: Die Erfindung der Zeitgeschichte. Geschichtsschreibung und Jour-

nalismus in Deutschland zwischen Aufklärung und Vormärz. Mit einer Edition von 93 Briefen von Friedrich Buchholz an Johann Friedrich Cotta und Johann Georg Cotta 1805–1833, 438 S., Akademie, Berlin 2013.

Die borussische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts sah in ihm den Vaterlandsverräter. Der Forschung zum preußischen Frühliberalismus waren seine politischen Ansichten nicht progressiv genug. Die traditionelle Historiographiegeschichte hielt den umtriebigen Vielschreiber schlicht für unter ihrer Würde. Wer das jüngste Buch des Potsdamer Historikers Iwan-Michelangelo D'Aprile und die im Anhang erstmals edierten Briefe gelesen hat, weiß es besser: Friedrich Buchholz (1768–1843) ist mit Pauschalurteilen nur höchst unzureichend beschrieben. Er verdient eine kritische Würdigung, die mit „Die Erfindung der Zeitgeschichte“ jetzt vorliegt.

Buchholz zählt zu jenen publizistischen Akteuren der zweiten Reihe, an denen sich mikroskopisch-biographische Einblicke und strukturelle Konstellationen mittlerer Erklärungsreichweite besonders eindrücklich verbinden lassen. In sechs Querschnitten durchleuchtet D'Aprile den um 1800 aufkommenden Typus des „Journalisten-Historikers“ (S. 9), für dessen liberale Spielart der Protagonist entsteht. Die zeittypischen Spannungsfelder, in denen sich Buchholz bewegte, werden anhand der Strukturen und Institutionen der Medienlandschaft eingeordnet (Kap. 1–3) sowie auf ihre ideen- und diskursgeschichtlichen Ankerpunkte hin befragt (Kap. 4–6). Als Zeitschriftenherausgeber und Gelegenheitshistoriograph bediente Buchholz verschiedene Medientypen, in denen „Zeitgeschichte“ inhaltlich gefüllt, politisch problematisiert und methodisch reflektiert wurde. Mit anderen Publizisten vergleichbarer Reichweite wie Ernst Ludwig Posselt oder Heinrich Zschokke steht er für den Wandel von Medienlandschaft und Öffentlichkeitsformen in der Folge der Aufklärung und unter dem Eindruck von Revolution und Kriegen (Kap. 1). Als polyglotter Provinzler und Vertrauter des Verlegers Johann Friedrich Cotta war Buchholz Teil eines europaweiten Pressenetzes. Seine Übersetzungen brachten einflussreiche französische Denker wie Henri de Saint-Simon und François Guizot zeitnah an die deutschen Leser. Seine Schriften inspirierten unter anderem die norwegische Verfassung (Kap. 2). Als interner Kritiker Preußens, der das Rheinbund-Modell vorzog, aber 1811 zum „Pressesprecher“ Hardenbergs aufstieg, lavierte Buchholz zwi-

schen Presse und Politik. Zu „Verlautbarkeit-spulizistik“ (S. 101) ließ er sich trotzdem nie hinreißen (Kap. 3).

Inhaltlich bringt Buchholz' umfangreiches Oeuvre Bewegung in die festgefahrene Forschung zum Historismus. In seiner Lesart des Geschichtsverlaufs schwangen hörbar prämarxistische Töne mit. Methodisch verband er die Ansätze einer historischen Sozialwissenschaft *avant la lettre* mit den Ansprüchen an eine historistisch-empirische Erfahrungswissenschaft (Kap. 4). Grenzgänger war Buchholz auch in weltpolitischer Absicht: Dank seiner Spanisch-Kenntnisse wurde er Preußens „Lateinamerikaexperte“ (S. 160). Seine Leser versorgte er früh mit Nachrichten über die Haitianische Revolution jenseits von Rassenklischees und mit bemerkenswert weitsichtigen Gedanken zur Ökonomie der Globalisierung sowie zur Rückwirkung des Kolonialismus auf Europa (Kap. 5). Zeittypisch ambivalent war Buchholz' Schwan-ken zwischen Gleichheitspostulat und antijüdischen Ressentiments. Seinen emphatischen Republikanismus ergänzten ein pragmatischer Machiavellismus und eine latente Sympathie für die Monarchie (Kap. 6).

Dass Buchholz an all diesen Widersprüchen nicht zerbrach, sondern sein Denken „konsistent“ (S. 100) war, darf als Schlüssel zu einer Epoche verstanden werden, in der politische, wirtschaftliche und soziale Umbrüche auch und nicht zuletzt historiographische Folgen zeitigten. Konsequenterweise begreift D'Aprile Buchholz daher als „Symptom“ (S. 10) für makrohistorische Tendenzen. Äußerst aufschlussreich sind die Überlegungen zur epochalen Einheit der ‚Sattelzeit‘ als einer Zwischenepoche. Buchholz war als „sehr später Aufklärer“ (S. 75) mit frühdemokratischen Antennen Teil einer Übergangsgeneration, deren liberaler Flügel zeit-
lebens in diskursiver Konkurrenz zu den Vielschreibern der Gegenseite wie Friedrich Gentz oder Adam Müller stand. Inhaltlich und methodisch vertrat Buchholz eine Zeitgeschichtsschreibung vor der nationalen Verengung, in der die Universalität der Aufklärung und die pragmatische Ernüchterung der Revolutionszeit fruchtbar zusammentrafen.

Aber wird die Zeitgeschichte um 1800 tatsächlich ‚erfunden‘? Die Beantwortung dieser Frage überlässt der Verfasser gut aufklärerisch dem Leser, der „selbst entscheiden“ (S. 9) soll. An Buchholz geschult wählt Letzterer das entschiedene „Jein“: Gewiss entstand unter dem Eindruck revolutionärer Umwälzungen inner- und außerhalb Europas eine Geschichtsschrei-

bung aus dem Geist der Tagesschriftstellerei. Sie nahm quantitativ neue Dimensionen an, und aus ihr sprach auch ein qualitativ neues Gespür für Nutzen und Nachteil einer ‚Geschichte der eigenen Zeit‘. Allein den vermeintlich banalen, aber methodisch zentralen Vorbehalt einer prinzipiellen historischen Relativität von Zeitgeschichte hätte man nach der im besten Sinne kurzweiligen Lektüre gerne noch ausbuchstabiert und auf die Zeit um 1800 gewendet bekommen. Fraglich bleibt, ob der prominent platzierte Epochenbegriff ‚Vormärz‘ nur „Trostbegriff“ (S. 150) ist und ob dem späten Buchholz mit einem ambivalent verstandenen Begriff von ‚Restauration‘ nicht besser gedient gewesen wäre. Aber darüber ließe sich trefflich streiten, und es gehört zu den Vorzügen dieses wichtigen Buches, dass es zur Diskussion einlädt. Zeithistoriker/innen dürfen sich aufgefordert fühlen, die Historizität ihres Untersuchungsfeldes systematischer zu bedenken. Die empirisch fundierten Überlegungen zur Publikumsdimension von Geschichtsschreibung sind produktive Kritik an einer allzu kanonfixierten und medien-scheuen Historiographiegeschichte. Buchholz’ Briefe an Cotta bieten den dafür nötigen Einblick ins publizistisch-historiographische Alltags-geschäft. Die weitreichenden Einsichten in die „Ursachen und Gegenstände“ (S. 9) von Zeit-geschichtsschreibung um 1800 schließlich legen es nahe, weiter zu forschen, wie im „Revo-lutionszeitalter“ (Jacob Burckhardt) aus tiefen Erschütterungen reflektierte Zeitgeschichte wurde.

Köln

Anna Karla

Standardwerk zur Geschlechter-geschichte

Hausen, Karin: Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte, 394 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012.

Karin Hausen hat das, was sich heute so selbstverständlich Frauen- und Geschlechtergeschichte nennt und seit den 1990er-Jahren auch im akademischen Feld verankert ist, in Deutschland initiiert und viele Jahrzehnte durch ihre Forschungen maßgeblich die wissenschaftliche Diskussion darüber geprägt. Nun liegt ein Buch vor, das eine Auswahl an ihren Texten zur Frauen- und Geschlechtergeschichte in Deutschland vom 18. bis ins 20. Jahrhundert zu

den Themen die bürgerliche Geschlechterordnung (Kap. I), Haushalt und Technik (Kap. II), Arbeiten, Wirtschaften und Geschlechterdifferenz (Kap. III), Muttertag, Volkstrauertag und andere Antworten auf den Ersten Weltkrieg (Kap. IV) sowie theoretische und historiographische Herausforderungen (Kap. V) in kompakter Form zugänglich macht.

Es handelt es sich um 13 Reprints von Aufsätzen, die zwischen 1976 und 2000 erstmals publiziert wurden und heute zum Kanon der historischen Frauen- und Geschlechterforschung zählen, sowie einen Originalbeitrag, in dem Hausen aus der Distanz von Jahrzehnten über ihren berühmtesten, 1976 erstmals erschienenen Aufsatz „Die Polarisierung der ‚Geschlechtscharaktere‘. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben“ reflektiert sowie ihre Intentionen und die Rezeptionsgeschichte erläutert. Sie gibt damit – auch aus einer autobiographischen Sicht – insbesondere der jüngeren Generation von Historiker/innen wertvolle Hinweise zum Kontext der intellektuellen Diskussionen Mitte der 1970er-Jahre, in dem dieser mittlerweile vielfach nachgedruckte – und auch im vorliegenden Buch wiederabgedruckte – Text geschrieben wurde. Mit Spannung liest man, wie Hausen sich mit den Kritikerinnen des Textes (wie Brita Rang, Rebekka Habermas und Anne-Charlott Trepp) aus heutiger Sicht inhaltlich auseinandersetzt und wie sie ihr damals extrem innovatives Forschungsergebnis, dass am Ende des 18. Jahrhunderts eine neue Aussagesystem der polaren Geschlechtertypisierung entstanden sei, gegen die später teils überaus scharf formulierten Einwände verteidigt, dass sie ältere Denktraditionen in ihrer Untersuchung vernachlässigt und normative Vorstellungen mit gelebten Geschlechterbeziehungen gleichgesetzt habe. Thesenartig fasst Hausen ihre theoretischen Grundannahmen zum Verhältnis normativer Diskurse und tatsächlichen Verhaltensweisen zusammen (S. 100) und erläutert, wie sie den Aufsatz zur „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ durch spätere Forschungen über bürgerliche Ehepaare und eine Analyse des Bildes von „Eiche/Ulme/festem Stamm mit rankendem Efeu“ (S. 102), das als Sinnbild für die eheliche Paarbeziehung im Bürgertum im 19. Jahrhundert in Gebrauch war, ergänzte. Dass das „Aussagesystem der Geschlechtscharaktere“ (S. 104) und das Bild von Baum und Ranke im 20. Jahrhundert in Vergessenheit gerieten, verweist nach Hausen nicht auf ein Verschwinden, sondern nur auf ein Modernisieren des „Programms der ‚natürlichen‘

Geschlechterdifferenz": „Zur öffentlichen Verständigung über das Differenzprogramm waren nun allerdings zeitgemäßere Redeweisen gefragt, die problemlos je nach Bedarf modernisiert und für spezielle Funktionsbereiche ausdifferenziert wurden und bis heute werden“ (S. 104).

Die Texte in Kapitel III, die in den 1990er-Jahren erstmals erschienen, analysieren die Geschlechterdifferenz im Bereich der Ökonomie und eine als ‚natürlich‘ erachtete Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, die erstmals bereits Ende des 19. Jahrhunderts von Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen – mit wenig Erfolg – hinterfragt wurde. Diese Kritik an der naturalisierten Zuständigkeit der Frauen für den Reproduktionsbereich wurde fast ein Jahrhundert später, in den 1980er-Jahren, in (sozial)historischen Forschungen und theoretischen Überlegungen der *feminist economics* wieder aufgegriffen. Ausgehend von ihren eigenen Forschungen, von denen einige im Buch abgedruckt sind (wie beispielsweise der Text zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, zur ‚Großen Wäsche‘, zum häuslichem Herd, zu Arbeiterinnen- und Mutterschutz) entwickelte Hausen theoretische Überlegungen zum Zusammenspiel von Arbeit/Wirtschaft und Geschlecht, die souverän den Bogen über mehrere Jahrhunderte spannen und präzise die Fragen nach Ressourcenverteilung, Ungleichheiten und Machtverhältnissen ausloten. In „Arbeit und Geschlecht“ geht es ihr primär um die historische Herleitung des modernen Ernährer-Hausfrau/Zuverdienerin Modells, in „Wirtschaften mit der Geschlechterordnung“ stellt Hausen vier „irreführende Deutungsmuster“ (S. 192) zu Geschlechterbeziehungen in der Wirtschaft vor: Sie hinterfragt die Narrative zur Fabrikarbeit und zur Festlegung von Frauen, die als „Spielball von Maschinen“ (S. 194) erscheinen, auf Hilfs- und Zuarbeiten; sie setzt sich kritisch mit dem Sündenbock-Narrativ auseinander, das Frauen in einer aktiven, aber negativen Rolle sieht, die mit ihren Niedriglöhnen Männerarbeit entwerten; sie betont, dass der Chiffre Qualifikation mit Skepsis zu begegnen sei, da Qualifikation als männliches Privileg beansprucht und verteidigt werde; und geht schließlich auf das vierte Narrativ, nämlich der „paternalistisch wohlmeinenden“ (S. 197) Deutung des Verhältnisses von technischer Innovation und Frauen ein, das Maschinen als Helfer der Emanzipation von Frauen konzipiert. Diesen durchaus immer noch gängigen Narrativen zur Wirtschaftsgeschichte stellt sie ihre Überlegungen entgegen, „wie der be-

schleunigte Wandel immer erneut auch das Ordnungsgefüge der geschlechtsspezifischen Teilung und Bewertung der Arbeit und somit die Ordnung der Geschlechterverhältnisse insgesamt“ (S. 200) herausfordert. Sowohl in ihren empirischen Arbeiten zur Nähmaschine, zum Wäschewaschen und dem Holzsparen am häuslichen Herd (Kap. II) als auch in den theoretischen Abhandlungen zeigt Hausen, dass sie die begriffliche und konzeptionelle Einengung von Wirtschaft auf Volkswirtschaft durchbrechen kann und den Anspruch der Gesellschaftsgeschichte auf eine integrierende und synthetisierende Sichtweise einzulösen vermag. Der vielfach gegen die Gesellschaftsgeschichte herangetragene Vorwurf, dass kulturelle Praktiken und die symbolischen Aspekte der historischen Realität unterschätzt werden, war für Hausens Forschung stets unberechtigt. Ihre hier wieder abgedruckten Texte zum Muttertag und zum Volkstrauertag (Kap. IV), zwei in den 1920er-Jahren erfundene Sonntagsfeierlichkeiten, die auf symbolischer Ebene für die Deutschen Hilfe bei der Bewältigung des verlorenen Ersten Weltkriegs leisteten, demonstrieren, wie die Hervorbringung kultureller Praktiken in komplexer Weise analysiert werden kann. Die Artikel im Kapitel V zum Patriarchat und zur Relevanz der Geschlechtergeschichte sind, auch wenn sich heute die theoretischen Debatten längst um andere Inhalte drehen, nach wie vor informative Texte.

Karin Hausen schlägt in der Einleitung vor, das Buch als „Begleittext zur Entwicklung der historischen Geschlechterforschung allgemein und speziell in Deutschland“ (S. 11) zu lesen, ihr auf den Spuren ihrer „Forschungsintentionen“ zu folgen und die Texte „als Szenen einer für Deutschland entworfenen, gesellschaftsgeschichtlich orientierten Geschlechtergeschichte“ aufzunehmen (S. 13). Alle drei Lesarten sind überaus gewinnbringend.

Wien

Irene Bandhauer-Schöffmann

Familie und Vaterschaft

Martschukat, Jürgen: Die Ordnung des Sozialen. Väter und Familien in der amerikanischen Geschichte seit 1770, 474 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2013.

Familie und Vaterschaft sind nun schon seit einigen Jahren zum Gegenstand einer revisionisti-

schen Geschichtsschreibung geworden. Dabei ist einerseits das traditionelle Bild der Kernfamilie als ‚natürlicher‘ Form familiären Zusammenlebens als ideologisches Konstrukt enttarnt und in seiner Anbindung an hegemoniale Konfigurationen von ‚Rasse‘, Klasse oder Geschlecht beleuchtet, zugleich aber auch die tatsächliche Wirkmacht dieses normativen Ideals angesichts der Heterogenität historischer Arrangements von Familie (und Vaterschaft) infrage gestellt worden.

Jürgen Martschukat lässt sich mit seinem jüngsten Buch „Die Ordnung des Sozialen“ in dieser revisionistischen Tradition verorten und bietet zugleich eine originelle und ungewöhnliche Perspektive auf Familien und Vaterschaft. Die Originalität dieser Perspektive besteht in der Herangehensweise, sich der Wirkmacht von hegemonialen familiären Arrangements und Vaterkonzepten von den ‚Rändern‘ her anzunähern. Indem er seinen Fokus gerade auf jene Lebensentwürfe richtet, die dem hegemonialen Idealbild der Kernfamilie nicht gerecht werden können oder wollen, gelingt es Martschukat sowohl die normative Kraft dieses Ideals als auch dessen ständige Infragestellung, Herausforderung, Subversion oder Modifikation durch eine Vielzahl alternativer Arrangements zu beleuchten. In den zwölf Kapiteln des Buches werden daher über einen Zeitraum von 1770 bis in die jüngste Zeit mit einem Fokus auf jeweils unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren verschiedene Formen von Familie und Vaterschaft in ihrer Beziehung zu einer sich etablierenden beziehungsweise etablierten kernfamiliären Norm behandelt. Schwarze Familien und Väter während der Sklaverei werden dabei ebenso thematisiert wie Vater-Tochter-Beziehungen auf dem Weg an die westliche *frontier*, Vaterschaft in den Zeiten des Bürgerkriegs, arbeitslose Väter, urbanes Singleleben oder *queere* Elternschaft. Das weiße, heteronormative Mittelklasseideal der Kernfamilie erscheint dabei zwar als besonders wirkmächtig, aber nie als völlig dominant oder gar determinierend. Vielmehr, so zeigt der Autor, ist die Ordnung des Sozialen gerade durch die Relationalität und das permanente Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Entwürfen von Familie und einer ubiquitären kernfamiliären Norm geprägt und bildet damit „einen vielschichtigen Kraftraum, in dem Assoziationen, Hegemonien und Marginalisierungen immer wieder neu erzeugt, aber auch in Frage gestellt werden“ (S. 13).

Martschukats Buch ist wesentlich durch die Machtanalytik Michel Foucaults und insbeson-

dere dessen Konzept der „Gouvernementalität“ inspiriert. Foucaults Argument, dass sich parallel zur Herausbildung moderner Staatlichkeit ein neuer Machttypus in Unterscheidung zur souveränen und zur Disziplinarmacht etablieren konnte, ist grundlegend für Martschukats Arbeit. Den Fokus von Machttechniken bildete nun weniger die Unterwerfung, als die Führung und Regierung von Individuen, die zur ‚richtigen‘ Nutzung ihrer Freiheiten angeleitet werden sollten. Entsprechend werden bei Martschukat Familie und Vaterschaft nicht nur unmittelbar im Feld des Politischen verortet, sondern als zentrale Institutionen einer liberalen Ordnung verstanden, in der Individuum und Kollektiv, die Regierung des Selbst, der Familie und des Staates miteinander verschränkt sind. Ebenso wie die Familie als „Institution des Politischen“ (S. 49) funktionierte, verkörperte die Figur des Vaters immer auch das Ideal des „funktionierenden Bürgers einer Republik“ (S. 12), der entsprechend mit der Aufrechterhaltung der familiären Ordnung seinen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen und politischen Ordnung leistete. Die historischen Entstehungsbedingungen einer solchen liberalen Ordnung und daran gekoppelter Familien- und Vaterkonzepte arbeitet der Verfasser in einem ersten Kapitel zur Ära der Revolution und jungen Republik heraus, das als grundlegend für den Rest des Buches gelten kann. Martschukat sieht in der Zeit um 1800 eine entscheidende Transformationsphase, die nicht allein als politisch-systemischer Umbruch im engeren Sinne zu verstehen ist. So ging mit der Verschiebung von souveräner hin zu gouvernementaler Macht auch eine Verschiebung von patriarchalischen hin zu gouvernementalen Vaterkonzepten einher. Männliche Hegemonie (nicht nur) in der Familie manifestierte sich nun weniger in Form des patriarchalen Oberhauptes, als in der Figur des verantwortungsvollen und fürsorglichen Vaters als regulierende Führungsfigur, dessen Kompetenzen sich die Ehefrau ‚freiwillig‘ unterordnete.

In den Folgekapiteln des Buches geht Martschukat auch auf die anhaltenden Auswirkungen dieser mehrdimensionalen Verschiebungen in Bezug auf Differenzachsen wie ‚Rasse‘, Klasse oder Sexualität und deren Verschränkungen ein. Wer nämlich in der neuen liberalen Ordnung als geeigneter Vater (und vollwertiger Bürger) gelten konnte, war vor allem durch die Hegemonie weißer, heterosexueller Mittelklassevorstellungen bestimmt. So wurde etwa schwarzen Vätern und Ehemännern die Fähigkeit der Selbst- und damit auch der Fami-

lienführung abgesprochen (Vorstellungen, die sich noch heute im Diskurs der vermeintlichen Dysfunktionalität afroamerikanischer Familien wiederfinden), was sich wiederum mit einer paternalistischen Legitimation des Sklavereisystems verband. Umgekehrt besaßen rassifizierte oder anderweitig markierte Akteurinnen und Akteure aber durchaus gewisse Freiräume und Handlungsmacht und konnten bürgerlich-liberale Normierungen für ihre Zwecke nutzen. So zeigt Martschukat etwa in seiner Analyse von *slave narratives*, wie sich schwarze Sklaven in diesen Erzählungen als allen Widrigkeiten trotzen, aufopferungs- und liebevolle Väter präsentierten und damit zugleich die rassistische Legitimation der Sklaverei als solche infrage stellten.

Jürgen Martschukat hat eine beeindruckende und uneingeschränkt lesenswerte Arbeit vorgelegt. Es gelingt ihm, seine theoretisch anspruchsvolle Argumentation durch die Verwendung eines breiten, überzeugenden Quellenkorpus zu stützen und beides in eleganter und nachvollziehbarer Weise miteinander zu verweben, wodurch das Buch trotz des hohen theoretischen Niveaus durchweg zugänglich und gut lesbar bleibt. Martschukats Buch hat das Potential, neben den naheliegenden Zielgruppen im Bereich der (intersektionalen) historischen Geschlechter-, Männlichkeits- und Familienforschung auch ein breiteres Publikum anzusprechen. Das Buch ist ein wertvoller Beitrag zur historiographischen ‚Denaturalisierung‘ von Familie und Vaterschaft, dessen Aussagekraft in vielerlei Hinsicht weit über den US-amerikanischen Kontext hinausragt (man denke etwa an die anhaltenden Debatten über den Status gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in Deutschland) und eine entsprechende Beachtung verdient.

Köln

Dominik Ohrem

Überblickswerk

Stöver, Bernd: *United States of America. Geschichte und Kultur*, von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart, 763 S., Beck, München 2012.

Mit dem vorliegenden Band liegt ein weiterer Überblick über die US-amerikanische Geschichte in deutscher Sprache vor. Bernd Stöver, außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam, Mitarbeiter des Zentrums für Zeithis-

torische Forschung und Spezialist für US-amerikanische Befreiungspolitik im Europa des Kalten Krieges, hat seine Geschichte der USA in zwölf Kapitel eingeteilt: Im ersten Kapitel zum amerikanischen Traum reflektiert er die Anlage seines Buches; neben den chronologischen Einteilungen in Kolonialzeit, Revolutionszeit, Bürgerkrieg und Nachkrieg (1861–1917), den Beginn des amerikanischen Jahrhunderts (1919–1941), den Zweiten Weltkrieg, den Kalten Krieg und die Supermacht mit neuen Gegnern enthält das Buch auch thematische Kapitel wie die Erschließung des Kontinents (1815–1890), die Außenpolitik der begrenzten Möglichkeiten (1783–1918) oder *Melting Pot* sowie *Superculture*. Das Buch schließt mit einem Anhang über die Präsidenten der USA, die Bundesstaaten, Indianerkriege und außenpolitische Interventionen.

Stövers Werk zeichnet sich aus durch seinen Detailreichtum, seine anschauliche Sprache, die Abbildungen und Tabellen sowie die häufige Durchbrechung der Chronologie. Letzteres hat den Vorteil, dass Erzählstränge weitergeführt werden, es führt jedoch auch zu Wiederholungen und teilweise zu Irrführungen. Das Kapitel über den Schmelztiegel behandelt beispielsweise neben der US-amerikanischen Hybridkultur, dem Einfluss der verschiedenen Einwanderergruppen und der Identitätsbildung auch die Themen Mechanisierung, Urbanisierung, Verkehr, Parteien und Medien. Dies führt zu Problemen beim Auffinden, da das Buch nur ein Personen- und kein Sachregister hat. Das Buch enthält viele Verweise auf die Gegenwart, sodass es sich teilweise essayistisch liest und in einzelnen Fällen zur Wiederholung von Vorurteilen tendiert. So verschwinden die Indianer beziehungsweise werden ‚domestiziert‘, nachdem sie Weiße ‚massakrierten‘ (S. 64); der Puritanismus eines John Winthrop soll die Rhetorik von George W. Bush erklären (S. 53), die US-amerikanische Leistungsideologie heutige Amokläufe (S. 344f.).

Der Verfasser legt klare Schwerpunkte auf Kultur (hier allerdings häufig kursorisch), Außenpolitik und Amerikanisierung (so im Kapitel zur nie erklärten *Superculture*). Er ist definitiv Zeithistoriker: Die ersten 350 Jahre der USA werden in der ersten Hälfte des Buches abgehandelt, auf die folgenden 100 Jahre entfällt die ganze zweite Hälfte. Dementsprechend fehlt die gesamte Phase zwischen Konföderationsartikeln und Verfassungsgebung, die sogenannte ‚Kritische Periode‘, ebenso wie eine detailliertere Darstellung des Progressivismus; lediglich das *Gilded Age* wird in dem Kapitel zum ‚Nach-

krieg' behandelt, wobei die gesamten 50 Jahre bis zum Ersten Weltkrieg zur Folge des Bürgerkrieges gemacht werden.

In gewisser Weise ist das Buch zudem aus deutscher Sicht geschrieben und erläutert, wie die USA zu einer Großmacht aufstiegen und inwiefern sie insbesondere Europa beeinflussen. Daher erfahren Leserinnen und Leser relativ wenig zur Innenpolitik. Auf den *New Deal* entfallen sechseinhalb Seiten, auf den Zweiten Weltkrieg hingegen 50, wobei die sogenannte Heimatfront fehlt. Gerade die ethnische Geschichte – ebenso wie Religion und Geschlecht, alles drei wichtige und spezifische Faktoren der US-amerikanischen Geschichte – kommen zu kurz. Die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung wird lediglich einmal kurz erwähnt im Nachklang des Bürgerkrieges, die Protestbewegung der 1960er Jahre auf die Studierenden an der University of California in Berkeley zurückgeführt. Sowohl Indianer als auch *Hispanics* werden unter Nichtbeachtung der neueren Forschungsliteratur als passive Opfer dargestellt, ihre Bürgerrechtsbewegungen kommen trotz der Textlänge von 763 Seiten nicht vor, auch die Abhängigkeit der US-Landwirtschaft von den mexikanischen Arbeitern fehlt.

Erschwerend kommt hinzu, dass das Buch nicht auf dem neuesten Stand der Forschung zur Geschichte der USA ist. So werden Neuauflagen älterer Literatur zitiert. Zudem werden Narrative aus Überblickswerken deutscher Kollegen übernommen. Interpretationen wie die Lagermentalität der USA (S. 13f.) oder der wichtige Beitrag des französischen Einflusses in den Gebieten des *Louisiana Purchase* auf die Teilung der USA in Norden und Süden (S. 43) erstaunen, sind aber diskussionswürdig. In der nächsten Auflage unbedingt behoben werden sollten die häufigeren faktischen Fehler: Nicht die Plantagen waren die *Peculiar Institution*, sondern die Sklaverei (S. 71); Quanah Parker war ein Mann und der Sohn von Cynthia Ann Parker (S. 132); *Primaries* gibt es erst seit 1910 (S. 323), um nur wenige Beispiele zu nennen. Auch fehlt dem Buch manchmal ein Verständnis für die historischen Dimensionen der USA: So waren für die Abolitionisten nicht die US-amerikanische Verfassung oder die französische Menschenrechtserklärung wichtig, sondern die US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung (S. 202); das Verbot der Sklaveneinfuhr 1808 war bereits in der Verfassung festgeschrieben (S. 203); die Monroe Doktrin von 1823 kann sich kaum auf das erst in den 1840er Jahren zum Schlagwort gewordene

Konzept des *Manifest Destiny* stützen (S. 254). Insgesamt kann man sich fragen, wieso der Verlag keinen Historiker, der mit der gesamten US-amerikanischen Geschichte vertraut ist, um das Schreiben dieses Buches gebeten hat. Empfehlenswert ist der Band deshalb vor allem, wenn man Näheres zur Außenpolitik der USA und zum Kalten Krieg erfahren möchte, als Überblicksdarstellung für Studierende und das breitere Publikum ist er nur bedingt geeignet.

Münster

Heike Bungert

Psychiatrische Traditionen Israels

Zalashik, Rakefet: Das unselige Erbe. Die Geschichte der Psychiatrie in Palästina und Israel, 214 S., Campus, Frankfurt a. M. 2012 (hebr. 2008).

Die Tel-Aviver Historikerin Rakefet Zalashik analysiert in ihrer für die deutsche Ausgabe neu überarbeiteten Studie die Entwicklung der Psychiatrie in Palästina und Israel von der ersten Institution zur Unterbringung und Pflege Geisteskranker am Ende des 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Der schmale Band eröffnet eine neue, kritische und faszinierende Sicht auf die Entwicklung der Psychiatrie in Israel, welche die ideologischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des Landes einbezieht. Die Autorin verfolgt dabei mehrheitlich eine inner-israelische Perspektive, schafft jedoch die wichtigsten Bezüge, die eine Situierung im internationalen Umfeld ermöglichen. Theoretische oder methodische Auseinandersetzungen der Psychiatriegeschichte nimmt sie allerdings nicht auf. Zalashik geht in ihrer Darstellung chronologisch vor. Sie beschreibt zunächst das Entstehen der Psychiatrie am Ende des 19. Jahrhunderts, dann die „Schlüsselphase“ der Einwanderung zahlreicher deutscher Psychiater in den 1930er Jahren, die Phase der Professionalisierung der israelischen Psychiatrie nach 1948 und die Probleme der Psychiatrie im Umgang mit den Überlebenden der Shoah bis zur Gegenwart. Diesen Umgang zu analysieren und zu problematisieren ist ein wesentliches Ziel der Darstellung.

Die leitende Fragestellung „Wie ist das möglich?“ (S. 82) richtet sich dabei auf ein Phänomen, das zwar heute durchaus bekannt ist, aber in der weitreichenden Bedeutung für die Geschichte der israelischen Gesellschaft

kaum so intensiv untersucht wurde: Die Tatsache, dass jüdische Wissenschaftler, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme aus Deutschland oder Österreich geflohen waren, an eugenischen Vorstellungen festhielten, Maßnahmen zur ‚Veredelung‘ des Jüdischen Volkes forderten und damit eine Theorie vertraten, deren Opfer sie gerade selbst geworden waren (S. 82f.). Eugenik, Wissenschaft, Sozialtechnologie und Ideologie nahmen für sich in Anspruch zu definieren, was als gutes und was als schlechtes Erbgut zu bezeichnen war, welche Krankheiten als Erbkrankheiten zu gelten hatten und mit welchen Methoden sie aus dem ‚Volkskörper‘ ausgeschlossen werden konnten. In vielen europäischen Ländern und den USA reichten diese Methoden von (Ehe)Beratungen, Eheverboten, Abtreibungen und Sterilisationen bis zu Einwanderungs- oder Einbürgerungsverboten. Die Psychiatrie übernahm diesen Ansatz, entwickelte ihn weiter und ermöglichte damit, ihre Nützlichkeit vor allem in der Prophylaxe unter Beweis zu stellen. Eugenik war nicht in allen Varianten antisemitisch und rassistisch im engeren Sinn, aber die Einteilung der Menschen als genetisch wertvoll und weniger wertvoll bot eine Grundlage für Rassismus und Antisemitismus. Eugenik war, wie auch Zalasnik dezidiert festhält, „kein Sondermerkmal des Nationalsozialismus“ (S. 82). Ganz im Gegenteil – das würde ich hinzufügen – stellt die systematische Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, sowie die Tötung der Psychiatriepatienten in deutschen Anstalten die Ausnahme eugenisch legitimierter Programme und Maßnahmen dar.

Auch die zionistische Bewegung hatte sich bei ihrer Vorstellung vom ‚neuen Juden‘ und der Verbesserung des ‚alten Juden‘ und bei der Steuerung der Einwanderung von eugenischen Paradigmen leiten lassen, so forderten etwa Psychiater Gesundheitsmaßnahmen zur ‚Stärkung des jüdischen Volkes‘ in Palästina. Die Einstellung sowohl zu psychischen Krankheiten der eingesessenen jüdischen Bevölkerung Palästinas als auch zur arabischen Bevölkerung, enthielt eugenische Wertungen, wenn sie „Rückständigkeit“ und zivilisatorische ‚Defizite‘ auf ‚Charaktereigenschaften‘ zurückführten. Die neue Hochbewertung des ‚ursprünglichen‘ sephardischen Juden gegenüber den ‚degenerierten‘, aschkenasischen Juden wurde mit eugenischen Theorien aufgeladen (S. 44). Die Einwanderung zahlreicher verfolgter jüdischer Psychiater führte in den 1930er Jahren zu einer Ausweitung psychiatrischer Aktivitäten. In dieser

„Schlüsselperiode“ (S. 194) der Psychiatrie seien auch die eugenischen Vorstellungen innerhalb der psychiatrischen Fachgemeinde verstärkt worden.

Die Einwanderungspolitik sollte bereits in der Mandatszeit dem Bedarf an jungen und gesunden ‚Menschenmaterial‘ Rechnung tragen, entsprechend negativ stand man der Einwanderung psychisch kranker Menschen gegenüber. Einwanderungszertifikate sollten nur an psychisch Gesunde erteilt werden. Die drei zionistischen Institutionen, die für die jüdische Einwanderung zuständig waren, tauschten untereinander Mitteilungen über Fälle von Krankheiten aus und schreckten auch in den späten 1930er Jahren – wie Quellenbeispiele belegen – nicht vor Rückweisungen nach Deutschland zurück, wo sie nicht selten in die NS-Vernichtungsmaschinerie gerieten (S. 86ff.).

Psychische Krankheiten, Psychosen, die erst nach einigen Jahren Aufenthalts in Palästina manifest wurden, führten Psychiater bezeichnenderweise weniger auf die traumatischen Erlebnisse der Patient/innen zurück als auf vorbestehende Krankheiten oder Dispositionen: Deportation, Verfolgung, Illegalität, Polizeigewahrsam wurden zwar in Untersuchungen von Patient/innen erwähnt, blieben jedoch bei der Diagnose zweitrangig (S. 91ff.). Hier verfestigte sich eine latent eugenische Vorstellung, die sich auch in der Abkehr der israelischen Psychiatrie von ihren europäischen, insbesondere deutschen Wurzeln und ihrer Hinwendung zur amerikanischen Forschung, insbesondere zur „Psychohygiene“, manifestierte und welche die Phase der Professionalisierung der israelischen Psychiatrie nach 1948 überdauerte. Ursachen für psychische Krankheiten wurden nun in der Veranlagung und der Entwicklung der frühen Kindheit gesucht. Dramatische Auswirkungen hatten diese Vorstellungen für die Einwanderer, welche die deutschen Vernichtungslager überlebt hatten und nach dem Krieg aus den europäischen Auffanglagern nach Israel einwandern wollten. Zunächst einmal versuchte man auch hier eine Auswahl zu treffen und möglichst gesunde Einwanderer zumindest zu bevorzugen. Begründet wurde die Notwendigkeit einer Auswahl mit dem Mangel an ausreichenden psychiatrischen Betreuungsmöglichkeiten in Israel. Sichtbar wurde aber auch die Furcht, der junge Staat könne durch die Masseneinwanderung destabilisiert werden, insbesondere von Personen, die nicht nur krank sondern auch ohne Bezug zu den zionistischen Idealen waren und damit kaum willens und in

der Lage, den Aufbau des Landes voranzutreiben (S. 136). Die medizinischen Kontrollen in den Lagern der *displaced persons* lösten bei einigen KZ-Überlebenden traumatische Erinnerungen an die Selektionen der Nationalsozialisten aus (S. 138).

Der rassistische Diskurs in der Psychiatrie, der zunächst noch Unterscheidungen auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung zugelassen hatte, verschwand nach der Gründung des Staates Israel allmählich, war es doch wichtiger, die Gemeinsamkeiten aller Einwanderer zu betonen, um das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation zu schaffen (S. 194). Der Staat Israel hat mehr Überlebende der Shoah im Lande aufgenommen als irgendein anderer Staat. Dennoch wurden die eingewanderten Überlebenden des Holocaust von den israelischen Psychiatern „nicht als separate Gruppe mit besonderen Merkmalen“ wahrgenommen (S. 134). Ihre Traumatisierungen wurden ignoriert, weder wurde Traumaforschung in Israel intensiv betrieben noch wird die europäische und amerikanische Forschung schnell rezipiert. Die Politik der „gleichberechtigten Eingliederung“ (S. 196) verbietet eine solche Privilegierung. Im Vordergrund stand die Behandlung körperlicher Gebrechen. Die besonderen Probleme der Shoah-Überlebenden, so hält Zalashik entschieden fest, „werden vom israelischen Gesundheitswesen bis heute weder anerkannt noch gebührend behandelt“ (S. 135). Ein deutlicher Wandel dieser Sichtweise erfolgte erst in den 1990er Jahren. Er kam allerdings für die meisten Shoah-Überlebenden nicht nur zu spät, er konnte auch die Schäden, die zusätzlich durch die langanhaltende Nichtbeachtung hervorgerufen wurden, nicht rückgängig machen und verunmöglichte vielen von ihnen einen Lebensabend außerhalb der Kliniken (S. 196).

Die Autorin schlussfolgert, das „unselige Erbe“ psychiatrischer Traditionen habe in Israel nie zu einer „offiziellen“ eugenischen Politik geführt (S. 85). Michael Hagner spricht in seinem Vorwort von einem partiellen „Ausschlagen des Erbes“. Vielleicht ermöglicht aber gerade eine solche Absenz, von der man sich auch nicht offiziell lossagen musste, den Fortbestand von Praktiken der (vorgeburtlichen) Selektion, die heute in vielen Ländern mit medizinischen und ökonomischen, statt mit eugenischen Argumenten legitimiert werden – und vor denen auch Israel nicht gefeit ist.

Basel

Regina Wecker

Neuaushandlung des Gefallenengedenkens

Hettling, Manfred/Echternkamp, Jörg (Hrsg.): Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung, 540 S., Oldenbourg, München 2013.

Die Forschung hat sich seit einigen Jahren intensiv mit dem Totengedenken von Soldaten in der Moderne befasst, wobei als notwendiger Ausgangspunkt fast immer die nationalgeschichtliche Perspektive im Zentrum der Betrachtungen stand. In Zeiten transnationaler Kriege und militärischer Unternehmungen stellt sich die Problematik jedoch neu: Wie gedenkt man der gefallenen Soldaten, die in innenpolitisch möglicherweise nicht unumstrittenen UN- oder transnationalen Bündniseinsätzen ums Leben kommen?

Die Sinn und Gruppenidentität stiftende kollektive Gefallenenehrung besitzt historisch betrachtet keine lange Tradition. Sie entstand mit der Herausbildung moderner Formen des Volkskrieges und der allgemeinen Wehrpflicht zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Trauer für die Gefallenen wurde mit einem staatsbürgerlichen Selbstverständnis verknüpft, das den Tod für das Vaterland ideologisch auflud. Wer als Bürger – und eben nicht als Söldner – im Kriege starb, der durfte nach dieser Lesart den Dank des Vaterlandes, des Königs oder später der Nation erwarten. Die Toten dienten der Sinnbildung und der vermeintlichen Identifikation von Staatsführung und Volkswillen. Verknüpft wurde das ehrende Gedenken mit Vorstellungen militärischen Heldentums und Opferbereitschaft für die Nation. Der Kriegerdort wurde entprivatisiert und zum Kristallisationspunkt nationaler Identitätsstiftung. Diese Erkenntnisse sind seit den einschlägigen Publikationen „Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben“ von George L. Mosse (1993), „Sites of Memory, sites of mourning“ von Jay Winter (1995), „Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945“ von Sabine Behrenbeck (1996) und „Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne“, herausgegeben von Reinhart Kosellecks und Michael Jeismann (1994) im Prinzip bekannt.

Der besondere Gewinn des vorliegenden Bandes liegt darin, verschiedene nationale Traditionen aufzufächern und damit auch vergleich-

bar zu machen. Die insgesamt 20 Länderstudien geben einen profunden Überblick über das militärische Totengedenken seit dem 19. Jahrhundert und nehmen so verschiedene Gedenkkulturen Asiens, Nord- und Südamerikas, des Nahen und Mittleren Ostens ebenso in den Blick wie jene der großen und mittleren europäischen Nationen. Wenn auch die mentale Ausgangsbasis der Sinnstiftung und Identitätsbildung der Überlebenden als Gemeinsamkeit angesehen werden kann, so zeichnen sich die einzelnen nationalen Gedenktraditionen durch erhebliche Heterogenität aus. Verschiedene Einflussfaktoren bestimmten dabei die ästhetische beziehungsweise kommunikative Symbolik der Gedenkrituale und der Denkmalsgestaltung in den einzelnen Ländern. Bei den meisten dominierte freilich ein heroisch-männliches Kriegerideal, das nur geringen oder keinen Platz für die Thematisierung von Niederlage, Trauer oder gar Pazifismus ließ. Wichtige Einflussfaktoren für die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Gedenkstile waren die Art der Kriege, die geführt wurden (Befreiungskrieg, Bürgerkrieg), der Kriegsausgang, der Status der Gefallenen (Soldaten, Partisanen), zum Teil auch die Bedeutung religiöser Traditionen (Christentum, Islam), das jeweils herrschende politische System (Diktatur, Monarchie, Demokratie) oder auch die Zentralität beziehungsweise Dezentralität der Denkmalstandorte. In jedem Fall hingen Art und Umfang des Gefallenengedenkens vom Verhältnis der gesamten Gesellschaft sowie einzelner Gruppen zum jeweiligen Staat ab. Wer für denkmalwürdig erachtet wurde, ergab sich meistens als Resultat heftiger innenpolitischer Debatten. Sie belegen, über welch großes Funktionalisierungspotential das Gefallenengedenken verfügt. In den meisten Fällen entstanden daraufhin mehr oder minder monumentale Denkmäler oder Gedenkstätten, die die Namen der Toten auflisteten. Ein interessanter Sonderfall ist das Beispiel Kanadas, das zwar nicht prinzipiell andere Wege ging, aber mit seinen „utilitaristischen Kriegsdenkmälern“ (S. 346) eine ungewöhnliche Variante bietet: Statt einfacher Denkmäler sollten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Kommunen öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken oder Sportstätten entstehen, die ihrem Namen nach an die Kriegstoten erinnerten und gleichwohl einen materiellen Nutzwert für die Überlebenden darstellten.

Auch für die modernen, als „asymmetrisch“ bezeichneten Kriege ergibt sich die Erkenntnis, dass jeder militärische Konflikt aufgrund seiner einzigartigen politischen Konstellation eine erin-

nerungskulturelle Neuaushandlung des Totengedenkens erfordert. Dabei lässt sich an verschiedene – auch fragwürdige – Traditionen anknüpfen, wie dieser gelungene Sammelband belegt.

Paderborn

Rainer Pöppinghege

Europäische Rekrutierungspraktiken

Hartmann, Heinrich: Der Volkskörper bei der Musterung. Militärstatistik und Demographie in Europa vor dem Ersten Weltkrieg, 259 S., Wallstein, Göttingen 2011.

Der Basler Historiker Heinrich Hartmann eröffnet seine Studie zum „Volkskörper bei der Musterung“ mit der 1899 veröffentlichten Geschichte Rainer Maria Rilkes vom Militärschüler Gruber, der beim Erklimmen einer Turnstange in verzweifelter Ekstase gerät, sich verausgibt und einen tödlichen Infarkt erleidet. Rilkes „Turnstunde“ bündelt, worum es im Folgenden geht: Militarismus, Nationalismus, Kult des männlichen Körpers, Verbot von Emotionen, körperliche und seelische Stärke und Schwäche und deren Inszenierung, die Relation von Individuum und Gesellschaft, das Zerbrechen am „engen gesellschaftlichen Umfeld“ (S. 7).

„Tauglich“ – der zentrale Begriff für ein militärisches Ritual: Die soziale Praxis der Musterung zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg, der Wandel der in ihr zum Ausdruck kommenden Kriterien, Werte und gesellschaftlichen (Trug-)Bilder war eng verknüpft mit dem Entstehen statistischer und demographischer Methoden, mit „wissenschaftlichen Definitionen und Definitionsversuchen des Soldaten, seiner Wehrfähigkeit und der nationalen Wehrkraft“ (S. 8).

Wie gedachte man den „guten Soldaten“ durch Vermessung zu finden, ja zu schaffen? Hartmanns Buch ist ein lesenswertes Beispiel der Neuen Militärgeschichte, die so neu nicht mehr ist, die jedoch bislang keineswegs in zufriedenstellender Weise, „auch wenn dies angemahnt wird, [...] zu einer solchen breiteren Einordnung militärischer Sozialstrukturen in breitere gesellschaftliche Kontexte“ (S. 13) gelangt sei. Die aus militärstatistischen, demographischen, wissenschaftlichen und publizistischen Quellen schöpfende Untersuchung schließt eine signifikante Forschungslücke und macht me-

thodisch fruchtbare Anleihen in der Kultur-, Sozial-, Institutionen- und Geschlechtergeschichte. Anhand der Praktiken der Rekrutierung Wehrpflichtiger in Friedens- beziehungsweise Vorkriegszeiten stehen Verwissenschaftlichungsprozesse, die Artikulation und Konstruktion des Nationalen sowie von Geschlechterzuschreibungen, Rassismus, Hygienismus, Medizin, Anthropologie, Anthropometrie, Biologismus und nicht zuletzt Kriegsführung im Mittelpunkt der Studie.

Hartmann fokussiert auf drei Fallbeispiele (Deutschland, Frankreich und die Schweiz), flieht aber über die Auswertung der Akten florierender internationaler Kongresse vor dem Ersten Weltkrieg weitere Kontexte ein. Die konstatierte weitreichende Entkoppelung von (nationalistischer) Politik und internationalem fachlichem Austausch unter Statistikern und Demographen mag – angesichts der überragenden nationalen Bedeutung der Topoi – überraschen. Sie entspricht allerdings – in ihrem Überraschungseffekt – analytischen Befunden etwa zum Kalten Krieg, wo ebenfalls trotz streng ideologisch getrennter Politikbereiche Vernetzungspraktiken verschiedener Organisationen (von Veteranenverbänden über konfessionelle Netzwerke zu Wissenschaftlern) über den Eisernen Vorhang hinweg Bestand hatten. Ob der Begriff „transnational“ der richtige ist, um solche Vernetzungen, deren wissenschaftliche Auffindung immerhin zuerst die etablierten Bilder in den Köpfen der Gegenwart herausfordert, sei dahingestellt. Hartmann benutzt ihn, um eben diese Losgelöstheit wissenschaftlicher Vernetzung von den internationalen politischen Beziehungen zum Ausdruck zu bringen (S. 18f.). Gleichwohl zielt er darauf, aus „einer spezifisch transnationalen Perspektive auf die Militärstatistik“ (S. 20) auf deren europäische Dimensionen zu schließen. Und in der Tat: Er schreibt eine Sozialgeschichte der Modernisierung und Militarisierung durch das Prisma europäischer Rekrutierungspraktiken, für die nicht zuletzt die zunehmende nationalistische Verengung und Vereinnahmung symptomatisch war.

Inhaltlich veranschaulicht die Studie die Verbundenheit von Militär und Gesellschaft in der Praxis der Rekrutenerfassung, etwa anhand der Definition und Erfassung von Krankheit und physischen „Untauglichkeitsmerkmalen“ (von der Syphilis bis zu Plattfüßen), anhand von Professionalisierungsstrategien und Institutionalisierungsprozessen von Statistikern, Verwaltungsbeamten und Militärmedizinern, und anhand von biologistischen, hygienistischen anthropometrischen und rassenideologischen Dis-

kursen. Nicht zuletzt zieht sich die Frage der Konstruktion von Männlichkeit und auch von Weiblichkeit durch das Buch – letztere etwa anhand der „Tauglichkeitprüfung“ von Mädchen für den späteren Dienstmädchenberuf, die als Spiegel der „Wehrtauglichkeit“ von Männern betrachtet wurde. Hartmann distanziert sich durch Führungszeichen von den definitorischen Interpretationen des ‚Männlichen‘ und des ‚Weiblichen‘ seiner historischen Protagonisten, offenbar inspiriert durch die beispielsweise von Svenja Goltermann (*Körper der Nation*, 1998) derart eingeführte Betonung der Konstruiertheit von Geschlechterzuschreibungen.

Interessant ist durchweg die empirische Nachzeichnung des Wandels von Begrifflichkeiten, Wertungen, Einschluss- und Ausschlusskriterien. Hartmann macht deutlich, wie sehr ‚objektive‘ Wissenschaft kontextgebunden und pfadabhängig arbeitet. Seit dem Krimkrieg entwickelte sich das Spannungsfeld zwischen der nüchternen Statistik, den Vermessungen des Menschen sowie der daran gekoppelten nationalistischen Instrumentalisierung der Daten einerseits, und den Zuständen im Feld und in den militärischen Institutionen im Frieden andererseits. Die oft grotesk überspannte, geradezu absurd wirkende Suche nach Kriterien für den wehrtauglichen Soldaten scheint, zumal im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Weltkrieges, ein buchstäblich psychotischer Ausdruck wachsender Kriegsahnung, Kriegsangst und Friedenshoffnung, aber nicht zuletzt auch der Kriegstreiberei.

Hartmann hat aus fruchtbar vergleichender europäischer Perspektive eine Geschichte militärischer Ideen, Konzepte, Statistiken und Wissenschaftsdiskurse geschrieben. Die Studie bietet so sehr ein Bild der Gesellschaft, die sie erforscht, wie sie gedankliche Schlaglichter auf das nachfolgende 20. Jahrhundert und auch auf die heutige, von großen Zahlen und entmenslichten sozioökonomischen Prozessen geprägten Zeit zulässt: Eine Grundsatzkritik an der weitreichenden Entkoppelung von Wissenschaft und Gesellschaft, an der galoppierenden Verselbstständigung der Zahlen und Daten – die heute vor allem das Gesicht einer massiven Instrumentalisierung menschlicher Qualitäten im Sinne wirtschaftlicher Machtpolitiken trägt. Mit großem Krieg als Fluchtpunkt, wie in der hier angezeigten Studie, mögen die heutigen Berechnungs- und Vermessungsdynamiken einstweilen noch nichts zu tun haben.

Regensburg

Sabine Rutar

Koloniale Erinnerungsorte

Zimmerer, Jürgen (Hrsg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, 524 S., Campus, Frankfurt a. M. 2013.

2014 – ein Jahr, in dem nicht nur an den Ersten Weltkrieg erinnert wird, sondern auch an den Genozid an den Herero und Nama in Namibia (1904–1908) und an die Berliner Kongokonferenz (1884–1885), als die Kolonialmächte die territoriale Grenzen auf dem Kontinent zogen, die bis heute viele Staatsgrenzen bilden. Der Hamburger Afrikahistoriker Jürgen Zimmerer nimmt diese Ereignisse zum Anlass, um in einem umfangreichen Sammelband Erinnerungsorte der Deutschen Kolonialgeschichte auszu-leuchten. Sein programmatischer Einleitungsaufsatz erörtert den Erkenntniswert von Konzepten wie „kollektives Gedächtnis“ und „Erinnerungsorte“ für die deutsche Kolonialgeschichte. In seiner historiographiegeschichtlichen Einordnung nimmt der Herausgeber Bezug auf enzyklopädische Publikationen zu deutschen Erinnerungsorten, wobei er moniert, dass diese koloniale Beziehungen Deutschlands zur außer-europäischen Welt ignorierten. Zimmerer beschränkt sich nicht auf eine Rückschau, vielmehr bezieht er aktuelle Debatten über die Umbenennungen kolonial geprägter Straßennamen, die vor allem afrodeutsche Vereine fordern, in seine Erläuterungen ein. Berücksichtigung finden auch Entschädigungsforderungen der Herero und Nama, über die seit Jahren Vertreter aus Namibia und Repräsentanten der Bundesregierung Kontroversen führen. Diese bilden wiederum einen Rahmen für die Rückgabe von Schädeln aus rassenanthropologischen Sammlungen in deutschen Museen an die Herero und Nama in Namibia.

Zimmerers Reflexionen spannen den Bogen, in den alle 32 Einzelbeiträge einzuordnen sind. Der Sammelband ist interdisziplinär angelegt, so kommen Historiker, Ethnologen, Politik- und Literaturwissenschaftler sowie Museumsexperten zu Wort. Ihre empirisch fundierten Analysen sind in fünf Kapitel zu Vorstellungswelten, weltpolitisch bedeutenden Ereignissen, wichtigen Institutionen und Akteuren sowie zu Denkmälern aufgeteilt. Das Spektrum reicht von der Hunnenrede Kaiser Wilhelms II., über Hagenecks Tierpark bis zum Kilimandscharo, der zeitweilig als höchster Gipfel Deutschlands galt. Auch Völkerkundemuseen sowie die Rolle von Missionaren und Frauen in Kolonialgesellschaften werden kritisch untersucht. Exemplarisch für die facettenreiche Auseinandersetzung sind die folgenden Beispiele.

Deutsche Projektionen auf die Südsee ordnet der Hagener Historiker Reinhard Wendt in die deutsche Kolonialgeschichte ein. Sein informativer und gut strukturierter Beitrag geht von der Südsee als vielschichtigem Assoziationsraum aus, so differenziert er zwischen den erklärenden Vorstellungen von Samoa als paradiesischem Idyll und den Negativzuschreibungen auf Melanesien, dem „Reich der Kopffäger“, wo die deutsche koloniale Zivilisierungsmission besonders aktiv wurde. In zeitlichen Längsschnitten zeigt Wendt die Komplexität verschiedener Ereignisse und Strukturen sowie die Interessen von Händlern, Missionaren und Forschungsreisenden auf. Zudem beachtet er das Vorgehen anderer Kolonialmächte in der Region. Die lokalen Bevölkerungsgruppen kommen bei ihm als Akteure vor, ohne dass er Macht- und Ausbeutungsverhältnisse vernachlässigt.

Der Literaturwissenschaftler Yixu Lü, der an der Universität Sydney lehrt, erklärt die Bedeutung Tsingtaus als deutsche Musterkolonie. Er belegt detailliert, dass die Annexion dieses Flotten- und Handelsstützpunkts von Anfang an ein staatliches Unternehmen war, dem das Reichsmarineamt große Bedeutung beimaß, zumal dortige Verantwortliche sich auch Zugang zu umfangreichen Kohlevorkommen versprachen. Neben militärstrategischen und ökonomischen Interessen hatte Tsingtau, heute Jiaozhou, großen symbolischen Wert. Die Hafenstadt wurde zum Vorzeigeeobjekt für eine neue Expansionspolitik und die weltpolitischen Ambitionen Kaiser Wilhelms II. Yixu Lü benennt auch die Schattenseiten: Die Ausbeutung der chinesischen Arbeiter, die Stadt und Hafenanlagen bauten und gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung im Landesinneren eine Eisenbahnlinie anlegen mussten. Wie hohl die Rede von der Musterkolonie war, zeigte sich etwa daran, dass nicht die deutsche Kolonialverwaltung, sondern Missionare Krankenhäuser für die Chinesen einrichteten.

Im Unterschied zu Tsingtau, das als Ort der Mythenbildung heute wenige deutsche Touristen anlockt, ist Namibia ein Magnet für Kolonialapologeten. So analysiert Henning Melber, Forschungsprofessor an den Universitäten Pretoria und Bloemfontein, den Waterberg nordöstlich von Windhoek als Landschaftsfanal. Während Touristen auf dem Weg zum Etoscha-Tierpark an den Gräbern deutscher Soldaten Station machen, die dort 1904 bei Gefechten

gegen die Herero starben, und Vertreter der deutschsprachigen Siedler das Bergmassiv als identifikatorische Projektionsfläche nutzen, ist der Waterberg für die Nachfahren der Überlebenden ein Ort, wo sie das Unrecht des Völkermords anklagen.

Umstritten sind auch Denkmäler in Namibia, wie das 1912 errichtete Reiterdenkmal in Windhoek. Reinhart Kößler, Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, verortet es in der Erinnerungslandschaft im Land und in der Hauptstadt. Überzeugend interpretiert er es als zentralen Bestandteil deutscher Kolonialarchitektur, als Brennpunkt der Erinnerungspolitik und als Kristallisationskern der Kontroversen über Symbole und deren Deutungen. 2009 wurde dieses Sinnbild der Besitzergreifung der früheren Kolonie Deutsch-Südwestafrika versetzt und 2012 erinnerten Geschichtsrevisionisten feierlich an seine Einweihung vor 100 Jahren. Am 25. Dezember 2013, also nach dem Erscheinen des Sammelbandes, wurde es im Regierungsauftrag erneut verschoben, was etliche Kommentatoren in Zeitungen und Internetforen zu erbitterten Kommentaren veranlasste; so bleiben Diskussionen über koloniale Erinnerungsorte brisant. Dieses lesenswerte Buch, dessen kenntnisreichen Beiträge aufschlussreiche Beispiele des komplexen Themas analysieren, illustriert die Bedeutung fundierter Detailforschungen.

Berlin

Rita Schäfer

Deutsche Kolonialgeschichte

Bührer, Tanja: Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885 bis 1918, 532 S., Oldenbourg, München 2011.

In der vorliegenden Publikation, welche die überarbeitete Fassung ihrer 2008 an der Universität Bern angenommenen Dissertation darstellt, widmet sich Tanja Bührer der Geschichte „koloniale[r] Sicherheitspolitik“ (S. 2) und Kriegführung im ‚Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika‘. Im Zentrum steht deren Hauptakteur, die ‚Kaiserliche Schutztruppe‘, womit bereits die militärgeschichtliche Ausrichtung und korrespondierende Quellenauswahl der Arbeit – hauptsächlich Akten des Reichskolonialamts, der Marine sowie Memoiren vormals Verantwortlicher – benannt sind.

In insgesamt elf Kapiteln, grob nach chronologischen und teils nach thematischen Kriterien angeordnet und in Umfang wie Relevanz divergierend, folgt auf eine eher deskriptive Rekonstruktion der Aktivitäten „privater Gewaltorganisationen“, insbesondere der so genannten ‚Wissmann-Truppe‘, die umfassende Darstellung der Entstehungshintergründe, rechtlichen Grundlagen und Zusammensetzung der ‚Kaiserlichen Schutztruppe‘ selbst. Kapitel IV vertieft hierarchisch wie örtlich bedingte innereuropäische Kompetenz- und Machtabgrenzungen innerhalb einer von „zivil-militärische [...] Dualismen“ geprägten „Herrschaftsstruktur“ (S. 161ff.), wohingegen in Kapitel V eine Gesamtbetrachtung der „Kriege gegen autochthone Gegner“ vorgenommen und der zentralen Frage nachgegangen wird, ob den von der ‚Schutztruppe‘ verübten Kriegs- und Gewalttaten eine „Entgrenzung“ oder aber „Afrikanisierung der Gewalt“ (S. 211ff.) zugrunde gelegen hätte. Kapitel VI diskutiert für das Kaiserreich die Frage, ob sich hinsichtlich „Krisenbewältigungen im Ausnahmezustand“ ein „Lernen aus den Kolonialkriegen“ erkennen lässt (S. 278ff.). Nach einem Exkurs zur Rolle europäischer Siedler vor Ort bewegt sich die Gliederung zurück auf die chronologische Ebene und liefert eine umfassende Darstellung „[k]oloniale[r] Verteidigungspläne“ sowie des „Kampfes“ (auf institutioneller Ebene) „gegen die Militarisierung der Schutzgebiete“; eine zögerliche Entwicklung „hin zu einer globalen Interventionsarmee“ wird diskutiert (S. 489). Ein Kapitel zum Ersten Weltkrieg, der nicht als Kolonial-, sondern als „europäischer Krieg in Deutsch-Ostafrika“ betrachtet wird, beschließt die Studie (S. 443).

Bührer berücksichtigt hinsichtlich Entstehung und Entwicklung der ‚Schutztruppe‘ eine Vielzahl von Akteuren, Ebenen und Entscheidungsprozessen, und liefert damit eine handbuchartige, detailreiche Grundlagenstudie zur neben Heer und Marine „marginalisierte[n] dritte[n] militärische[n] Formation“ des Kaiserreichs (S. 2). Positiv lässt sich festhalten, dass die Entwicklungen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ konsequent mit denjenigen anderer deutscher wie europäischer Kolonien verglichen, Persönlichkeiten und Einstellungen ebenso wie Ausbildungswege und Karrieren aufgezeigt sowie Interessenkonflikte und konkurrierende Machtansprüche heterogener europäischer Akteure – dominierend zwischen Zivilverwaltung und Militär (S. 161ff.), aber auch beispielsweise im Kapitel über die „Kriegswirtschaft“ (S. 444f.) – adäquat

komplex dargestellt werden. Geschehnisse in der „Peripherie“ kann die Autorin so schlüssig im Rahmen einer wechselseitiger Beeinflussung mit der ‚Zentrale‘ kontextualisieren (S. 486) und differenziert Spezifika der seitens „heimischer militärischer Institutionen“ gering geschätzten Truppe herausarbeiten (S. 122).

In der Einleitung werden mit Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus, ‚Kleinen‘ beziehungsweise ‚Neuen Kriegen‘, *Postcolonial Studies* und der Frage nach Genoziden in kolonialen Kontexten zahlreiche für eine ‚neue‘ Militärgeschichte fruchtbare Themenfelder angesprochen. Während diesen Debatten teils produktiv nachgegangen wird – so für eine Charakterisierung der Maji-Maji-Kriege in Kapitel VI –, gestaltet sich die übergreifende Analyse der Dynamiken von Krieg und Gewalt im Zeichen ihrer „Afrikanisierung“ dagegen problematisch (S. 275). Ansätze aus der neueren politikwissenschaftlichen Literatur, wie Herfried Münklers asymmetrische „Neue Kriege“ (2002), werden mehr auf die ostafrikanischen Gesellschaften denn auf das Gesamtgeschehen angewendet, so dass konstruktive Fragen wie diejenige nach einer ‚Transnationalität‘ der aus „Sudanese und Zulus“ (S. 155) bestehenden Askari-Verbände oder nach einer ‚Söldnermentalität‘ auch auf Seiten der als „suspekten[n] Sonderlinge“ (S. 123) geltenden deutschen Kolonialsoldaten nicht aufgeworfen werden. Der ‚europäisch geführte Krieg‘ bleibt somit letztlich analytischer Referenzrahmen. Dass ein Großteil der Beteiligten – typologisiert als „irreguläre[r] Gegner“ (S. 33), Söldner oder Warloards – vor dem Hintergrund ganz anderer kultureller Deutungsmuster agierte, wird unter eine vage definierte „afrikanische Gewaltkultur“ subsumiert (S. 483), welche in „nicht nur durch die neuen Asymmetrien bedingt[en]“, sondern „ganz in der Kontinuität zur vorkolonialen afrikanischen Kriegsführung“ stehenden „Hinterhalte[n]“ (S. 482) Ausdruck gefunden habe, oder im „traditionellen[n] Raub- und Beutekrieg“ (S. 274). Der von der Autorin hier ausgemachte „bislang stark vernachlässigte [...] prägende [...] Einfluss der afrikanischen Kriegsführung auf die Gewaltausübung der Schutztruppe“ (S. 271), welcher sich als „Brutalisierung“ (S. 483) und als „besonders grausame[r] Charakter“ des Krieges (S. 271) manifestiert habe, übersieht, dass erst die deutsche Gewaltbereitschaft im kolonialen Kontext solche Kriegshandlungen förderte und forderte. Auch wird versäumt zu fragen, ob die ‚Schutztruppe‘ nicht – über „einige genuin deutsche Brutalisierungen“ (S. 274) hinaus – wie andere

europäische Kolonialarmeen auch ‚brutale‘ Tätigkeiten systematisch an lokale oder regionale Akteure zu delegieren suchte. Methodisch zeigen Arbeiten wie Michael Peseks „Das Ende eines Kolonialreichs“ (2010) oder Michelle Moyds „Making the Household, Making the State. Colonial Military Communities and Labor in German East Africa“ (2011), dass es unter Einbeziehung von Quellen wie mündlich tradierter *songs* oder Autobiographien gerade kein „undurchführbares Unterfangen“ ist, auch Egodokumente afrikanischer Akteure zu berücksichtigen und „Identität und [...] Loyalitätsempfinden der Askaris konzipieren nachzuvollziehen“ (S. 160). Auch weist die Arbeit sprachliche Ungenauigkeiten auf oder lässt es an Distanz zu den Quellen fehlen, so wenn die Rede davon ist, der ‚Schutztruppe‘ seien ihre (zwangsverpflichteten) Träger „entlaufen“ (S. 472) – dergestalt (über) Geschichte Afrikas zu schreiben, riskiert die unkritische Übernahme zeitgenössischer Denkmuster und lässt es an eben jener Empathie fehlen, „andere Kulturen unverzerrt wahrzunehmen“, welche die in der Einleitung mit Said zitierten *Postcolonial Studies* einfordern (S. 14).

Auch wenn der Arbeit also ein dezidiert europäisch geprägter Blickwinkel auf die Geschehnisse zugrunde liegt, den man sich ob der den Titel schmückenden ‚transkulturelle[n] Kriegsführung‘ gerade nicht erwartet hätte: Das Buch bleibt aufgrund seiner detailreichen und umfassenden Aufbereitung der militärhistorischen Quellen eine wichtige und kompetente sowie nicht zuletzt mutige Grundlagenstudie zur Kolonialgeschichte ‚Deutsch-Ostafrikas‘.

Berlin

Kerstin Stubenvoll

Wirtschaftliche Verflechtungen

Zangger, Andreas: Koloniale Schweiz. Ein Stück Globalgeschichte zwischen Europa und Südostasien (1860–1930), 476 S., transcript, Bielefeld 2011.

Die Einteilung der Welt in fortgeschrittene Industrienationen und in relativ rückständige Entwicklungsländer hat die globale politische Kommunikation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tief geprägt. In erfolgreichen Volkswirtschaften (wie der Schweiz) wurde ein wirtschaftspolitisches Musterbeispiel erkannt, das armen Ländern (wie Indonesien) als Vorlage dienen könne. Die europäischen Wachstums-

erfolge, deren Wurzeln tief ins 19. Jahrhundert zurückreichen, sind konsequent in kleinräumigen wirtschaftlichen Handlungseinheiten lokalisiert worden. Man verstand das europäische Modernisierungswunder als ein eigendynamisches Binnenphänomen und empfahl den neuen Volkswirtschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika, aus sich selbst heraus dieses Wunder nachzuholen.

Die Dissertation von Andreas Zangger über die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Südostasien und der Schweiz zwischen 1860 und 1930 bietet eine Fülle von Belegen dafür, dass diese nationszentrierte Vorstellung der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung falsch ist. Globale Verflechtungen spielten eine entscheidende Rolle. Wir sind gut informiert darüber, dass die koloniale Expansion im 19. Jahrhundert ein wesentlicher Faktor für die spektakuläre Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens oder auch der Niederlande war. Weniger bekannt ist, dass auch die früh industrialisierte Schweiz keineswegs aus sich selbst heraus auf einen erfolgreichen Wachstumspfad fand. Obwohl das Alpenland nie eigene Kolonien besaß, gründete sein Wohlstand wesentlich auf Handels- und Produktionsunternehmen der Textilbranche, die ab den 1840er Jahren nicht nur Rohstoffe aus Asien, Afrika und Lateinamerika bezogen, sondern auch Absatzmärkte weit jenseits der nationalen Grenzen bedienten. Zangger berichtet aus einer Quelle, was ein Schweizer Handelsvertreter um die Mitte des 19. Jahrhunderts auf den Straßen von Singapur sah: „Da waren sie quasi zur Schau gestellt, die bunten Erzeugnisse des Toggenburgs in ihrer Vielgestaltigkeit, sowohl von Männer wie Frauen getragen, sodann die von weitem den echten täuschend ähnlichen, meisterhaft gedruckten Batiks des Glarnerlands und die fein gemusterten, gleißenden Seidenstoffe Zürichs“ (S. 61).

Das Buch ist eine Pionierarbeit. Es stellt der Schweizer Wirtschaftsgeschichte eine Fülle von Quellenbelegen entgegen, die zur Revision von etablierten Gewissheiten auffordern. Es widerlegt nationszentrierte Annahmen der Wirtschaftsgeschichte und füllt wesentliche Lücken des globalhistorischen Forschungsprogramms mit empirischer Evidenz.

Zangger stellt seine Untersuchung in den Horizont der Globalgeschichte und stützt sich insbesondere auf Shalini Randeria's Begriff einer „geteilten Geschichte“. Seine Recherchen in Schweizer Wirtschaftsarchiven, in den Niederlanden, in London und in Südostasien zeigen eindrücklich auf, wie sehr die Schweiz ihren

Wirtschaftserfolg historisch mit Singapur und Sumatra teilt. Zangger geht aber nicht nur auf die wirtschaftliche Verflechtung ein, sondern untersucht auch die Frage, wie sich Schweizer in Südostasien in die dort herrschende koloniale Sozialstruktur einfügten. Er beschreibt eine geteilte Geschichte der Ausbeutungserfahrung, in welcher sich die Schweizer Akteure auf die Seite der niederländischen und der britischen Kolonialherren stellten. Es bestand eine klare Teilung zwischen der europäischen Selbstüberhebung und ihrer zivilisatorischen Herabstufung der südostasiatischen Handelspartner.

Das erste Hauptkapitel widmet sich der Schweizer Präsenz auf dem Handelsplatz Singapur. Dabei gilt das Augenmerk jener Gruppe von Mittelpersonen, die den Welthandel durch ihre Netzwerke und ihr Verhandlungsgeschick wesentlich befördert haben. Neben Bugis aus Südsulawesi, Hadramis aus dem Südosten Jemens, indischen Parsis und Chettians aus Tamil Nadu, Armeniern, Juden aus Bagdad und Chinesen aus verschiedenen Regionen Südchinas spielten auch Schweizer in dieser Hinsicht eine Rolle. Auf Sumatra, dem sich das zweite Hauptkapitel widmet, waren Schweizer hingegen hauptsächlich als koloniale Plantagenbesitzer tätig. Hier entfaltete sich eine spezifische Frontier-Kultur, in der Söhne aus guten Schweizer Häusern vorübergehend einen kolonialen Lebensstil pflegten, der sich wesentlich um die Tabakpflanze drehte. Diese Vertiefungen würdigen die zwei wichtigsten Verflechtungsformen zwischen der Schweiz und Südostasien, die im Handel und in der Produktion von Rohstoffen lagen. Im dritten Hauptteil rekonstruiert Zangger Kapitalflüsse und thematisiert auch eine unternehmerische Nische, das Transportversicherungsgeschäft, in welchem Schweizer relativ stark präsent waren. Zwei ausführliche Kapitel widmen sich außerdem der Naturforschung, die in Indonesien von Schweizern betrieben wurde, und der Rolle der Auslandschweizer im politischen Diskurs in der Eidgenossenschaft.

Spätestens hier verschwimmt die an sich konzise Fragerichtung der Studie. Zu viele Themen werden angesprochen und zu heterogene Theoriestränge sollen bedient werden. Insgesamt ist das Buch unausgereift. Auffallend sind die vielen Rechtschreibfehler, das unprofessionelle Layout, das unvollständige Inhaltsverzeichnis und die vielen Stilbrüche im Text. Die Argumentation hätte für die Publikation stark überarbeitet werden müssen. Kürzungen und Umstellungen hätten den Lesefluss erleichtert. Der Verlag scheint aber vollständig auf diese verle-

gerischen Dienstleistungen zu verzichten, was für den wissenschaftlichen Buchmarkt katastrophal ist. Zanggers Dissertation wirkt sowohl inhaltlich als formal wie der unsichere Vorstoß eines völlig allein gelassenen Einzelgängers in ein brisantes Thema. Offenbar ist die Kritik am dominanten nationalstaatszentrierten Modell der Wirtschaftsentwicklung nicht leicht zu haben. Man kann sich nur wünschen, dass die Studie weitere Untersuchungen anregt, die sorgfältiger abgeschlossen werden.

Luzern

Daniel Speich Chassé

Europäisches Denken

Menrath, Manuel (Hrsg.): Afrika im Blick. Afrikabilder im deutschsprachigen Europa, 1870–1970, 329 S., Chronos, Zürich 2012.

Bis heute gilt Afrika weithin als Kontinent, für den nur Naturkatastrophen, Kriege und gescheiterte Staaten charakteristisch sind. Nicht enden wollende Ströme von Afrikanerinnen und Afrikanern, die oftmals schon an den europäischen Außengrenzen scheitern, tun ein Übriges, um bei vielen Menschen den Eindruck zu erwecken, dass der Aufstieg zur Zivilisation, so wie sie viele Europäerinnen und Europäer sehen, ohne westliche Hilfe nicht möglich ist. Solche stereotype Wahrnehmungen gehen oftmals auf die Kolonialzeit zurück.

Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Sammelbandes begeben sich auf Spurensuche nach kolonialen Afrikabildern in den deutschsprachigen europäischen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die meisten Beiträge belegen, dass Repräsentationen des ‚schwarzen Kontinents‘ und koloniales Denken nicht vor Landesgrenzen Halt machen. Problemlos wurde solch triviales Denken innerhalb Europas, insbesondere desselben Sprachraums – selbst in Länder ohne eigene Kolonialgebiete wie die Schweiz und Österreich – transportiert. In zwölf Studien versuchen die Beitragenden durch verschiedene kulturhistorische Frage- und Themenstellungen die kolonialen Afrikakonstruktionen zu analysieren. So entsteht ein facettenreiches Bild, welches kaum etwas über Afrika aussagt; dafür umso mehr über diejenigen Menschen in Europa, die dieses oft schon über Generationen kolportieren.

Die meisten Beiträge konzentrieren sich auf die Untersuchung postkolonialer Strukturen in

der deutschsprachigen Alltagskultur. Der Gefahr, in guter Absicht die Argumentation zu überziehen, können sich einige der Autorinnen und Autoren nicht entziehen. So benutzt beispielsweise der Herausgeber in einer erfreulich kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff ‚Neger‘ stattdessen das ‚N-Wort‘ (S. 7). Es sollte, wie in dieser Einleitung geschehen, darauf hingewiesen werden, dass dieser Begriff im heutigen Sprachgebrauch nicht mehr verwendet werden sollte, so auch nicht von Politikern, was hier explizit kritisiert wird. In der Zwischenzeit ist jedoch erwiesen, dass die Verwendung solcher euphemistischen Begriffe (es gibt auch ein ‚M-Wort‘ für ‚Mohren‘ etc.) genau das Gegenteil von dem bewirkt, was eigentlich damit bezweckt werden sollte. Hilfreicher wäre gewesen, den Begriff angemessen zu historisieren. Beispielsweise wurde der Begriff ‚Neger‘ nicht zuletzt als Selbstbezeichnung verwendet. Leider gelingt es dem Herausgeber in seinen einleitenden Worten nicht, die vielfältigen Facetten der Kolonialismusforschung und die universitäre Durchsetzung dieser Wissenschaftsdisziplin im deutschsprachigen Raum zu erkennen. Außerdem wurden einige der aktuellen kolonialhistoriographischen Studien zur Geschichte des deutschen (Post)Kolonialismus nicht berücksichtigt und die Entwicklung der Kolonialhistoriographie in Deutschland nicht richtig erfasst. Dahingegen erwähnt Menrath recht ausführlich Edward Saids Orientalismus-Theorie, ohne dadurch einen Mehrwert für die Diskussion über den Postkolonialismus zu erzielen.

Die zwölf substantiellen Beiträge sind leistungsfähig. Besonders überzeugt der missionsgeschichtliche Aufsatz von Marita Haller-Dirr, weil er überregionale und transdisziplinäre Ansätze aufgreift. Sein konkretes Thema sind die Vorstellungen von deutschsprachigen Missionaren über den afrikanischen Kontinent. Allerdings stehen hier die katholischen Kapuziner und Baldegger Schwestern aus der Schweiz im Mittelpunkt der Untersuchung. Die Einbettung auch anderer Kongregationen und beispielsweise der evangelischen Missionsgesellschaften wäre wünschenswert gewesen.

Auch andere in dem Sammelband behandelte Themen wecken das Interesse von Kolonial- und/oder Missionshistorikern, wie beispielsweise die Darstellung von Afrika und Afrikanern in Schul- und Kinderbüchern der Schweiz von Patricia Purtschert und Gesine Krüger, über die Wahrnehmung vornehmlich farbiger französischer Kolonialsoldaten in der Schweiz und in Deutschland von Manuel Men-

rath, die Behandlung von „schwarzen französischen Kriegsgefangenen“ durch die deutsche Wehrmacht von Raffael Scheck, über den Kolonialoffizier Max Knecht, der zum „Vorkämpfer der kolonialrevisionistischen Bewegung in Freiburg i. B.“ wurde von Heiko Wegmann, über die Darstellung des Kolonialismus im frühen deutschsprachigen Kino von Wolfgang Fuhrmann, dem „Gebrauch von Dokumentarfilmen in der Entwicklungszusammenarbeit“ von Felix Rauh und zum Zusammenwirken von Ökonomie und Politik von sogenannten Völkerschauen um 1900 von Werner Michael Schwarz.

Es fällt die Bandbreite der behandelten Themen auf. Es gibt (post)kolonialhistorische, militär-, mentalitäts-, missions-, film- und literaturgeschichtliche Abhandlungen. Die zu Grunde liegenden Zeiträume greifen teilweise bis in die Zeit vor der direkten Phase des deutschen Kolonialismus zurück, behandeln aber auch Themen aus der Zwischenkriegsphase und zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Zwei der filmkritische Beiträge behandeln gar die Zeit danach (1950er Jahre).

Der Sammelband greift eine Vielzahl von Themen auf, die leider ohne erkennbares verbindendes Konzept mehr oder minder neue Themenbereiche aus der Kolonialismusforschung beziehungsweise der postkolonialen Studien ansprechen. Einzelne Beiträge, vor allem diejenigen, die sich explizit mit (post)kolonialen Fragestellungen befassen, stellen indes wichtige Bestandteile der aktuellen Kolonialismusforschung dar. Diese fassen nicht nur entsprechende Forschungsergebnisse zusammen und tragen durch zum Teil detaillierte Quellenforschung zu diesen bei, sondern sie zeigen auch auf, wo es noch Forschungslücken gibt. In jedem Fall ist das vorliegende Buch ein wichtiges Element bei zukünftigen komparatistischen Studien zum europäischen Kolonialismus.

Berlin

Ulrich van der Heyden

Internationale Praktiken der kulturellen Aneignung

Huck, Christian/Bauernschmidt, Stefan (Hrsg.): Travelling Goods, Travelling Moods. Varieties of Cultural Appropriation (1850–1950), 261 S., Campus, Frankfurt a. M. 2012.

Globalisierungsprozesse mögen im Bereich des Konsums besonders unmittelbar erfahrbar sein.

Dass aber Globalisierung auch Homogenisierung bedeutet und mit einer Angleichung unterschiedlicher Konsumgewohnheiten einhergeht – das ist eine These, die in dem vorliegenden Sammelband in Frage gestellt wird. Die Autorinnen und Autoren heben bei ihrer Analyse von Konsumgütern auf Reisen vielmehr deren Lokalisierung, ihre vielfältige lokale Einbettung und Anverwandlung hervor. Sie orientieren sich damit an dem Leitkonzept des Bandes, dem Konzept der „cultural appropriation“.

In ihrem klar strukturierten Band versammeln die Herausgeber Christian Huck und Stefan Bauernschmidt Aufsätze aus unterschiedlichen Disziplinen: aus der Anthropologie, Soziologie und Geschichtswissenschaft ebenso wie aus den Literatur- und Kulturwissenschaften. Die Publikation schließt mit einem theorieorientierten Beitrag der beiden Herausgeber ab. Den einzelnen Fallstudien ist zudem ein einleitender Aufsatz von Hans Peter Hahn vorangestellt. Der Frankfurter Anthropologe stellt darin unterschiedliche disziplinäre Annäherungen an Formen der kulturellen Aneignung vor. Die Appropriation fremder Güter beschreibt er maßgeblich als eine Form des Zueigenmachens und der Einpassung in den jeweiligen lokalen Kosmos von Dingen und Akteur-Dingbeziehungen. Den analytischen Wert des Konzepts führen die Autorinnen und Autoren dann anhand unterschiedlicher Untersuchungsgegenstände (Essen, Bücher, Maschinen), -zeiten (19. und frühes 20. Jahrhundert) und -räumen (USA, Westeuropa, Philippinen) eher überzeugend vor, als dass sie ihn kritisch zu beleuchten suchen.

Dass Transfers nicht allein von den tatsächlichen Eigenschaften des übertragenen Guts, sondern auch von dessen imaginierter Herkunft und den darauf bezogenen Assoziationen abhängen, verdeutlichen insbesondere jene Beiträge, die sich in einem ersten Abschnitt auf den Konsum von Nahrungsmitteln beziehen. Sonja Weishaupt zeigt, wie stark die schrittweise Annäherung an „die“ chinesische Küche in US-amerikanischen Haushalten mit gängigen Konstruktionen chinesischer Exotik zusammenhängt. Ebenso verdeutlicht sie, dass etablierte Konsumgewohnheiten darüber bestimmen, was wie als chinesisches Essen deklariert, zubereitet und verzehrt wurde. Wie sehr der Erfolg eines neuen Gerichts zudem von dem jeweiligen lokalen Universum an Gütern und Geschäften abhängen konnte, veranschaulicht der Beitrag von Margrit Schulte Beerbühl. Sie befasst sich darin mit der erfolgreichen Verbreitung deutscher Wurstwaren in Großbritannien, die im 19. und

frühen 20. Jahrhundert maßgeblich durch die deutsche migrantische Community vorangetrieben wurde. Umgekehrt wird an dem von Ole Sparenberg geschilderten, gescheiterten Versuch, im Deutschland der Zwischenkriegszeit Fischbratküchen nach britischem Vorbild zu etablieren, deutlich, wie sehr das Zusammenspiel von lokalen Ökonomien und (sozial differenzier-tem) Konsum die Annahme neuer Gerichte behindern konnte.

Im Zusammenhang mit Büchern heben die Autoren die Bedeutung jener Akteure hervor, die als „Gatekeeper“ auf die Übersetzung und lokale Verbreitung neuer Güter einwirkten. So zeigt Christian Huck, wie die Strategien von Verlegern ebenso wie die Kampagnen nationalistischer Kulturkritiker Anfang des 20. Jahrhunderts beeinflussten, in welcher Form sich Groschenromane nach US-amerikanischem Vorbild in Deutschland ausbreiteten. Olivia Anne M. Habana befasst sich mit dem Versuch, im Zuge der US-amerikanischen Kolonialherrschaft in den Philippinen über Schulbücher „amerikanische Werte“ zu vermitteln. Dabei verdeutlicht sie, dass die Kolonialbeamten nicht umhin kamen, auf das Wissen lokaler Akteure einzugehen und die Schulbuchtexte entsprechend anzugleichen. Frederike Felcht schließlich situiert die Verbreitung der Texte des dänischen Schriftstellers H. C. Andersen in einem transnationalen literarischen Feld, wobei sie die Bedeutung von Akteur-Netzwerkstrukturen (nicht ganz stringent) in ihre Analyse zu integrieren sucht.

Wie sehr lokal etablierte Praktiken und bereits existierende Techniken die lokale Akzeptanz einer neuen Maschine beeinflussten, wird vor allem in dem dritten Abschnitt zu technischen Gütern offenkundig. Entgegen gängiger Vorstellungen werden auch Maschinen hier nicht als stabil, sondern als veränderlich und mit Deutungen aufgeladen beschrieben. So zeigt Stefan Bauernschmidt, der sich mit dem vergleichsweise geringen Erfolg des Ford T auf dem deutschen Markt befasst, wie sehr emotionale Aufladungen und nationale Stereotype dessen Wahrnehmung in der Zwischenkriegszeit beeinflussten. Gijs Mom schildert anhand des Zündmechanismus bei Autos instruktiv den langwierigen Prozess des Aushandelns und Austestens neuer technischer Lösungen sowie deren Angleichung an lokale Gewohnheiten und Märkte. Patricia Irene Dacudao bezieht sich auf die Mechanisierung der Landwirtschaft auf den Philippinen unter amerikanischer Kolonialherrschaft und beschreibt, wie sich bei der Ent-

wicklung einer neuen Erntemaschine amerikanische Ideale des Fortschritts durch Individualisierung und Mechanisierung mit lokalen kooperativen Strukturen verschränkten.

Formen der „cultural appropriation“, erklärt Hans Peter Hahn in seinem Beitrag, seien von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen geprägt. Doch während auch die Herausgeber in ihrer abschließenden Reflexion diese analytische Dimension hervorheben, sparen die empirischen Fallstudien sie tendenziell aus – einmal abgesehen von den beiden Beiträgen, die sich auf die US-amerikanische Kolonialherrschaft auf den Philippinen beziehen. In jedem Fall wäre es produktiv gewesen, noch stärker Gemeinsamkeiten in den jeweiligen Ergebnissen zu konturieren, um damit unter Umständen zu historischen Thesen zu gelangen, die über die allgemeinen Annahmen zur Praxis kultureller Aneignung hinausgehen. Beispielweise wäre es – gerade weil das Verhältnis von Globalisierung und Verflechtung als Einstieg dient – interessant gewesen, über verschiedene Phasen der Aneignung zu spekulieren. Die Wahl des Zeitraums von 1850 bis 1950 erscheint sonst etwas beliebig. Davon aber abgesehen, versammelt der vorliegende Band Beiträge, die auf überzeugende und anschauliche Weise Einblick in die Vielfalt von Praktiken der kulturellen Aneignung geben.

Hamburg

Christiane Reinecke

Wirtschaftliche Globalisierungsprozesse

Dejung, Christof/Petersson, Niels P. (Hrsg.): The Foundations of Worldwide Economic Integration. Power, Institutions, and Global Markets, 1850–1930, 292 S., Cambridge UP, Cambridge 2013.

Handelsströme, Kapitalverflechtungen und die Migration von Arbeitern und Angestellten gelten als wichtige Gradmesser für den Fort- oder Rückschritt wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse. Betrachtet man diese Phänomene, so lassen sich entsprechende Konjunkturzyklen entwerfen. Einer enormen Zunahme des weltweiten Austauschs von Gütern, Kapital und Arbeitskräften von etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg folgten drei Jahrzehnte, die ebenso von dem vergeblichen Bemühen gekennzeichnet waren, an die Entwicklung von vor 1914 anzuknüpfen, wie vom

Rückgang des internationalen Handels, vom zunehmenden Wirtschaftsnationalismus und vom Entstehen von Währungsblöcken und Zollmauern. Erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg wurde weltweit gesehen wieder der Entwicklungsstand von vor 1914 erreicht.

Wirtschaft ist jedoch mehr als die Summe solch statistisch relativ einfach zu erhebender Phänomene. Eine Periodisierung wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse nur anhand der drei genannten Aspekte wird deshalb der Realität nicht gerecht. Seit einigen Jahren nimmt daher die Zahl von Historiker/innen zu, die sich intensiv darum bemühen, ein ausgewogeneres Bild zu entwerfen. Insbesondere Studien zur Geschichte von (multinationalen) Unternehmen, Kartellen und internationalen Organisationen zeigen, dass die oben skizzierten Zäsuren keineswegs so eindeutig zu setzen sind.

Die Beiträge des zu besprechenden Bandes, die mit zwei Ausnahmen auf eine Tagung zurückgehen, die 2008 in Konstanz stattfand, knüpfen an solche Forschungsarbeiten an, indem sie Institutionen und Machtverhältnisse grenzüberschreitender ökonomischer Austauschbeziehungen in den Mittelpunkt des Interesses stellen. Da diese, so die Herausgeber, zwischen „sets of public and private, local, national and global actors“ (S. 7) ausgehandelt worden seien, ist es zwangsläufig, dass eine der beiden Leitfragen auf diese Akteure sowie deren Interessen, Kooperationen und Konflikte zielt. Des Weiteren wird gefragt, inwiefern der Erste Weltkrieg einen Wendepunkt darstellte, der eine Ära „of rapid transnational integration“ (S. 3f.) von einer darauf folgenden Epoche trennte, die von einer schwierigen und letztlich gescheiterten Rekonstruktion früherer Verhältnisse geprägt gewesen sei. Ohne im Einzelnen auf die elf Beiträge einzugehen, lassen sich deren Erkenntnisse anhand von drei Stichworten zusammenfassen: Netzwerke, Verrechtlichung und Enteuropäisierung.

Dass Beziehungen zwischen Akteuren als Netzwerke angesehen und analysiert werden können, ist alles andere als neu. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass der Begriff in den einzelnen Beiträgen meist nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nichtsdestotrotz bleibt es bemerkenswert, wie etwa seit der Mitte des 18. beziehungsweise des 19. Jahrhunderts aus lokalen Zusammenschlüssen von wirtschaftlich aktiven Akteuren in England und Deutschland zum Zwecke des Austauschs über die Kreditwürdigkeit potentieller Kunden grenzübergreifende Netzwerke entstanden, in deren Rahmen

einschlägige Informationen rasch weitergeleitet und auf diese Weise grundlegende Risiken wirtschaftlichen Handelns vermindert werden konnten (Rowena Olegario). Ebenso interessant sind Claude Markovits' Ausführungen über die Bedeutung indischer Kaufleute und Händler für den internationalen Warenaustausch in Asien und Ostafrika. Zwar blieben diese bis ins 20. Jahrhundert hinein eher in der zweiten Reihe einer von Europäern dominierten Weltwirtschaft. Doch ohne das Wissen, die Kontakte und die Finanzierungsmechanismen indischer und indischstämmiger Akteure wäre der Handel in der Region offenbar kaum möglich gewesen. Und schließlich halfen Akteursnetzwerke Unternehmen auch, negative ökonomische Auswirkungen des Ersten Weltkriegs abzumildern oder gar weitgehend zu vermeiden. Das zeigt Isabella Löhr am Beispiel des Verlagswesens und der erfolgreichen Aufrechterhaltung eines internationalen Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums ebenso wie Philip Dehne anhand des als ‚deutsch‘ geltenden und vor allem im internationalen Handel mit Getreide aus Argentinien tätigen Unternehmens Bunge & Born, das britische Behörden erfolglos versuchten, mit einem Embargo zu schwächen.

Institutionen sind Regeln, die helfen, Risiken zu vermindern, die wirtschaftlichem Handeln innewohnen. Als solche sind sie oft informeller Natur, zum Teil werden sie aber auch formalisiert und damit verrechtlicht. Eine solche Verrechtlichung von Institutionen erfolgte ab dem 19. Jahrhundert mithilfe von internationalen Abkommen und Absprachen seitens Regierungen, nationaler Organisationen und Verbänden oder auch Privatpersonen. Manche dieser Abkommen sahen zudem die Gründung einer entsprechenden internationalen Organisation vor, die die Einhaltung der gemeinsam gesetzten Regel überwachen und etwaige Verstöße ahnden sollte. Auf diese Weise wurden Maße, Gewichte und sonstige Standards vereinheitlicht, gemeinsame Verfahrensweisen eingeführt oder auch regelmäßige Meinungsaustausche über offene Fragen und Probleme organisiert. Damit strebten die jeweiligen Akteure an, den grenzüberschreitenden Austausch von Informationen, Gütern, Kapital und Arbeitskräften zu vereinfachen, zu verstetigen und zu intensivieren. Fast alle Beiträge des Sammelbandes befassen sich mehr oder weniger ausführlich mit solchen Verrechtlichungsprozessen und deren Folgen für die internationale Wirtschaft. Beispielsweise erwähnt hier Niels P. Peterssons Aufsatz, der sich mit den schwierigen Versu-

chen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts befasst, wirtschaftliche Transaktionen mithilfe einer internationalen Angleichung von Regeln – etwa des Wechselrechts – zu erleichtern. Das sei von vielen privaten Akteuren zwar gewollt und auch aktiv angestrebt worden. Doch das im nationalen Rahmen ‚gewachsene‘ Recht habe sich oft als beharrlicher erwiesen und auch der politische Wille sei nicht immer vorhanden gewesen. Private Akteure hätten also zumindest zu einem gewissen Grad ihre Interessen denen ihrer jeweiligen Regierungen anpassen müssen, um hier zu Lösungen zu gelangen. Insbesondere sei dies ab dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen, als die Rolle von Staaten im ökonomischen Geschehen bedeutsamer wurde. Die logische Folgerung Peterssons ist, dass der staatliche Einfluss auf wirtschaftliche Globalisierungsprozesse höher gewesen sei, als bisher angenommen. Bekräftigt wird diese Schlussfolgerung von Michele d'Alessandros Beitrag, der den letztlich weitgehend erfolglosen Bemühungen des Völkerbunds in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gewidmet ist, durch die Einbeziehung privater Akteure und deren Verbände die wirtschaftlichen Krisen jener Zeit besser überwinden zu können.

Dritter Schwerpunkt des Sammelbandes ist die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft – einerseits verstanden als eine stärkere Betrachtung nicht-europäischer Wirtschaftsakteure und andererseits als zu beobachtender und zu erklärender Prozess. In diesem Zusammenhang sei auf die Beiträge von Bernd-Stefan Grewe verwiesen, der sich dem weitgehend erfolglosen Bemühen der Londoner City widmet, nach dem Ersten Weltkrieg wieder zum wichtigsten Goldmarkt der Welt zu werden, von Christof Dejung, der am Beispiel der indischen Baumwollwirtschaft die große Bedeutung natürlicher Gegebenheiten, lokaler und regionaler Netzwerke wirtschaftlicher Akteure sowie die darin herrschenden Machtverhältnisse für das Funktionieren des globalen Handels hervorhebt, sowie von Pierre-Yves Donzé, der die Übernahme und die Anpassung internationaler Patentrechtsregelungen in Japan zwischen 1880 und 1930 sowie deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Prosperität des ostasiatischen Landes untersucht.

Der Sammelband vereinigt bemerkenswerte Beiträge, die die zwar nicht mehr unangefochtene, aber doch weiterhin verbreitete und oben skizzierte Periodisierung wirtschaftlicher Globalisierung in Frage stellen, indem ihre Autoren ihr Augenmerk auf bisher weniger beachtete Aspekte und Zusammenhänge richten. Aus die-

sem Grund und weil sich die Aufsätze in hervorragender Weise als Ausgangspunkte für weitergehende Forschungen eignen, ist dem durchweg gut zu lesenden Buch ein breiter Leserkreis zu wünschen.

Freiburg i. Br.

Martin Bemmman

19. JAHRHUNDERT

Politischer Professor des Vormärz

Becker, Thomas/Bleek, Wilhelm/Mayer, Tilman (Hrsg.): Friedrich Christoph Dahlmann. Ein politischer Professor im 19. Jahrhundert, 154 S., V&R unipress, Göttingen 2012.

Im Jahr 2010 jährte sich der Todestag des Historikers, Politikwissenschaftlers und Politikers Friedrich Christoph Dahlmann zum 150. Mal. Zu diesem Anlass veranstaltete die Universität Bonn, an der Dahlmann seit 1842 gelehrt hatte, ein Gedenkkolloquium, aus dessen Beiträgen der vorliegende, Karl-Dietrich Bracher zum 90. Geburtstag am 13. März 2012 gewidmete Band hervorgegangen ist. Die Sammlung enthält neben zwei Grußworten des Bonner Rektors Jürgen Fohrmann und der NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze elf Aufsätze, die sich mit einzelnen Aspekten aus dem Leben und Schaffen Dahlmanns beschäftigen.

Der erste und der letzte Beitrag stammen aus der Feder Wilhelm Bleeks, der 2010 die maßgebliche Biographie Dahlmanns vorlegte, über deren Erkenntnisse die meisten Aufsätze des vorliegenden Bandes – diese Kritik sei hier vorweggenommen – nicht hinauskommen. In seiner ersten Studie widmet sich Bleek Dahlmann als Universitätslehrer und zeichnet das Bild eines „gesinnungsethischen“ politischen Professors des Vormärz, dessen „ethisch fundierte Berufsehre“ (S. 18) in seiner Kieler Abschiedsvorlesung 1829, in seinem Wirken als einer der „Göttinger Sieben“ 1837 und in seiner Abordnung zum Frankfurter Paulskirchenparlament ihren Widerhall fand. Der letzte Aufsatz, der unterhaltsamste dieses Sammelbands, interpretiert zahlreiche Karikaturen, in denen besonders Dahlmanns politische Aktivitäten zeitgenössisch verspottet wurden. Der Verschränkung von Geschichts- und Politikwissenschaft, die von den Autoren allgemein als Charakteristikum Dahlmanns betont wird, sind die Aufsätze

von Reimer Hansen und Andreas Anter gewidmet, wobei Hansen die Bedeutung des *historia magistra vitae*-Diktums für Dahlmann hervorhebt: „Die Antwort der Lehrerin Geschichte aus dem Munde oder der Feder Dahlmanns hieß immer wieder: die *gute Politik*, der *gute Staat* oder die *gute Verfassung*“ (S. 34).

In die Traditionslinie der Bonner Politikwissenschaft reiht Tilman Mayer Dahlmann ein und schlägt damit den Bogen von Dahlmann zu Bracher, für die die Verbindung des Politischen und des Historischen als gemeinsames Wesensmerkmal behauptet wird. Ebenfalls eine gute Kontextuierung von Dahlmanns Schaffen bietet die Untersuchung Christian Waldhoffs. Sie stellt Dahlmann im Kontext der vormärzlichen Verfassungsgeschichte dar, beschreibt seinen Einsatz für eine konstitutionelle Erbmonarchie und sieht in ihm den Verfechter eines liberalen Rechtsstaats. Die Betonung des Liberalismus ist auch das Anliegen von Marcus M. Payk. Entgegen der herkömmlichen Interpretation, Dahlmanns Verhalten in der Schleswig-Holsteinischen Frage vor allem auf nationale Motive zurückzuführen, sieht Payk in Dahlmanns liberalem Konstitutionalismus eine starke Triebkraft für die Behauptung der auf „ewig ungeteilten“ Herzogtümer. Das dritte Beispiel für eine gelungene Einordnung Dahlmanns ist Lucian Hölschers Abhandlung über „Die Göttinger Sieben und die Entstehung der Öffentlichkeit im deutschen Vormärz“. Ausgehend von seinen allgemeinen Studien zum Öffentlichkeitsbegriff charakterisiert Hölscher den speziellen Öffentlichkeitsbegriff Dahlmanns und behauptet die Entstehung einer „Art von bürgerlicher Gegenöffentlichkeit“ unter wachsendem obrigkeitlichem Druck. Anhand von acht Parallelen zeigt Christoph Horn in seinem Beitrag „eine Art grundlegender Geistesverwandtschaft“ zwischen Dahlmann und Aristoteles auf und findet „substantielle Anklänge“ der aristotelischen politischen Philosophie in Dahlmanns Werk (S. 59). Zwei Aufsätze des Bandes – Thomas Beckers „Der Gründungsauftrag der Bonner Universität“ und Katinka Netzers „Der Beitrag der Germanisten zur deutschen Nationalbewegung“ – sind zwar für sich interessante Studien und illustrieren sicher auch das geistige Umfeld Dahlmanns, haben zu diesem aber nur sehr wenig direkten Bezug.

Insgesamt vereint die vorliegende Sammlung alle Vor- und Nachteile, die Sammelbänden üblicherweise zugeschrieben werden. Das Themenspektrum ist vielfältig, die Darstellungen kurz und bündig, die Autoren bringen Fachwissen mit, das sie auf Dahlmann als Gegenstand

beziehen. Dagegen steht, dass dem Band ein roter Faden fehlt, Beiträge zum Teil nur wenig Bezug zu Dahlmann haben und oft über die Grundlagenforschung nicht hinauskommen, die mit Bleeks Biographie synthetisiert wurde. Zu bemängeln sind auch redaktionelle Schwächen – die gravierendste davon gleich im ersten Satz des Buches, in dem die Herausgeber in ihrem Vorwort ein falsches Todesjahr Dahlmanns angeben.

München

Stefan Jordan

Divergierende Nobilitierungspraktiken

Drewes, Kai: Jüdischer Adel. Nobilitierungen von Juden im Europa des 19. Jahrhunderts, 467 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2013.

In der sozialhistorischen Forschung zum deutschen Bürgertum dominierte lange Zeit das Paradigma der Feudalisierungsthese. Demnach habe insbesondere das Großbürgertum seinen – vor allem im Vergleich zum Vorbild Großbritannien – Mangel an Bürgerlichkeit und Modernität durch den Wunsch nach Adelstiteln unter Beweis gestellt. Die Forschung schien mithin Walther Rathenaus vernichtendes Urteil aus dem Jahre 1919 zu bestätigen, als dieser im Rückblick auf das Kaiserreich von der „geistigen Verräterei des Großbürgertums“ gesprochen hatte. Seit den frühen 1980er Jahren wurde diese These geradezu in ihr Gegenteil verkehrt: Das Bürgertum habe nicht nur viel seltener nach Nobilitierung gestrebt, als ursprünglich gedacht; vielmehr habe es eine bemerkenswerte Widerständigkeit bei der Verleihung von Adelstiteln gezeigt und diese allenfalls mit genuin bürgerlichen Auszeichnungen wie den Kommerzienrats- oder Geheimratstiteln kompensiert. Oft verwiesen wurde und wird in diesem Zusammenhang auf jüdische Bürger wie Albert Ballin, Carl Fürstenberg oder Max Warburg, die aus einem stolzen bürgerlichen Selbstbewusstsein heraus die ihnen angetragenen Titel abgelehnt hätten. Allerdings: Valide Belege für die Richtigkeit dieser Annahmen wurden bislang nicht vorgelegt.

Kai Drewes nimmt diese Beobachtungen zum Ausgangspunkt für seine Braunschweiger Dissertation und untersucht die Nobilitierung von nicht-konvertierten Juden im europäischen Zusammenhang. Auf breiter archivalischer Quellengrundlage entwirft der Autor ein differenzier-

tes Bild der zum Teil stark voneinander abweichenden Verleihungspraktiken in Preußen, Großbritannien und Österreich (ohne Ungarn) von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg. Das wohl wichtigste Ergebnis in quantitativer und qualitativer Hinsicht dürfte die Erkenntnis sein, dass noch um 1900 herum der Wunsch nach Adelstiteln in Europa weit verbreitet war, die Zustände in Preußen (und Deutschland) auch in dieser Hinsicht keinen ‚Sonderweg‘ anzeigten.

Das erste Kapitel widmet sich den Adelswünschen vor allem in Preußen, kontrastierend und ergänzend werden aber auch Ergebnisse für die anderen drei Königreiche diskutiert, also Bayern, Sachsen und Württemberg. Die größte Aufmerksamkeit wird hier dem Topos der jüdischen Adelsverweigerung gewidmet, der sich bei genauer Betrachtung als zählebiger Mythos erweist. Faktisch wurden in Preußen nur drei Juden nobilitiert (erstmalig 1868), hinzu kamen elf Juden, die zuvor konvertiert waren. In der Forschung identifiziert Drewes nun 17 Namen jüdischer Bürger, die ein Titelanangebot abgelehnt hätten; für keinen Juden ist jedoch die Ablehnung eines Titelanbotes in den Quellen nachweisbar. Die Vermutungen beruhen zumeist schon auf zeitgenössischen Zeitungsgerüchten oder aber den Familienlegenden. Auch für Österreich oder Großbritannien, die eine wesentlich liberalere Nobilitierungspraxis pflegten, sind solche Ablehnungen nicht nachweisbar. Verhinderte in Preußen der institutionelle Antisemitismus des zuständigen Heroldsamtes in Verbindung mit einer generell zurückhaltenden Verleihungspraxis die Nobilitierung von Juden, so kam dies in Österreich für den Betrachtungszeitraum fast jährlich vor. Dass dies freilich nicht zwangsläufig mit einem größeren Grad an Emanzipation zusammenhängt, weist Drewes mit einigen frappierenden Beispielen nach. So konnte ein österreichischer Jude zwar nobilitiert sein, erhielt unter Umständen aber kein Aufenthaltsrecht für die Hauptstadt Wien. Dort hatten auch geadelte Juden keinen Zugang zum Hochadel, der sich wie in Preußen abschottete. Auch in Österreich wurden nur niedrige Adelstitel verliehen, während Juden in Großbritannien sogar die Peers-Würde erreichen konnten, die die Mitgliedschaft im House of Lords bedeutete.

Das zweite Kapitel untersucht die Praxis des Adlig-Werdens und zeigt, dass alleine in Großbritannien die Nobilitierungen zumeist auch als emanzipative Akte für das gesamte Judentum intendiert waren, auch wenn diesem hier manche Bürgerrechte länger verwehrt blieben

als auf dem Kontinent. Hier war das Avancement zumeist als rein persönliche Auszeichnung zu verstehen, wenngleich es in der jüdischen Publizistik oft als Anerkennung für das gesamte Judentum positiv vermerkt wurde.

Das letzte Kapitel widmet sich schließlich noch einem weitgehend unbeachteten Aspekt der Adelsforschung, dem Titelerwerb im Ausland. Schon Zeitgenossen sprachen von ‚Adelsfabriken‘ wie etwa Portugal oder San Marino, an die sich auch europäische Juden zahlreich wandten, um die Titel zu erlangen, die sie in ihrer Heimat nicht erreichen konnten. Geführt werden durften sie freilich erst nach Anerkennung durch die zuständigen Behörden, was jedoch (auch in Großbritannien) nur selten geschah. Auch diese Facette bestätigt schließlich nur wieder die Eingangsthese des Buches: Der Distinktionswille des Bürgertums in Europa war ungebrochen groß, ungeachtet des religiösen Hintergrundes. Die Studie reiht sich damit in die jüngere Adelsforschung ein, die längst registriert hat, dass die klassische Engführung der Feudalisierungsthese des Bürgertums im Gegensatz zur These von der Verbürgerlichung des Adels nicht mehr weiterführend ist. Heinz Reif hat erst 2008 wiederholt darauf hingewiesen („Adel und Bürgertum in Deutschland“, S. 11f.), dass aristokratisch orientierte Bürger keine Abweichung der Norm, sondern gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine gewichtige Realität waren.

Diese jüngste Wendung der Forschung vernachlässigt Drewes ein wenig, insbesondere im ersten Kapitel, wo mit allzu viel argumentativer Verve auf vermeintliche Fehlstellen jüngerer Arbeiten verwiesen wird. Das schmälert die Verdienste des Buches aber keineswegs, das insgesamt eine klar argumentierende und weiterführende Studie zu einem höchst komplexen Thema darstellt, das keineswegs schon ‚ausgeforscht‘ zu sein scheint.

Düsseldorf

Thomas Gerhards

Wurzelgrund des britischen Sozialismus

Bevir, Mark: The Making of British Socialism, 350 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2011.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa ist die histori-

sche Forschung zum Marxismus und Sozialismus ins Abseits geraten. Angesichts dieser Marginalisierung strebt Mark Bevir mit seinem Buch an, zumindest die britischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts vom Stigma des Kommunismus zu lösen. Andererseits grenzt sich der Verfasser aber auch von Historikern wie Eric Hobsbawm und E.P. Thompson ab, die den Aufstieg des Sozialismus aus dezidiert antikapitalistischer Perspektive als lineare und einheitliche Erfolgsgeschichte interpretiert haben. Demgegenüber argumentiert Bevir, dass der britische Sozialismus letztlich aus der Krise des evangelikalen Glaubens und der klassischen politischen Ökonomie hervorging. Dieser Prozess habe im späten 19. Jahrhundert einen neuen Weltbezug gefördert und eine humanistische Ethik hervorgebracht, die auf Gemeinschaft, Solidarität, Kooperation und soziale Fürsorge abhob. Als Amalgam dieser Strömungen sei der Sozialismus von konkreten Akteuren – überwiegend Intellektuellen – geschaffen worden. Insgesamt betont Bevir die „diversity, contingency, and contestability of socialist ideas and the movements they inspired“ (S. 313). Damit wendet er sich gegen das überkommene ideengeschichtliche Verständnis des Sozialismus, das diesen lange als weitgehend homogene und statische Einheit gefasst hat. Obgleich die traditionale Historiographie gelegentlich zu holzschnittartig gekennzeichnet wird, ist dieser Neuansatz der Forschung zweifellos anregend.

In seinem Überblick über Grundzüge des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels in England unter der Herrschaft Königin Viktorias (1837–1901) zeigt der Verfasser, dass die frühen Sozialisten zwar überwiegend den Mittelschichten angehörten, aber vor allem auf die oft drückende Armut der Arbeiter (darunter vieler Tagelöhner) in den Städten reagierten. Zudem entwickelten sie ihre Konzepte unter dem Eindruck des Bedeutungsverlustes der Religion und der im späten 19. Jahrhundert zurückgehenden Bindungskraft des Liberalismus und der Liberalen Partei, deren radikal-humanistische Tradition sie gleichwohl aufgriffen. Aus diesem Inkubationsprozess gingen drei Gruppen hervor. Während die „Fabians“ und die „ethical socialists“ mit ihrem Konzept der Staatsintervention auf der Grundlage von Expertenwissen in den 1880er und 1890er Jahren an die Industriearbeiterschaft appellierten, standen die „Marxists“ einem reformorientierten Sozialismus, der auf gewerkschaftliche Organisation abhob, deutlich skeptischer gegenüber.

Allerdings sind im späten 19. Jahrhundert erhebliche Überschneidungen zwischen diesen Gruppen unübersehbar, wie auch Bevir einräumt. So waren Henry Hyndman (1842–1921) und die anderen Mitglieder der 1881 gegründeten „Social Democratic Federation“ Agnostiker oder Atheisten, die vor allem die biblische Schöpfungslehre zugunsten von Darwins Genetik ablehnten. Im Allgemeinen bekannten sie sich zum wissenschaftlichen Materialismus und Rationalismus. Jedoch sollten gesellschaftliche Reformen der letztlich angestrebten politischen Revolution vorangehen, um das Monopol der Besitzenden auf Land und Produktionsmittel zu brechen.

Die „Fabians“, die sich 1883 zu einer gesonderten Gesellschaft zusammenschlossen und vor allem in den frühen 1890er Jahren schnell weitere Mitglieder gewannen, waren oft im Christentum und im radikalen Liberalismus verwurzelt. Sie traten für Sozialreformen ein, um die Not der Arbeiterschaft zu lindern. Am deutlichsten brach George Bernard Shaw (1856–1950) in den 1880er Jahren mit dem Marxismus. Zwar setzte er sich entschieden für eine Umverteilung des Landbesitzes ein, und er hielt an der marxistischen Denkfigur der „Ausbeutung“ als Folge ungleicher wirtschaftlicher Beziehungen ebenso fest wie an der Notwendigkeit des „Klassenkampfes“. Allerdings sollten Märkte und Wettbewerb gezähmt, nicht aber beseitigt werden. Sidney Webb (1859–1947) teilte Shaws Forderung nach einer aktiven staatlichen Reformpolitik. Webb setzte aber vorrangig auf eine moralische Umkehr der Kapitalisten und eine effizientere Organisation der Gesellschaft, so durch den Zusammenschluss zu Kooperationsgemeinschaften einerseits und eine systematische Auswertung soziologischer Studien andererseits.

Vertreter einer ethischen Begründung des Sozialismus reagierten auf die Krise des religiösen Glaubens mit der Hinwendung zum Säkularismus oder zu einem auf der Erde allgegenwärtigen, immanenten Gott. Damit begründeten sie einen Wohlfahrtssozialismus, der den liberalen Individualismus überwinden und durch staatliche Steuerung herbeigeführt werden sollte. Dieses Konzept gründete im moralischen Idealismus des Philosophen T.H. Green (1836–1882), aber auch im Naturalismus amerikanischer Romantiker wie Ralph W. Emerson (1803–1882) und Henry Thoreau (1817–1862). Mit ihnen teilten radikale britische Sozialreformer wie Edward Carpenter (1844–1929) das Ideal einer freien,

harmonischen und solidarischen Gesellschaft, die auf Kameradschaft basieren und Gottes Willen manifestieren würde. Diese transatlantischen Gemeinsamkeiten, die auf den Austausch zwischen britischen und amerikanischen Akteuren basierten, sind ein vielversprechendes Feld der weiteren Forschung, das im dem Buch noch unterbelichtet bleibt.

Mark Bevir hat den vielfältigen Wurzelgrund des britischen Sozialismus freigelegt, dessen Entstehung er vor allem auf den „shift in liberal and radical thought toward a greater concern with social justice and a greater acceptance of state intervention“ (S. 314) zurückführt. In diesem Übergang setzte sich letztlich die reformorientierte Gruppe durch, die eine enge Kooperation mit den Gewerkschaften anstrebte. Damit können die Genese der Independent Labour Party (1893) und die Bildung des Labour Representation Committee (1900) ebenso überzeugend erklärt werden wie zentrale Forderungen und politische Entscheidungen der Labour Party bis zu den 1980er Jahren. Allerdings ist die Trennung der Gruppen in der Struktur des Buches nicht ganz plausibel. Vor allem aber bleibt die Darstellung in methodischer Hinsicht weitgehend einer traditionellen Ideengeschichte verhaftet, die nicht durchweg auf soziale Milieus bezogen wird. Dennoch wird Bevirs Buch das neue Interesse an der Geschichte des Sozialismus stärken, das im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 ohnehin wieder deutlich gewachsen ist.

Berlin

Arnd Bauerkämper

20. JAHRHUNDERT

Neuverhandlung von Familiengeschichte

Heinemann, Isabel (Hrsg.): *Inventing the Modern American Family. Family Values and Social Change in 20th Century United States*, 335 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts warnte der spätere Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Theodore Roosevelt, vor einem Niedergang der Familien, und fürchtete damit einhergehend um die zukünftige Stabilität und Prosperität der Nation. Diese sei fundamental mit dem Zustand und Wohlergehen der Familie ver-

bunden. Diese Perzeption der Familien als basale Einheit gesellschaftlicher Verfasstheit war auch hundert Jahre später noch von großer Wirkmacht. So beschrieb Ronald Reagan während seiner Amtszeit die Familie als „the foundation of society“ (Coontz 1992, S. 94). Trotz und gerade wegen dieser Kontinuität hinsichtlich der den Familien zugeschriebenen gesellschaftlichen Bedeutung lassen sich für die Zeit seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl an Kämpfen, Brüchen und Transformationen um den Stellenwert und die Idealvorstellung von der Familie beobachten, die im Zusammenhang mit anderen sozio-ökonomischen Metamorphosen standen. Diese Neuverhandlungen und Auseinandersetzungen um Formen, Werte und Ideale der Familie bilden den Gegenstand des von Isabel Heinemann herausgegebenen Sammelbandes „Inventing the Modern American Family“.

Zur theoretischen Durchdringung und Konzeptualisierung der historischen Transformationen von Familie bedienen sich die in diesem Band versammelten Beiträge einer intersektionalen Herangehensweise. Besonderer Aufmerksamkeit kommt in den Artikeln der Verwobenheit der Kategorien wie *race*, *class*, Gender und Sexualität zu. Durch die konsequente Anwendung dieser Linse gelingt es dem Band überzeugend, die Kämpfe und (wissenschaftlichen) Interventionen zur Legitimierung und Konservierung beziehungsweise Restaurierung der klassischen Kernfamilie als Instrumentarien und Technologien der Reproduktion gesellschaftlicher Hegemonie respektive Marginalisierung entlang solcher Trennlinien wie *race* oder *class* zu beschreiben. Damit erweitert „Inventing the Modern American Family“ die bisherige Forschung zur Familiengeschichte um eine wichtige und fruchtbare Perspektive.

Thematisch bieten die Aufsätze eine breite Perspektive auf den Wandel von Familie und auf die unterschiedlichen Erwartungen, die in den USA während des 20. Jahrhunderts an die unterschiedlichen Familienmitglieder gerichtet wurden. Dabei setzt der Sammelband vier inhaltliche Schwerpunkte, um die sich, mit Ausnahme der zweiten Sektion, jeweils drei Aufsätze versammeln. Die erste Sektion „Building the Nation: The American Family“ fokussiert den diskursiv hergestellten Zusammenhang zwischen Familie/Müttern, Staatsbürgerschaft und dem Wohl der Nation. Die – wie Simon Wendt in seinem Artikel überzeugend an Hand der Organisation „Daughters of the American Revolution“ aufzeigt – auch von Teilen der Frauen

selbst vorgenommene Zuschreibung der Verantwortung für den Haushalt sowie für die Kindererziehung machte Mütter zu eminent wichtigen Akteurinnen bei der Subjektivierung zukünftiger Staatsbürger/innen. Das Wohlergehen der Nation galt als unmittelbar von der Erziehungsarbeit der Mütter abhängig, ihnen oblag die Transformation abhängiger Kinder in unabhängige Citoyens. Folglich gerieten Frauen, die von den Idealvorstellungen einer sorgenden, sich auf häusliche Arbeit beschränkenden Mutter abwichen, zu einer Gefahr für den Fortbestand der Freiheit und dem Wohl der Nation.

Einen wichtigen Akteur bei der diskursiven Produktion von Geschlechterentwürfen im Allgemeinen wie auch bei der Herstellung des im 20. Jahrhunderts in den USA zirkulierenden Wissens über den Konnex zwischen Familie und dem nationalen Wohlbefinden im Speziellen stellten die (Natur)Wissenschaften dar. Von daher richtet die zweite Sektion des Sammelbandes „Social Experts and the American Family“ mit aller Berechtigung ihren Fokus auf zeitgenössische naturwissenschaftliche Diskurse, die Einfluss auf die Debatten um Vaterschaft/Mutterschaft ausübten und somit Wirkmacht auf die Subjektivierung väterlicher beziehungsweise mütterlicher Subjekte entfalteten.

Die in der dritten thematischen Schwerpunktsetzung unter dem Titel „Failing Parents and Problematic Youth“ versammelten Artikel rücken aus verschiedenen Perspektiven vermeintlich defizitäres elterliches Handeln und deren Konsequenzen für die Ausbildung der Identität des heranwachsenden Subjektes sowie für die Nation ins Zentrum ihrer Untersuchungen. Dabei betonen die Artikel dieses Schwerpunktthemas die diskursive Strategie, problematisch etikettierte Elternschaft mit marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen zu identifizieren.

Der großen Wirkmacht medialer Inszenierungen von Geschlechter- und Familienentwürfen in der US-Gesellschaft trägt die vierte und abschließende Sektion des Bandes „Fatherhood/Motherhood and the Media“ Rechnung. Innerhalb dieses Abschnitts beleuchten drei Artikel die in Film sowie im Fernsehen verbreiteten Familien- und Geschlechterentwürfe, verorten sie innerhalb des zeitgenössischen gesellschaftlichen Spannungsfeldes und loten auf diesem Wege deren progressive, respektive restaurative Stoßrichtung aus.

„Inventing the Modern American Family“ leistet aufgrund seiner elaborierten theoretischen Herangehensweise auf dem Forschungsfeld der Kulturgeschichte der Familie wichtige

Arbeit. Der Band bietet dem Publikum wichtige Erkenntnisse über die sich im Diskursfeld Familie ereignenden Kämpfe und Auseinandersetzungen antagonistischer gesellschaftlicher Kräfte. Diese sind nicht nur für Historiker/innen von Bedeutung, sondern vor dem Hintergrund heutiger Debatten in der Familienpolitik auch für Interessierte außerhalb des akademischen Betriebs von großer Aktualität.

Köln

Kristoff Kerl

Geschlechterhistorische Neulesart

Paulus, Julia/Silies, Eva-Maria/Wolff, Kerstin (Hrsg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, 336 S., Campus, Frankfurt a. M. u. a. 2012.

Das Buch von Julia Paulus, Eva-Maria Silies und Kerstin Wolff verhält sich antizyklisch: Zu Recht konstatieren die Herausgeberinnen in ihrer programmatischen Einleitung, dass etwa noch um die letzte Jahrtausendwende recht viele geschichtswissenschaftliche Studien erschienen sind, die sich der Zeitgeschichte Westdeutschlands unter geschlechtergeschichtlicher Perspektive gewidmet haben – seitdem ist es deutlich stiller geworden, nicht in der Zeitgeschichtsschreibung generell, jedoch bei der Behandlung geschlechtergeschichtlicher Fragestellungen. Basierend auf den Ergebnissen der Tagung „Teilhabe oder Ausgrenzung? Perspektiven der bundesdeutschen Geschlechtergeschichte zwischen Nachkriegszeit und Strukturbruch“, die im Herbst 2010 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar stattgefunden hat, wird hier nun ein Band vorgelegt, der das vorübergehende Schweigen der Zeitgeschichte zur Geschlechterfrage brechen möchte.

Den Herausgeberinnen geht es darum, die gegenwärtigen Forschungsfelder zeithistorischer Forschung auf ihr geschlechtergeschichtliches Potenzial hin zu befragen. So zeichnen sie nach, dass sowohl das Konzept der „Westernisierung“ und die mit ihm verknüpfte bürgerliche Geschlechterordnung, das historiographische Narrativ des „Strukturbruchs“ in den 1970er Jahren als auch das ständige Reden von Generationenkohorten als maßgeblichen politischen Akteursgruppen dringend einer Genderisierung bedarf. Es stellt sich die Frage, ob dieses Vorhaben gelingt.

Mit der „Nachkriegsordnung“ gerät im Band zunächst eine Zeitspanne mit besonderem Transformationspotenzial in den Blick. Lu Seegers untersucht statt der viel zitierten „Söhne ohne Väter“ hier nun Kriegerwitwen und „Töchter ohne Väter“ in der Bundesrepublik. Angela Pitzschke betrachtet den Beitrag der SPD-Frauen zur Durchsetzung des Gleichberechtigungsgesetzes und Irene Stoeckert analysiert antikommunistische Frauennetzwerke. Auf diese Weise wird eine ganze Bandbreite weiblicher Lebenswelten thematisiert. Im Anschluss gerät die Sphäre der Erwerbsarbeit in den Blick, hier werden Professorinnen (Christine von Oertzen) und Unternehmerinnen (Christiane Eifert) sowie das Thema der Berufsausbildung junger Frauen betrachtet (Julia Paulus). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerade in gegenwärtigen politischen Debatten fast das einzige Mantra zum Thema Geschlechterpolitik, wird durch Beiträge von Sarah Summers zur Erziehungsgelddebatte und von Monika Mattes zu Ganztagschulen und Frauenerwerbsarbeit in seiner historischen Tiefenschärfe thematisiert. Als einen besonderen Ort der Aushandlung von Geschlecht betritt der Band schließlich die Ebene von Körper und Sexualitäten. Eva-Maria Silies verknüpft ein Nachdenken über die Zäsur des vermeintlichen „Strukturbruchs“ und über das Generationenkonzept mit dem Nutzungsverhalten der Anti-Baby-Pille, während Benno Gammerl über Körperkonzepte, Geschlechtlichkeiten und Homosexualitäten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schreibt. Schließlich wird abschließend das Feld politischer Partizipation betreten; hier analysiert Kerstin Wolff die autonome Frauenbewegung in der Bundesrepublik, Elisabeth Zellmer betrachtet am Münchner Beispiel das Verhältnis von Frauenbewegung und Feminismus, Imke Schmincke zuletzt Körperpolitiken und Subjektivierung von Frauen in der „Neuen Frauenbewegung“.

Eine solche Themenauswahl erscheint sinnvoll, deckt sie doch mit den Feldern der Erwerbsarbeit, Familie und Politik die klassischen Arbeitsgebiete einer sozial- und kulturhistorisch inspirierten Geschlechterforschung ab. Sehr positiv fällt ins Gewicht, dass im Band die von den Herausgeberinnen zu Beginn benannten ‚allgemeinen‘ historiographischen Narrative (‚Westernisierung‘, Strukturbruch, Generationen) durch die Einzelbeiträge konsequent einer geschlechterhistorischen Neulesart unterzogen werden. Die im Untertitel des Bandes angekündigten neuen Perspektiven auf die Bundesrepublik werden in der Tat aufgezeigt.

Schade nur, dass Geschlechtergeschichte hier fast ausschließlich durch eine Historisierung des Weiblichen betrieben wird. Wird in diesem Sammelwerk also tatsächlich *Geschlechtergeschichte* betrieben, oder lässt sich der Band als ein innovativer Beitrag zu einer gründlich renovierten Frauengeschichte begreifen? Selbst dies wäre verdienstvoll genug.

Berlin

Martin Lücke

Steuerungsphantasien von Sozialität und Gesellschaft

Brückweh, Kerstin u. a. (Hrsg.): Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980, 336 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke 2012.

In den letzten Jahren hat das Interesse an der Verwissenschaftlichung sozialer und kultureller Phänomene und an der zunehmenden Bedeutung von Expertenwissen für gesellschaftliche Regulierungstechniken im 20. Jahrhundert spürbar zugenommen. Der hier zu besprechende Sammelband, entstanden aus einer internationalen Tagung am Humanities Research Institute der University of Sheffield, verfolgt in diesem Rahmen drei Ziele. Erstens wollen die Herausgeber den Einfluss von Human- und Sozialwissenschaften auf verschiedenste gesellschaftliche Teilbereiche untersuchen. Zweitens sollen, im Gegensatz zu einer gradlinigen Modernisierungs- und Disziplinierungsgeschichte, auch die mannigfaltigen Ambivalenzen und Nebeneffekte von Verwissenschaftlichungsprozessen in den Blick genommen werden. Drittens schließlich – und das ist wohl das wichtigste Anliegen des Bandes – soll die Geschichte der Human- und Sozialwissenschaften in den Mainstream der Geschichtswissenschaften integriert werden. Insgesamt geht es in diesem unbedingt zu empfehlenden Sammelband also um die Verwissenschaftlichung des Sozialen als historischen Makroprozess und Strukturmerkmal des 20. Jahrhunderts.

Zwei programmatische Beiträge führen in den Band ein. In der Einleitung der Herausgeber werden die einzelnen Aufsätze systematisiert und die theoretischen Vorannahmen des Sammelbandes dargelegt. Gelungen ist hierbei der Versuch, den Begriff der „Verwissenschaftlichung“ zu historisieren und dabei auch die Fallstricke der Übersetzung ins Englische zu the-

matisieren. Weniger überzeugend hingegen sind die theoretischen Vorüberlegungen, die sich in der Hauptsache auf Michel Foucault und Niklas Luhmann beschränken. Insbesondere die Anwendung der Luhmann'schen These von Wissenschaft als Teil eines funktional differenzierten Sozialsystems auf Übersetzungs- und Anpassungsleistungen gesellschaftlicher Subsysteme im Verwissenschaftlichungsprozess, wirkt – zumindest in dieser knappen Skizze – etwas bemüht. Der zweite programmatische Beitrag stammt von Lutz Raphael, der erhellend die wesentlichen methodischen und theoretischen Trends der Forschung zur Rolle der Human- und Sozialwissenschaften umreißt. Seinem Plädoyer, sowohl der konkrete Praxis der Experten und ihren Apparaten als auch dem Verhalten und den Reaktionen der betroffenen ‚Untersuchungsobjekte‘ mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ist unbedingt zuzustimmen. Hier ergeben sich auch deutliche Schnittpunkte zu einem in diesem Band nur marginal zur Kenntnis genommenen Strang der Wissenschaftsgeschichte, die sich schon länger mit Wissenschaft als soziale Praxis auseinandersetzt und hierbei auch etwa Objekte, Repräsentationen und Instrumente untersucht.

Die folgenden dreizehn Beiträge sind in drei Blöcke gegliedert: „Social and Penal Policy“, „Diagnosis and Therapy“ und „Polling, Marketing, and Organizations“. Dementsprechend ist das Spektrum der in diesem Band verhandelten Themen außerordentlich breit. In diesem Buch tummeln sich Psychotherapeuten, Statistiker, Priester, Demoskopien, Marktforscher und Kriminologen. Hinzu kommt der ausgesprochen anregende international vergleichende Zuschnitt vieler Beiträge. Benjamin Ziemann und Chris Dol beispielsweise vergleichen in ihrer Untersuchung die Aneignung von organisationstheoretischem Wissen durch die katholische Kirche in den Niederlanden und in Deutschland nach 1945. Julia Moses analysiert die Herausbildung von Expertenwissen bei Arbeitsunfällen und die damit zusammenhängende Verrechtlichung beim Arbeitsschutz in Deutschland und Italien, Emil Walter-Busch die Rolle der angewandten Sozialforschung in den USA und der Schweiz. Aufschlussreich sind auch die Ausführungen von Stefan Schwarzkopf zum Zusammenspiel von Marktforschung und politischer Rhetorik in der Herausbildung der englischen und US-amerikanischen Konsumgesellschaften. Auch in den weiteren Beiträgen werden die unterschiedlichsten Facetten des *social engineering* verhandelt, so etwa psychotherapeutische Gutach-

ten, wissenschaftliche Expertisen über Kindheit, dem Zusammenspiel von Kriminologie und Neurowissenschaften oder Meinungsforschung.

Insgesamt nehmen die meisten Beiträge die in den einleitenden Texten ausgelegten roten Fäden auf. Und obwohl die einzelnen Beiträge so unterschiedliche Orte und Fallbeispiele behandeln, erweist sich der Band beim genauen Hinsehen als erstaunlich kohärent. Grundsätzlich drängt sich nach der Lektüre die Frage auf, ob mit dem Ansatz der „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ nicht auch immer implizit so etwas wie ein ‚Soziales‘ vor und neben der Verwissenschaftlichung postuliert wird, ohne die Produktion wissenschaftlichen Wissens selbst als eine soziale Praxis in den Blick zu nehmen. Trotz dieser Anmerkung: Den Herausgeber/innen und Autor/innen dieses Bandes ist es auf eindrucksvolle Weise gelungen, wissenschaftliche Steuerungsphantasien und die immense Bedeutung von Experten für die Ordnung, Wahrnehmung und Regulierung von Sozialität und Gesellschaft im 20. Jahrhundert deutlich zu machen.

Paderborn

Noyan Dinçkal

Private Wohnwelten in der „erweiterten Kulturindustrie“

Resch, Christine: Schöner Wohnen. Zur Kritik von Bourdieus „feinen Unterschieden“, 185 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2012.

Das Ende der 1970er Jahre erschienene Buch „La distinction“ (deutscher Titel: „Die feinen Unterschiede“) des im Jahr 2002 verstorbenen französischen Soziologen Pierre Bourdieu zählt ohne Zweifel zu den bedeutendsten und einflussreichsten soziologischen Veröffentlichungen der vergangenen Jahrzehnte. Es ist das große Verdienst von Bourdieu, dass er die gängigen Vorstellungen von Ungleichheit um eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Faktoren erweitert hat und in „La distinction“ einen Weg zur empirischen Erfassung dieser zum Teil sehr subtilen Formen von sozialen Ungleichentwicklungen aufzeigt.

Das Buch von Christine Resch setzt sich kritisch mit Bourdieus Hauptwerk auseinander und zielt auf eine grundlegende Revision von zentralen theoretischen und methodologischen Grundannahmen ab – und damit letztlich auch von zentralen inhaltlichen Aussagen dieses Klassikers der Kulturosoziologie. Bourdieu gehe,

so der Hauptkritikpunkt, von einem falschen, da veralteten, Verständnis von kultureller Distinktion aus: nämlich von einer Hierarchie kultureller Praktiken und Symbole, die hauptsächlich vom „legitimen Geschmack“ einer elitär gebildeten Oberschicht geprägt sei. Zu wenig berücksichtige er wesentliche kulturindustrielle Einflüsse und Entwicklungen, die schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von „La distinction“ sichtbar gewesen wären. Genannt werden hier vor allem: die Ausbreitung einer populären Unterhaltungs- und Konsumkultur durch die universelle Verbreitung elektronischer Medien, die Herausbildung neuer, Lebensstil prägender Jugendkulturen, die Veränderung des Geschlechterverhältnisses sowie die öffentliche Aufwertung der ‚Unterschichts‘-Unterhaltungskultur sowie der sogenannten ‚Trash‘-Kultur. Bourdieu, selbst nicht aus der gebildeten französischen Oberschicht stammend, stelle in „La distinction“ somit lediglich die Erfahrungen von Bildungsaufsteigern im ausgehenden Fordismus dar und vernachlässige zentrale kulturindustrielle Entwicklungen der Postmoderne beziehungsweise des Postfordismus. Seine „grundlegende Untersuchung“ gebe daher einen Zustand wieder, „der schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in den 1970er-Jahren in einigen Aspekten überholt war“ (S. 10).

Trotz dieser deutlichen Kritik an Bourdieus Vorgehen und einer zum Teil sehr ausführlichen und akribischen kritischen Diskussion von „La distinction“ in den beiden Einführungskapiteln sei das vorliegende Buch nach Aussage der Autorin nicht in erster Linie als Auseinandersetzung mit dem Klassiker Bourdieu und auch nicht als Replikationsstudie der „feinen Unterschiede“ zu verstehen. Bourdieus klassische Studie diene vielmehr als Ausgangspunkt und als Kontrastfolie für die eigenen theoretischen und empirischen Analysen im Anschluss an die Theorie einer „erweiterten Kulturindustrie“ und einer „Interaktionsästhetik“, wie sie von Resch zusammen mit dem im Jahr 2011 verstorbenen Frankfurter Soziologen Heinz Steinert bereits an anderer Stelle formuliert wurde. Daher ist der Hauptteil des Buches der Darstellung eigener, überwiegend auf Leitfaden-Interviews gestützte, Erhebungen zur Einrichtung und Dekoration von Wohnungen gewidmet; ein Bereich von kulturellen Praktiken, der in den „feinen Unterschieden“ zwar auch erhoben wurde, dem in der Interpretation der vorherrschenden Distinktionspraktiken nach Ansicht der Autorin jedoch insgesamt zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Die Darstellung der Ergebnisse der empirischen Untersuchung, die nicht von Resch alleine, sondern zum Teil unter Mitarbeit von Co-Autorinnen und -Autoren verfasst wurde, fördert durchaus einige erhellende Einblicke in die Gestaltung privater Wohnwelten zu Tage: etwa dass sich die Kategorie Geschlecht unabhängig von der jeweiligen Schichtzugehörigkeit in erheblichem Maße auf die Einrichtung von Wohnungen auswirkt, wenngleich die jeweilige Gestalt der ‚Arbeitsbündnisse‘ zwischen den Geschlechtern stark nach Schichtzugehörigkeit variiert; oder dass kulturindustriell aufgeladene Normen und offizielle Geschmackshierarchien häufig bewusst unterlaufen werden und geschenkte Artefakte, persönliche Erinnerungsstücke, durch Eigenarbeit hergestellte Einrichtungsgegenstände vor allem unterhalb der Oberschicht einen größeren Wert besitzen als Prestigeobjekte. Es ist jedoch auch kritisch anzumerken, dass die Darstellung und Interpretation des empirischen Datenmaterials weit hinter den Erwartungen zurück bleibt, die die Einleitung des Buches und die Auseinandersetzung mit Bourdieus „feinen Unterschieden“ weckt. Während Bourdieu vorgeworfen wird, dass er sich zu stark von (falschen) theoretischen Vorannahmen hat leiten lassen und aufgrund dessen wesentliche empirische Entwicklungen schlichtweg übersieht oder ausblendet (S. 144), stehen mit der Theorie der „erweiterten Kulturindustrie“ auch hier unumstößliche Vorannahmen im Vordergrund, die die Darstellung der empirischen Ergebnisse formen. So wirkt die durchaus sehr vielversprechende empirische Analyse selbst etwas hölzern und oberflächlich und fällt weit hinter der empirischen Tiefenschärfe von Bourdieus Untersuchung zurück. Denn auch wenn die vorgetragene inhaltliche Kritik an Bourdieus Hauptwerk berechtigt sein mag und die These der gegenwärtigen Dominanz von Konsumismus und Kulturpopulismus, die in den beiden Schlusskapiteln des Buches nochmals ausgiebig entfaltet wird, eine gewisse Plausibilität besitzt, ist problematisch, dass zentrale analytische Kategorien, die die „feinen Unterschiede“ auch zum Klassiker machten, einfach ausgeblendet werden. Man denke etwa an Bourdieus Verwendung des Kapitalbegriffs, an den Begriff des Habitus, an die Analyse symbolischer Kämpfe um Klassifikationssysteme, an Bourdieus Konzeption sozialer Räume und Felder. Alle diese Kategorien und Konzepte finden im vorliegenden Buch kaum bis keinerlei Erwähnung. Dabei wären diese analytischen

Kategorien und Begrifflichkeiten gerade auch für eine Analyse von Requisiten und Praktiken des Wohnens unter gegenwärtigen kulturindustriellen Vorzeichen (Stichwort: ‚Wohnst Du noch, oder lebst Du schon?‘) äußerst fruchtbar gewesen.

Erlangen

Sebastian M. Büttner

Annäherung an Gentrifizierungsdebatte

Harnack, Maren: Rückkehr der Wohnmaschinen. Sozialer Wohnungsbau und Gentrifizierung in London, 238 S., transcript, Bielefeld 2012.

Die zur Zeit des Baus als fortschrittlich definierten Sozialwohnungen in England erfahren in den 1970er Jahren eine radikale Abwertung. Als Symbole menschenunwürdiger Unterbringung werden die Wohnanlagen zu sozialen Brennpunkten der Stadt stigmatisiert. In den 1990er Jahren verändert sich die Wahrnehmung erneut: Die Wohnungen werden privatisiert und entwickeln sich von begehrten Kapitalanlagen bis hin zu Vermarktungsobjekten auf Textilien. Wie sich diese ambivalente Entwicklungsgeschichte auf einzelne Wohnobjekte niederschlägt, untersucht Maren Harnack in ihrer Dissertation „Rückkehr der Wohnmaschinen“.

Maren Harnack ist Professorin für Städtebau und städtebauliches Entwerfen an der Fachhochschule Frankfurt am Main. Sie trägt mit ihrer Dissertation zur aktuell geführten interdisziplinären Debatte um städtebauliche Herausforderungen der Nachkriegszeit bei. Aufgrund einer zu beobachtenden Renaissance der in der Nachkriegszeit entstandenen Wohngebiete versucht Harnack, die Ansätze der Gentrifizierungsdebatte in ihren Erklärungszusammenhang zu integrieren.

Ausgehend vom 17. Jahrhundert erläutert Harnack im zweiten Kapitel die Besonderheiten des heutigen englischen Wohnungsmarktes, der durch mangelhafte bauliche Qualität und kaum vorhandene Mietangebote gekennzeichnet ist. Wohnungssuchende sind gezwungen, neue Strategien der Wohnraumsuche zu entwickeln. Eben jene werden anschließend eingehend untersucht.

Im dritten Kapitel stellt Harnack die gegenwärtige Forschungsliteratur zur Gentrifizierung vor. Bisherige Modelle erscheinen ungeeignet zur hinreichenden Erklärung auftretender Gentrifizierungstrends. Die Konzentration auf den

rationalen Akteur ignoriert andere, alternative Formen der Wertschöpfung und Wohnstandortentscheidung. Dem entgegen definiert Harnack drei Analyseebenen: erstens die Nachfrage, die durch den Wohnungsmarkt und volkswirtschaftliche Konjunkturen beeinflusst wird; zweitens die Strategien individueller Optimierung der Bewohner, die sich vor allem auf Themen wie Alltagsorganisation und Lebensqualität konzentrieren; als dritte Analyseebenen fungieren individuelle Beweggründe. Hier ist Harnack daran gelegen, die Wohnstandortentscheidungen im Sinne eines „Ausdruck[s] von Individualität“ (S. 79) und distinkten Lebensstilen zu untersuchen.

Harnack verfolgt dabei nicht den Anspruch, eine umfassende Theorie zu formulieren, sondern sortiert Fallbeispiele, um Muster zu skizzieren. Sie untersucht vier exemplarische Wohnmaschinen. Ihre vier Fallbeispiele (*Trellick Tower, Keeling House, Brunswick Centre und Aylesbury Estate*) weisen unterschiedliche Entwicklungen auf und dienen als Vergleichsobjekte, um die These einer Renaissance des sozialen Wohnungsbaus und deren Umstände zu konkretisieren.

Anhand fester Kriterien (allgemeine Daten, Eigentumsverhältnisse heute, Planungs- und Baugeschichte, Rezeptionsgeschichte und Begehung) werden die vier Objekte in Kapitel 5 näher beschrieben. Dabei werden Besonderheiten und Unterschiede der vier Wohnanlagen herausgearbeitet.

Diese Objektbetrachtung wird durch die Ebene der Erfahrungen und Beweggründe der Bewohner erweitert. Mithilfe von Interviewauszügen werden Themen wie Wohnraum als Kapitalanlage, Sanierung und Wohnstandortwahl angeschnitten. Collagenartig verknüpft Harnack Interviewausschnitte und theoretische Ansätze verschiedener Autoren, die einem Spektrum von Soziologie, Kulturtheorie bis hin zur Literaturwissenschaft zugerechnet werden können. Dabei entsteht eine Aneinanderreihung von Interviewausschnitten und Theorieauszügen, die gelegentlich die Nachvollziehbarkeit erschweren. Die theoretischen Ansätze werden meist nur assoziativ auf das konkrete Thema der subjektiven Sicht von Bewohnern rückgekoppelt. Ebenfalls fehlen weiterführende Angaben zu den sozialstrukturellen Hintergründen der Bewohner. Eine sozialwissenschaftliche Perspektive, die Gentrifizierung aus Sicht der Akteure betrachtet, wird leider zu selten eingenommen.

Die Antwort auf die Frage nach den jeweiligen Umständen jedoch, die zu einer Aufwertung bestimmter Gebäude führen können, muss

nach der Lektüre des Buches differenziert beantwortet werden. Das erscheint als wichtigster Beitrag zur Gentrifizierungsforschung: Die systemisch-abstrakten Rahmenbedingungen sind nur bis zu einem gewissen Grad verantwortlich für die Entwicklungsverläufe. Wichtiger erscheinen die in Kapitel 3 vorgestellten Konzepte zur Erfassung von Aufwertungsprozessen. Harnack hat mit ihrer Zusammenstellung vier verschiedener Wohnmaschinen eine interessante Mischung gefunden: Neben drei positiven Entwicklungen im Sinne einer Aufwertung funktioniert *Aylesbury Estate* als Kontrastfolie, da hier der Trend zur Aufwertung nicht nachvollzogen werden kann. Jedoch erfolgt keine Analyse über die Ursachen.

Die vorliegende Studie bewegt sich im Grenzbereich historischer Aufarbeitung wohnungspolitischer Entscheidungen, architekturtheoretischer Darstellung und sozialwissenschaftlicher Empirie. Die Interdisziplinarität des Forschungsvorhabens zeichnet die Besonderheit der eingenommenen Perspektive aus. Harnack legt mit ihrer Studie eine insgesamt überzeugende wissenschaftliche Annäherung an das Thema Gentrifizierung vor.

Darmstadt

Katherin Wagenknecht

Das multikulturelle Erbe Wroclaws

Thum, Gregor: *Uprooted. How Breslau Became Wrocław during the Century of Expulsions*, 508 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2011 (orig. 2003).

Seit der vorwiegend publizistisch geführten Mitteleuropa-Debatte der 1980er Jahre rückten die Vergangenheit und Gegenwart der vielfach zerstörten, multiethnischen Städte Zentral- und Osteuropas zunehmend in den Blickpunkt des geschichtswissenschaftlichen Interesses. Insbesondere die kulturwissenschaftlichen Arbeiten der Historiker Karl Schlögel und Moritz Csáky regten eine Vielzahl empirischer Studien, vorwiegend Qualifikationsarbeiten jüngerer Forscherinnen und Forscher im deutschsprachigen Raum zur Konstituierung, Zerstörung und Neuformierung multikultureller Stadtlandschaften an.

Gregor Thums 2003 auf Deutsch erschienener und mehrfach preisgekrönter Dissertation „Die fremde Stadt“, die bei Karl Schlögel und Klaus Zernack entstanden ist, kommt dabei in mehrfacher Hinsicht eine Vorreiterrolle zu. Ge-

schiebt verwebt er politik-, sozial-, kultur- und kunsthistorische Zugänge zu einer Stadtgeschichte *par excellence*, die weder den Blick für große makropolitische, über das Lokale hinausgehende Zusammenhänge, noch den für konkrete Akteure und Orte in der Stadt verliert. Mit der (nieder)schlesischen Stadt Breslau und ihrer Transformation zur polnischen Stadt Wrocław wählte sich Thum zugleich ein Fallbeispiel aus, das im Hinblick auf den Grad der Zerstörung, des gewaltvollen Bevölkerungsaustausches und der (sozialistischen) Wiederaneignung durch die Neubewohner kaum zu übertreffen ist. Im Prolog macht der Autor deutlich, dass der Bruch von 1945 eine unweigerliche Konsequenz nationalsozialistischer Herrschaft war, die selbst in den letzten Kriegstagen in Breslau ihre selbstzerstörerische Kraft nicht verlor und zehntausende Einwohner das Leben kostete und zum Zusammenbruch der lokalen Ordnung führte.

Im darauffolgenden ersten Teil rekonstruiert Thum das Nebeneinander von Chaos und Neuordnung kommunaler Strukturen, von Vertreibung und Neubesiedlung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die durch die Westerweiterung des polnischen Staates und den Verlust seiner östlichen Territorien an die Sowjetunion gekennzeichnet war. Er arbeitet hier die konfliktreiche Gemengelage zwischen Roter Armee, den ersten, in der Stadt angekommenen polnischen Beamten und anderen Neuankömmlingen und der noch in Breslau verweilenden deutschen Bevölkerung heraus. Wie kaum zwei andere Orte in der Stadt symbolisierten der Bahnhof Nadodrze (Odertorbahnhof) und der Schwarzmarkt am Plac Grundwaldzki (Kaiserstraße) die Begegnung von Ankommenden und Gehenden sowie das Überleben in einer für Neuankömmlinge fremden und für Zurückgebliebene fremd gewordenen Stadt. Zugleich macht der Verfasser deutlich, dass auch nach dem Massensexodus der deutschsprachigen Bevölkerung die städtische Gesellschaft keineswegs homogen war. Neben den polnischen Neusiedlern, die freiwillig aus Zentralpolen oder unfreiwillig aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Wrocław zogen, kamen Überlebende der Shoah, die für eine kurzzeitige Wiederbelebung jüdischer Kultur sorgten, und Ukrainer, die aus den südpolnischen Gebieten zwangsumgesiedelt wurden, in die Stadt. Die Konfliktlinien innerhalb der neuen polnischen Bevölkerung Wrocław rührten, wie Thum betont, weniger aus der unterschiedlichen regionalen Herkunft, als vielmehr aus der spezifischen Mischung verschiedener ruraler und urbaner Milieus. Trotz

aller Heterogenität war der neuen Bevölkerung das Gefühl des Fremdseins und der Entwurzelung und einer vorübergehenden Existenz (in) der Stadt gemeinsam. Diese „psychosis of impermanence“ war vor allem für die unmittelbaren Nachkriegsjahre charakteristisch und widersprach den offiziellen Darstellungen eines lebendigen Wiederaufbaus der Stadt (S. 189).

Die enormen Anstrengungen, die notwendig waren, um in der neuen Bevölkerung ein Gefühl von Heimat zu wecken und die schließlich auch zu einer mentalen „Polonisierung“ der Stadt führten, sind Gegenstand des zweiten Teils. Hier schildert der Autor die diversen Maßnahmen der „Entgermanisierung“ und der „Polonisierung“ der Stadt – Maßnahmen, die seit dem späten 19. Jahrhundert zum gängigen Arsenal nationaler Homogenisierungspolitik gehörten. Während die Umbenennung von Straßennamen und anderen Toponymen bereits Anfang 1946 abgeschlossen war, verlief die Zerstörung beziehungsweise Umwandlung von Fassaden, Skulpturen, Denkmälern und Friedhöfen langsamer. Nicht selten blieben weniger offensichtliche Artefakte, die an die deutsche Vergangenheit der Stadt erinnerten, sogar erhalten. Darüber hinaus beteiligte sich die Universität, und hier vor allem die Geschichts- und polnische Sprach- und Literaturwissenschaft aktiv an der „Erfindung von Traditionen“ in der Stadt. Eines ihrer Wahrzeichen wurde das Ossolineum, eine der wichtigsten polnischen Bibliotheken, die von Lwów nach Wrocław umgesiedelt wurde, um unter anderem den polnischen Charakter der neuen Territorien im Westen Polens zu unterstreichen und ein „polnisches Heimatgefühl“ zu stiften.

Langfristig gelang es der neuen Bevölkerung in Wrocław, heimisch zu werden und ein neues, vielfältiges urbanes Leben aufzubauen, dennoch blieb – so Thum in seinem abschließenden Ausblick – die lokale Identität der neuen Breslauer fragil. Das Ende des Sozialismus 1989 bewirkte jedoch eine ungeahnte Öffnung der städtischen Gesellschaft – auch und vor allem gegenüber dem multikulturellen Erbe der Stadt. Die Frage, ob diese Öffnung auch tatsächlich soziale Wirklichkeit geworden oder vielmehr nur Ausdruck eines geschickten Stadtmarketings ist, lässt Thum am Ende seines Buches bewusst offen. Dass sie nach wie vor aktuell ist, wird sich spätestens 2016 zeigen, wenn Wrocław Kulturhauptstadt Europas wird.

Auch ohne diesen Anlass lohnt es sich, zur englischen Übersetzung von Thums Buch zurückzugreifen. Sie liest sich ebenso erkennt-

nisreich und spannend wie die deutschsprachige Erstausgabe von 2003 und enthält darüber hinaus zahlreiche Hinweise auf neuere Forschungsliteratur. Sie sei allen empfohlen, die nicht nur an der Lokalgeschichte Breslaus/Wrocławws, sondern darüber hinaus an der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, der Geschichte der Zwangsmigrationen und der kulturellen Gedächtnisforschung interessiert sind.

Prag

Ines Koeltzsch

Alfons XIII. und die Politik

Moreno-Luzón, Javier: Modernizing the Nation. Spain during the Reign of Alfonso XIII, 1902–1931, 192 S., Sussex Academic, Brighton 2012.

Die Ära der Restaurationsmonarchie in Spanien (1876–1931) ist oft als Zeit der Stagnation, der verpassten Chancen einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Modernisierung des Landes beschrieben worden. Die vorliegende vorzügliche Monographie, eine geringfügig überarbeitete englische Fassung des spanischen Originals aus dem Jahr 2009, bricht im Einklang mit der neueren Forschung mit diesen Deutungen und zeichnet das vielschichtige Bild einer erstaunlich dynamischen Epoche. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt eindeutig auf dem Wandel des politischen Systems und der politischen Parteien, der nuanciert und kenntnisreich geschildert wird. Andere Themenfelder erfahren deutlich weniger Aufmerksamkeit. Den roten Faden der Erzählung bilden die Bemühungen der jeweiligen politischen Akteure, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus der Entfaltung eines politischen Massenmarktes und der Politisierung der Bevölkerung ergaben.

Der Verfasser wendet sich entschieden gegen eine Deutung der Restaurationsmonarchie, die diese alleine als Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkriegs begreift und den Niedergang des Regimes als unausweichlich ansieht. Er betont demgegenüber mit guten Argumenten die Offenheit der historischen Entwicklung, die nicht zwangsläufig in Krieg und Diktatur münden musste, und die Modernisierungsleistungen des monarchischen Staates. Das Restaurationsregime war politisch anpassungsfähiger und krisentauglicher, als oftmals behauptet wurde. Es

war bis 1923 immer wieder in der Lage, politische Krisen zu überstehen und neue politische Kräfte wie den politischen Katalanismus und politische Reformbewegungen zu integrieren. Selbst die heftigen sozialen und politischen Unruhen der Jahre 1917 bis 1921, die sich durchaus mit den zeitlich parallelen Konflikten in Deutschland vergleichen lassen, meisterten die Restaurationspolitiker. Zwar weist der Verfasser die These einer Demokratisierung der politischen Ordnung zurück, doch sieht er in den Jahren vor dem Putsch des Generals Primo de Riveras im Jahr 1923 deutliche Zeichen einer Stabilisierung und Reformorientierung des Regimes.

Die Bewertung der Diktatur Primo de Riveras, die eine autoritäre, nationalistisch grundierte Modernisierungspolitik verfolgte, fällt vor diesem Hintergrund äußerst kritisch aus. Es gelang der Diktatur nicht, die Herrschaft lokaler Oligarchen zu brechen. Dennoch zerstörte der Putsch das über lange Jahrzehnte gewachsene, fein austarierte politische System, das zwar unvollkommen war, aber doch ein politisches Gleichgewicht und Partizipationsmöglichkeiten geschaffen hatte. Vor allem aber gab der Umsturz des Jahres 1923 Gewalt als politisches Mittel eine neue Legitimation und wirkte sich dadurch verhängnisvoll auf die folgende politische Epoche aus. Die schnelle Anerkennung des Putsches durch Alfons XIII., der seit längerem mit der regimekritischen Rechten sympathisiert hatte, beerdigte zudem alle Hoffnungen einer Versöhnung von Monarchie und Demokratie.

Trotz seiner Fokussierung auf das politische System stellt das Werk von Moreno-Luzón aufgrund seiner nuancierten Argumentation die beste verfügbare Gesamtdarstellung der Geschichte Spaniens in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts dar. Es wird deutlich, dass Spanien keinen Sonderweg in die moderne Welt beschritt, sondern sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert sah wie andere europäische Länder, insbesondere im Süden und Osten des Kontinents. Aufgrund ihrer klaren Benennung der relevanten Forschungsdebatten eignet sich das Buch auch als Einstiegslektüre. Allerdings hätte die Darstellung weiter gewonnen, wenn neben der Ebene der zentralen politischen Entscheidungen auch Wandlungstendenzen an der politischen und gesellschaftlichen Basis intensiver berücksichtigt worden wären.

Bochum

Till Kössler

Strategische Partnerschaft

Mangold-Will, Sabine: Begrenzte Freundschaft. Deutschland und die Türkei, 1918–1933, 539 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Die Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen im 20. Jahrhundert ist nicht zu unrecht ein spannendes und wichtiges Forschungsfeld, in dem es noch einige große Lücken zu füllen gilt. Sabine Mangold-Will hat sich hier eine der sicherlich schwierigsten Lücken vorgenommen: die Jahre der Weimarer Republik. Aufgrund der neuen, heiklen innen- wie außenpolitischen Situation Deutschlands, fielen in dieser Zeit die deutsch-türkischen Beziehungen ins politische Abseits. Und so muss sich Mangold-Will, auf eine mühsame Spurensuche begeben. Ihr zentraler Fund war hierbei der „Bund der Asienkämpfer“, die Veteranenorganisation aller derer, die im und mit dem Osmanischen Reich gedient hatten.

In über 23 Kapiteln geht die Verfasserin der „begrenzten Freundschaft“ zwischen Deutschland und der Türkei nach. Die ersten fünf Kapitel im ersten Teil untersuchen die unmittelbare Nachkriegszeit, als erst einmal keine diplomatischen Beziehungen bestanden. Der zweite Teil, wiederum mit fünf Kapiteln, versucht die verschiedenen innen- und außenpolitischen Interessenlagen in und an beiden Ländern jeweils zu ergründen. Der dritte Teil widmet sich den Organisationen von Türken- und Deutschlandfreunden. Und im vierten Teil betrachtet Mangold-Will verschiedene „Räume der Begegnung“, wie zum Beispiel die Botschaftsgebäude, Botschaftsbälle, Militärbeziehungen, wissenschaftliche Kontakte und Sportbegegnungen. Der fünfte Teil untersucht dann verschiedene Aspekte der „Freundbilder“ in den beiden Ländern. Als leitende Frage definiert die Autorin unter anderem, dass statt immer nur die Dekonstruktion des Mythos von der deutsch-türkischen Freundschaft voranzutreiben, man eher fragen sollte, warum die Inszenierung der deutsch-türkischen Freundschaft nach dem Ersten Weltkrieg „erst eigentlich plausibel wurde“. Sie fügt hinzu, dass sie davon ausgeht, dass es keine Freundschaft mit gemeinsamen Zielen gegeben hätte, sondern eine „strategische Partnerschaft auf der Basis paralleler Werte“. Dies wird dann auch durch den Text hinweg klar herausgearbeitet und so könnte man der Autorin folgend für diese Zeit von einem ausge-

prägten bi-nationalem Egoismus in den Beziehungen sprechen.

Will man sich den deutsch-türkischen Beziehungen der Zeit nähern, so sollte man sich von dem Desinteresse des offiziellen Deutschland nicht beirren lassen. Zum einen gilt es natürlich zu fragen, warum das offizielle Deutschland auf diesem Desinteresse so beharrte. Zum anderen aber gilt es Fühler in Richtung Gesellschaft und Öffentlichkeit auszustrecken, um so zu erkunden, welche Rolle die Türkei hier gespielt haben könnte. Wir haben es immerhin mit einer Massengesellschaft zu tun, die auch über eine sehr ausgeprägte und ausdifferenzierte massenmediale Landschaft verfügte. Doch Mangold-Will beschränkt sich leider auf den „Bund der Asienkämpfer“ und dessen Publikationen plus ein paar Memoiren sowie die offiziellen Akten. Wenn sie sich über diesen Quellenfundus hinaus in die Gesellschaft wagt, dann tut sie dies seltsamerweise vor allem mit ihrer Analyse des „Kickers“. Die deutschen überregionalen Zeitungen und deren Türkei bild sucht man fast vergeblich in diesem Buch; die österreichische „Wiener Freie Presse“ taucht öfters auf als irgendeine vergleichbare Weimarer Zeitung. Doch gerade durch eine solche Analyse hätte die Autorin die verschiedenen spektakulären Fundstücke, die sie oft nur am Rande erwähnt, einrahmen, kontextualisieren und besser verstehen können. Mangold-Will kann leider nicht so recht überzeugen, warum der „Bund der Asienkämpfer“ so dermaßen wichtig gewesen sein soll, dass der größte Teil des Buches um ihn herum strukturiert ist. Die Asienkämpfer waren gänzlich unwichtig im öffentlichen Türkei bild der Nachkriegsjahre; die Massenmedien hingegen waren fasziniert vom türkischen Unabhängigkeitskrieg und Mustafa Kemal (Atatürk) und propagierten eine radikales „Lernen von der Türkei“ (vgl. hierzu Stefan Ihrig „Atatürk in the Nazi Imagination“, im Erscheinen). Ein Blick in die Zeitungen der frühen Weimarer Republik hätten einige ihrer Grundannahmen revidiert und korrigiert.

Dennoch ist Mangold-Will's Beitrag zu würdigen. Ihre akribische Arbeit bringt die Forschung zu den deutsch-türkischen Beziehungen sicherlich weiter. Sie arbeitet verschiedene Teilaspekte detailliert heraus, so zum Beispiel die Diskussionen um den Armenier-Genozid in den ersten Jahren der Weimarer Republik, die Aufnahme erster Kontakte der beiden Nachkriegsstaaten und vor allem widerlegt sie die gängige Erzählung von den Nichtbeziehungen in dieser Zeit. Besonders interessant ist auch ihr dauer-

hafter Blick auf die Gegenseitigkeit und so vor allem auch die türkischen Entwicklungen, Politik und Strategien in diesen Jahren. Leider, und auch dies mag der begrenzten Quellenauswahl geschuldet sein, fassen ihre Schlussfolgerungen zu kurz: Der Armenier-Genozid wurde in der Tat breit diskutiert in der frühen Weimarer Republik; von einem Verdrängen, wie bei Mangold-Will behauptet, kann keine Rede sein; es gab auch keinen „Verzicht“ sich mit dem kemalistischen System auf deutscher Seite auseinanderzusetzen, sondern einen obsessiven Türkei- und Türkenhype in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Ferner ist das Buch von Mangold-Will leider etwas sperrig geworden; zu detailverliebt manövriert die Autorin hier die Wasser der nur gut 15-jährigen Geschichte. Nicht nur der Umfang des Buches – circa 500 kleinbedruckte Seiten; das Verhältnis von Forschungsergebnissen und Textumfang überzeugt nicht – auch die Verwissenschaftlichung der Sprache werden wahrscheinlich einige Leser abschrecken. Unter anderem das Beharren auf die imaginierten Französischkenntnisse der Leser, also das Nichtübersetzen of längerer französischer Zitate, schließt dann wohl letztendlich doch einen Teil des interessierten nicht-akademischen Publikums aus.

Jerusalem

Stefan Ihrig

Akademikerinnen transnational

Oertzen, Christine von: Strategie Verständigung. Zur transnationalen Vernetzung von Akademikerinnen 1917–1955, 528 S., Wallstein, Göttingen 2012.

In Zeiten von Gleichstellungsagenden und kontroversen Diskussionen über Sinn und Zweck von Quotenregelungen erscheint die berufliche Emanzipation von Frauen als Sujet, das erst in den letzten Jahrzehnten ein gesamtgesellschaftliches Problem geworden zu sein scheint. Nach der Lektüre des Buches von Christine von Oertzen denkt man darüber anders. In der Monographie zeichnet von Oertzen anhand der International Federation of University Women (IFUW) die Gründung und Entwicklung eines internationalen Netzwerkes von Akademikerinnen nach, das im Ersten Weltkrieg als bildungspolitischer Beitrag zur Politik der Entente entstand und sich danach zu einem Berufsverband entwickelte, dem es ab den 1920er Jahren gelang,

sich als „übergreifende akademische Standesorganisation mit gesellschaftlichem Führungsanspruch“ (S. 391) zu etablieren.

Der intellektuelle Mehrwert dieser Studie liegt zum einen in der transnationalen Perspektive. Diese erlaubt es, die Geschichte der akademischen Professionalisierung von Frauen aus dem Kontext einzelner Universitäten, Disziplinen oder Fachgruppen herauszulösen. Es gelingt der Autorin, ihr Sujet in übergeordnete historische Entwicklungslinien einzubetten, indem sie es mit der Geschichte der internationalen Frauenbewegung und der Geschichte des Internationalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verknüpft. Auf diese Weise integriert sie biographische Studien in die Geschichte der politischen Krisen und Konflikte zwischen Erstem Weltkrieg und der Hochphase des Kalten Kriegs und korrigiert so das geläufige Bild einer männlich dominierten internationalen Wissenschaftslandschaft.

Der zweite Mehrwert der Studie liegt im Untersuchungszeitraum, der mit 1917 bis 1955 die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts abdeckt. Von Oertzen zeigt, wie sich mit der IFUW ein akademisches Netzwerk etablierte, das durch seine transnationalen Bezüge die Frauenbewegung auf nationaler Ebene beförderte, durch internationale Stipendienprogramme Akademikerinnen die Tür in die professionelle Wissenschaft öffnete und das eng verknüpft war mit internationalistischen Bewegungen, wie sie ab 1919 im Rahmen des Völkerbunds sprossen. Die praktische und symbolische Bedeutung dieser internationalen Verknüpfungen wird besonders ab den 1930er Jahren deutlich, als in der erst gleichgeschalteten und dann aufgelösten deutschen Sektion die Vernetzungsstrukturen der IFUW fortgeführt wurden und die IFUW sich selbst als internationales Fluchthilfenetzwerk zu betätigen begann. Auch die verhältnismäßig schnelle Wiederknüpfung nach 1945 ging auf stabile persönliche und institutionelle Kontakte zurück, die bereits in den 1920er Jahren entstanden waren. Bemerkenswert ist hier die Feststellung der Autorin, dass die internationalistische Ausrichtung der IFUW ab den 1950er Jahren in die Mühlen des Kalten Kriegs geriet, aber zu gleichen Teilen auch einem Generationswechsel geschuldet war: Während der Erste Weltkrieg die professionelle Emanzipation der Akademikerinnen eher beförderte, zeigt von Oertzen, dass der Zweite Weltkrieg einen Bruch bedeutete, der in der Modernisierung der westlichen Hochschullandschaften eine ganze Generation gut

ausgebildeter und in hohen Funktionen etablierter Wissenschaftlerinnen ohne Nachfolge blieben ließ.

Die Autorin hat mit diesem Buch weitestgehend Neuland erschlossen, da die Forschung akademische Netzwerke bisher nur marginal unter geschlechtsspezifischen Merkmalen untersucht hat. Beeindruckend ist die breite Quellenbasis, auf der das Buch beruht. Von Oertzen hat die Archive der IFUW, der nationalen Sektionen in Deutschland, den USA und Großbritannien sowie Nachlässe wichtiger Figuren in diesem Netzwerk analysiert. Die enorme Dichte und der Reichtum an einprägsamen Details sind ein Grund für die Eingängigkeit der Argumentation. Allerdings birgt die Verführung, den Leser am Gefundenen teilhaben zu lassen, die Gefahr, dass die Profilierung der teilweise sehr aufschlussreichen Ergebnisse als solche zugunsten der vielen Geschichten in den Hintergrund gerät. Das geschieht zum Beispiel im Kapitel über die Fluchthilfe der IFUW in den 1930er und frühen 1940er Jahren. Dank der Materialdichte kann die Autorin ein präzises soziales und wissenschaftliches Profil der ungefähr 500 Akademikerinnen zeichnen, die die Flucht ins zumeist angloamerikanische Ausland antraten und sich dort neu etablierten. Dabei kommen erstaunliche Ergebnisse zu Tage, bei denen von Oertzen zurecht behauptet, dass damit „zentrale Thesen der Emigrationsforschung in Bezug auf Frauen, Bildung, Geschlecht und Alter neu“ (S. 287) diskutiert werden müssen. Am Ende des Kapitels stellt man sogar fest, dass die Autorin bisherige Annahmen auf den Kopf stellt und die Forschung als aufgeladen mit geschlechtsspezifischen Stereotypen entlarven kann, die empirisch nicht haltbar sind. Denn den geflohenen Akademikerinnen fiel die erzwungene Emigration sowie die körperliche Arbeit als Hausangestellte, die viele in den ersten Monaten aufnehmen mussten, nicht leichter als männlichen Kollegen, wie oft behauptet wird. Vor allem aber zeigt sich, dass Akademikerinnen ihre akademische Karriere erstaunlich häufig wieder aufnehmen konnten, weil Sprachkenntnisse in der Regel besser waren als die der männlichen Kollegen, ein besseres Gespür für die neuen sozialen und kulturellen Werte vorhanden war, institutionelle und persönliche Netzwerke funktionierten und die geteilte Erfahrung seit den 1920er Jahren, sich als Frauen in einem männlich dominierten System behaupten zu müssen, eine „sehr entschiedene und krisenprobierte Berufsidentität“ (S. 332) hervorgebracht hatte.

Von Oertzen ist eine spannende und le-senswerte Studie gelungen, der eine breite Le-serschaft zu wünschen ist. Besonders hilfreich ist der biographische Anhang, der die vielen im Text erwähnten Akademikerinnen systematisch auflistet, Hintergrundinformationen sowie weiterführende Literaturhinweise liefert. Dass die Autorin diese Informationen in eine allgemein zugängliche Datenbank mit den Namen von über 240 Akademikerinnen überführt hat (University Women's International Networks Database, URL: <http://uwind.mpiwg-berlin.mpg.de/uwind/>), ist nicht nur eine wunderbare Hilfestellung für alle am Thema Interessierten, sondern stimuliert hoffentlich auch weitere Forschungen auf diesem Gebiet.

Basel

Isabella Löhr

Weibliches Engagement in der US-Politik

Nickerson, Michelle: *Mothers of Conservatism. Women and the Postwar Right*, 231 S., Princeton UP, Princeton, NJ 2012.

Mit „*Mothers of Conservatism*“ legt Michelle Nickerson, Professorin für Geschichte an der Loyola Universität in Chicago, eine Untersuchung konservativer Milieus im Kalifornien der Nachkriegszeit vor. Sie untersucht, welche Akteure und Faktoren eine Wiederbelebung der konservativen Bewegung möglich machten, die mit der Präsidentschaftskandidatur Barry Goldwaters im Jahr 1964 ins nationale Bewusstsein rückte und mit dem Wahlsieg von Ronald Reagan im Jahr 1980 einen Paradigmenwechsel in der Politik vollzog. Die Autorin zeigt sich dabei inspiriert von den Arbeiten der letzten Jahre, wie zum Beispiel Lisa McGuirr's „*Suburban Warriors*“ (2002), die den Grundstein für die Erforschung des Neo-Konservatismus legten. Nickersons Studie zeichnet aus, dass sie Kultur- und Politikgeschichte auf sehr produktive Weise miteinander verbindet. Während es ihr in der *long durée* um die fundamentalen Verschiebungen in der politischen Landschaft der amerikanischen Nachkriegszeit geht, verfolgt sie zugleich einen geschlechterhistorischen Ansatz. Mit Blick auf das kalifornische Orange County untersucht sie die politischen Aktivitäten konservativer Frauen, ohne die, so ihre These, der Neo-Konservatismus kaum die Durchschlagskraft hätte erzielen können, die ihm bis heute

beizumessen ist. Frauen, so argumentiert die Historikerin, waren das politische Fußvolk, das für eine konservative politische Agenda warb (*family values*, Religion, Antikommunismus, *small government*) und diese auch erfolgreich durchsetzte. Damit pflegten sie den ideologischen Nährboden und schufen die Organisationsstrukturen an den *grassroots*, die sich als unverzichtbar für die konservative Bewegung erweisen sollten.

Mit ihrer Darstellung beschreitet Nickerson zum einen inhaltlich Neuland. Zum anderen entwickelt sie einen konzeptionellen Zugriff weiter, mit dem sich das Engagement politischer Akteurinnen fassen lässt, die sich selbst nicht als politisch aktiv wahrnahmen, sondern sich mit einem auf Häuslichkeit ausgerichteten Frauenideal identifizierten. Um diesen vermeintlichen Widerspruch zwischen weiblichen Handlungen und Selbstzuschreibungen fassen zu können, greift die Autorin Annelise Orlecks Konzept des *housewife activism* auf. Dieses bezeichnet weibliches Engagement, das sich aus dem Gefühl der Verantwortung für Familie und Gemeinwesen motivierte. Nickerson macht das Konzept für die Nachkriegszeit anwendbar und zeigt, wie sich vornehmlich weiße, der Mittelklasse entstammende Frauen als Mütter und Hausfrauen in den politischen Prozess einbrachten – jenseits ihrer Rolle als Wählerinnen. Damit reflektiert die Studie neben Gender auch ethnische Zuschreibungen und Klassenzugehörigkeit.

Auf die Einleitung folgen sechs Kapitel, in denen das Buch seine Argumentation entfaltet. Kapitel eins bietet einen historischen Rückblick auf die Jahrzehnte vor dem Zweiten Weltkrieg, den die Autorin nutzt, um Kontinuitätslinien nachzuzeichnen. Sie blickt vor allem auf patriotische Frauenorganisationen, die während des Ersten Weltkrieges entstanden, sowie den Widerstand konservativer Frauen gegen die New Deal Politik der 1930er Jahre. Diese Formen weiblichen Engagements, so Nickerson, inspirierten den Aktivismus konservativer Frauen in der Nachkriegszeit, nicht zuletzt, weil sie ideologischen Überzeugungen Ausdruck verliehen, die während des Kalten Krieges zentral blieben und sich um Familie, Loyalität, Antikommunismus und staatlichen Dirigismus drehten. Den *housewife populism* der 1930er Jahre, das Aufbegehren konservativer Frauen aus dem Arbeitermilieu gegen staatliche Regulierungspolitik, deutet sie als unmittelbaren Vorläufer des *housewife activism* während des Kalten Krieges.

Kapitel zwei und drei richten den Blick auf Südkalifornien. In ersterem zeichnet Nickerson

die Entstehung konservativer weiblicher Netzwerke in Los Angeles in den 1950er Jahren nach. Eingebettet in den politischen und wirtschaftlichen Kontext einer sich rasant entwickelnden Region, geht es um die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Informationskanälen, die Organisation von Vorträgen, das Engagement in den Parteibüros der Republikanischen Partei sowie die Einmischung in die Lokalpolitik. Während die Autorin einen insgesamt hohen ehrenamtlichen Mobilisierungsgrad diagnostiziert, an dem Amerikanerinnen unterschiedlicher politischer Couleur teilhatten, zeigt sie, dass die *housewife activists* Teil einer Bewegung waren, die eine besondere Durchschlagskraft erzielte. Sie stellt auch fest, dass konservative Frauen eine eigene politische Kultur entwickelten. Dazu gehörte die Integration ihres Aktivismus in den Alltag. Engagement fand an Orten und zu Zeiten statt, die für Frauen erreichbar und günstig waren, weshalb den Suburbs große Bedeutung als räumlicher Kontext dieses Aktivismus zukam. Kapitel drei befasst sich im Anschluss daran mit politischer Arbeit im Erziehungssektor. Hier geht es Nickerson vor allem um den Kampf gegen Lehrpläne und -methoden. Getragen von der Überzeugung, dass bestehende Erziehungspraktiken und Curricula Kinder mit liberaler Weltanschauung indoktrinierten und ihrem Elternhaus entfremdeten, setzten sich konservative Aktivistinnen erfolgreich für Schulreformen ein. Die Historikerin liest ihren Einsatz als Ausdruck eines politischen Bewusstseins „in harmony with the nascent conservative movement by protesting on behalf of parental and community interest, thus bolstering long-entrenched conservative associations between anti-authoritarianism, familial privacy, and local self-determination“ (S. 73).

In Kapitel vier zeigt Nickerson, wie aus der Auseinandersetzung um Schulpolitik ein Interesse an den Aufgaben und Inhalten des Wissenschaftsfaches Psychologie und seiner Vertreter erwuchs. In dem bezeichnenderweise mit dem Titel „Siberia, U.S.A.“ überschriebenen Kapitel arbeitet sie die Furcht konservativer Frauen vor einem *mental health establishment* heraus, in dem sie im Sinne einer Verschwörungstheorie den Handlanger eines manipulativen, auf die einseitige liberale Indoktrination seiner Bürger abzielenden Zentralstaates erkannten. *Housewife activists* setzten sich daher auch auf nationalstaatlicher Ebene für die Regulierung oder Abschaffung von Einrichtungen, Gesundheitsprogrammen und Fördermöglichkeiten ein.

Im sechsten Kapitel schließlich befasst sich die Autorin mit der zentralen Rolle, die konservative Frauen in den 1960er Jahren in der neo-konservativen Bewegung nicht nur auf regionaler, sondern auch auf nationaler Ebenen für sich reklamierten. Sie verweist auf vielfältige Organisationsformen (z. B. Frauengruppen der John Birch Society) und Aktivitätsmuster (z. B. patriotische Buchläden). Spätestens im Wahlkampf von Barry Goldwater 1964, an dem sich konservative Aktivistinnen in großer Zahl beteiligten, wurde deutlich, wie unabdingbar weibliches Engagement für das Wiedererstarken der Konservativen geworden war. Frauen spielten eine entscheidende Rolle bei der Mitglieder- und Wählermobilisierung, der Formulierung politischer Diskurse und der Gestaltung neo-konservativer politischer Kultur. Ihr Engagement, so Nickerson in ihren abschließenden Bemerkungen, war prägend für die Generation politisch aktiver konservativer Frauen, die in den 1960er Jahren sozialisiert wurden und die jene konservative Zeitenwende der 1980er Jahre mit herbeiführten, deren Auswirkungen die USA bis heute prägen.

Gut geschrieben und handwerklich sauber gearbeitet, ist „Mothers of Conservatism“ als Lektüre unbedingt zu empfehlen. Es verleiht zeitgenössischen Entwicklungen historische Tiefenschärfe und regt zum Nachdenken über Bedeutung und Umfang weiblichen politischen Engagements in einer amerikanischen Gegenwart an, in der das Wahlverhalten weiblicher Wähler (z. B. der *soccer moms*) immer stärker wahlentscheidend ist.

Kassel

Anke Ortlepp

Paul Reusch: Zwei Biografien

Marx, Christian: Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens, 708 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Langer, Peter: Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch, 783 S., Klartext, Essen 2012.

Zwei kurz nacheinander erschienene, umfangreiche Monografien zum Ruhrindustriellen Paul Reusch (1868–1956), langjähriger Vorstandsvorsitzender der im Eigentum der Familie Haniel befindlichen Gutehoffnungshütte (GHH) mit Stammsitz in Oberhausen und einer der wichtigsten politischen Wortführer der Eisen- und

Stahlindustrie in der späten Weimarer Republik, zeigen, wie unterschiedlich man an eine Unternehmerbiografie herangehen kann, selbst wenn man sich im Kern auf dieselben Primärquellen stützt. Peter Langer rückt den Unternehmer Reusch als politisch handelndes Individuum und die Frage nach seiner Macht und Mitverantwortung für die politischen Katastrophen der Zeit in den Mittelpunkt. Christian Marx dagegen versteht Unternehmer- und Unternehmensgeschichte, also Biografie- und Strukturgeschichte, als wechselseitig auf das Engste miteinander verflochten – und macht auf diese Weise erstmals den Unternehmer Reusch in seinem sozialökonomischen Handlungsfeld, also als solchen, wirklich greifbar.

Marx stützt sich in seiner an der Universität Trier entstandenen, von Morten Reitmayer und Lutz Raphael betreuten Dissertation auf den in der jüngeren Unternehmensgeschichte bereits mehrfach erprobten, aber methodisch neu reflektierten und um netzwerktheoretische Überlegungen erweiterten Ansatz der *corporate governance*. So legt der Autor sehr viel Wert darauf, den Managerunternehmer Reusch nicht isoliert zu betrachten, sondern ihn in seinen – durch die historisch entstandene Unternehmenskultur der GHH ebenso wie durch die jeweils aktuellen Interessen der Eigentümerfamilie Haniel entscheidend mitgeprägten, aber auch sehr bewusst selbst gestalteten – sozialen Beziehungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens zu verorten. Dies teils auf den formellen Regeln der *corporate governance* beruhende, teils auch informelle soziale Beziehungsnetzwerk versteht Marx als das wesentliche Instrument Paul Reuschs zur strategischen Steuerung, Koordination und Kontrolle des von ihm nach dem Ersten Weltkrieg durch Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen erheblich ausgebauten, dabei systematisch von der Stahlerzeugung in die Weiterverarbeitung hinein diversifizierten, zunehmend also vertikal integrierten, aber weiterhin dezentral organisierten Konzerns. Die Untersuchung ist chronologisch aufgebaut, wobei die dem Karriereverlauf Reuschs und der Unternehmensentwicklung der GHH folgenden Hauptkapitel jeweils in sachthematische Querkapitel zu den Leitungs- und Kontrollstrukturen, zur strategischen Ausrichtung, zur Unternehmensfinanzierung und zur Stellung des Unternehmers beziehungsweise des Unternehmens in der Eisen- und Stahlindustrie gegliedert sind. Die Einstellung und das Handeln Paul Reuschs mit Blick auf die Arbeitsbeziehungen sowie sein Wirken außerhalb des Konzerns, insbesondere

in den Wirtschaftsverbänden und in der Politik, wird in diesen wiederkehrenden Querkapiteln nur dann mit einbezogen, wenn es markante Rückwirkungen auf die *corporate governance* hatte. Am Ende der Hauptkapitel werden die verschiedenen sachthematischen Aspekte jeweils zu einem Gesamtbild gebündelt. Das Buch insgesamt schließt mit einer prägnanten Bilanz unter anderem zur Evolution des auf Grundlage der überlieferten Korrespondenz systematisch analysierten Reusch'schen Beziehungsnetzwerks, zu den festgestellten Zäsuren, Pfadabhängigkeiten und Innovationen, zur Entwicklung der formellen Konzernstrukturen und der auf Unabhängigkeit gegenüber den Banken bedachten Art der Unternehmensfinanzierung sowie – last, not least – zu Paul Reusch als Unternehmertypus.

Mit diesem stringenten Ansatz gelingt es Marx, der sich auf eine beeindruckende, über den Kernbestand der GHH im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv zu Köln weit hinausgehende Fülle an Quellen und Literatur stützt, ein facettenreiches, zugleich aber sehr nüchternes und ausgewogenes Bild vom Unternehmer Paul Reusch zu zeichnen, das bisher nicht existierte. Der Vorstandsvorsitzende Reusch verstand es, sich als maßgebliche, vom Aufsichtsratsvorsitzenden und damit der Mehrheit der Eigentümerfamilie Haniel gestützte Autorität zu etablieren. Mit Hilfe eines ganz auf ihn persönlich ausgerichteten Beziehungs-, Kommunikations- und Informationsnetzwerks zu wichtigen, in der Regel selbst installierten Vertrauenspersonen in den Vorständen der rechtlich weiterhin selbständigen GHH-Konzerntöchtern gelang es Reusch eine strikt auf unternehmerische Eigenständigkeit bedachte Wachstumsstrategie erfolgreich umzusetzen (sich also nicht etwa den Vereinigten Stahlwerken anzuschließen) und das expandierende Unternehmen weitgehend effizient zu steuern, zu koordinieren und zu kontrollieren, so dass es ohne größeren Schaden durch die Weltwirtschaftskrise kam. Orientiert am langfristigen Unternehmenserfolg hatte Reusch keine erkennbaren Bedenken, den GHH-Konzern in den Dienst des NS-Regimes zu stellen, von der Aufrüstungskonjunktur zu profitieren und Zwangsarbeiter zu beschäftigen, verfolgte nun allerdings keine dezidierte Expansionsstrategie mehr. Trotzdem geriet er immer wieder in Konflikte mit den neuen Machthabern (denen er anfangs viele, teils reichlich naive politische Sympathien entgegengebracht hatte) – weil diese nicht willens waren, seinen mental tief in der politischen Kultur des Kaiserreichs

verwurzelten „Herr-im-Hause“-Standpunkt zu respektieren. Sein Beziehungsnetzwerk außerhalb des eigenen Unternehmens, in die Interessenverbände und die Politik hinein, hatte sich bereits bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angesichts ihres unbedingten Gleichschaltungsdrangs als mehr oder weniger nutzlos erwiesen. Reusch geriet immer mehr ins politische Abseits. 1942 musste er sich wegen eines politisierten Personalkonflikts an der Spitze einer Konzerntochter, der Kabel- und Metallwerke Neumayer AG, den er nicht für sich entscheiden konnte, schließlich ganz aus dem Vorstand der GHH zurückziehen – mit der Folge, dass nun auch sein mit viel Mühe aufgebautes unternehmensinternes Beziehungsnetzwerk weitgehend zerfiel, allerdings nicht vollständig; immerhin gelang es ihm nach Kriegsende, selbst unter den Bedingungen der alliierten Entflechtungs- und Dekartellierungspolitik, seinen Sohn Hermann Reusch als Nachfolger zu installieren – und damit zumindest im Ansatz selbst eine Familiendynastie von Managern zu begründen.

Langer geht, wie erwähnt, ganz anders, weniger theoretisch-methodisch reflektiert, an seine biografische Studie heran. Als Vorsitzender der Historischen Gesellschaft Oberhausen, der sich auch als Lehrer und Schulleiter viele Jahre intensiv mit Paul Reusch und der Gutehoffnungshütte in den lokalhistorischen Zusammenhängen auseinandergesetzt hat, interessiert er sich in erster Linie für die politische Dimension des Lebens und Wirkens seines Protagonisten. Folglich stellt er dessen Macht als Unternehmer heraus, nach innen wie nach außen, also den autoritären, kompromisslos durchgesetzten Führungs- und Geltungsanspruch gegenüber Arbeitern und Angestellten ebenso wie die von antiliberalen, rechtskonservativen, nationalistischen Überzeugungen geprägte Interessen- und Verbandspolitik, die unter anderem eigene Pressebeteiligungen und Parteispenden einschloss. Ganz im Sinne einer Auseinandersetzung mit den Gefahren des Totalitarismus fragt der Verfasser nach der politischen Verantwortung des einflussreichen Unternehmers Paul Reusch. Langers ebenfalls chronologisch angelegte Gliederung folgt deshalb der politischen Geschichte, nicht dem Karriereverlauf Reuschs und der Unternehmensgeschichte der GHH: Kaiserreich, Erster Weltkrieg, Revolution 1918/19 und die verschiedenen Phasen von Weimarer Republik und NS-Diktatur geben den Leitfaden für die Untersuchung vor. In den einzelnen Teilkapiteln wird

Paul Reusch zwar auch als „Konzernherr“ vorgestellt, aber immer wieder vor allem als politischer Unternehmer in den Blick genommen. Er erscheint dabei als ein wortgewaltiger, in Öffentlichkeit und Politik wohl gerade deshalb zugleich namhafter wie umstrittener Sprecher der Schwerindustrie, dessen kompromissloser Kampf gegen den politischen Einfluss der Sozialdemokratie ebenso wie seine Fehleinschätzung der Nationalsozialisten nicht nur maßgeblich zum Untergang der ersten deutschen Demokratie, sondern letztlich auch zu seinem persönlichen Machtverlust beitrugen. Es mutet freilich fast wie ein Kampf gegen nicht vorhandene Windmühlen an, wenn Langer meint, ganz energisch das Bild von Reusch als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus korrigieren zu müssen, denn als solcher gilt er in der einschlägigen historischen Forschung keineswegs. Aus der Perspektive des genauen Kenners der Verhältnisse vor Ort, wo es scheinbar in bestimmten Kreisen mit Blick auf Reusch noch heute „den Mythos des autoritären, aber gerechten Konzernlenkers, der den braunen Machthabern ab 1933 unbeugsam die Stirn bot“ (S. 15) gibt, mag dies natürlich anders aussehen.

Durch Langers kenntnisreiche Studie, die auf einer ganz stupenden Auswertung der verfügbaren Quellen vor allem im Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv beruht, wird manches zusätzliche Detail über Reuschs umfangreiche Korrespondenzen, öffentlichen Auftritte und Verlautbarungen zu Tage gefördert, aber letztlich keine neue Interpretation des politischen Unternehmers Paul Reusch vorgenommen. Seine negative Haltung gegenüber jeglichen Mitbestimmungsansprüchen von Arbeitern und Angestellten, von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, nicht zuletzt seine Ablehnung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ – mit der die Grundlagen für einen sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Kapitalismus gelegt wurden – all das war ebenso bekannt wie Reuschs verbale Attacken auf das parlamentarische System der Weimarer Republik und seine politische Verkennung der Nationalsozialisten.

Peter Langer gelingt es durch seine tendenziell moralisierende, grundsätzlich nach Macht und Verantwortung fragende Herangehensweise letztlich nicht, wie eigentlich beabsichtigt, den politischen Unternehmer Paul Reusch wirklich zu fassen, ihn distanziert und nüchtern zu betrachten und dadurch zu entdämonisieren; er wird vielmehr geradezu negativ überhöht. Ganz anders dagegen Christian Marx:

Durch die methodisch durchdachte, konsequent umgesetzte und hier erstmals geleistete Rückbindung des betont politischen Unternehmers Paul Reusch an sein eigentliches, unternehmerisches Handlungs- und Wirkungsfeld wird – fast wie im Nebeneffekt – zugleich auch nachvollziehbar, dass dessen Konflikte mit dem NS-Regimes nichts mit politischem Widerstand zu tun hatten, allerdings auch kaum etwas mit gegenläufigen wirtschaftlichen Interessen, sondern vor allem etwas mit den langfristigen mentalen Prägungen des vor dem Ersten Weltkrieg in eine wirtschaftliche Führungsposition aufgestiegenen Menschen Paul Reusch, der im untergegangenen Kaiserreich verwurzelt blieb und im Grunde genommen zu treffender politischer Analyse und Beurteilung unfähig war – in Demokratie und Diktatur. Damit hat Christian Marx das Potenzial einer methodisch reflektierten Unternehmer- und Unternehmensgeschichte besonders eindrucksvoll unter Beweis gestellt – auch für die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

München/Frankfurt a. M. Friederike Sattler

Deutsche Jugendverbände

Weinrich, Arndt: Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, 315 S., Klartext, Essen 2013.

Die Frage, welche Folgen der Erste Weltkrieg für die politische Kultur der Weimarer Republik zeitigte, und in welche Beziehung damit Erster und Zweiter Weltkrieg zu setzen sind, gehört zu den Kernfragen der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dementsprechend groß ist die Anzahl der Studien, die sich ihr gewidmet haben, und nicht wenige davon richteten ihren Blick auch auf die Jugend. Dass es dennoch lohnt, sich einem solch dicht bestellten Forschungsfeld erneut zu nähern, zeigt Arndt Weinrichs Dissertation zum Weltkriegsgedenken ausgewählter deutscher Jugendverbände zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Das besondere Interesse des Autors gilt den Schnittmengen in der Kriegsrezeption Weimarer Jugendverbände – der *Bündischen Jugend*, der *Katholischen Jugend* und dem republikanischen *Jungbanner* – auf der einen Seite, und jener der *Hitler-Jugend* auf der anderen Seite. Er fragt danach, welche Deutungselemente des Gefallen- und Kriegsgedenkens in den 1920er

Jahren über die Grenzen politischer Lager hinweg Wirkmacht entfalteten, und inwieweit sich diese für den Heldengedenkdiskurs des Dritten Reiches anschlussfähig erwiesen. Die Argumentation zielt darauf, die Kontinuitäten in der „heroischen Deutungskultur“ (S. 319) des Weltkrieges hätten als wichtige „erinnerungskulturelle Brücke“ (S. 33) zwischen der Weimarer Gesellschaft und der nationalsozialistischen Herrschaft fungiert. Das ist als These vielleicht nicht ganz überraschend, durchzieht aber dennoch als roter Faden eine stilistisch elegante und inhaltlich gleichermaßen luzide wie differenzierte Studie.

Die vier Kapitel des Hauptteils widmen sich dem Weltkrieg als Kindheitserfahrung (Kapitel II), dem Helden- und Opfergedenken der genannten Weimarer Jugendverbände in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren (Kapitel III), dem Weltkriegsgedenken der Hitler-Jugend (Kapitel III) und schließlich detailliert den Wandlungen und Aneignungen des Langemarck-Mythos zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, mit Schwerpunkt auf der Langemarck-Politik der *Deutschen Studentenschaft* und der *Hitler-Jugend*. Das Kapitel zur Weltkriegsrezeption der *Bündischen Jugend* zeichnet diese entlang im Großen und Ganzen bekannter Linien: Es betont den zentralen Stellenwert des Gefallenengedenkens und die Wirksamkeit des Topos eines „Vermächtnisses“ der Gefallenen, das die nachfolgende Generation in die Pflicht nehme, sowie die Varianten der Heroisierung der Frontkämpfer zwischen Walter Flex' „opfermythischem Heldenkult“ (S. 76) und dem Jünger'schen Ideal des „schlackenlosen Grabenkämpfers“ (S. 83). Es gelingt dem Autor, ausgewählte Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Bünden überzeugend nachzuzeichnen und gleichzeitig Verschiebungen im Gefallenenkult – so eine Bewegung weg von Flex und hin zu Ernst Jünger – präzise auf das Ende der 20er Jahre, mit einem Umbruch 1928/29, zu datieren.

Ging in der *Bündischen Jugend* der Gefallenenkult Hand in Hand mit einer Idealisierung des Krieges, charakterisiert Weinrich die Haltung der katholischen Jugend als ambivalent: Aufrufe zu „Friedensgeist und Völkerverständigung“ (S. 105) prägten deren Schriften, gleichzeitig aber auch eine „Überhöhung der Kriegsgefallenen zu Opferhelden“ gemeinsam mit einer „Verabsolutierung des Selbstopfers“ (S. 105). Die Sakralisierung des heroischen Opfers auch in der *Katholischen Jugend* machte diese anfällig für die mentalen Mobilma-

chungsstrategien der Nationalsozialisten. Für das bisher von der Forschung kaum beachtete Jungbanner, die Jugendorganisation des *Reichsbanners*, konstatiert der Autor eine deutlichere Distanzierung von Krieg und Heldenkult. Hunger und Not in der Weltkriegszeit, für die *Bündische Jugend* augenscheinlich kein Thema, standen hier im Kern des Kriegsbildes. Man las Erich Maria Remarque – gleichzeitig aber auch Flex' „Der Wanderer zwischen beiden Welten“ und Philipp Witkops Kriegsbriefe gefallener Studenten. Trotz eines starken Pazifismus fand auch in diesem republikanischen Jugendverband der Heldenkult einen Resonanzraum, wenn auch weniger aggressiv und lautstark.

Das ausführliche Kapitel zur Weltkriegsrezeption der *Hitler-Jugend* skizziert diese differenziert in ihren Ambivalenzen und Wandlungen zwischen generationeller Selbststilisierung und Abgrenzung auf der einen Seite und der Unterordnung unter die ‚Leistungen‘ der Frontgeneration auf der anderen Seite. Der Heldenkult und die Denkfigur eines Vermächtnisses der Gefallenen, so Weinrich, verbanden die Weltkriegsrezeption der *Hitler-Jugend* mit jener der späten 20er Jahre. Im Nationalsozialismus wurde sie radikalisiert und mit dem Aufruf zu Gewalt verbunden, knüpfte aber an Interpretamente an, welche aus der Mitte der Weimarer Gesellschaft kamen. Damit bot der Heldenkult ein Potenzial, die zahlreichen Neumitglieder der *Hitler-Jugend* nach 1933, die aus zwangsweise aufgelösten oder gleichgeschalteten Verbänden stammten, zu integrieren. Das überzeugt für das studentische Lager und die *Bündische Jugend* unmittelbar. Kritisch nachzufragen wäre aber, ob sich auch quellenmäßig belegen lässt, inwieweit für Mitglieder der katholischen und republikanischen Jugendverbände tatsächlich die Gemeinsamkeiten der Heldenverehrung über die Grenzen der weltanschaulichen Differenzen hinweg eine Brücke zur Akzeptanz der *Hitler-Jugend* bildeten. Im letzten Großkapitel zeichnet der Verfasser ein detailliertes Bild der gedächtnispolitischen Strategien und Konkurrenzkämpfe zwischen *Deutscher Studentenschaft* beziehungsweise *Reichsstudentenschaft* und *Hitler-Jugend*, die in eine hochorganisierte und institutionalisierte Langemarck-Politik mündeten.

Dem Autor gelingt es durchweg sehr gut, die zentralen Konfliktlinien in den Forschungsdebatten über Brutalisierung, Generationalität, über die Umbruchphase von den 1920ern zu den 1930er Jahren und über die Weltkriegsrezeption im frühen Nationalsozialismus knapp und dabei äußerst klar darzulegen und schließ-

lich seine Ergebnisse in dieser Forschungslandschaft zu verorten. Hierin liegt die große Stärke des angenehm zu lesenden Buches.

Freiburg

Sonja Levsen

Mehr als eine Regionalstudie

Kreutzmüller, Christoph: Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930–1945, 426 S., Metropol, Berlin 2012.

Gegenwärtig schließt sich mit gleich mehreren Veröffentlichungen eine lang bestehende Lücke in der historischen Forschung zum Nationalsozialismus, was der unter anderem von Rüdiger Hachtmann herausgegebene Sammelband „Berlin im Nationalsozialismus“ (2011) sowie das von Michael Wildt und dem hier zu besprechenden Autor Christoph Kreutzmüller editierte „Berlin 1933–1945“ (2013) belegen. Während bereits zahlreiche Studien einzelnen Städten und Regionen im ‚Dritten Reich‘ gewidmet wurden, gab es bisher kaum substantielle Untersuchungen über die damalige Reichshauptstadt Berlin – weder über Berlin als Ort noch als Gegenstand, an dem die in der Forschung rele-

vanten Themen und Diskussionszusammenhänge erprobt worden wären. Dieser Befund verwundert umso mehr, als Berlin zweifelsohne das politische, administrative und kulturelle Zentrum des ‚Dritten Reiches‘ war und zugleich einer seiner bedeutenden Wirtschaftsstandorte. Ob vom Zentrum für die Peripherie eine Vorbildfunktion ausging, ließ sich bisher kaum abschätzen, denn es fehlte an den so wichtigen Mikrostudien zu einzelnen Teilaspekten der nationalsozialistischen Herrschaft.

Als eine solche Mikrostudie, welche die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Wirtschaft in den Blick nimmt, lässt sich die vorliegende Monografie verstehen. Herzstück der Untersuchung ist eine auf beeindruckender Quellenarbeit beruhende Datenbank, mit deren Hilfe der Autor die jüdische Gewerbetätigkeit in Berlin zwischen 1930 und 1945 erfasst. Die etwa 44.000 Unternehmen für Berlin umfassende Datenbank entstand im Rahmen einer komparativ arbeitenden Forschergruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin, aus der weitere Studien zu den Städten Breslau und Frankfurt am Main hervorgegangen sind (Benno Nietzel, Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main von den 1920er bis in die 1960er Jahre). Die komplexe Frage, wie diese Unternehmen als ‚jüdisch‘ klassifiziert wurden, beantwortet der Autor mit dem heute weitgehend anerkannten Kriterium der nationalsozialistischen Verfolgung: Ein Unternehmen wurde von den Nationalsozialisten nach einer – variierenden – Kategorisierung und abhängig von der jeweils eingesetzten Verfolgungspraxis als ‚jüdisch‘ stigmatisiert.

Mithilfe dieser Datengrundlage kann Christoph Kreutzmüller die historischen Größenverhältnisse der jüdischen Wirtschaftstätigkeit in Berlin sehr präzise bestimmen, was schon für sich genommen überaus gewinnbringend ist. Darüber hinaus bietet der Autor empirisch fundierte Interpretationen über die allgemeinen Wirtschaftsstrukturen, die Stadtverwaltung sowie die Abläufe und Akteure der Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit. Damit leistet die Arbeit weit mehr als eine reine Regionalstudie. Für Berlin ließen sich schließlich nach der quantitativen und qualitativen Bereinigung der Dateneinträge insgesamt 8.012 ‚jüdische‘ Unternehmen eindeutig identifizieren und in ihrer Verfolgungsgeschichte detailliert nachvollziehen. Bei den untersuchten Unternehmen handelt es sich vor allem um kleine und mittelständische Unternehmen. Dies bedeutet einen weiteren, kaum groß genug einzuschätzenden Mehrwert

für die Forschung, denn bisher standen vor allem Großunternehmen und ihre teilweise spektakuläre ‚Arisierung‘ durch Zentralinstanzen im Fokus. Wie Christoph Kreutzmüller hervorhebt, machten in Berlin die kleinen und mittelständischen Unternehmen zudem nicht nur zahlenmäßig das Rückgrat der jüdischen Gewerbetätigkeit aus. Sie können auch mit ihren flexibleren internen Entscheidungs- und Anpassungsprozessen als eine viel direktere Sonde gelten, um die Praxis der nationalsozialistischen Verfolgung in der Wirtschaft zu beschreiben. Mit ihnen ließe sich, so Kreutzmüller, schließlich auch unser Blick auf die Gegenstrategien der als ‚jüdisch‘ stigmatisierten Unternehmer/innen lenken, die sich der politischen Verfolgung nicht einfach beugten. Die Einzelschicksale über die schiere Masse der Fallbeispiele hinaus zu erzählen und zu würdigen, ist ein weiteres erklärtes Ziel des Autors.

Diese Datenmenge zu bändigen und an ihr Strukturen, Akteure und Praxis der Verfolgung abzubilden, zugleich die Gegenmaßnahmen der ‚jüdischen‘ Unternehmer/innen in den Blick zu nehmen und den Ereignissen ein Gesicht zu geben, macht die Darstellung zu einer Herausforderung. Die Einleitung, die sich der Datenerhebung, der Begriffsbildung und den grundsätzlichen Problemstellungen der Quantifizierung widmet, kann nur beeindrucken. Hingegen überzeugt das zweite Kapitel, das sich mit den Rahmenbedingungen vor und nach 1933 beschäftigt, nicht immer. Auf knapp fünfzig Seiten werden schlicht zu viele Teilbereiche auf zu wenig Raum abgehandelt (Geschichte Berlins als NS-Gau, städtische und staatliche Verfolgungsinstanzen, allgemeine Wirtschaftsstruktur, Geschichte jüdischen Wirtschaftens). Eine Beschränkung auf das Wesentliche wäre vorteilhafter gewesen, zumal sich das nächste, dritte Kapitel ausführlich und chronologisch der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit widmet. Hier hätte man über die repräsentativen Fallbeispiele etwa die staatlichen und städtischen Verfolgungsinstanzen integrieren können. Ein solches Vorgehen hätte zudem die für diesen dritten Abschnitt eingeführte heuristische Trennung zwischen „Verfolgung durch physische Gewalt“ und „Verfolgung durch Verwaltung“ noch stärker akzentuiert (S. 120). So gerät die Darstellung auch hier etwas kleinteilig. Das vierte Kapitel, das die Abwehrstrategien jüdischer Gewerbetreibende zum Inhalt hat, löst dann aber die anspruchsvollen Ziele des Autors ein. In komprimierter Form verknüpft er die institutionellen und individuellen Gegenmaßnah-

men der ‚jüdischen‘ Unternehmer/innen systematisierend und anhand eindrucksvoller Fallbeispiele und kann so ein überzeugendes Gesamtbild zeichnen. Mit dem fünften Kapitel zur Deportation jüdischer Gewerbetreibende findet die Darstellung ihren Abschluss.

Zusammenfassend setzt die Studie zweifellos eine Wegmarke in der Forschung zur Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit und öffnet den Blick in die Verhältnisse in der Hauptstadt Berlin. Sie öffnet neue Forschungsfragen und erprobt neue Methoden. Darüber hinaus vermitteln die darin versammelten Fallbeispiele aber auch detailliert Einsichten in die bis heute schwer fassbare Realität der Verfolgung gegen jüdischen Bürger/innen: die Demütigungen, die Perfidie der Mittel und schließlich die ungeheure Gewalttätigkeit gegen Eisdielenbesitzer und Strumpffabrikanten, gegen Obstverkäufer und Schrotthändler, gegen Börsenhändler und Architekten, gegen Herrenausstatter und Juweliere – ein alltäglicher auch moralischer Ausverkauf.

Bielefeld

Ulrike Schulz

Selbstbehauptung

Nietzel, Benno: Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924–1964, 384 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012.

Frankfurt am Main hatte vor der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘ den prozentual höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil aller deutschen Großstädte. In dieser Stadt zu wohnen – das hatte für viele der dort ansässigen Juden eine große Bedeutung. Mit ihr verband man eine lange jüdische Tradition – auch und gerade in Bezug auf den Wirtschaftssektor. Die Zerstörung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Frankfurt zur Zeit des Nationalsozialismus ist Thema der Dissertation Benno Nietzels, die unter dem Namen „Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924–1964“ in der Reihe „Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft“ veröffentlicht wurde. Der Autor, heute akademischer Rat für historische Politikforschung an der Universität Bielefeld, legt hier eine Längsschnittuntersuchung vor. Auf der Grundlage der Analyse der Geschichte von insgesamt rund 2.600 jüdischen Unternehmen sowie deren Einbettung in die lokale Stadtent-

wicklung und in die Prozesse auf Reichsebene, gelingt ihm eine sehr breit gefächerte, viele Perspektiven umfassende Illustration der Geschichte jüdischer Unternehmen in Frankfurt.

Schon der gewählte Untersuchungszeitraum – 1924 bis 1964 – deutet auf eine weit gefasste Fragestellung hin. Nietzel möchte das jüdische Wirtschaftsleben der Stadt umfangreich analysieren, von der Weimarer Republik bis in die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik, um so „eine erweiterte Perspektive auf das Thema zu gewinnen und einige eingefahrene Sichtweisen aufzubrechen“ (S. 11). Hierbei möchte er drei „Leerstellen“ (ebd.) der deutsch-jüdischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte füllen. Zunächst will der Autor einer auf den Holocaust fokussierenden Darstellung entgegenwirken. Zudem richtet er den Blick gezielt auf das kleine und mittlere Gewerbe. Seine dritte und vielleicht wichtigste Grundannahme ist es, die (nach nationalsozialistischer Definition als solche bezeichneten) Juden nicht allein als Opfer, sondern als Akteure wahrzunehmen. Welche Handlungsspielräume gab es? Welche Strategien zur Selbstbehauptung wurden wie genutzt?

Nietzel beginnt seine Ausführungen mit einer knappen Erläuterung der jüdischen Geschichte Frankfurts ab dem 19. Jahrhundert in Fakten und Zahlen – von der Emanzipation über den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg bis hin zur wachsenden antisemitischen Szene am Ende der Weimarer Republik. Im Folgenden fasst der Autor kurz grundlegende Ereignisse und die antisemitische Gesetzgebung der ersten Jahre der Diktatur zusammen, um sich dann intensiv dem Schicksal der, durch die sukzessiv zunehmenden Verfolgungsmaßnahmen unter Druck gesetzten, jüdischen Gewerbetreibenden zu widmen. Der Autor schafft es hier, durch eine viele Ebenen umfassende Betrachtung, ein sehr komplexes Bild der Ereignisse zu zeichnen: von der Reichsregierung über die regionale Ebene des Gaus hin zur lokalen Stadtverwaltung, zum Unternehmen, zur Einzelperson des Verfolgten, des Täters und aller dazwischen liegenden, nach Verhalten kategorisierten und zwar mit allen – nicht selten widerstreitenden – Interessen, Konflikten und Handlungsoptionen. Die Darstellung zahlreicher Einzelfälle und deren Einbettung in den jeweiligen historischen Kontext ermöglicht ihm eine besonders detaillierte und eingehende Schilderung der Ereignisse. Auf der einen Seite steht hierbei das vielschichtige Geflecht der ‚Täterseite‘. Die Frankfurter Stadtregierung tat sich beispielsweise – in Konkurrenz mit höheren Parteistellen stehend –

durch recht großen Aktionismus gegen die jüdischen Gewerbetreibenden hervor, wollte man doch „aus der Stadt der Frankfurter Zeitung und Mayer Amschel Rothschilds wieder die deutsche Stadt und die Stadt Goethes werden [...] lassen“ (Steen u. a. 1988, S. 3). So wurde etwa die Kennzeichnung deutscher Geschäfte propagandistisch stark vorangetrieben. Gegen Industrie und Großhandel ging man hingegen kaum vor. Auf der anderen Seite erscheint die ‚Opferseite‘ nicht weniger komplex. Nietzel beschreibt die vielschichtige Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und die Topographie der Gewerbetätigkeit. Besonderen Fokus legt er auch auf die personalen Netzwerke, die familiären und geschäftlichen Beziehungen in der Stadt, der Region sowie im In- und Ausland: eine Frankfurter Besonderheit, die eine umfassende Ausschaltung jüdischer Gewerbetätigkeit (lange) verhinderte. Zur Analyse der Fallbeispiele nutzt der Autor Typologien von Handlungsstrategien, insbesondere die der „gleitenden Profilanpassung“ (S. 111) und der „gleitenden Strukturanpassung“ (S. 123). Erstes meint die Nutzung von Spielräumen in Bezug auf die Art der Geschäfte, Letzteres den Versuch der Anpassung der Unternehmensstruktur.

Dreh- und Angelpunkt der Judenverfolgung bildete auch in Frankfurt bekanntermaßen das ‚Schicksalsjahr 1938‘. Der Novemberpogrom und seine Folgen waren der Anfang vom Ende – auch der jüdischen Unternehmen in Frankfurt. Es setzte ein „Bereicherungswettlauf“ (S. 215) ein. Nietzel beschreibt eindringlich die Prozesse der Liquidation und des Besitztransfers, unterscheidet hierbei wiederum unterschiedliche Täterkategorien (S. 151ff.). Enteignung, Vertreibung, Emigration, Raub und Deportation: In der Folgezeit überschlugen sich die Ereignisse und läuteten das Ende des jüdischen Lebens in Frankfurt ein. Ein Neubeginn nach 1945 gestaltete sich in jeder Hinsicht als schwierig. Der Autor schildert abschließend den mühseligen Weg des Neuanfangs und der Entschädigung. Er konstatiert: Die Vernichtung des jüdischen Gewerbes hatten dem Wirtschaftsleben der Stadt nachhaltig geschadet. Und von einer ‚Wiedergutmachung‘ konnte selbstverständlich auch hier keine Rede sein.

Die Geschichte jüdischer Unternehmen und Unternehmer/innen ist in der zeitgeschichtlichen Forschung kein neues Thema. Trotzdem ist hierzu noch längst nicht alles gesagt. Benno Nietzels Dissertation bereichert die Diskussion um neue, lokalgeschichtliche Facetten. Ihm gelingt eine äußerst differenzierte Darstellung der

Ereignisse, die nicht durch eine Fülle von Details überschwemmt ist, sondern durch Kategorien- und Typologienbildung sowie durch die Betrachtung zahlreicher Ebenen die Entwicklungslinie jüdischer Gewerbetätigkeit chronologisch von der Weimarer Republik bis in die 1960er Jahre klar nachzeichnet. Tabellarische Übersichten und ein umfangreicher, aber nicht ausladender Anmerkungsapparat mit einem Firmen- und Personenregister bieten Orientierung. Die vielen – oft weniger bekannten – Fallbeispiele, machen das Werk besonders lesenswert.

Darmstadt

Anja Pinkowsky

Faschismus in Österreich

Reiter-Zatloukal, Ilse/Rothländer, Christiane/Schölnberger, Pia (Hrsg.): Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, 400 S., Böhlau, Wien u. a. 2012.

Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hrsg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, 638 S., Böhlau, Wien u. a. 2013.

Im Jahr 2011 fand unter dem Titel „Österreich 1933–1938“ an der Universität Wien eine mehrtägige Tagung statt. Als Veranstalter traten das Institut für Zeitgeschichte und die Rechtswissenschaftliche Fakultät in Erscheinung. Aus diesem Ereignis sind zwei voluminöse Sammelwerke hervorgegangen, beide erschienen im Böhlau Verlag. Es handelt sich um voneinander unabhängige Werke, wenngleich äußerlich Gemeinsamkeiten ins Auge stechen. In Form und Farbgestaltung ähnlich, sind auf den jeweiligen Cover-Fotos ein gekreuzigter Christus im Vorder- sowie ein Kruckenkreuz im Hintergrund zu erkennen. Jenes Symbolpaar, das am ehesten geeignet scheint, das Wesen(tliche) der Diktatur zwischen 1933 und 1938 zu repräsentieren. Auffällig auch die gleich lautende Bezeichnung, mit der diese im Titel angesprochen wird – Dollfuß/Schuschnigg-Regime. Beide Herausgeberteams entschieden sich für diese neutrale Begrifflichkeit und somit gegen die politische Kontaminierung von „Ständestaat“ beziehungsweise „Austrofaschismus“. Deren Verwendung implizierte lange Zeit ein Bekenntnis zur entweder konservativen oder linken Perspektive. Stand für erstere der Kampf gegen die national-

sozialistische Bedrohung von außen und innen im Mittelpunkt, betonte letztere die Zerstörung der Demokratie und Niederschlagung der linken Opposition inklusive ihres traurigen Höhepunkts bei den Februarkämpfen 1934. Bei einem Blick in die Inhaltsverzeichnisse beider Bände stößt man dann doch wieder auf beide Begriffe, wobei manche Autorin und mancher Autor sich mit Gänsefüßchen im einen, anderen oder auch in beiden Fällen behelfen. Ausgehend von den vorliegenden Texten scheint sich mittlerweile jedoch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch Austrofaschismus ohne Anführungszeichen als häufigste und offenbar auch unverdächtige Variante zur Benennung jener Jahre durchzusetzen. Neben dem wachsenden Abstand zu den damaligen Geschehnissen dürfte dies nicht zuletzt mit der fachlichen Autorität des im Band Reiter-Zatloukal/Rothländer/Schölnberger auch vertretenen und in beiden Einleitungen gewürdigten, emeritierten Wiener Politologen Emmerich Tálos zu tun haben. Tálos hielt stets diesen Begriff für am passendsten; siehe dazu seine Werke „Das austrofachistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938“ (2013) und „Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938“, das er mit Wolfgang Neugebauer im Jahr 2006 herausgab. Seine Argumentation stützte, dass es sich um eine Eigenbezeichnung handelte. Dies ist für „Ständestaat“ aber noch weit mehr ins Treffen zu führen. Gegen ihn spricht jedoch, dass das Ständische am Ständestaat nie viel mehr als eine Absichtserklärung mit Propaganda-Funktion bildete. Am Austrofaschismus lässt sich aber ebenfalls nicht alles mit gängigen Faschismus-Definitionen in Einklang bringen. Wäre in dieser Logik daher nicht dem auf dem Gebiet ausgewiesenen Historiker Kurt Bauer zuzustimmen, der die sprachliche Emanzipation oder vielmehr Entkrampfung für die Bezeichnung „Ständestaat“ genauso für an der Zeit hält?

Das von Reiter-Zatloukal/Rothländer/Schölnberger herausgegebene Werk ist ein typischer Tagungsband; die 24 Beiträge spiegeln wider, worüber in jüngerer Zeit gearbeitet wurde (erlauben aber nur bedingt daraus abzuleiten, was gerade kein Thema ist). Sie sind acht inhaltlichen Schwerpunkten zugeordnet: Verfassung und Konkordat, Oppositionsbekämpfung, Politische Gewalt und Justiz, Wirtschaft und Arbeit, Geschlechterpolitik, Wissenschaftsgeschichte, Kriegs- und Nachkriegszeit sowie Rehabilitierungen. An die Inhalte dieser Forschungsgebiete verspricht der Untertitel des Bandes interdisziplinäre Annäherungen. Tatsächlich setzen

sich die 25 Autor/innen aus Historiker/innen und Politolog/innen und – als größter Gruppe – aus insgesamt zwölf Jurist/innen zusammen. Deutlich tritt so zu Tage, dass am Juridicum der Universität Wien in den letzten Jahren eine vielfältige Beschäftigung mit dem Dollfuß/Schuschnigg-Regime erfolgte und den Wissensstand bereicherte. Acht Beiträger/innen sind Mitglieder der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Ebendort angesiedelt waren zudem mehrere von Ilse Reiter-Zatloukal geleitete Projekte, in deren Rahmen die Historikerinnen und Co-Herausgeberinnen Christiane Rothländer und Pia Schölnberger tätig waren.

Kennzeichnend für den Band ist darüber hinaus, dass bis auf drei Autoren – darunter Alessandro Somma als einziger Ausländer – alle aus Wien kommen. Dies macht ein wenig nachdenklich. Zumal der Historiker Florian Wenninger in seinem erhellenden Beitrag über den weltanschaulichen Kontext der angelsächsischen Historiographie zum Austrofaschismus bis Anfang der 1960er Jahre den großen Anteil „ausländischer Stimmen“ an den Forschungsergebnissen zur Zwischenkriegszeit in Österreich nachzeichnet.

Aufgrund der skizzierten personellen Konstellationen wird im vorliegenden Band dem politischen System, das ab 1933 Gestalt annahm, im Besonderen aus justiz- beziehungsweise verwaltungsgeschichtlicher Perspektive auf den Puls gefühlt. Außerdem werden Aspekte der Gesetzgebung und Rechtspraxis im Zusammenhang mit den oben genannten Themenfeldern analysiert. Dabei findet der interdisziplinäre Dialog in Form von Gegenüberstellungen von „klassischen“ historiographischen und juristischen Zugängen statt. Den Anfang machen der Historiker Helmut Wohnout und der Staatsrechtler Ewald Wiederin zur so genannten „Mairverfassung“ von 1934. Gerade dieses Beispiel verdeutlicht die unterschiedlichen Herangehensweisen, die unterschiedliche Akzentsetzungen bedingen und Bewertungen anhand anderer Kriterien vornehmen, besonders gut. Während Wohnout von den heterogenen Kräften im Regierungslager auf das Resultat, den Verfassungstext, schließt, stellt Wiederin diesen ins Zentrum und fragt nach den darin enthaltenen Absichten. Auf diese Weise schon im Ansatz verschieden, kommen die Autoren schließlich auch bei der Frage nach dem Stempel, den die Verfassung dem Herrschaftssystem zwischen 1934 und 1938 aufdrückte, zu etwas abweichenden Einschätzungen: Wohnout charakterisiert es als „Kanzlerdiktatur“, für Wiederin wurde

der Grundstein zu einem „Beamtenfaschismus“ gelegt.

Als weiteres Exempel für den Mehrwert, den der juristische Blick einbringt, sei stellvertretend der Beitrag des Strafrechtlers Frank Höpfel erwähnt, der ein weiteres von geschichtspolitischen Differenzen geprägtes, heißes Eisen der österreichischen Zeitgeschichte anspricht. Anhand – damals noch nicht existierender – Definitionskriterien des Humanitären Völkerrechts (Kriegsvölkerrechts) prüft er, ob sich die Februarkämpfe 1934 als Bürgerkrieg klassifizieren lassen oder nicht und verleiht mit diesem „unhistorischen“ Ansatz der viel diskutierten Frage einen interessanten „Twist“.

Im letzten Beitrag des Bandes schildert Ilse Reiter-Zatloukal schließlich die Genese des 2011 verabschiedeten Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetzes für die Justizopfer des Austrofaschismus. Die Wurzeln der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) im Ständestaat, beziehungsweise die vom Ausgleich zwischen ÖVP und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) geprägte Zweite Republik, verhinderten viele Jahrzehnte eine solche Regelung. Die Vorgeschichte des Gesetzes beginnt daher erst um die Jahrtausendwende und bis zu einem gemeinsamen parlamentarischen Antrag von ÖVP, SPÖ und Grünen galt es trotz des großen zeitlichen Abstands zum Geschehen zahlreiche Hindernisse zu überwinden. Diese Hürden unterstreichen die noch immer vorhandene Brisanz des Themas. Dass sie aus dem Weg geräumt werden konnten, steht aber genauso für das Nachlassen dieser geschichtspolitischen Aufladung.

Das wiedererwachende Interesse der Zeitgeschichtsforschung am Dollfuß-/Schuschnigg-Regime bringen Florian Wenninger und Lucile Dreidemy vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, die Herausgeber/innen des zweiten hier zu besprechenden Bandes, daher unter anderem mit dem Umstand in Verbindung, dass eine Beschäftigung damit „keinem parteipolitischen Outing mehr gleich[kommt]“. Ihr ausgedehnter Forschungsbericht, gegliedert in sieben Themenbereiche (Parteiengeschichte, Katholisches Milieu, Wirtschafts- und Interessenpolitik, Politik und Gesellschaft, Rechts- und Verwaltungsgeschichte, Militärgeschichte sowie Außenpolitik) setzt sich aus 23 Beiträgen (die alle ein Double-Blind-Review durchliefen) aus der Feder von 25 Autor/innen zusammen. Auch hier lässt sich deren allergrößter Teil Wiener Forschungseinrichtungen zuordnen.

Vom Konzept her sind die beiden Aufsatzsammlungen – die einige wenige personelle Überschneidungen aufweisen – jedoch nicht zu vergleichen. Das Kernanliegen ist in diesem Fall nicht die Präsentation neuer Ergebnisse, sondern eine aktuelle Bilanz. Die Autor/innen hatten einen zweigeteilten Auftrag: Zum einen den Forschungsstand des jeweiligen Themas zusammenzufassen und einer kritischen Prüfung zu unterziehen, zum anderen davon ausgehend Perspektiven für weitere Forschungen zu entwickeln. Wie bei Sammelwerken auch bei sorgfältigster Konzeptarbeit nicht zu verhindern, kommen die einzelnen Verfasser/innen dieser Aufgabenstellung auf jeweils eigene Weise nach. Etwa in dem sie mehr Gewicht auf die Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse legen, als darauf noch ausstehende Forschungen zu umreißen. In manchen Beiträgen wird dafür sogar im Detail auf unaufgearbeitete Quellenbestände eingegangen.

Ungeachtet solcher Inhomogenitäten fällt aber auf, dass für viele Forschungsgegenstände quellenbasierte Gesamtdarstellungen als Desiderat ausgemacht werden. Ebenso häufig taucht die Forderung auf, die verschiedenen Facetten des Austrofaschismus stärker als bisher geschehen der nationalen Perspektive zu entreißen; Österreich also in Bezug zu anderen demokratischen oder autoritären und totalitären Staaten Europas zu setzen. Dass daneben weitere Durchbrechungen von Raum- und Epochen Grenzen wünschenswert sind, in punkto Regionalhistorie etwa um Vielgestaltigkeit, aber auch um transregionale Verflechtungen aufzuzeigen, oder um das halbe Jahrzehnt Ständestaats-Diktatur in kurz-, mittel- und langfristige Zeitebenen inklusive ihrer Wechselwirkungen einzubetten, klingt ebenfalls vielfach an. Weil besonders pointiert eingefordert, sei stellvertretend auf Ernst Langthalers Beitrag zum Forschungsfeld Agrargeschichte Österreichs in den 1930er Jahren hingewiesen.

Solche Klarheit und Übersichtlichkeit steigert den Gebrauchswert des Bandes beim studentischen Lesepublikum, auf welches die Herausgeberin/der Herausgeber im Besonderen abzielen. Für den Lehrbetrieb beziehungsweise für (studentische) Forscher/innen liegt mit dem Band von Dreidemy und Wenninger ein wichtiges Werk vor, das die vorhandene Handbuch- und Überblicksliteratur auf äußerst nützliche Weise ergänzt. In sehr viele Aspekte der Austrofaschismus-Forschung ermöglicht es einen Einstieg; nicht zu vergessen, leisten die um-

fangreichen Literaturverzeichnisse bestimmt vielen Leser/innen sehr gute Dienste. Bleibt zu wünschen, dass die von den Autor/innen des Bandes gegebenen Impulse Forschungs-Früchte tragen.

Innsbruck

Ingrid Böhler

Positionsbestimmung Polens zwischen Ost und West

Halicka, Beata: Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945–1948, 393 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2013.

Die Welteroberungspläne Hitlers und seiner Kumpanen mündeten im Frühjahr 1945 in den totalen und selbstzerstörerischen Untergang des Deutschen Reichs. War die NS-Herrschaft von Flucht und Vertreibung seit jeher mit geprägt, so charakterisierten 'geordnete' Evakuierungen und individueller Rückzug nach Westen insbesondere das Geschehen bei Kriegsende in den Ostgebieten. Die gegen Deutschland verbündeten Hauptalliierten wiederum sprachen denen, die der nationalsozialistischen Aggression als erste zum Opfer gefallen waren, Entschädigung und Kompensation zu. Polen, das den Horror deutscher Besatzung über fünf Jahre erdulden musste, sollte (unter Anerkennung der deutsch-sowjetischen Abmachungen vom August und September 1939) geografisch nach Westen verschoben werden. In einer neuen Völkerwanderung strömten von 1945 an polnische Umsiedler in die sogenannten 'wiedergewonnenen Gebiete', die verbliebene deutsche Bevölkerung wurde gewöhnlich planmäßig in die Besatzungszonen jenseits von Oder und Neiße ausgesiedelt. Damit kam es zu einer radikalen Neuordnung der ethnografischen Verhältnisse, die sich im Ergebnis ganz anders gestaltete, als Hitler sie zu Beginn des Zweiten Weltkriegs – bei Zerschlagung der Zweiten Polnischen Republik – seinen Landsleuten in Aussicht gestellt hatte.

Mit der Übernahme der Ostgebiete des Deutschen Reichs durch Polen zwischen 1945 und 1948 befasst sich die Historikerin, Germanistin und Kulturwissenschaftlerin Beata Halicka. Außer auf unveröffentlichte und veröffentlichte Archivalien aus vor allem polnischen Archiven stützt sich die Autorin auch auf zahlreiche unzensurierte Zeugnisse von Beteiligten, in

denen diese über ihre Erfahrungen berichteten, und auf die schöne Literatur. Sie skizziert einleitend die auf massenhaftem Raub und umfassender Zwangsarbeit beruhende deutsche Kriegführung, dann die Fluchtbewegung aus den einzelnen Provinzen seit Ende 1944 und das Zusammentreffen der sowjetischen Eroberer mit der deutschen Bevölkerung, das differenziert – ohne einseitige Schuldzuweisungen – betrachtet wird. Sodann schildert die Autorin die „Landnahme“, den „Weg des Oderraumes in den neuen polnischen Staat“, ehe sie sich in dem mit „Poland on the move“ englisch betitelten sechsten Kapitel der Umsiedlung von Polen aus den vormaligen Ostgebieten Polens („Kresy“) zuwendet. Diese bildeten zusammen mit den Umsiedlern aus Zentral- und Südpolen sowie den aus dem Westen zurückkehrenden Zwangsarbeitern die größte Gruppe der Neuansiedler. Die Verfasserin macht drei (Ideal)Typen von Umsiedlern aus: die Zögerlichen, die noch lange ihre gepackten Koffer bei der Hand hatten, die geschäftstüchtigen Plünderer (*szabrownicy*) und die begeisterten Pioniere des Neuaufbaus unter polnischem Vorzeichen. Die tatkräftige Aneignung des Raums exemplifiziert Halicka mit Blick auf die Organisation polnischer Schulen, die Übernahme der Kirchen, die Neuordnung der Landwirtschaft und auf das Nebeneinander von Kleinunternehmertum und staatlicher Misswirtschaft. Allem unterlag zunächst noch die Ausbeutung der Arbeitskraft der verbliebenen und schrittweise ebenfalls ausgesiedelten Deutschen. Im Ergebnis habe sich eine neue Gesellschaft herausgebildet, zu der die polnischen Neuansiedler, aber auch die sogenannten Autochthonen (als Polen anerkannte deutsche Staatsbürger), Juden, Ukrainer, Roma, aus dem Ausland zurückkehrende polnische Gastarbeiter und weitere Gruppen beitrugen. Unter dem Einfluss der staatlichen Propaganda, die auf die rasche vollständige Integration der von Deutschen 'gesäuberten' Landesteile und die Homogenisierung der neuen Bevölkerung drängte, unterlagen sie einer tiefgreifenden „sozialen Revolution“ (S. 290). Für die Verarbeitung traumatischer Lebenserfahrungen sollte kein Platz bleiben.

Nicht allen Wertungen Halickas möchte man sich anschließen. So übt die Autorin zu Recht Kritik am deutschen Terminus „Vertreibung“, erhebt aber die Umsiedlung aus Ostpolen selbst zur „Vertreibung“. Polnische Stellen haben diesen Bevölkerungstausch vertraglich mit der Sowjetunion vereinbart und als Partner gemeinsam durchgeführt. Dabei durften die

Betroffenen ihre bewegliche Habe mitnehmen und hatten in ungezählten Fällen die Wahlfreiheit, sich fürs Bleiben in den sowjetischen Gebieten oder für die Ausreise nach Polen zu entscheiden. Diese Umsiedlung unterschied sich daher ganz erheblich von der Austreibung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten, aus denen im Prinzip alle Deutschsprachigen verschwinden sollten. Halicka benutzt auch einige Bezeichnungen ungenau. So waren beispielsweise keineswegs sämtliche „Trawniki“ Ukrainer (S. 120), und der Terminus „Kresy“ (S. 122) umfasst immerhin die Hälfte des Staatsgebiets der Zweiten Polnischen Republik. Ebenfalls ist der NS-Begriff „Kreisleiter“ (S. 188 u. ö.) für die 1945 eingesetzten polnischen Verwaltungschefs unglücklich gewählt. Eine genauere Einordnung der nationalen Zuordnungszahlen bei den polnischen Volkszählungen der Vorkriegsjahre, in denen es darum ging, in Ostpolen eine möglichst große Anzahl von Polen nachzuweisen (S. 118), hätten dem Leser eine präzisere Kontextualisierung dieser Angaben ermöglicht.

Der Mut der Verfasserin, ihre Studie in einer Fremdsprache niederzuschreiben, verdient schließlich Respekt und Anerkennung. Er hätte freilich durch ein sorgfältiges Lektorat belohnt und ergänzt werden müssen. Der Versuch, eine Vielzahl polnischer Begriffe einzuführen (etwa *szaber* im Zusammenhang mit dem Plündererwesen ab 1944/45), ist nicht immer geglückt. Zudem erweisen sich die im Buch abgebildeten Schwarzweiß-Aufnahmen nur als schmückendes Beiwerk ohne unmittelbaren Bezug zum Text. Im Literaturverzeichnis fehlt unter anderem der von Stanisław Ciesielski herausgegebene und 2006 ins Deutsche übersetzte Quellenband über die Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944–1947.

Trotz dieser Monita hat die Verfasserin eine beeindruckende Darstellung des (Alltags)Lebens in den Gebieten vorgelegt, die von 1945 an in den polnischen Staat integriert wurden. In der Literatur über die Positionsbestimmung Polens zwischen Ost und West, zwischen mythisierender Verklärung und der Anerkennung historischer Realitäten sollte sie einen wichtigen Platz einnehmen und Wege für weiterführende Forschungsvorhaben vorzeichnen.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Berufshistoriker

Lehn, Marcel vom: Westdeutsche und italienische Historiker als Intellektuelle? Ihr Umgang mit Nationalsozialismus und Faschismus in den Massenmedien (1943/45–1960), 375 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012.

In seinem Buch „Westdeutsche und italienische Historiker als Intellektuelle? Ihr Umgang mit Nationalsozialismus und Faschismus in den Massenmedien (1943/45–1960)“ analysiert Marcel vom Lehn die Rolle von Berufshistorikern beider Länder in der öffentlichen Debatte in der Nachkriegszeit und ihre Einflussnahme auf die Massenmedien. Es wurde hierfür das öffentliche Engagement zehn deutscher und zehn italienischer Wissenschaftler untersucht. Allerdings wurden die Historiker nicht aufgrund der Häufigkeit ihrer medialen Präsenz ausgewählt, sondern aufgrund ihrer „maßgeblichen Führungspositionen“ (S. 17) innerhalb der Disziplin, was besonders im Hinblick auf den auch vom Autor selbst festgestellten unterschiedlichen Professionalisierungsgrad dies- und jenseits der Alpen schwierig erscheint. Dabei ist es vom Lehns Ziel zu untersuchen, ob die Historiker als öffentliche Experten agierten, also ihr Wissen und ihre Geschichtsinterpretation ‚nur‘ zur Verfügung stellten oder ob sie nach Michel Foucault als „spezifische Intellektuelle“ handelten, das heißt sich nur im Rahmen des eigenen Fachgebiets äußerten, dies aber im Verbund mit politischen und moralischen Forderungen (S. 14). Insgesamt wirkt diese Abgrenzung jedoch etwas konstruiert, wird doch auch – zwangsläufig – Benedetto Croce in die Reihe der Berufshistoriker aufgenommen, für den diese Definition aber eindeutig etwas kurz greift.

In den folgenden Kapiteln werden die Unterschiede in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland und Italien und die Biographien der ausgewählten Historiker zusammengefasst. Anschließend wird auf die Medienbindungen der untersuchten Akteure eingegangen. Dabei unterstreicht der Autor, dass das Radio im Nachkriegsdeutschland zunächst eine wesentlich wichtigere Rolle einnahm als jenseits der Alpen, wobei vom Lehn besonders die Rolle des SWF herausstreicht. Ab Mitte der Fünfziger Jahre verbreitete sich das Radio auch in Italien stärker, wobei die Historiker sich nicht

nur wie die deutschen Kollegen an das Bildungsbürgertum wandten, sondern sich auch direkt in der Volksbildung einsetzten, was jedoch auch mit dem noch stark verbreiteten Analphabetismus im ländlichen Italien hätte in Verbindung gebracht werden müssen.

Im zentralen zweiten Kapitel (S. 133–307) des Buches werden die Formen, das Ausmaß und die inhaltliche Ausrichtung der öffentlichen Praxis der Historiker in Deutschland und Italien untersucht, um daraus Rückschlüsse auf deren Beitrag zur historischen Sinnstiftung in den Nachkriegsgesellschaften zu ziehen. Ein spezielles Augenmerk liegt dabei auf den moralischen und politischen Forderungen, die die Geschichtswissenschaft aus dem Ende der Diktaturen zog.

Im deutschen Kontext wird deutlich, dass die meisten Historiker versuchten an positive nationale Geschichtsbilder anzuknüpfen, wie etwa Gerhard Ritter, der das Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘ als freiheitliche Tradition aufgriff und den Nationalsozialismus mit dem Entstehen der Massengesellschaften in Zusammenhang brachte, um ihm das spezifisch Deutsche zu nehmen. Allein Georg Dehio war nicht um die Konstruktion einer historischen Kontinuität bemüht, sondern unterstrich 1945 als Zäsur, die notwendigerweise zu einer eindeutigen Westintegration führen müsse, damit Deutschland Bollwerk gegen den Kommunismus werden könne. Der Autor arbeitete dabei auch die Unterschiede zwischen den von denselben Historikern in wissenschaftlichen Texten und in der Öffentlichkeit vertretenen Positionen heraus, so etwa bei Friedrich Meinecke. Was die Schuld der Deutschen anbelangt, wurde diese auch bei den wenigen Historikern, die dieses Thema offen ansprachen, entpersonalisiert. Vom Lehn stellt den Zwiespalt, in dem sich die Wissenschaftler sahen, deutlich heraus: Zum einen befürchteten sie die Rückkehr des Nationalsozialismus, zum anderen schien eine zu weitgehende Selbstkritik ein positives Staatsverständnis zu verhindern. Daraus erklärt sich auch ihre Position in späteren Jahren, als der Holocaust zunehmend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückte, während sich von den untersuchten Berufshistorikern lediglich Werner Conze deutlich diesbezüglich äußerte.

Wesentlich heterogener zeigte sich die Situation in Italien, wo die Nachkriegsgesellschaft in unterschiedlichste Gruppierungen auch inner-

halb der faschistischen und antifaschistischen Erinnerung gespalten war. Marcel vom Lehn unterstreicht dabei richtigerweise die zentrale Rolle Benedetto Croces bei der Herausbildung des Mythos des siegreichen italienischen Antifaschismus. Die auf seine idealistische Idee der Religion der Freiheit gegründete Deutung des *Ventennio* liest sich wie ein Kompendium noch heute in Italien weit verbreiteter Ideen (allerdings ohne Croces philosophischen Unterbau): Die Italiener seien als Opfer des Faschismus zu verstehen, die Rolle der Resistenza bei der ‚Befreiung‘ Italiens sei zentral gewesen, der Faschismus sei keine rechtradikale Bewegung gewesen, weder habe er eine Tiefenwirkung entfalten können und insgesamt sei er im Vergleich zum Nationalsozialismus doch eher karnevalesk gewesen. Da die Parteibindung der italienischen Historiker ausgeprägter war und sie sich auch persönlich politisch engagierten – was wiederum die Definition als „spezifische Intellektuelle“ in Frage stellt – divergierten ihre öffentlichen Äußerungen in vielen Fragen wesentlich deutlicher als die der deutschen Kollegen. Während zum Beispiel Croce eine Anklage italienischer Kriegsverbrecher durch die Alliierten kategorisch ablehnte, betonte der Emigrant Gaetano Salvemini gerade, dass es notwendig sei, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Aus kommunistischer Sicht, beispielsweise durch Ernesto Ragionieri oder den kürzlich verstorbenen Historiker Gastone Manacorda, wurde der Faschismus spätestens ab 1948 in eine Kontinuitätslinie „bürgerlicher Repression“ gegen das Proletariat eingeordnet, was dazu führte, dass bald die Resistenza zum Hauptgegenstand des Interesses wurde.

Die Analyse der beträchtlichen Menge äußerst heterogenen Quellenmaterials zeigt dabei deutlich die Unterschiede im öffentlichen Umgang mit Geschichte und im Selbstverständnis der Historiker in beiden Ländern. Allerdings wäre eine Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes auf Italien wohl sinnvoll gewesen, um eine tiefergehende Analyse zu erlauben. Dadurch hätten auch die bereits erwähnten definitorischen Probleme vermieden werden können. Leider müssen auch einige kleinere sachliche (Lionello Venturi war Kunsthistoriker, nicht Historiker) und sprachliche (*parentesi*, nicht *parentese*) Fehler angemerkt werden.

Genua

Antonie Rita Wiedemann

Teil einer übergreifenden Geschichte

Ludi, Regula: Reparations for Nazi Victims in Postwar Europe, 270 S., Cambridge UP, Cambridge 2012.

Die Wiedergutmachung für NS-Unrecht war keine allein deutsche Angelegenheit. Umfangreiche Forschungen der letzten Jahre haben die internationalen Verhandlungen um eine Entschädigung von NS-Opfern in den Staaten West- und Osteuropas und die Auswirkungen der deutschen Wiedergutmachungsprogramme auf die Gesellschaften der Empfängerländer beleuchtet. Regula Ludi geht in ihrer Habilitationsschrift zur Wiedergutmachung im Europa der Nachkriegszeit methodisch noch einen Schritt weiter, indem sie einleitend die westdeutsche Wiedergutmachung als Modell und Referenz in Frage stellt. Stattdessen wählt sie einen komparativ-transnationalen Ansatz, der die Bemühungen um materielle Kompensation für NS-Opfer erst einmal als je nationale Herausforderung für alle vom Zweiten Weltkrieg betroffenen europäischen Gesellschaften begreift und analysiert, welche unterschiedlichen Antworten und Lösungen hierfür in den Jahren nach Kriegsende gefunden wurden.

Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nimmt dann allerdings doch den weitaus größten Teil der Darstellung ein. Zwei weitere Falluntersuchungen zu Frankreich und der Schweiz kommen hinzu. Das Augenmerk liegt dabei auf den Wiedergutmachungsprogrammen, die dort während der 1940er und 1950er Jahre als genuin nationale Vorhaben gestartet wurden. Die bilateralen Entschädigungsabkommen, welche die Bundesrepublik seit den 1960er Jahren mit westeuropäischen Staaten schloss, darunter auch Frankreich und die Schweiz, und die andernorts eingehend untersucht wurden, bleiben hier ausgeblendet. Mit dem im englischen Sprachraum mittlerweile etablierten Begriff *reparations* bezeichnet die Autorin Diskurse und Praktiken, welche nach Kriegsende ein neues Paradigma im Umgang mit den Opfern der NS-Massengewalt konstituierten. Dabei standen in allen untersuchten Ländern individuelle Betroffene im Mittelpunkt und das ihnen zugefügte Leid wurde als spezifische Form von Unrecht begriffen. *Reparations* schlossen darüber hinaus administrative Verfahren ein, mit denen Opfer historischen Unrechts identifiziert und materiell entschädigt wurden.

In einem übergreifenden Kapitel, das zu den Länderstudien hinführt, beleuchtet die Autorin,

wie noch zu Kriegszeiten in amerikanischen Nachkriegsplanungen sowie in den Überlegungen jüdischer Juristen der Begriff des NS-Opfers erstmals auftauchte, um schließlich im Zusammenhang mit dem Problem der Displaced Persons konkrete Gestalt anzunehmen. Die Frage individueller Wiedergutmachung war zu dieser Zeit noch weitgehend von der Reparationsthematik im klassischen völkerrechtlichen Sinne absorbiert. Besonderes Gewicht misst die Autorin der Pariser Reparationskonferenz von 1946 zu, auf der im Zusammenhang mit dem deutschen Auslandsvermögen erstmals auch Wiedergutmachungsansprüche individueller NS-Opfer als solche benannt wurden. Obgleich dieser Passus des Reparationsabkommen wenig praktische Auswirkung hatte, sieht sie darin doch eine bahnbrechende Abkehr vom bisherigen internationalen Recht, indem Opfern staatlicher Verfolgung erstmals ein eigener Rechtsstatus zuerkannt wurde.

Es folgen in den anschließenden Kapiteln die drei in sich weitgehend geschlossenen Länderstudien. Frankreich wird als erstes Untersuchungsland angegangen, da hier die Bemühungen um Wiedergutmachung zuerst einsetzten. Die dortigen Entschädigungsgesetze von 1948 unterschieden nicht zwischen deutschen Verfolgungsmaßnahmen und Maßnahmen der Vichy-Regierung. Eine erhebliche Bedeutung erlangte jedoch die Unterscheidung zwischen verfolgten Kämpfern der Résistance und anderen Verfolgten. Da im französischen Diskurs der Begriff des NS-Opfers sich semantisch in die Richtung eines ‚nationalen Märtyrers‘ bewegte und in Analogie zum Kriegsveteranen gedacht wurde, bereitete es den ‚nur‘ rassistisch Verfolgten als ‚passiven‘ Opfern erhebliche Mühe, für ihre symbolische Gleichrangigkeit einzutreten. Im bundesrepublikanischen Wiedergutmachungsdiskurs hingegen sorgte der Niedergang antifaschistischer Sichtweisen auf die NS-Zeit in den 1950er Jahren dafür, dass sich der Opferbegriff längerfristig kaum politisch auflud und stattdessen das unpolitische, ‚unschuldige‘ Opfer zum normativen Ideal des in den 1950er Jahren beginnenden Entschädigungsprogramms werden konnte. In der Schweiz wiederum, wo erst 1957 ein nationales Entschädigungsgesetz erlassen wurde, orientierte man sich in vieler Hinsicht an den westdeutschen Regelungen. Politisches Engagement von NS-Opfern konnte hier in vielen Fällen sogar zum Argument werden, ihnen materielle Kompensation zu verweigern, da sie ihre Verfolgung durch das NS-Regime gewissermaßen selbst verschuldet hätten.

Ein Verdienst der Studie ist es zu zeigen, dass Maßnahmen zur Wiedergutmachung für NS-Opfer in der frühen Nachkriegszeit in vielen Ländern Europas eine unmittelbare und keiner elaborierten Rechtfertigung bedürftige Selbstverständlichkeit war, die als nationale Herausforderung begriffen und keineswegs an einen erst im Entstehen begriffenen deutschen Nachfolgestaat delegiert wurde. Die kompakten Länderstudien zu Frankreich und der Schweiz lesen sich gut und überzeugen mit prägnanten Deutungen und Interpretationen. Das Deutschland-Kapitel ist nicht gleichermaßen gelungen. Hier macht sich die Autorin über weite Strecken den anklagend-moralisierenden Ton der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungskritik zu eigen. Insbesondere was die Darstellung der Entschädigungspraxis angeht, fällt sie hinter die viel differenzierteren Befunde der neuesten Forschung zurück.

Dass die nationalen Wiedergutmachungsprogramme der Nachkriegszeit bis Anfang der 1960er Jahre die Kategorie des Opfers historischen Unrechts fundamental veränderten und diesen Opfern einen spezifischen rechtlichen, sozialen und moralischen Status zuerkannten, wird als Fazit des Vergleichs eher behauptet, als dass dieser Prozess in den vorangegangenen Fallstudien tatsächlich empirisch nachgezeichnet worden wäre. Auch deswegen wirken die Deutungen des abschließenden Kapitels etwas aufgepöppelt und weisen, wie auch die dort angestellten Überlegungen zum Verhältnis von Wiedergutmachung und Erinnerung, nur lose Verbindung zu den Länderstudien auf. Zwar will die Untersuchung vor allem den diskursiven Umbruch festhalten, den die Wiedergutmachung der Nachkriegsjahre hinsichtlich der Sichtweisen auf historisches Unrecht und dessen Opfer mit sich brachte, doch bringt sie nicht zur Sprache, dass die Aushandlungsprozesse um das NS-Unrecht sich doch noch erheblich länger hinzogen. So war in den Verhandlungen der Bundesrepublik mit westeuropäischen Staaten in den 1960er Jahren die Frage, was genuin nationalsozialistisches Unrecht ausmache und welche Opfergruppen entschädigungswürdig seien, durchaus weiterhin umstritten. Und den Betroffenen der NS-Zwangsarbeit, von denen die meisten jenseits des Eisernen Vorhangs lebten, gelang es zum Teil erst im Verlauf der 1990er Jahre, Anerkennung und Entschädigung als NS-Opfer zu erstreiten. Die ganz anderen historischen Erfahrungen der ostmittel- und osteuropäischen NS-Verfolgten blendet die Autorin jedoch vollständig aus. Der im Titel proklamierte

Anspruch, eine *europäische* Geschichte der Wiedergutmachung zu erzählen, kann insofern nicht eingelöst werden. Die Stärke des Buches liegt eher darin, die Wiedergutmachung für NS-Opfer als Teil einer übergreifenden Geschichte westlicher Diskurse um historisches Unrecht, Viktimisierung und Menschenrechte zu lesen.

Bielefeld

Benno Nietzel

Bundesdeutsches Migrationsregime

Oltmer, Jochen/Kreienbrink, Axel/Sanz Diaz, Carlos (Hrsg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, 268 S., Oldenbourg, München 2012.

Die Zeit ist offenbar reif für die wissenschaftliche (mehrheitlich historische, aber auch im weiteren Sinn sozialwissenschaftliche) Verarbeitung eines Migrationsphänomens, das schon bald nach 1945 einsetzte und bis in die frühen 1970er Jahre andauerte. Reif ist sie aus verschiedenen Gründen: Neben der inneren, historisierenden Distanz zu dieser Erscheinung spielt die Zugänglichkeit zu Archiven eine gewisse Rolle; eine wichtige Voraussetzung ist aber auch das Vorliegen verschiedenster Klein- und Kleinstmonografien, die jetzt Betrachtungen auf einer höheren Synthetisierungsstufe und vor allem komparatistischer Art zulassen, wie dies in der vorliegenden Publikation geschieht, die auf eine Madrider Tagung von 2010 zurückgeht. Dass die Zeit gleichsam reif ist, zeigt auch das gleichzeitige Erscheinen der Heidelberger Dissertation von Marcel Berlinghoff über den europäischen Anwerbestopp von 1970 bis 1974 (2013), die im hier anzuzeigenden Titel mit einer Zusammenfassung ebenfalls präsent ist.

Ziel des Bandes ist es, die Entstehung des bundesdeutschen Migrationsregimes und dessen Folgen zu thematisieren und dabei auch die Frage nach den Möglichkeiten der Steuerung und nach den Grenzen der Steuerbarkeit anzugehen. Einleuchtend wird zwischen *Mobilitätsregime* und *Präsenzregime* (bzw. Zulassungs- und Aufenthaltsbedingungen) unterschieden; dieser Unterteilung entsprechend ordnen sich die Beiträge in einer Sektion zur Anwerbepolitik und einer zu den Aufenthaltsbedingungen an. Die neun Aufsätze des ersten Abschnitts befassen sich mit den Einwanderungen aus Italien, Spanien, Griechenland und Jugoslawien. Der

zweite Teil mit sechs Beiträgen ist etwas amorph und erörtert die Haltungen von Gewerkschaften und katholischer Kirche, präsentiert vergleichende Studien zu Turin/München, Stuttgart/Lyon und Bremen/Newcastle-upon-Tyne (UK) sowie eine stadtethnologische Studie zum Quartier Marxloh in Duisburg.

Fazit? Migrationsregime unterliegen einem stetigen Wandel, wie der Osnabrücker Historiker Jochen Oltmer in seiner Einleitung festhält. Es ist ein doppelter, interagierender und sich rückkoppelnder Wandel: Gesellschaftliche Dispositionen in den Heimatländern bestimmen teilweise die Migrationsbewegungen und diese wiederum bestimmen – ebenfalls teilweise – die staatlichen und sozialen Dispositionen des Einwanderungslands. Was leistet Wissenschaft in diesem Fall über diese allgemeine Erkenntnis hinaus? Sie zeigt zum Beispiel mit den Migranten aus Franco-Spanien, dass der durch Herkunftsbedingungen und Ankunftserwartungen konditionierte *homo migrans* tendenziell die stärkere Kraft ist als die ebenfalls von Menschen eingerichteten *Mobilitätsregime*. Das muss nicht zum Schluss führen, dass jeder Gestaltungsversuch unterlassen bleiben soll. Wichtig sind aber die Anstrengungen, die mit einer adäquaten Ausgestaltung des *Präsenzregimes* unternommen werden.

Das vorliegende Sammelwerk befasst sich mit der klassischen Arbeitsmigration und nicht mit der Frage, inwieweit die europäische Personenfreizügigkeit neuerdings andere Verhältnisse geschaffen hat. Unzweifelhaft bringt aber die inzwischen stärker gewordene irreguläre und zum Teil in die Schattenwirtschaft versickernde Flucht-migration neue Herausforderungen. Die Beiträge erhellen eine Vergangenheit, die gerade wegen ihrer Nähe zur Gegenwart noch wenig beleuchtet ist; sie bieten damit aber auch eine Vergleichs- und Reflexionsmöglichkeiten bezüglich der herrschenden Regime der Gegenwart.

Basel

Georg Kreis

Doppelte Pionierarbeit

Pleinen, Jenny: Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, 420 S., Wallstein, Göttingen 2012.

In ihrer 2011 an der Universität Trier eingereichten Dissertation – die nunmehr leicht gekürzt in Buchform vorliegt – geht die Historikerin

Jenny Pleinen den „Migrationsregimen“ in der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien seit 1945 nach. Dabei geht es nicht nur um Normsetzungen, sondern auch und vor allem um konkretes Verwaltungshandeln in einer überaus komplexen Materie. Pleinen beschreitet zudem neue Wege, indem sie ihre Untersuchung komparativ angelegt hat, was bislang in der Migrationsforschung eher selten der Fall war. Um es gleich vorweg zu nehmen: An Pleinens Beitrag wird man zukünftig nicht vorbeigehen können, sollte sich aber den Problemen ihres „Forschungsdesigns“ (S. 316) bewusst sein, die sie trotz eines unbestritten hochreflexiven Stils manchmal nur unzureichend thematisiert.

Welchen Mehrwert erbringt der Vergleich für die Migrationsgeschichte? Warum wählt Pleinen einen Vergleich zwischen zwei sehr unterschiedlichen Ländern – sowohl in der Größenrelation als auch in der Rechtskultur? Die Verfasserin kann die erste Frage sowohl konzeptionell als auch analytisch überzeugend beantworten, schärft ihre Darstellung doch unter anderem den Blick für supranationale Entwicklungen in einem Komplex, den man wohl bis in die 1990er Jahre hinein – trotz der zunehmenden Arbeitnehmerfreizügigkeit durch die europäische Integration – als einen nationalen Aufgabe par excellence eingeordnet hätte. Die Begründung der beiden Vergleichsfälle nimmt sich demgegenüber allzu dünn aus (S. 11). Vielleicht hätte hier ein dekonstruktivistischer Ansatz Argumentationshilfen liefern können: Beispielsweise wenn die Autorin die von ihr durchaus angesprochenen Diskurse von einem Land, dessen Mehrheitsgesellschaft der Bezeichnung „Einwanderungsland“ zustimmte oder ihr zumindest nicht widersprach (Belgien), und einem Land, das diesen Diskurs nicht annahm oder wahrhaben wollte, als die Fakten längst dagegen sprachen (BRD), stärker in den Mittelpunkt gestellt hätte. Im zweiten Kapitel wird dies vor allem bei den ‚Verspätungen‘ deutlich, die die Reformen der ‚Migrationskontrolle‘ in der Bundesrepublik gegenüber Belgien in den allermeisten Fällen aufwiesen – zumindest wenn es sich dabei um Lockerungen der bisherigen Gesetzeslage handelte. Um diesen Ansatz jedoch zu vertiefen, hätte es der Heranziehung weiterer Quellen bedurft. Hier wird ein Dilemma der Arbeit deutlich. Das überaus umfangreiche Kapitel ist trotz einiger Ungenauigkeiten in der Schilderung der belgischen innenpolitischen Entwicklung sehr informativ geschrieben. Die beiden Staaten kommen jedoch nur als Regierungshandeln, als (logischerweise) anonyme

(Kommunal)Verwaltungen und als Wahlergebnisse (mit Betonung auf den Ergebnissen rechtsradikaler Parteien) vor. Selbstverständlich ist das Referieren der sich wandelnden Gesetzestexte wichtig, doch hätte sich der Rezensent eine stärkere Betonung der Debatten um Migration gewünscht – beispielsweise anhand der Parlamentsdebatten und der Auswertung der überregionalen Presse. Dann wäre es vielleicht auch eher möglich gewesen, die Passagen zu den beiden Vergleichsfällen weniger unverbunden nebeneinanderstehen zu lassen und so den Vergleich zu schärfen – dies leistet die sehr gelungene Herausarbeitung der supranationalen Entwicklungen kaum.

Kapitel 3 präsentiert das ‚Akteurssample‘, das heißt insgesamt 1.861 Biographien, deren Zusammensetzung erläutert wird. Während das belgische Sample aus Akten der Fremdenpolizei (*Police des étrangers*) (70 Prozent) und aus Meldeakten der Lütticher Nachbargemeinde Seraing (30 Prozent) besteht, beruht das deutsche Sample allein auf Akten der Kreisausländerbehörde in Wesel. Auch wenn sich die Verfasserin nach allen Regeln der Kunst bemüht, Vergleichbarkeit herzustellen, stellt sich hier doch das Problem, inwieweit ein deutscher Grenzkreis mit einer naturgemäß hohen Einwanderung von niederländischer Seite repräsentativ für die Bundesrepublik stehen kann. Im Kapitel 4 geht es um die „Zugangstickets“, also um die Frage, wie die Akteure ihre Einwanderung legitimierten – auch anhand von ausführlich geschilderten Einzelbeispielen.

Die beiden folgenden Kapitel 5 und 6 bilden das empirische Herzstück der Arbeit. In ihrer Analyse von Inklusions- und Exklusionsrisiken gelingt es Pleinen hier, detailreich und nachvollziehbar Ergebnisse zu präsentieren, die durch die präzisen Schilderungen von Verwaltungshandeln die Entwicklungen in den Aufnahmegesellschaften klarer fassen können. Der Ansatz ist kollektivbiographisch und wartet durchweg mit statistischen Angaben auf. Die Schilderung von Einzelbeispielen macht die Darstellung einerseits plastischer, arbeitet jedoch auch die Komplexität der Migrationskontrolle noch deutlicher heraus. Grundiert werden diese Kapitel durch systemtheoretische Überlegungen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf die überaus reichhaltigen Befunde einzugehen. Zu bemängeln ist doch, dass die Verfasserin in ihrem (zu) kurzen Fazit den Schwerpunkt fast ausschließlich auf den methodischen Ertrag legt und nicht versucht, ihre Erkenntnisse in einigen starken Thesen zu fassen.

Ein Manko ist der Verfasserin nur partiell anzulasten: Dass dem Vergleich keine (west)-deutsch-belgische Beziehungsgeschichte zugrunde liegt – dies leistet Pleinen eigentlich nur für die direkte Nachkriegszeit – und dieser sie auch nicht hervorbringt, hängt auch und vor allem damit zusammen, dass das deutsch-belgische Verhältnis immer noch allzu selten auf der Forschungsagenda steht. Es bleibt jedoch Pleinens Verdienst, hier doppelte Pionierarbeit geleistet zu haben: bei der Etablierung des Vergleichs in der Migrationsgeschichte (zumal beim Vergleich von Verwaltungshandeln) und bei der Herausforderung, das belgische Beispiel in den Mittelpunkt einer Forschungsarbeit zu stellen.

Lüttich

Christoph Brüll

Afroamerikanische Kulturgeschichte der BRD

Gerund, Katharina: Transatlantic Cultural Exchange. African American Women's Art and Activism in West Germany, 316 S., transcript, Bielefeld 2013.

Im Zentrum dieser im Jahr 2011 an der Universität Bremen eingereichten Dissertation von Katharina Gerund stehen Prozesse transatlantischer kultureller Mobilität. Mit Blick auf vier afroamerikanische Frauen – Angela Davis, Audre Lorde, Alice Walker und Toni Morrison – schreibt die Autorin eine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und geht dabei zwei wichtigen und eng miteinander verbundenen Fragekomplexen nach: Zum einen widmet sie sich kritisch dem oft verwandten, aber problematischen Begriff der Amerikanisierung. Gerund spricht in diesem Zusammenhang von zahlreichen komplexen und vor allem wechselseitigen Formen des Austausches, unter denen sie eine spezifische *african americanization* identifiziert, die sie als „both part of mainstream cultural Americanization and potentially subversive to it“ beschreibt (S. 17). Zum anderen akzentuiert die Autorin eben diese den Mainstream verstörenden und ihn unterlaufenden Einflüsse am konkreten Beispiel der vier schwarzen Künstlerinnen und Aktivistinnen. Die Studie ist mithin interdisziplinär zwischen (*African*) *American Studies* und bundesdeutscher Kulturgeschichte platziert und fragt nach der Bedeutung schwarzer Feministinnen für westdeutsche Aus-

handlungsprozesse um „Rasse“, Kolonialismus, Gewalt und *whiteness*. Methodisch orientiert sich Gerund dabei in erster Linie an Stephen Greenblatt und dessen *New Historicism*. Zu ihren zahlreichen Quellen gehören neben den Texten ihrer vier Intellektuellen selbst auch Zeitschriftenbeiträge, Flugblätter, Konferenzprogramme sowie Interviews.

In ihren ersten Kapiteln nach der Einleitung entfaltet die Autorin zunächst den konzeptionellen Rahmen ihrer Studie und bettet ihr Vorhaben in längere historische Zusammenhänge ein. Kapitel 2 bietet einen sehr lesenswerten Überblick über die umfangreiche Literatur zu Aspekten unterschiedlicher Amerikanisierungsprozesse im Nachkriegsdeutschland. Gerund zeigt sich hier ebenso kenntnisreich wie kritisch, und auf Basis dieser Auseinandersetzung erscheint ihr Fokus auf spezifisch afroamerikanische Einflüsse stichhaltig. Ebenso wichtig und gelungen sind ihre Hinweise auf den Stand der *Critical Race Studies* in der Bundesrepublik und die Debatten zum Stellenwert dieses Ansatzes für afrodeutsche Menschen. Im nachfolgenden Kapitel widmet sich die Autorin dem historischen Hintergrund ihrer eigentlichen Untersuchung und diskutiert dabei erstens die Anwesenheit afroamerikanischer Soldaten auf westdeutschem Boden nach 1945, zweitens die wechselhafte und konfliktreiche Geschichte des Jazz in Deutschland seit der Weimarer Republik sowie drittens die Rezeption Josephine Bakers als einer besonders sichtbaren und kontrovers aufgeladenen Symbolfigur afroamerikanischer Kultur in Europa.

Während diese ersten Abschnitte auf Sekundärliteratur basieren, erweitert Gerund ihren Blickwinkeln in den drei zentralen analytischen Kapiteln des Buches um das Studium ihrer Quellen. Im vierten Kapitel und im Zusammenhang mit Angela Davis diskutiert sie die Haltung der westdeutschen Öffentlichkeit zum afroamerikanischen *civil rights movement* und dessen Radikalisierung hin zu *black power*. Davis erscheint darin als höchst ambivalente Figur: „As the powerful icon she became [...], Davis came to signify almost anything – from a fashion idol to the figurehead of violent revolts, to the hero of peaceful revolutionary activism“ (S. 106). Die Verfasserin legt Wert darauf zu zeigen, wie sehr Davis die ihrer Ansicht nach fälschliche Berichterstattung über sie durch ein gezieltes Gegenarrativ zu beeinflussen versuchte.

Im Gegensatz zu Davis und den beiden anderen untersuchten Afroamerikanerinnen war

Audre Lorde einer größeren Öffentlichkeit weit weniger bekannt. Die Dichterin war jedoch seit Mitte der 1980er Jahre bis zu ihrem Tod regelmäßig in der Bundesrepublik und währenddessen eine aufmerksame Beobachterin der politischen Wendejahre mit ihren zum Teil eklatanten rassistischen Pogromen, etwa in Rostock 1992. Ihren größten Einfluss erzielte Lorde bei afrodeutschen Menschen. Gerund indiziert, wie sehr Lordes Gedanken und ihr politischer Aktivismus Inspiration für das Entstehen beziehungsweise das Entfalten eines widerständischen Bewusstseins innerhalb der bundesdeutschen *black diaspora* darstellten.

Die Popularität und die Bedeutung von Alice Walker und Toni Morrison untersucht die Autorin in einem gemeinsamen Kapitel. Für beide Afroamerikanerinnen gilt, dass ihr Wirken in der Bundesrepublik durch kulturelle Faktoren außerhalb ihres eigentlichen Schaffens forciert waren: durch Steven Spielbergs Verfilmung von Walkers „The Color Purple“ (1986) einerseits sowie durch die Verleihung des Literaturnobelpreises an Morrison im Jahr 1993. Diese so beeinflusste Wahrnehmung veranschaulicht, so Gerund, „the conundrum of cultural mediation, translation, and transfer“ (S. 268). Die große Anerkennung für Walker und Morrison analysiert die Verfasserin sehr richtig als einen ambivalenten Erfolg. Einerseits erhielten afroamerikanische Frauen in der Bundesrepublik eine bedeutende Stimme in großen Teilen einer interessierten Öffentlichkeit. Doch hatte diese Aufnahme in den kulturellen Mainstream ihren Preis: „[...] not only does the focus on these two figures [...] exclude other writers but it also entails a certain degree of assimilation, appropriation, and incorporation into the parameters of a white German reading/viewing public“ (ebd.).

Insgesamt hat Katharina Gerund eine überzeugende Studie vorgelegt, mit der sie ein wichtiges und oftmals beiseitegeschobenes Kapitel der bundesdeutschen Kulturgeschichte ausleuchtet. Bisweilen würde man sich wünschen, sie hätte auch Afroamerikanerinnen berücksichtigt, die jenseits eines vergleichsweise engen Felds von Literatur und Politik wirksam wurden, Musikerinnen etwa oder Sportlerinnen. Doch was nicht ist, kann noch werden: Die Arbeit kann Vorbild für weitere Studien sein, die der Rolle afroamerikanischer Menschen im vielfältigen und konfliktträchtigen kulturellen Austausch im transatlantischen Raum nachspüren.

Köln

Olaf Stieglitz

Multiperspektivische Biographie

Radkau, Joachim: Theodor Heuss, 640 S., Hanser, München 2013.

Es kann nicht nur am 50. Todestag liegen, dass nach Jahren des wissenschaftlichen Desinteresses innerhalb kurzer Zeit zwei große Biographien über das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik erschienen sind. Nach Peter Merseburgers Würdigung von Heuss als „Repräsentant eines neuen Deutschlands“ und „Erzieher zur Demokratie“ liegt nun Joachim Radkaus Werk vor. Anders als der routinierte Journalist Merseburger, der bereits Biographien über Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Willy Brandt und Rudolf Augstein verfasste, entdeckte der innovative Technik-, Umwelt- und Medizinhistoriker die Biographik erst mit seiner fulminanten und hoch gelobten Studie über Max Weber. Radkaus unkonventionelle Herangehensweise kam einer Frischzellenkur für das Genre gleich. Ihm geht es nicht um einen neuen ‚turn‘, sondern um eine multiperspektivische und methodenpluralistische Beleuchtung der Person. Der Autor nähert sich seinem Protagonisten gern über Seitenwege, versucht in dem schwäbischen Publizisten und Friedrich-Naumann-Jünger das Zeitkolorit zum Leuchten zu bringen, ohne dabei die Kontingenz und die Unwahrscheinlichkeiten dieses Lebensweges aus den Augen zu verlieren. Der Verfasser erzählt temperamentvoll und nimmt Heuss dabei zum Ausgangspunkt für tiefer schürfende kulturgeschichtliche Reflexionen: Geschlechterverhältnis, Emotionen-, Architektur-, Industrie-, Umwelt- oder Wissenschaftsgeschichte – diese Themenbereiche werden weit über die Heuss'sche Modernisierungserfahrung hinaus behandelt, immer zum Nutzen des Lesers. Radkaus Stärke liegt darin, die Möglichkeitsräume der Heuss'schen Biographie neu zu vermessen. Sein Spürsinn für Ambivalenzen und Widersprüchliches holt Heuss vom Sockel gepflegter Geschichtspolitik und gibt ihm eine neue Lebendigkeit zurück, die ihn vor anekdotischer Verkitschung bewahrt. Bisweilen musste der Eindruck vorherrschen, Heuss habe stets so detachiert mit sich „im Reinen“ gelebt, dass es zu bemerkenswerten Empathiebekundungen gar nicht kommen konnte. Erst der Autor enthüllt die bis dato pietätvoll verschwiegene Altersliebe zu Toni Stolper, der Witwe des mit Heuss befreundeten Wirtschaftsjournalisten Gustav Stolper.

Heuss' intellektueller Weg war eng verbunden mit dem Sonderweg des liberalen Denkens

in Deutschland, das überwiegend verschiedene Appendix-Liberalismen hervorbrachte, niemals jedoch einen Anschluss an universalistische liberale Prinzipien. Nicht Werte, sondern das vermeintliche Verständnis historischer Gewachsenheit bot für Heuss den Schlüssel zur Orientierung in der politischen Gegenwart. Sein „plätschernder Historismus“ (vor dem ihn sein Weggefährte Moritz Julius Bonn einmal mit mildem Spott warnte) war nie um ein geschichtliches Beispiel verlegen, seine Überzeugungen bezog er aus dem kompromissbereiten Liberalismus des Kaiserreichs, der national, real- und machtpolitisch geprägt blieb. Interessanterweise wählte sich der religiös unmusikalische Schwabe ausgerechnet den protestantischen Pastor Friedrich Naumann zum geistigen Übervater, ohne dass dessen Sozialliberalismus erkennbar auf ihn abfärbte. Linksliberal, das wollte er ausdrücklich nicht sein, aber auch für die tragischen Helden der Weimarer Republik Matthias Erzberger, Walther Rathenau und Gustav Stresemann hatte Heuss nichts übrig. Seine Arbeit als Reichstagsabgeordneter und Publizist hinterließ kaum inhaltliche Spuren, aber viel Masse. Mit Fleiß und Umtriebigkeit war er omnipräsent. Doch in der Endkrise Weimars konnte Heuss für den parteipolitischen Liberalismus nur noch fragen, „wie wir möglichst anständig sterben“ (S. 173). Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 misslang sogar dieses bescheidene Vorhaben. Da blieb in der Folge auch mit palliativmedizinischen Argumenten nichts zu beschönigen.

Vermutlich lässt sich in der Zurückgezogenheit der inneren Emigration, als Heuss zum Biograph und Historiker wurde, der über Robert Bosch, Friedrich Naumann und das Kaiserreich voluminöse Bücher schrieb, die eigentlich persönlichkeitsbildende Phase des späteren Bürgerpräsidenten erkennen. Heuss war sich bewusst, dass sein Bildungshintergrund und seine Überzeugungen ihn als Relikt der alten Zeit erscheinen ließen. Die Katastrophe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und die beschränkten Optionen des sich abzeichnenden Kalten Krieges zwangen ihn schließlich zu einer neuen Standpunktfestigkeit, und seine ironische Gelassenheit war nach 1945 nicht mehr so haltungslos, wie es zuvor erscheinen musste. Radkau hat gute Gründe, den von Heuss vielfach verwendeten Begriff der ‚Entkrampfung‘ leitmotivisch als wesentliche Leistung zu verbuchen. Seine betont zivilen Umgangsformen, seine lässige Umgehung des Zeremoniellen und seine gemütvoll-menschelnde Rhetorik waren heilsame Lockerungsübungen. Sie passten in

das einsetzende Wohlfühlklima des Wiederaufbaus, als man sich in Sachen moralisierender Vergegenwärtigung der jüngsten Vergangenheit auf das Nötigste beschränkte, und ließen doch das Bewusstsein von Schuld und Verstrickung durchscheinen.

Radkaus abschließender Frage, „ob nicht neue historische Augenblicke manche Heuss'schen Qualitäten, die banal wurden, wieder frisch und neu machen“ (S. 499), gibt eine gewisse Bürgerlichkeitssehnsucht zu erkennen. Eine Antwort lässt sich darauf kaum geben. Heuss' Erfolg als Integrationsfigur – ‚Papa Heuss'! – beruhte eben auch auf einem geteilten und allseits verständlichen Horizont von Anstand und Tugend, der dem Idealbild einer ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft' ziemlich nahekam: nicht autoritär, aber doch mild patriarchalisch. Es handelte sich um eine spät erwachte politische Bürgerlichkeit, die noch fassungslos (von Heuss zur Kollektivscham angehalten) vor den zu verantwortenden Exzessen von Gewalt und Krieg stand, weil sie die Unhintergebarkeit rechtsstaatlicher Ordnung und den Wert individueller Freiheit erst nach der destruktiven Außerkraftsetzung begriff. Sein ausgeglichenes Temperament und seine kultivierte Bildungsbürgerlichkeit hatten Heuss vor drastischen Fehlritten bewahrt. Die eigene politische Verantwortung und die Versäumnisse des deutschen Liberalismus, welche den Weg in Selbstaufgabe und in die Katastrophe begleiteten, waren Heuss für den Rest seines Lebens bewusst. In Joachim Radkau dürfte er seinen definitiven Biographen gefunden haben.

Hamburg

Jens Hacke

Das Leben einer politischen Außenseiterin

Keßler, Mario: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), 759 S., Böhlau, Köln 2013.

Biographien über Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung haben weiter Konjunktur. Zunehmend kommen dabei sogenannte Häretiker ins Blickfeld. Das gilt speziell für Mario Keßler, der bereits eine Vielzahl solcher Vertreter porträtiert hat. In seinem neuen Werk widmet er sich Ruth Fischer. Es ist die erste historische Biographie über die Frau, die von 1924 bis 1925 die Geschicke der Kommunistischen

Partei Deutschlands (KPD) lenkte. Unter dem Schlagwort der Bolschewisierung installierte sie das sowjetische Parteimodell in der KPD. 1926 erfolgte ihr Parteiausschluss. Die restliche Zwischenkriegszeit verbrachte sie als politisch isolierte Linke.

Fischers Lebensweg gemäß bewegt sich das Buch zwischen politischer und intellektueller Biographie. Aus einer paradigmatischen Erkenntnisperspektive heraus versucht der Autor „am Einzelfall den Idealen und Illusionen, Hoffnungen und Selbsttäuschungen nachzuspüren, die in der kommunistischen Bewegung kollektiv wirkten“ (S. 16). Dabei thematisiert er an Fischers' Scheitern den in der Geschichte fehlgeschlagenen Versuch eines demokratischen Kommunismus.

Das an Brüchen und Widersprüchen so reiche politische Leben Fischers erweist sich hierfür als illustrativ. Es ist, wie der Untertitel hervorhebt, „ein Leben mit und gegen Kommunisten“. Grob rubriziert ist es der Weg eines ‚homo politicus' von Kommunismus über Antikommunismus zum Reformkommunismus. Bildhaft wird diese Lebensgeschichte am Ende der Darstellung gebündelt: „Im Kommunismus hatte sie seit dem Ersten Weltkrieg auch einen seelischen Anker gesucht und zeitweise gefunden [...]. Als ihr Lebensschiff ohne Verankerung den Stürmen ausgesetzt war, kenterte es und zog sie ins Meer. Eine Zeitlang verfluchte sie das Schiff und suchte Halt an anderen Gefährten. Doch ein Seemann aus Russland richtete das Schiff wieder auf und suchte ihm neuen Kurs zu geben. Nun hoffte die Schiffbrüchige, er werde sie wieder an Bord ziehen“ (S. 607).

Mit den letzten Lebensjahrzehnten Ruth Fischers, die bisher wenig beachtet wurden, hat der Autor ‚Kurs auf Neuland' genommen, um im Bild zu bleiben. Sie führen in das Zwielfeld diverser Geheimdienste, für die Fischer seit ihrer 1941 erfolgten Emigration in die USA arbeitete. Auch fällt in das Jahr 1941 der Tod ihres (politischen) Lebensgefährten Arkadij Maslow, der nicht in die USA einreisen durfte und im kubanischen Exil vermutlich auf Geheiß der sowjetischen Geheimpolizei umgebracht wurde, wie der Autor zu beweisen versucht. Nach Maslows Tod wurde aus der Antistalinistin eine erbitterte Kommunistenhasserin. Fischer verdächtigte ihre Brüder Hanns und Georg Eisler, die auch in den USA lebten, der Mitschuld am Tod von Maslow. Von Rache getrieben nannte sie 1947 vor dem ‚Ausschuss für Unamerikanische Tätigkeiten' ihre Geschwister eine Bedrohung für die amerikanische Gesellschaft.

Georg Eisler bezichtigte sie gar, das „Haupt der Komintern-Aktivitäten in diesem Land“ (S. 432f.) zu sein. Damit hatte sie – freilich unter anderen Vorzeichen – Stalins Verschwörungstheorien übernommen.

Die Jahre der Emigration bedeuteten für Fischer auch die Neufindung als politische Publizistin, die zunehmend in der Öffentlichkeit Gehör fand. Insbesondere ihre Abrechnung mit Stalin, die 1948 in „Stalin and German Communism. A study in the Origins of the State Party“ erfolgte, wurde in den USA und Westdeutschland positiv aufgenommen. Spätestens seit den 1950er Jahren war Fischer zu einer gefragten Kommunismusexpertin geworden. 1956 siedelte sie wieder nach Europa über. Die Rückkehr ging mit der Einstellung ihrer Geheimdiensttätigkeiten und einem Überdenken ihrer politischen Positionen einher. Nach der Heimrede von Nikita Chruschtschow – der Seemann aus Russland – auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war sie zuversichtlich, dass ein grundlegender Politikwechsel im Ostblock bevorstehe. In dieser Einschätzung, die auch ihr Buch „Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära“ erfüllte, verstarb sie im März 1961.

Ruth Fischer, daran lässt der Autor keinen Zweifel, war kaum bereit, sich selbst Fehler einzugestehen. Nach ihrem Parteiausschluss bekämpfte sie den Stalinismus und damit die Grundlagen eines diktatorischen Parteityps, den sie selbst aufgebaut hatte. Wenn auch sonst wenig von ihrem Wirken an der Spitze der KPD übrigblieb, wiegt dieser Punkt besonders schwer für Keßler: „Ruth Fischer hatte den entscheidenden persönlichen Anteil daran, die KPD so zuzurichten, dass sie *sowohl* in ihrer Binnenstruktur sich den freiheitlichen Traditionen der Arbeiterbewegung entfremdete *als auch* ein Werkzeug in den Händen der jeweils Mächtigen in Moskau wurde“ (S. 244, Hervorhebungen im Original). Zu bedenken gibt aber, dass in der KPD auch nach der Bolschewisierung noch Kräfte wirkten, die sich den Prinzipien von Rosa Luxemburg verpflichtet fühlten – die weitere Parteientwicklung also nicht alternativlos war. Ebenso ließe sich einwenden, dass bereits die Parteiführung um Paul Levi nicht davor zurückschreckte, rigide Prinzipien anzuwenden und Fraktionen ohne zu Zögern auszuschließen, wenn sie nicht dem Kurs der Zentrale folgten.

Alles in allem: Das Buch ist mit an ‚Bienenfleiß‘ grenzender Emsigkeit – aus über 20 Archiven wurden unveröffentlichte Quellen ausgewertet – erarbeitet worden. Gelungen wird

das Leben der politischen Außenseiterin Ruth Fischer geschildert. Zu Gute kommt dem Buch auch, dass die Erzählung stellenweise zur Doppel- und Familienbiographie aufgebrochen wurde. Leider hat der Autor nicht Jacob Burckhardts Maxime – ‚je weitläufiger, desto vergänglicher‘ – befolgt. So leidet die Komposition etwa an der Freude des Autors, Fischers Bekanntschaften überreich und oft nur äußerlich auszubreiten, was dem Strom der Erzählung aber abträglich ist. Dem/der interessierten Leser/in wird das Buch dennoch anregende Lektüre sein.

Uslar

Alexander Wierzock

Mikrostudie zur DDR-Sozialpolitik

Burdumy, Alexander Bruce: Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989, 365 S., Klartext, Essen 2013.

Nach 1989 sind zahlreiche Vorschläge zur Beschreibung der sozialen Seite der DDR unterbreitet worden: Diese reichten von „vormund-schaftliche Diktatur“ (Rolf Henrich) oder „autoritärer Versorgungsstaat“ (Stefan Leibfried) über „Fürsorgediktatur“ (Konrad H. Jarausch) hin zu „Versorgungsdiktatur“ (Beatrix Bouvier). Die Suche nach griffigen Charakterisierungen deutet die Wichtigkeit der DDR-Sozialpolitik an: Einerseits scheint damit Erklärungspotential geboten, die 40jährige, nicht selten „rätselhafte Stabilität der DDR“ (Andrew I. Port) zu deuten. Andererseits kann ihre Einbeziehung aber auch dazu dienen, (n)ostalgische Verklärungen zu relativieren: Die Angleichung des ostdeutschen Sozial- und Wirtschaftssystems an das westdeutsche Muster nach 1990 war problembeladen; noch bis heute trauern – unter weitgehender Ausklammerung repressiver Elemente – nicht wenige den „sozialen Errungenschaften“ der DDR nach.

Alexander Burdumy – Lecturer an der Aston University Birmingham – befasst sich in seiner hier anzuzeigenden Dissertation mit den sozialpolitischen Entwicklungen in der DDR von 1971 bis 1989. Dabei nimmt er drei Eingrenzungen vor: *Erstens* zeitlich, indem die Ära Honecker in den Blick genommen wird. *Zweitens* räumlich, indem er sich auf den Bezirk Groß-Berlin konzentriert. Dies ist insofern begrüßenswert, als dass in der bisherigen Forschung zur DDR-Sozialpolitik zumeist makroperspektivische Zugriffe dominierten, wodurch regionale Disparitäten und Differenzierungen unterberücksichtigt blie-

ben. Die Systemkonkurrenz war es maßgeblich, die der Hauptstadt der DDR eine Paraderolle und ‚Schaufensterfunktion‘ zusicherte, sollten doch an ihr sozialpolitische Fortschritte symbolisch-stellvertretend verifiziert werden. *Drittens* beschränkt sich Burdumy auf inhaltlicher Ebene auf die Bereiche Familien- und Rentenpolitik sowie Gesundheitswesen und sozialer Wohnungsbau. Dabei blickt der Verfasser jeweils darauf, welche Reaktionen der Ost-Berliner Bürger auf die ergriffenen Maßnahmen erfolgten, wo Akzeptanz, Toleranz, aber auch Formen der Zurückweisung nachzuweisen waren.

Neben der archivalischen Überlieferung auf staatlicher und lokaler Ebene sowie den Akten der BStU und (wenigen) zeitgenössischen Fachpublikationen zog der Forscher Eingaben Berliner Bürger heran. Durch Berücksichtigung dieser „reale[n] Eindrücke“ (S. 17) gelänge es, eine Eindimensionalität in der Darstellung zu verhindern. Die Ausgangsüberlegung, dass die SED-Regierung in diesen Bereichen durch großzügige soziale Leistungen die Zustimmung der Bürger zu erkaufen versuchte und damit „lediglich kurzfristige Stabilisierungseffekte“ (S. 10) verbuchen konnte, ist nicht sonderlich originell. Auch stellt der Zuschnitt der Studie auf ‚Zuckerbrot und Peitsche‘, das heißt die Einbeziehung von Konsumanreizen einerseits und Zwangsmaßnahmen andererseits, keineswegs ein Novum dar, denkt man unter anderem an Studien von Beatrix Bouvier. Reizvoll hingegen ist der Ansatz, die Interdependenz zwischen Repression und expandierenden Wohlfahrtsstaat am lokalen Beispiel auszuleuchten. Um den Zusammenhang zwischen Repression und Loyalität ebenso offenlegen zu können wie die Herstellung von Herrschaftslegitimierung durch sozialpolitische Maßnahmen in nicht-demokratisch verfassten Gesellschaft, lehnt sich der Verfasser in theoretisch-analytischer Hinsicht an Modelle Robert Wintrobos zur politischen Ökonomie an.

Nach einer kurzen Schilderung der wichtigsten Entwicklungsstränge zur Sozialpolitik unter Walter Ulbricht – hier waren Repression und Sozialpolitik ständige Weggefährten – wendet sich das folgende Kapitel den Entwicklungen in den genannten Bereichen der Sozialpolitik zu: Im Feld der (1) Familienpolitik skizziert der Verfasser zunächst die wichtigsten sozialpolitischen Schritte (Mutter- und Kindergesundheitsschutz, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Ausbau der Kinderbetreuung usw.), um diese dann mit sozialen Praktiken der Diskriminierung (etwa alleinerziehender Mütter) zu kontrastieren. Ähnlich verfährt er bei der (2) Rentenpolitik, wo

die quantitative Ausdehnung von Wohn- und Pflegeplätzen in Feierabendheimen der verhältnismäßigen Vernachlässigung von sonstigen Zuwendungen gegenübergestellt wird. Gerade über die nicht selten menschenunwürdigen Zustände in den Pflegeheimen offerieren Burdumys Darlegungen bemerkenswerte Einsichten, wodurch das bislang nur schwach ausgeleuchtete Forschungsgebiet Altersarmut in der DDR in mancher Hinsicht erhellt wird. Im Feld (3) Gesundheitspolitik und medizinische Versorgung beschreibt der Verfasser durchaus abwägend auch die deutlich positiven Leistungsmerkmale wie Arzneimittelversorgung, Patientenbetreuung, Prophylaxe, Hausarztssystem oder den Gesundheitsschutz von Mutter und Kind, ohne dabei außer Acht zu lassen, dass ökonomische Engpässe mangelhafte Versorgungssituationen niemals zu verhindern vermochten. Im letzten und aufgrund seiner herausragenden Stellung im Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ auch umfangreichsten Abschnitt widmet sich der Historiker dem (4) Wohnungsbau. Gerade auf diesem Gebiet besaß Ost-Berlin einen Privilegiertenstatus: Es wurden keine Anstrengungen gescheut das Image der Hauptstadt als Exempel für die Überlegenheit des Sozialismus affirmativ zu aktualisieren, beispielsweise wurde die Stadt bei der Zuteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften bevorzugt. Auch wenn diese Engführung häufig Unmut, Neid und Ablehnung bei der restlichen Bevölkerung hervorrief, war es letztlich unmöglich, den großspurigen propagandistischen Versprechen gänzlich nachzukommen. Wie in den anderen Bereichen zuvor wird auch hier deutlich, dass bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre kurzfristige positive Stabilisierungseffekte erzielt und dadurch in gewisser Hinsicht Zustimmung und Loyalität eines großen Teils der Bevölkerung ‚erkauft‘ werden konnten, was aufgrund der ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolge jedoch rasch nachgelassen habe. Trotz informativer Ausführungen über infrastrukturelle Defizite oder zur Vernachlässigung alter und Probleme neugebauter Wohnsubstanz, ist es verwunderlich, dass zahlreiche zeitgenössisch relevante Fachpublikationen anscheinend nicht rezipiert worden sind (u. a. Rainer Ferchland, Jens Wegner). Bedauerlich in allen vier Teilkapiteln ist ferner, dass die Medienpolitik zur Flankierung und Popularisierung soziopolitischer Maßnahmen immer nur kurz und lediglich vermittelt weniger Belege angerissen wird. Auch fehlt sonstige Publizistik völlig, zu denken wäre etwa an Daniela Dahns „Prenzlauer Berg Tour“ (1987).

Das nächste Kapitel fokussiert Öffentlichkeit, Debatten und Bilanz der Sozialpolitik in der Ära Honecker und vermag nachzuzeichnen, dass sich ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine zunehmend lethargische, resignativ-pessimistische Stimmung in der Bevölkerung breitmachte, insbesondere unter Arbeitern, jüngeren Menschen und Rentnern. Dieser vom wirtschaftlichen Niedergang mitbestimmte Befund fiel mit einer sukzessiven Aufblähung des Überwachungsapparates zusammen, woraus jedoch nicht zwingend eine erhöhte Effektivität, sondern eher ein Bedeutungs- und Einflussverlust der Staatssicherheit resultierte. Die Seite ‚Repression‘ allein mit der Tätigkeit des MfS zu erklären, erscheint indes gerade mit Blick auf die Sozialpolitik zu kurz gegriffen. In der Untersuchung völlig ausgespart bleibt unverständlicherweise der gesamte Komplex der ‚Asozialenpolitik‘, der nicht nur unangepasste oder oppositionelle Ausreisewillige betraf, sondern durchaus auch sozial Unterprivilegierte.

Im knappen, abschließenden sechsten Kapitel reißt der Verfasser noch einmal die ökonomische Dimension der Sozialpolitik an. Fehlinvestitionen, steigende Staatsverschuldung, die stetig wachsende Abhängigkeit von Westkrediten und die Bundesrepublik als immerwährende Referenz in Punkto Lebensstandard koinzidierten mit einer mangelnden Selbstreflexion der Staats- und Parteiführung, was die gehäuft akklamierenden Medienberichte ebenso belegen, wie gezielte Planfälschungen. Letztlich, lautet der Befund, schränkten sich Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenseitig ein. Der Einfluss der Sozialpolitik auf das Ende 1989 sei jedoch im Vergleich zur mangelnden Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gering und aufgrund der geringen Sozialquote und eines gewissen Pazifizierungspotentials wohl kaum der ‚Sargnagel‘ des Regimes gewesen.

Ein gründlicheres Lektorat hätte der Lesbarkeit des Buches nicht geschadet, so hätten manch inhaltliche Redundanzen verhindert und insbesondere der Einleitungs- und Theorieteil gestrafft werden können, gleiches gilt für fehlende Seitenzahlen (u. a. S. 39, Anm. 23), das unvollständige Literaturverzeichnis (u. a. fehlt Wintrobe 2009) oder Tippfehler (u. a. Marienburg statt Marienberg, S. 287).

Auch wenn einige der vorgestellten Befunde nicht ganz neu sind: Alexander Burdumy gelingt es in der vorliegenden Mikrostudie, wichtige Befunde und Erklärungsansätze zur DDR-Sozialpolitik auf lokalem Gebiet zu liefern. Er hat eine Studie verfasst, welche das komplexe Ver-

hältnis zwischen Repression und (durch sozialpolitische Maßnahmen erkaufte) Loyalität einfängt und die Eindimensionalität makroperspektivischer Annäherungen zu überwinden vermag.

Münster

Christoph Lorke

DDR aus französischer Perspektive

Metzger, Chantal: La République démocratique allemande. Histoire d'un état rayé de la carte du monde, 385 S., Lang, Brüssel u. a. 2012.

Die DDR ist seit den neunziger Jahren zu einem der zentralen Themen der deutschen Zeitgeschichtsschreibung geworden. Doch nicht nur die deutsche, auch die französische Historikergesellschaft interessiert sich seit geraumer Zeit – und zwar nicht erst seit der Zäsur 1989/90 – für die Geschichte dieses von der Landkarte gestrichenen Staates, wie der Untertitel des Buchs von Chantal Metzger etwas plakativ formuliert. Die in Nancy lehrende Zeithistorikerin legt mit diesem Band erstmals eine Gesamtdarstellung der Geschichte der DDR in französischer Sprache vor, die sie auf Basis der deutschen und französischen Literatur verfasst hat, und die als Synthese bisheriger Forschungsleistungen zu betrachten ist.

Schon eingangs macht Metzger den Wert ihres Gegenstandes deutlich, indem sie betont, dass die DDR-Geschichte für sie keine „Parenthese“ (S. 11) der Geschichte sei, sondern es sich um die Geschichte eines eigenständigen Staates handelt, dessen Existenz emotional und mental bis in die Gegenwart nachwirkt und der im internationalen Kontext des Kalten Krieges gedeutet werden muss. Hier wird also keine deutsch-deutsche Geschichte erzählt oder die DDR nur gleichsam als Randnotiz der Geschichte betrachtet. Ihr ambitionierter Ansatz, dem Leser auf 385 Seiten ein differenziertes und nahezu erschöpfendes Bild der DDR liefern zu wollen, funktioniert allerdings nur auf Kosten der Tiefenschärfe. Forschungskontroversen werden gelegentlich gestreift, Fragen nach der Periodisierung der DDR-Geschichte oder den Traditionslinien des Kommunismus und damit der Kontextualisierung der DDR in der deutschen Geschichte nicht gestellt.

Metzgers chronologische Erzählung spannt den Bogen vom Hissen der Roten Fahne auf dem Dach des Reichstagsgebäudes bis zum Fall der Mauer und schließt mit einigen Überle-

gungen zur Erinnerungskultur nach 1989. In jedem Kapitel entfaltet die Autorin ein Panorama, das die internationale Politik wie auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die Kultur- und Sozialpolitik, die SED-Geschichte, Repression und Widerstand, die Rolle der Frau in der DDR-Gesellschaft oder die Alltagsgeschichte, die deutsch-deutschen wie die auswärtigen Beziehungen umfasst. Wenn nahezu jeder Aspekt der DDR-Geschichte angeschnitten wird, muss die Darstellung zwangsläufig kursorisch bleiben. So behandelt gleich der erste Abschnitt über die Sowjetische Besatzungszone die äußeren Faktoren, wie die Politik der Besatzungsmacht und das Zerbrechen der Kriegscoalition, ebenso wie die Entwicklung im Innern, die geprägt war von einem Umbau von Staat und Gesellschaft, der frühzeitig einsetzte und von einem relativ eigenständigen Handeln der SED getragen wurde. Im zweiten Teil wird der Zeitraum von der Gründung der DDR 1949 bis zum Bau der Mauer 1961 in den Blick genommen. Hier wird der Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaates beschrieben, in dem Reste bürgerlicher Elemente und demokratischer Aspekte sich zugunsten des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft auflösten. Metzger beschreibt Zentralisierung, Kollektivierung, Planwirtschaft und Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typs. Dass dies zugleich eine Phase der Instabilität war, machen die recht knapp behandelten Ereignisse des 17. Juni 1953 deutlich und die Massenflucht aus der DDR. Im Schatten der Mauer setzte dann eine Phase der Konsolidierung des Staates ein, der ein weiterer Teil der Darstellung gewidmet ist. Die nächste große Zäsur stellte der Wechsel von Ulbricht zu Honecker dar, der weder als Bruch noch als Kontinuität gedeutet wird, sondern als Wandel, der außenpolitisch zum Ende der Isolation der DDR führte und durch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Innern die Legitimation des Staates sichern sollte. Die letzten beiden Teile behandeln schließlich die allmähliche Auflösung des SED-Staates in den achtziger Jahren. Der abnehmenden Systemloyalität hatten Honecker und die SED nicht viel entgegenzusetzen. Der Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird zuletzt wieder stark unter dem Blickwinkel der internationalen Politik geschildert. Zum ersten Mal, so Metzger, hatte sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Was von diesem Staat bleibt, ist Thema der abschließenden Reflexionen über den Ort der DDR in der deutschen Erinnerungskultur. Die Verklärung der DDR, die unter dem Schlagwort

der Ostalgie firmiert, wirft bekanntlich eher ein Schlaglicht auf den noch nicht abgeschlossenen Prozess der inneren Einheit. Die Ambiguität der DDR bringt Metzger auf den Punkt, indem sie darauf verweist, dass sie einerseits mit ihrer geostrategischen Lage und relativen wirtschaftlichen Prosperität innerhalb des COMECON als Schaufenster des Sozialismus im Kalten Krieg fungierte, andererseits aber durch Repression, Übersteuerung des Systems und ökonomischen Mangel geprägt war.

Abgerundet wird der Band durch eine Zeitleiste, biographische Skizzen der wichtigsten politischen Akteure und einige ausgewählte Quellen. Die Bibliographie ist weit davon entfernt, erschöpfend auch nur die Literatur zur deutschen und französischen DDR-Geschichtsschreibung anzuzeigen, was angesichts des einführenden Charakters dieses Werkes sicherlich zu bedauern ist. Dennoch bleibt abschließend festzuhalten, dass Metzgers Synthese eine sachkundige Darstellung der DDR-Geschichte für das französische Fachpublikum darstellt. Zugleich macht der unaufgeregte, distanzierte Blick der französischen Historikerin das Werk auch zu einer angenehmen Lektüre für den deutschen Leser.

Essen

Claudia Hiepel

Medienereignis Olympische Spiele

Gajek, Eva Maria: Imagepolitik im Olympischen Wettstreit. Die Spiele von Rom 1960 und München 1972, 559 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Olympische Spiele und andere sportliche Großereignisse haben in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt die Aufmerksamkeit von Historikern auf sich gezogen. Dieser Trend setzte zunächst vor allem mit der Erforschung der Olympischen Spiele Berlin 1936 ein. Diese Spiele standen freilich unter besonderen Vorzeichen und können so nicht ohne weiteres als Modell für sportgeschichtliche Arbeiten dienen. Inzwischen sind jedoch auch die Olympischen Spiele von München 1972 in den Fokus gerückt. 2010 erschien „1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany“ von Kay Schiller und Chris Young und setzte einen neuen Standard in der Sporthistorie.

Eva Marie Gajek schließt mit ihrer bei Wallstein veröffentlichten Dissertation an Schiller und Young an. Sie erweitert die Analyse der

Spiele 1972 um einen Vergleich mit jenen von Rom 1960 und legt außerdem gleichzeitig besonderes Augenmerk auf den medialen Charakter beider Veranstaltungen. Olympische Spiele sind, wie Gajek zu Recht bemerkt, „Medienereignisse“, die konstitutiv durch die Berichterstattung von Zeitungen, Radio oder dem Fernsehen mitbestimmt werden. Konsequenterweise stützt sich die Arbeit deshalb stark auf Medienberichte und fragt immer wieder nach der medialen Realität beider Spiele. Der zweite Ausgangspunkt für den Vergleich beider Spiele ist selbstverständlich die Vorgeschichte Italiens und Deutschlands. Wie John Hargreaves bemerkt hat, trugen die drei ehemaligen ‚Achsenmächte‘ innerhalb von nicht einmal zwei Jahrzehnten jeweils Olympische Spiele aus. Auf Rom 1960 folgte Tokio 1964 und mit einem Intermezzo in Mexico City 1968 schließlich München 1972. Der Schluss, dass in diesen Spielen die jüngere Vergangenheit verhandelt wurde, liegt also nahe. Die Autorin versucht, dies durch die Gegenüberstellung der beiden europäischen Austragungen zu verdeutlichen.

Die Fülle an Quellen, die Gajek dafür heranzieht, ist beeindruckend und auch stilistisch liest sich das Buch angenehm. Allerdings verliert sich die Verfasserin streckenweise in Details, speziell zur Vorbereitung der Spiele. Der Streit um die faschistischen Inschriften an Austragungsorten der Spiele 1960, die nicht extra neu gebaut wurden, ist sicherlich sehr interessant. Er belegt deutlich die Probleme der italienischen Ausrichter und der Politik, eine klare und überzeugende Linie im Umgang mit der Vergangenheit zu finden. Doch das gilt nicht unbedingt für alle Bereiche der Vorbereitung beider Spiele. In der Konsequenz geraten hier die entscheidenden großen Fragen zur medialen Wirkung und dem Bezug zur Vergangenheit manchmal aus dem Blick. Hinzu kommt ein nicht unbedingt – zumindest so ausführlich – notwendiges erstes Kapitel zur Geschichte der Olympischen Bewegung in der Neuzeit. Die Spiele von 1960 und 1972 selbst werden deshalb erst in der zweiten Hälfte des Buches behandelt.

Dass jedoch das Medienereignis seinen Schwerpunkt gerade in der rituellen Rahmung der Spiele und den Wettkämpfen und nicht in der langen Vorbereitungsphase hat, macht Gajek dann sehr eindrücklich deutlich. Sie zeigt auf, wie sich die mediale Berichterstattung, und hier besonders die Fernsehübertragung, von 1960 bis 1972 die Spiele immer mehr zu eigen gemacht hat. Die Zahl der Journalisten, die von den Spielen berichten wollten, überstieg schon

1960 die Möglichkeiten der Organisatoren. Bis 1972 entwickelte sich das Fernsehen zum olympischen Leitmedium. Damit einhergehend, dass der Einfluss der Sendeanstalten auf die tatsächliche Ausgestaltung der Spiele stieg. Das vielgerühmte Dach des Olympiastadions in München aus Acrylglas verdankt seine Transparenz nicht zuletzt den Wünschen der Fernsehmacher nach möglichst guten Lichtverhältnissen.

Im vorletzten Kapitel werden dann die Themenkomplexe Gender, Körper und die Gefährdung der Spiele durch den Terrorismus aufgegriffen. Hier löst sich die Arbeit weitestgehend von der Frage des Umgangs mit der Vergangenheit und wendet sich der mentalitätsgeschichtlichen Entwicklung zu. Rom und München unterscheiden sich vor allem durch den Zeitpunkt der Ausrichtung und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung. Das Verhältnis der Geschlechter oder zum Körper hat durch die 68er-Bewegung eine starke Umwertung erfahren, die sich auch in der Berichterstattung über die Olympischen Spiele wiederfinden lässt. Ebenso war Doping 1960 ein noch weitgehend unbekanntes Phänomen, das erst durch den Tod des dänischen Radfahrers Knud Enemark Jensen in Rom 1960 mediale Aufmerksamkeit erfuhr. Dagegen war zwölf Jahre später Doping sowohl real als auch medial viel gegenwärtiger. Der Anschlag auf die Spiele von München 1972 kann schließlich wiederum als eigenes Medienereignis innerhalb des Medienereignisses Olympische Spiele gelesen werden und verdichtet die theoretischen Schlüsse Gajeks. Erneut waren die Medien aktive Akteure und nicht einfach nur passive Mittler des Ereignisses, indem sie zum Beispiel über die Positionierung von Scharfschützen berichteten und diese Information damit gleichzeitig den Geiselnern verfügbar machten. Schließlich erlischt im letzten Kapitel das Olympische Feuer und die Autorin gibt eine Einschätzung der (medialen) Nachwirkung beider Spiele.

Insgesamt ist Gajeks Buch ein wichtiger Beitrag zur Geschichte Olympischer Spiele und ähnlicher Mega-Events. Nach einigen anfänglichen Längen und Umwegen vermag die Verfasserin deutlich zu machen, welche Rolle die Medien in der Ausgestaltung und Vermittlung beider Ereignisse spielten. Bislang zerfiel die Forschung in dieser Hinsicht oft in zwei Sparten. Medienhistoriker/innen vernachlässigten das Ereignis hinter der Meldung, während jene Historiker/innen, die das Ereignis untersuchten, umgekehrt den medialen Anteil zu gering ein-

schätzten. Damit und mit der Behandlung von Rom 1960 schließt Gajek deshalb Lücken in der Sportgeschichtsschreibung beziehungsweise in der Untersuchung der Zeitgeschichte.

Düsseldorf

Christian Tagsold

Gelungene Synthese

Neutatz, Dietmar: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, 688 S., Beck, München 2013.

„Träume und Alpträume. Russlands Geschichte im 20. Jahrhundert“ bietet ebenso zahlreiche optimistische beziehungsweise utopische Zukunftsvorstellungen wie zerstörende Menschen und Natur verachtende Verhaltensweisen. Dietmar Neutatz hat damit seiner beeindruckenden Synthese einen eindringlichen und sprechenden Titel gegeben, der zugleich eine seiner zentralen Interpretationslinien aufzeigt.

Dieses mit fast 700 Seiten sehr umfangreiche Buch ist Teil der von Ulrich Herbert herausgegebenen Freiburger Reihe zur „Europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert“. Es offenbart Neutatz' enorme Arbeitsleistung, denn er beginnt seine Darstellung bereits mit der klassischen Zäsur von 1890. Diese Konzeption ist als methodischer Zugriff der Reihe zu verstehen, um die bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert einsetzenden Dynamiken als Voraussetzungen des Wandels, der Kontinuitäten und Diskontinuitäten im 20. Jahrhundert greifen zu können.

Neutatz bezieht das ausgehende Zarenreich mit seinen Reformen, dem beschleunigten sozio-ökonomischen Wandel, dem sich verschiebenden Kräfteverhältnis zwischen Gesellschaft und Autokratie, den revolutionären Erschütterungen und den Auswirkungen des Ersten Weltkriegs in seine Betrachtung ein. Der Band hebt sich dadurch von den meisten Synthesen ab, die gleichfalls die gesamte Sowjetunion in den Blick nehmen. Nur wenige ziehen bereits das Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg mit ein und enden erst gut einhundert Jahre später mit dem Rücktritt Boris El'zins vom Präsidentenamt Sylvester 1999.

Das Werk ist in fünf Teile gegliedert, die sich jeweils an den konventionellen zeitlichen Zäsuren orientieren. Teil eins behandelt das Zarenreich in seiner tiefgreifenden Transformationsphase und den Ersten Weltkrieg bis zum

Herbst 1917. Der zweite Teil ist der Phase vom Oktoberumsturz, über den Bürgerkrieg bis zur Neuen Ökonomischen Politik, in der wieder stärker marktwirtschaftliche Elemente zugelassen wurden, gewidmet. Der stalinistischen Ära ab 1928 gilt der dritte Teil, in dem Neutatz unter anderem die Kollektivierung, die forcierte Industrialisierung, die Säuberungen, den Zweiten Weltkrieg, den Wiederaufbau und die Sowjetisierung der neuen Satellitenstaaten thematisiert. Die Herrschaftsperioden Nikita Sergeevič Chruščevs und Leonid Il'ič Brežnev von 1953 bis 1982 fasst der Verfasser im vierten Teil in der Perspektive des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz zusammen. Der fünfte Teil behandelt den Übergang zur *perestrojka* unter Michail Sergeevič Gorbatschow, den Zerfall der Sowjetunion und die krisenhaften Jahre des Umbruchs in den 1990er Jahren.

Wie in den anderen Bänden der Reihe werden zeitliche Querschnitte jeweils um 1900, um 1926, um 1942, um 1966 und um 1995 gesetzt, um komplexe sozio-ökonomische, politische und kulturelle Prozesse zu kondensieren und europäische Varianten beziehungsweise Gemeinsamkeiten zu erkennen. In der Tat sind diese Phasen auch für Russland und die Sowjetunion sehr gut gewählt und dem Autor gelingt es ganz überwiegend, dem Leser auf diesem Weg fruchtbare Einblicke zu verschaffen. Nur der Abschnitt für die Jahre um 1995 fällt etwas ab. Der Blick auf die Weltausstellungen bleibt hier nichtssagend und die Ausführungen sind auf die große Politik konzentriert.

Neutatz' Anliegen ist es, kulturgeschichtliche Aspekte zu beleuchten, die bislang in Gesamtdarstellungen tatsächlich eher außer Acht gelassen worden sind. Der Verfasser möchte daher auch „Wahrnehmungen und Deutungen der Wirklichkeit“ der Menschen in den Blick rücken. Die Idee ist, multiperspektivisch heranzugehen, indem neben den Eliten auch die Mehrheit der Bevölkerung ebenso wie die Dichotomie zwischen Stadt und Land beleuchtet und Schlaglichter auf die nicht-russische Peripherie geworfen werden (S. 12f.).

Schließlich sollen die russländischen Entwicklungen mit Blick auf die europäischen und globalen Herausforderungen mit dem facettenreichen Begriff der „Moderne“ eingeordnet werden. Neutatz entschließt sich für eine relationale, an dem jeweils subjektiv-zeitgenössischen Referenzrahmen orientierte Konzeption (S. 14f.). Allerdings ist dies eine Perspektive, in der der Begriff – bei allen sonstigen methodischen Schwierigkeiten – für einen größeren Bezugs-

rahmen wie Europa an Erklärungskraft verliert, weil die analytische Gesamtschau leicht auf der Augenhöhe der Akteure verharrt oder „die“ Moderne an manchen Stellen doch vor allem eine westliche Norm zu sein scheint. In diesem Sinne bemisst sich auch die Perspektive der nachholenden Modernisierung der Volkswirtschaft an westlichen Entwicklungen (S. 87, 543). Ebenso lässt sich darüber diskutieren, ob der sozialistische Realismus als antimodern (S. 262) oder analytisch doch eher als Teil der europäischen Moderne gesehen werden sollte. Von diesen Vorbehalten abgesehen ist es aber zu begrüßen, dass Neutatz auch den Begriff der Rückständigkeit berücksichtigt und ihn konstruktivistisch auf die Moderne bezieht.

Die „sowjetische Moderne“ (S. 378, 589f.), die der Verfasser offenbar jenseits der zeitgenössischen Wahrnehmung beschreibt, war eng verbunden mit katastrophalen menschlichen Schicksalen und Umweltschäden. Sie erlebte verschiedene Modifizierungen bis sie unter Brežnev vor allem soziale Sicherheit und relativen Wohlstand bedeutete, die die Menschen mit einem gewissen Maß an Zustimmung und Akzeptanz honorierten.

Neutatz hat eine sorgfältige und gefällig zu lesende Darstellung vorgelegt. Gerade durch zeitgenössische Zitate, wie aus den Materialien zu den Weltausstellungen, von ausländischen Reisenden und Auslandskorrespondenten, aus einem Gedicht Evgenij Aleksandrovič Evtušenko oder aus soziologischen Umfragen, erzeugt der Verfasser eine erzählerische Atmosphäre, die den Leser in den Bann zieht. Der Band bewegt sich argumentativ auf der Höhe der Forschung und ermöglicht dem Leser einen präzisen Zugriff auf den Forschungsstand. Dadurch beleuchtet der Verfasser im Gegensatz zu vergleichbaren Darstellungen tatsächlich deutlich stärker kulturgeschichtliche Aspekte, wenngleich er diesem Anspruch – gerade für die 1990er Jahre – nicht durchgängig gerecht wird. Innovativ ist, dass Neutatz unter anderem den Medienkonsum, den Kontakt zu Ausländern, die selektive Wahrnehmung des ‚imaginierten Westen‘, Alltag, Freizeit und Konsum einbezieht. Gleiches gilt für die wechselseitigen Ausstellungen 1959 mit den USA, Städtebauprojekte, Frauen in der Roten Armee, die Stigmatisierung der Kriegsrückkehrer oder non-konformen Jugendkulturen.

Das Vorhaben, Russland stärker als multiethnisches Imperium zu zeigen, setzt der Autor nicht durchweg um, aber immerhin teilweise für das Zarenreich, den Stalinismus und die post-sowjetische Ära. Insgesamt prägt doch der Blick

auf Moskau und das europäische Russland die Argumentation. Weiter ist anzumerken, dass Neutatz dem Leser noch stärker synthetisierende Interpretationen und zum Teil auch perspektivische Linien in die neue Forschungslandschaft zum Zarenreich oder zur späten Sowjetunion hätte ziehen können. So hätte er die dynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen vor 1917 mit präziseren Begriffen als „Bürgerlichkeit“, „bürgerliche“ Werte beziehungsweise „bürgerliches“ Bewusstsein erzählen können.

In der Gesamtschau bilanziert Neutatz, dass es vor allem die langfristig wirkenden, zahlreichen Strukturmängel des sozialistischen Wirtschaftssystems waren, die die Sowjetunion in die Krise führten. In seiner Lesart reagierte Gorbachev notgedrungen auf sie, ohne das richtige Rezept zu finden und brachte dadurch die Sowjetunion unbeabsichtigt zu Fall. Damit wendet sich der Verfasser explizit gegen eine Interpretation, die selbst eine teleologische, auf systemimmanente Schwächen zielende Deutung ablehnt. Sicher liegen die Erklärungsansätze nicht soweit auseinander, wie es hier scheinen soll. Denn so monokausal und auf die *perestrojka* fokussiert, wie Neutatz unterstellt, sind die neueren Darstellungen nicht. Gleichzeitig öffnet der Autor selbst der Teleologie die Tür und betont eher einseitig die Widersprüche und Mängel der Kommandowirtschaft. Das Sowjetsystem sieht er langfristig als am Konsumversprechen zerbrochen (S. 377). Historisch und heuristisch faszinierender scheint dann doch die Frage zu sein, warum die Gesellschaft trotz der Ambivalenzen lange stabil war. Dies lässt sich sicher nicht mit dem uneingelösten Konsumversprechen erklären – zumal es seit Brežnev eine sehr relationale Größe war.

Was das Buch daher möglicherweise von anderen Bänden dieser Reihe, insbesondere den beiden zu Polen und Jugoslawien, unterscheidet, ist, dass es eher kein spezifisch eigenes Narrativ für die russisch-sowjetische Geschichte des „langen 20. Jahrhunderts“ entwirft. Neutatz' Verdienst ist es, die neue Forschung auf das Konzept der Moderne, Modernisierung und Rückständigkeit zu beziehen und ihre Thesen daran zu erproben.

Karten runden das Buch ab. Allerdings hätten zumindest einige Tabellen, Statistiken und Abbildungen einen systematischen Zugriff auf sozio-ökonomische Prozesse ebenso verbessert wie ein Stichwortverzeichnis. Zudem erschließt sich die Logik des Quellen- und Literaturverzeichnisses nicht, in dem nicht wenige zitierte Titel fehlen. Dennoch: Dieses lesenswerte

Buch bietet viele Anknüpfungspunkte für europäische Vergleichsperspektiven. Jeder, der einen informierten Einstieg in die großen Linien der russisch-sowjetischen Geschichte sucht, ist damit bestens bedient. Viel mehr kann man von einer Synthese nicht erwarten.

Bielefeld

Kirsten Bönker

Diskurstheoretische Sowjetunionforschung

Merl, Stefan: Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich, 184 S., Wallstein, Göttingen 2012.

Die Forschung zum Stalinismus im Speziellen und zur Sowjetunion im Allgemeinen hat sich bislang grob in drei Phasen entwickelt: Auf die Totalitarismustheorie der Nachkriegszeit folgte die als „Revisionismus“ bezeichnete Sozialgeschichte in den 1970er und 1980er Jahren, die ihrerseits ab Anfang der 1990er Jahre von einer von Foucault inspirierten Kulturgeschichte abgelöst beziehungsweise erweitert wurde. Der Bielefelder Osteuropahistoriker Stephan Merl hat einen Essay verfasst, in dem er die Entwicklung vor allem der letzten zwanzig Jahre unter dem Schlagwort „politische Kommunikation“ zuspitzt. Merl konzentriert sich ganz auf die „kommunikativen Strategien“, die in den beiden deutschen Diktaturen und der sowjetischen Diktatur unter und nach Stalin dafür sorgten, dass die Regime „erfolgreich“ bestehen konnten. Dabei erstaunt, dass er, der bislang eher der sozialhistorischen Schule angehörte, mit keinem Wort die Revisionisten erwähnt und als Negativfolie immer wieder die Totalitarismustheorie beschwört (S. 10, 18), als ob es diese noch zu widerlegen gelte.

Was der Verfasser als „kommunikative Strategie“ bezeichnet, ist zuvor von Stephen Kotkin, Igal Halfin, Jochen Hellbeck und anderen beschrieben worden: das „Einsickern“ und die Übernahme der Sprachregelungen des Regimes, die bald das Denken und Handeln vieler Menschen prägten. Merl akzentuiert es etwas anders, wenn er statt der Diskurse die unbewusste Werteübernahme und Akzeptanz der Feindbilder betont, die für das Stillschweigen und „Wegschauen“ der Bevölkerung sorgten. Dies, so meint auch er, konnte nicht durch Gewalt erzwungen werden, sondern geschah als unreflektierte Verinnerlichung der Wertvorstel-

lungen der Diktatur (S. 10). Der Autor resümiert hier einen wichtigen Mechanismus – aber auch nur einen. „Diktatur“ definiert er als „dadurch charakterisiert, dass sie keine angstfreie Kommunikation über politische Themen zulässt und eine strikte Kontrolle über die öffentliche Kommunikation ausübt“ (S. 12). Er geht nur am Rande darauf ein, dass sowohl der Nationalsozialismus als auch der Stalinismus wesentlich auf der Stigmatisierung, Ausgrenzung und Ermordung von Bevölkerungsgruppen basierten, und er schweigt sich darüber aus, welchen Platz er dem Faktor „Gewalt“ neben den kommunikativen Strategien einräumen würde. Dadurch fehlt eine Einrahmung des Faktors „Kommunikation“ und somit verwischt leicht der Unterschied in der Sowjetunion von vor und nach 1953 beziehungsweise zwischen Nationalsozialismus und DDR.

Schwierig ist auch der Begriff der „kollektiven Identität“, auf den Merl seine These stützt, die kommunikativen Strategien hätten „die Masse der Bevölkerung in eine kollektive Identität einbezogen“ (S. 8). Der Verfasser definiert „kollektive Identität“ als „Grundkonsens“ (S. 22), schreibt aber an anderer Stelle, dass „Konsensdiktatur“ irreführend sei, weil sie impliziere, dass die Massen ihren Glauben unter Beweis hätten stellen müssen (S. 167). Er meint, und referiert hier Alexei Yurchak, dass es aus Sicht von Staat und Partei vollkommen ausreichte, wenn sich die Bevölkerung willig an Ritualen wie Wahlen, Paraden, Versammlungen und Festen beteiligten; ob sie daran „glaubten“, war irrelevant. Aber selbst wenn Merl beziehungsweise Yurchak vollkommen zuzustimmen ist, dass der systemstabilisierende Effekt von solchen performativen Ritualen bisher unterschätzt oder vielmehr sogar als „Eigensinn“ fehl gedeutet wurde, bleibt fraglich, wer denn die „große Masse der Bevölkerung“ (S. 26) war. Der Autor sagt selbst, dass (a) die Bauern überhaupt nicht angesprochen waren (S. 42) und sie (b) weitestgehend gegen das „Speaking Bolshevik“ immun blieben (S. 47). Auf all die Nicht-Russen im Sowjetreich geht er gar nicht ein. Es stellt sich also die Frage, von welcher „Masse“ wir überhaupt sprechen können: von einer quantitativen, einer qualifizierenden oder einer diskursiven-imaginierten?

Merl führt in insgesamt sechs Kapiteln aus, wie „kollektive Identität“ hergestellt, von der „Diktatur“ vor Kritik geschützt, durch die Bevölkerung aktiv gefestigt wurde und mit welchen Erfolg beziehungsweise Misserfolg die jeweiligen Diktaturen auf Brüche reagierten. Den

Massen – in den Städten und Industriezentren, wie man wohl ergänzen sollte – wurde Inklusion als Privileg und die Gemeinschaft des Sowjetvolks als Errungenschaft angedient, die angesichts entsprechender Bedrohungsszenarien alternativlos erschienen. Entideologisierung, die Familiarisierung des Politischen und ein sowjetischer Festkalender sorgten für eine niederschwellige Akzeptanz der Diktatur als gegeben. Obwohl sich der Autor hier ganz auf dem Terrain von Foucaults Machttheorie bewegt, erwähnt er ihn mit keinem Wort und zitiert stattdessen Viktor Klemperer (S. 26, 46). Der Führerkult, ein paternalistisches Herrschaftsverständnis sowie das in der Sowjetunion ubiquitäre Eingabewesen trugen ihrerseits zur Herrschaftsstabilisierung bei. Gerade die direkte Briefkommunikation zwischen Individuen und Machtapparat sorgte dafür, dass (a) sich die Einwohner in ihren Sorgen und Nöten ernst genommen fühlten, (b) der Eindruck vermittelt wurde, schuld allein sei ein niederrangiger Apparatschik, nicht das System, und (c) der Generalsekretär schon alles richten werde, wenn er nur Bescheid wisse. Merl hält hier insbesondere einigen NS-Experten entgegen, dass nur die „schwachen“ Diktatoren die „starken“ gewesen seien, dass gerade die Angewohnheit, Dinge im Vagen zu lassen, Grenzen nicht genau zu definieren und Abweichungen mitunter zu tolerieren, den Diktatoren den nötigen Handlungsspielraum eröffneten (S. 20f.). Dass die Diktaturen Normbrüche nicht nur duldeten, sondern mitunter auf sie angewiesen gewesen seien, zeige sich in der Sowjetunion in der Wirtschaft, die ohne „korrumpierende Praktiken“ schon in den 1930er Jahren zusammengebrochen wäre, so Merl (S. 105ff.). Die „kommunikative Strategie“ des Regimes sei hier das Verschweigen gewesen (S. 15). Gleichzeitig erhielten die Diktatoren dadurch Macht über die „schuldigen“ Wirtschaftsführer, die bei Bedarf als Sündenböcke angeprangert und geopfert werden konnten. Überhaupt sei es bei der Bestimmung von „Schuldigen“ nie um die Frage gegangen, den wirklich Verantwortlichen zu finden, sondern allein um das das System exkulpernde Ritual. Wie auf den Partei- und Betriebsversammlungen ging es nicht um Sachthemen, sondern um den Akt der Loyalitätsbekundung zu Partei und Staat.

Danach waren die kommunikativen Strategien ein nahezu perfektes, sich selbst erhaltendes System, das so lange funktionierte, wie sich die Parteiführer selbst daran hielten. Der erste, der diese Regeln brach, war Nikita Sergeewitsch

Chruschtschow mit der „Geheimrede“ 1956. Er rüttelte an dem ehernen Prinzip, dass Parteiführer unfehlbar seien, als er erst Stalin als Verbrecher anklagte und dann selbst die Nähe zum Volk suchte. Merl meint, dass Chruschtschow 1964 maßgeblich deshalb abgesetzt wurde, um den Mythos vom „guten Zaren“ zu retten (S. 118). Allerdings bleibt er die Beweise dafür schuldig und muss selbst eingestehen, dass sich selbst in den geheimen Sitzungsprotokollen des Parteipräsidiums dazu keine Hinweise finden lassen (S. 119).

Derjenige, der schließlich endgültig mit Glasnost das Diskursmonopol der Partei aufgab, war, wie hinlänglich bekannt, Michail Sergeewitsch Gorbatschow, indem er, wie Merl es in Anlehnung an Yurchak formuliert, die kommunikativen Strategien von Partei und Staat außer Kraft setzte (S. 145).

Merl hat eine gefällige und pointierte Zusammenfassung der diskurstheoretischen Sowjetunionforschung der letzten zwanzig Jahre vorgelegt, die allerdings zuweilen deutlicher auf die Erstautoren verweisen könnte. Wie sich sein Essay zur NS- und DDR-Forschung verhält, sei hier mangels Expertise dahingestellt. Liest man sein Werk zusammen mit Jörg Baberowskis „Der rote Terror“ (2007), ergibt sich ein fast vollständiges Bild von den Herrschaftsmechanismen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Bremen

Susanne Schattenberg

Eine unentbehrliche Gesamtdarstellung

Halbeisen, Patrick/Müller, Margrit/Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, 1.234 S., Schönbach, Basel 2012.

„Die Schweiz ist ein reiches Land, aber sie ist nicht eben reich an wirtschaftshistorischer Forschung.“ Diese Feststellung Hansjörg Siegenthalers, des Doyens der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte, findet sich im Vorwort dieser ebenso umfangreichen wie vielseitigen Studie. Wer einmal versucht hat, Literatur für eine Lehrveranstaltung zur Geschichte der Schweiz im 19. oder 20. Jahrhundert zu finden, wird sich Siegenthalers Beobachtung zweifellos anschließen. Gerade zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Nachbarlandes fand sich bislang weder eine brauchbare Gesamtdarstellung, noch lagen

fundierte Untersuchungen zu einer Vielzahl von Themen vor. Das vorliegende, von 21 Autor/innen erstellte Werk kann insofern nur hochwillkommen sein. Der Sprachduktus des Bandes ist größtenteils nüchtern und nicht unbedingt fesselnd, was aber auch nicht der Anspruch sein kann. Immerhin verzichten die Beiträge fast völlig auf Fachjargon und sind somit auch für den nicht wirtschaftshistorisch vorgebildeten Leser verständlich.

Die Studie erörtert die Wirtschaftsgeschichte des Landes in fünf nachvollziehbar angelegten Großkapiteln, die jeweils unterschiedliche Themenbereiche zusammenfassen. Dass dabei mitunter auf den ersten Blick wenig affine Bereiche gemeinsam behandelt werden, lässt sich in einem derartig dimensionierten Werk kaum vermeiden. In jeden Fall erscheint eine solche Gliederung spannender als viele heterogene Kleinkapitel. Jeder der fünf Teile ist ähnlich aufgebaut und in sich geschlossen, was dem Gesamtwerk Handbuchcharakter verleiht. Auf einige inhaltliche Kapitel folgt stets eine resümierende Gesamtbetrachtung des Kapitelthemas, eine Bibliografie und ein kurzer statistischer Anhang. Bei genauerer Betrachtung ergeben sich zwar durchaus recht unterschiedliche Herangehensweisen an verschiedene Themen. So ist beispielsweise die Tourismusindustrie fast ausschließlich statistisch dokumentiert, der gleich im Anschluss betrachtete Wandel der Agrarwirtschaft dagegen auch sozialhistorisch analysiert. Angesichts der Vielzahl von Autorinnen und Autoren und der ungeheuren Breite des Themas lässt sich für den Band jedoch insgesamt ein hohes Maß an inhaltlicher Geschlossenheit konstatieren.

„Wirtschaftliche Entwicklung, Demographie und Technologie“ (Teil 1) bietet einen zunächst vor allem quantitativ orientierten Überblick über Wachstum, Konjunkturphasen und Bevölkerungsentwicklung, während der Teil zu Wissen und Technologie die Rückkoppelungen zwischen Forschungsstrukturen und -investitionen und der Wohlstandsentwicklung betrachten. Charakteristisch für die Gesamtstudie ist hier das Unterkapitel „Was ist ‚schweizerisch‘ in der Forschung?“, ein Topos, der sich durch große Teil des Gesamtwerkes zieht. Denn die Studie bemüht sich dezidiert auf nationale Besonderheiten, vor allem aber auf die Einbindung der Schweiz in internationale wirtschaftliche Zusammenhänge hinzuweisen. „Die Schweiz in der internationalen Arbeitsteilung“ (Teil 2) zeigt die vielfältigen Verflechtungen des Landes sowohl in Bezug auf ausländische Investitionen als auch

der Positionierung schweizerischer Unternehmen auf dem Weltmarkt auf und geht ebenfalls ausführlich auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen ein. Besonderes Gewicht wird der Bedeutung protektionistischer Wirtschaftspolitik im Wandel der Zeiten beigemessen. Ein überraschend schmales Teilkapitel widmet sich dem Banken- und Versicherungssektor, einschließlich des in letzter Zeit umstrittensten Themas, der Vermögensverwaltung, die hier nicht zu Unrecht im Unterkapitel als „Flaggschiff des Schweizer Bankensektors“ bezeichnet wird. Thematisch breiter aufgestellt, endet dieser recht disparat orientierte zweite Teil der Studie mit einer Betrachtung binnenwirtschaftlicher Strukturen, worunter auch öffentliche Investitionen, etwa im Bereich Infrastruktur, verstanden wird, einer sehr knappen Betrachtung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus und einer ausführlicheren Würdigung des Agrarsektors, der im 20. Jahrhundert einen besonders nachhaltigen Transformationsprozess durchlief.

„Wohlstandsverteilung und regionale Entwicklung“ (Teil 3) geht sowohl auf die Entwicklung der schweizerischen Konsumgesellschaft als auch auf das föderalistische System des Landes und dessen Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur ein. Dazwischen angesiedelt ist ein chronologisch angelegtes Teilkapitel zur Infrastrukturgeschichte, das in recht klassischer Weise zunächst sehr knapp Verstädterung und dann Schiene, Straße und Raumplanung diskutiert. Im Zusammenhang mit letzterem wird auch peripher auf Umweltschutzbemühungen eingegangen. Eher programmatisch orientiert ist „Die schweizerische Variante des Kapitalismus“ (Teil 4). Hier wird zum einen auf die Arbeitsbeziehungen und die Rolle der Gewerkschaften eingegangen. Jedoch werden auch grundsätzlich *corporate governance*, Elitennetzwerke und der sich durch das 20. Jahrhundert ziehende Umbau der Industriegesellschaft diskutiert. Wirtschaftspolitische Verflechtungen stehen im letzten Großkapitel „Wirtschaft und Politik“ (Teil 5) auf dem Prüfstand. Hier zeigt sich erneut besonders deutlich die internationale Ausrichtung des Bandes, denn fast alle untersuchten Aspekte werden primär im Hinblick auf die Einbindung der Schweiz in das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem betrachtet. Subventionen oder Wirtschaftspolitik als auf den Binnenmarkt bezogene Konjunkturpolitik erfahren keine Betrachtung. Ein vergleichsweise kurzes Unterkapitel widmet sich explizit der Rolle

der Schweiz als Teilhaber und Gastgeber für internationale Organisationen.

Sehr hilfreich nicht nur für einen Einblick in die quantitative Basis vieler Aussagen des Bandes, sondern auch für Ansätze zur weiterführenden Beschäftigung mit der Materie sind die beiden Anhänge zu statistischen Grundlagen und Methoden sowie der mehrschichtigen Darstellung des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts. Hier haben sich die Herausgeber nicht auf Graphen und Tabellen beschäftigt. Sie bieten ebenfalls ausführliche Erläuterungen ihrer Herangehensweise, die auch für Nichtexperten nachvollziehbar sein dürften.

Schmerzlich vermisst hat dieser Rezensent jedoch einen Index, der Lesern einen schnellen Zugriff auf einzelne Informationen ermöglicht hätte. Die für die professionelle Erstellung eines Indexes für einen thematisch derartig umfassenden Band aufzuwendende Zeit und Mühe sowie erhebliche zusätzliche Kosten wären zweifellos gut angelegt gewesen. Ohne einen solchen ist diese Wirtschaftsgeschichte nur sehr bedingt als Erstinformation oder Nachschlagewerk geeignet. Mitunter lässt sich aus der übersichtlichen Betitelung der Beiträge und ihrer Unterkapitel ersehen, wo bestimmte Einzelheiten am ehesten zu finden sind, aber ein guter Index hätte diesen Suchprozess ganz erheblich verkürzt.

Der Fokus des Bandes auf dem „kurzen“ 20. Jahrhundert ist zwar einleitend erklärt und auch gerechtfertigt. Letztlich bedeutet diese Beschränkung aber auch, dass die formative Phase der schweizerischen Industrialisierung im späteren 19. Jahrhundert – die ihrerseits durchaus nicht typisch für die „kerneuropäische“ industrielle Entwicklung war – in den meisten Kapiteln nur als Hintergrundfolie dient. Gerade eine Berücksichtigung des Wegs der Schweiz von einem proto- zu einem hochindustrialisierten Land hätte sicherlich zahlreiche neue Einsichten geboten. Ebenfalls kritisch kann gesehen werden, dass im Zentrum des Interesses nahezu aller Autor/innen steht, die Entwicklung der Schweiz in verschiedene internationale Kontexte einzuordnen. Dabei wird stets hervorgehoben, inwiefern die Schweiz sich in internationale Prozesse einpasste beziehungsweise inwiefern ihre Wirtschaft divergierende Wege ging. Dies ist einerseits eine besondere Stärke des Bandes, zieht jedoch andererseits nach sich, dass die Binnenwirtschaft bisweilen vernachlässigt wird. Zwar konstatieren die Herausgeber zutreffend, dass eine besondere „Abhängigkeit eines großen Teils der Schweizer Wirtschaft von ausländischen Märkten“ existiere. Jedoch erscheint es

bei einer umfassenden Untersuchung auch einer kleineren europäischen Volkswirtschaft sinnvoll, nicht fast jeden Aspekt primär unter dem Gesichtspunkt internationaler Verflechtungen zu betrachten. Lediglich ein Teilkapitel (2.3) befasst sich dezidiert mit binnenwirtschaftlichen Entwicklungen, wobei hier noch – durchaus sinnvoll – Tourismus und der Agrarsektor eingebunden werden.

Auch wenn eine inhaltliche Einzelbewertung eines solchen Werkes wenig realistisch ist, lässt sich zweifellos sagen, dass dieser aufwändig gestaltete, solide bis brillant recherchierte und geschriebene Sammelband die schweizerische Wirtschaftsgeschichte auf viele Jahre hinaus prägen wird. Zu den Lesern werden nicht nur Historiker/innen und Wirtschaftswissenschaftler/innen, sondern auch Angehörige der geistes- und sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen gehören. Eine Übersetzung ins Englische erscheint unbedingt angeraten, um der international vernachlässigten Geschichte der Schweiz mehr Beachtung zu verschaffen.

Darmstadt

Rainer Liedtke

Brücke zwischen Technik- und Unternehmensgeschichte

Girschik, Katja: Als die Kassen lesen lernten. Eine Technik- und Unternehmensgeschichte des Schweizer Einzelhandels 1950–1975, 253 S., Beck, München 2010.

Der Ausgangspunkt dieser Dissertation ist originell gewählt: Katja Girschik rückt die Kasse, welche die Technik- und Unternehmensgeschichte des größten Schweizer Detailhandelsunternehmens Migros wesentlich mitgeprägt habe, in den Mittelpunkt der Betrachtung. Technik fasst sie dabei nicht als Selbstzweck auf, sondern als „ein Mittel zur Veränderung kommunikativer Gegebenheiten und Wahrscheinlichkeiten“ (S. 12). Es ist die Frage, wem die Einführung der Verkaufsmaschine welche Perspektiven eröffnet hat.

Die Arbeit umfasst drei Hauptkapitel, die mit „Umsatz“, „Umdeutungen“ und „Umbau“ betitelt sind. Darin lotet die Autorin aus, welche Rolle die Kasse für die Migros spielte, sprich: wie die „spezifischen historischen Offerten“ (ebd.) dieser Technik die Entscheidungs- und Handlungsspielräume des Unternehmens beeinflussten. Stellenweise schreibt Girschik der

Computertechnik *agency* zu, was bereits am Titel deutlich wird. So untersucht sie explizit, „[w]ie es [...] den elektronischen Rechenmaschinen [gelang], die Verantwortlichen von ihrer Anschaffung zu überzeugen“ (ebd.) und sie dazu anzustiften, immer wieder neue Allianzen mit ihnen zu schmieden.

Eine Prämisse dieser Arbeit verspricht, die Erfolgsgeschichte der Migros gegen den Strich zu bürsten: Unterschiedliche Interessen von menschlichen Akteuren ließen sich „an gescheiterten, abgebrochenen Vorhaben exemplarisch darstellen“ (S. 13). Girschik zeigt dies an Hand der von Elsa Gasser vorgeschlagenen Selbstbedienung, des Kassensaus und eines Vorgängermodells des heutigen Barcodes – dem „Automatic Point of Sale System“ (APOSS). Diese Binnenkapitel handeln nicht nur von innerbetrieblicher Logik, sondern nehmen auch Konsument/innen in den Blick, welche die Selbstbedienung gerne allzu wörtlich nahmen. Trotzdem führte diese dazu, dass sich die Verkaufsläden mittels der Kassen in regelrechte „Verkaufsmaschinen“ (S. 31, 57) verwandelten und der Umsatz stieg.

Die Migros behob das Problem des Staus an der Kasse dadurch, dass sie ein Förderband einführte. Dieses Stichwort verweist darauf, wie sehr auch der Migros die USA als Vorbild dienten. Schon das Patent für die erste Registrierkasse aus dem Jahr 1883 ging auf einen US-amerikanischen Erfinder zurück (vgl. S. 58). Die Migros folgte dem Trend, ihre Entscheidungsträger regelmäßig auf Dienstreisen in die USA zu schicken, um sich ein Bild von den neuesten Entwicklungen zu machen. In obligatorisch zu verfassenden Reiseberichten reflektierten die Entscheider danach über US-amerikanische Rationalisierungsmaßnahmen, welche die Migros schrittweise zu adaptieren pflegte.

Girschik stützt sich in ihrer akribischen Archivarbeit hauptsächlich auf die Quellenbestände der Migros. In einer Fußnote gibt sie an, bei der Coop Schweiz keine gleichwertigen Bestände gefunden zu haben (S. 17). Das ist bedauerlich, weil dadurch kein Vergleich zu Stände kommt, der – nicht zuletzt mittels *Oral History* – etwa auch zu Denner oder ausländischen Grossisten hätte gesucht werden können. Im Ergebnis erscheint die Migros als Monolith in der schweizerischen Verkaufslandschaft. Doch da diese mehr umfasst als nur die Migros und auch konkurrierende Unternehmen sowie „Tante-Emma-Läden“ mit einschließt, verspricht der Untertitel des Buches mehr als dieses halten kann.

An Hand dieser Studie stellt sich zudem ein Problem, das generell mit zeithistorischer Unternehmensforschung zu tun hat: Firmen, die bis in die Gegenwart aktiv sind, verbinden kein Interesse damit, in einem ungünstigen Licht dargestellt zu werden. Daher werden sie zunächst entscheiden, ob sie einer Forscherin überhaupt einen Zugang zum Archiv gewähren; dann werden sie diese bei ihrer Recherche begleiten, beraten, beaufsichtigen und schließlich darauf pochen, die Befunde juristisch zu prüfen, bevor diese veröffentlicht werden. Das heißt, es handelt sich im vorliegenden ‚Fall‘ um eine unternehmensnahe Veröffentlichung. Eine Wendung wie, die Autorin „möchte [...] keine relative Rückständigkeit der Migros-Genossenschaften postulieren“ (S. 78), lässt an eine mögliche Selbstzensur der Autorin denken.

Der Fokus dieser Studie ist also relativ eng gefasst, sodass sie den Anspruch einer „Technikgeschichte der Massenkonsumgesellschaft“ (S. 12) nur eingeschränkt erfüllen kann. Trotzdem schafft es die Autorin, die betriebliche Binnenperspektive durch über vier Dutzend positiv hervorzuhebende USA-Verweise aufzusprengen. Zudem bettet sie das schweizerische Fallbeispiel gekonnt in die internationale Forschungsliteratur ein. Sie zeichnet detailliert nach, wie die Kasse für die Migros ein Beweggrund war, sich im Lauf einer „beinahe 25 Jahre dauernde[n] Periode der Prosperität“ (S. 39) fortwährend umzustrukturieren. Damit gelingt es Girschik mit ihrer Migros-Geschichte, welche die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte im Jahr 2009 mit dem Preis für Unternehmensgeschichte ausgezeichnet hat, eine belastbare Brücke zwischen Technik- und Wirtschaftsgeschichte zu bauen.

Darmstadt

Catarina Caetano da Rosa

„Glokale“ Infrastrukturplanung

Tischler, Julia: Light and Power for a Multiracial Nation. The Kariba Dam Scheme in the Central African Federation, 323 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke 2013.

Die Studie Julia Tischlers über den Bau des Kariba-Damms im südlichen Afrika, eine in Köln entstandene und vom deutschen Historikerverband preisgekrönte Dissertation, scheut vor Spannungen nicht zurück. Sie sucht ihr Thema zwischen Kolonialzeit und nationaler Unabhän-

gigkeit, Traditionalismus und Hochmoderne, Technik und Natur, spätkolonialen Entwicklungsbemühungen und internationalen Modernisierungsprojekten, Planern und Verplanten, Gewinnern und Verlierern, festlichen Eröffnungsfassaden und nüchterner Alltagsrealität; kurz – und auch im übertragenen Sinn – zwischen Schwarz und Weiß. Die Verfasserin stellt die Frage, wie der Damm in diesem multipolaren Kraftfeld und unter Beteiligung einer Unzahl an Akteuren in den späten 1950er-Jahren zur Realität wurde. Bei seiner Eröffnung 1960, im „Jahr Afrikas“, symbolisierte das Bauwerk die zeitgenössischen Erwartungen an Modernität und die Zukunft der „Zentralafrikanischen Föderation“, die 1953 aus Rhodesien und Njassaland entstanden war.

Nach Antworten suchte die Autorin nicht in den Räumen der postkolonialen Theorie, die sie gleichwohl durchschritten hat, sondern in den Archiven Großbritanniens, Sambias, Zimbabwes und Malawis. Ihre Quellen sind denkbar vielseitig. So kann sie detailliert nachweisen, wie sich am Ort der Konstruktion eine „geteilte“ und „verflochtene“ Geschichte entfaltete, in der jeder der am Bau Beteiligten seine Chancen zu nutzen suchte. Tischler stellt sich der fundamentalen Ambivalenz, die in allen transkulturellen Entwicklungsvorhaben angelegt ist, recht frontal; sie gesteht aber allen Akteuren zu, aus ihrer jeweiligen Sicht das Beste gewollt zu haben. Daher verwahrt sie sich gegen dichotomisierende Deutungen, die diesen Musterfall eines spätkolonialen *nation-building*-Projekts immer wieder für sich vereinnahmt haben.

Die Autorin umkreist das Bauwerk in fünf Zirkelbewegungen. Zunächst widmet sie sich den planenden Instanzen. Deren hochmoderner, durch vermeintlich „wissenschaftliches“ Wissen geschulter Blick nahm eine besonders umfassend modernisierende, dadurch aber auch selektive Perspektive auf das Projekt ein, die dem Bauwerk einen Beitrag zum historischen Wandel in Afrika zusprach. Doch zeigten sich schon in diesem frühen Stadium diverse Meinungsunterschiede zwischen der Politik, den Finanziers und den technischen Experten über die Wege sowie die zu erzielenden Effekte des Dammbaus. Im Laufe der Ereignisse wurden alle Organisatoren zu Einsichten gezwungen, die ihren zeittypischen Grundannahmen über „geplante Entwicklung“ widersprachen. Die Weltbank ging von anderen ideologischen Konzepten aus als das Colonial Office. Auch die im südlichen Afrika ansässigen Kupferfirmen hofften von dem Projekt zu profitieren. Die Erwartungen an die

Bildung einer multiethnischen Nation waren, so die Autorin, in sich widersprüchlich, da sie nur vordergründig „partnerschaftlich“ operierten und weiße Privilegien eher zementierten. Schließlich ließen sich – in einer für das Projekt günstigen Konstellation – alle von den scheinbar so objektiven Berechnungen aus Wirtschaft und Wissenschaft überzeugen, adaptierten eine enthusiastische „win-win“-Rhetorik und hofften ansonsten auf die sozialen Sogeffekte eines technischen Großprojekts. Tischler schätzt das mit dem Damm verbundene Programm letztlich aber als „largely an act of faith“ (S. 225) ein.

Zusätzlich verkompliziert wurde das Bauvorhaben durch die lokalen Exekutoren der Planungen, die ihre je eigenen Entwicklungskonzepte und Vorerfahrungen mit einbrachten. Dadurch löste sich die Einheitlichkeit des Planungsvorgangs schrittweise auf. Denn im nördlichen Rhodesien gab es andere Vorerfahrungen im Umgang mit der lokalen Bevölkerung als im südlichen. Gerade solche Organisationen, die mit den Umsiedlungen des am Sambesi ansässigen Volks der Gwembe Tonga befasst waren, setzten Akzente des Eigensinns, um für die Zehntausende an Umgesiedelten Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Deren Schicksal hatte in den Planungen kaum eine Rolle gespielt, lag doch die ganze Symbolik des Damms darin, den afrikanischen „Primitivismus“ zurückzudrängen.

Eine weitere Ebene der Untersuchung bilden die Aktivitäten interessierter Kreise und Mediatoren, die auftretende Spannungen – wie den Streik des Jahres 1959 – für ihre eigenen Anliegen zu nutzen suchten. Die nationalpolitischen oder kolonialkritischen Interpretationen solcher Krisen sollten die Öffentlichkeit mobilisieren und Handlungszwänge erzeugen. Schließlich wurden auch die Bauarbeiter selbst in unterschiedliche, rassistisch aufgeladene Deutungskämpfe über ihre Rolle wie auch ihre Arbeitsbedingungen verwickelt – die bauausführenden Italiener hatte man aufgrund ihrer dunklen Haut irrtümlich für rassistische Moderatoren gehalten. Vor Ort galten aber weniger die historischen „Stadien des wirtschaftlichen Wachstums“ (Walt Whitman Rostow), als vielmehr die lokalen und kulturellen Gewohnheiten sowie die Erwartungen und Befürchtungen des jeweiligen Tages.

Gerade in diesen Abschnitten gelangt die Autorin auf der Basis persönlicher Zeugnisse zu besonders lebensnahen Schilderungen der Arbeitsbedingungen. Viele der Ehemaligen ließen im Rückblick Stolz darauf erkennen, die vielfältigen Herausforderungen der Bauphase mit An-

stand und Geschick gemeistert zu haben. Dennoch verlor das öffentliche Bild eines zusammenschweißenden Aufbauwerks beziehungsweise einer multiethnischen Gemeinschaft von Seeanrainern spätestens, als es darum ging, sich über die Nutzung der gewonnenen Energie und über die Ausbeutung des Kariba-Sees zu verständigen. Der politische und gesellschaftliche Aufbruch blieb aus. Schon 1963 zerbrach die Zentralafrikanische Union wieder; die Region blieb nach dem Ende der Apartheid sogar ein letztes Reservat rassistischer Grundsatzkonflikte im südlichen Afrika.

Was die Lektüre der Arbeit zu einem Vergnügen macht, ist die intellektuelle Verdichtung dieser Mehrebenen-Analyse auf 235 Seiten sowie ihre plastische Prägnanz. Sie wird durch Karten und Fotos weiter unterstrichen. Das Buch bietet zugleich die musterhafte Beschreibung einer Infrastrukturplanung, die über den Einzelfall hinausweist. Denn auch bei anderen Projekten, das zeigen vergleichbare Studien zu Staudammprojekten in aller Welt, wurden und werden top-down-Planung von den Realitäten rasch verschliffen und fortgesetzt zu Anpassungen genötigt. Selten jedoch wurde dies einmal so dicht und in ihren „glokalen“ Bezügen dargestellt, wie in diesem Buch.

Gerade deshalb wird man bei der Lektüre aber auch auf eine generelle Problematik der neuen Kolonial- und Globalgeschichte verwiesen. In dem Bestreben, nach Möglichkeit allen Akteuren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, scheint sie zu keinen eindeutigen Wertungen mehr durchzustoßen. Stattdessen prallen fortgesetzt unterschiedliche Rationalitäten aufeinander und es entsteht bei der Interaktion von Kulturen schließlich etwas Neues und in der Regel Hybrides. Auch rückblickende Trendausagen, eines der Markenzeichen des modernen Historikers, werden auf diese Weise schwierig oder, wie auch im Falle Tischlers, durch das Konstatieren einer „oszillierenden und reziproken Dynamik“ (S. 10) ersetzt. Kommt noch eine postkoloniale Vorsicht vor jeder Art von „essentialisierender“ Zuschreibung hinzu, bleiben letztlich nur individualisierende Betrachtungsweisen übrig. Ganz unabhängig von der hier vorliegenden, rundum überzeugenden Arbeit sollte die Globalgeschichte über die Frage einer Verallgemeinerbarkeit ihrer Befunde meines Erachtens weiter nachdenken.

Gießen

Dirk van Laak

Europäische Kulturen des Kalten Krieges

Vowinckel, Annette/Payk, Marcus M./Lindenberger, Thomas (Hrsg.): *Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies*, 396 S., Berghahn, Oxford/New York 2012.

Der *cultural turn* wurde in der Historiographie des Kalten Krieges vor langer Zeit ausgerufen. Im Gefolge von Stephen Whitfields wegweisendem Buch „*The Culture of the Cold War*“ (1991) haben zahlreiche Studien eine spezifisch amerikanische Kultur des Kalten Krieges propagiert, die sich in Musik, Film und Fernsehen, im Konsum ebenso wie in alltäglichen Lebenswelten und Wissens- und Unternehmenskulturen manifestierte. Immer häufiger rückt nun auch Europa als Untersuchungsobjekt im Rahmen der kulturhistorischen Wende in den Blick. Annette Vowinckel, Marcus M. Payk und Thomas Lindenberger fügen sich mit ihrer Publikation in eine Reihe von mehreren aktuellen Sammelbänden ein, zu denen der Sammelband von Sari Autio-Sarasmo und Katalin Miklosy „*Reassessing Cold War Europe*“ (2011) oder Peter Romijn, Giles Scott-Smith und Joes Segals „*Divided Dreamworlds. The Cultural Cold Wars in East and West*“ (2012) gehören. Diese widmen sich der Frage, wie die politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen den Supermächten Kultur und Medien, Mentalitäten und Alltagsleben beidseits des Eisernen Vorhangs in Europa verändert hat. Macht es Sinn, so die Leitfrage von Vowinckel, Payk und Lindenberger, von einer genuin europäischen Kultur des Kalten Krieges zu sprechen?

Der erste Teil befasst sich mit den Massenmedien; Radioprogramme in West- und Ostdeutschland, Spionageserien in bundesdeutschen und amerikanischen Fernsehserien sowie Fernsehübertragungen der Münchener Olympiade werden thematisiert. Speziell hervorzuheben ist der Beitrag Marsha Sieferts, der einen faszinierenden Überblick über die Filmindustrie im Ostblock bietet. Aufgrund der starken Kontrolle der Produktion und Distributionskanäle durch die Sowjetunion diagnostiziert sie einen Willen zur Formation eines „sozialistischen audiovisuellen Raumes“, dessen Homogenität und Persistenz jedoch durch lokale Praktiken, wie subtile Transformationen und Adaptionen von Filmen, unterminiert wurde.

Der zweite Teil („Constructing Identities“) behandelt Formen der Selbstreflexion und Identitätsbildung in unterschiedlichen Feldern. Besonders anregend sind die Beiträge von Monique Scheer und Marie Cronqvist, reichen sie doch thematisch über die bekannten Medien- und Konsumgeschichten hinaus. Cronqvist beleuchtet die schwedischen Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor einem Atomkrieg. Überzeugend zeigt sie auf, dass die Schutzvorkehrungen des neutralen Landes durch den politischen Willen motiviert waren, moralische Werte, Familienideale, Arbeitsethos und Wohlfahrt zu propagieren. Darüber hinaus belegt sie, dass die Werte und Deutungsmuster, die in die Zivilverteidigung eingeschrieben waren, klare Kontinuitäten zum Zweiten Weltkrieg aufwiesen, der in den Köpfen der Bevölkerung in Form einer Kultur der permanenten Verteidigungsbereitschaft seine Fortführung fand. Auch Monique Scheer verweist in ihrem Beitrag zum Marienkult in der katholischen Kirche auf Traditionslinien. In den 1950er Jahren erlebten Marienerscheinungen einen Aufschwung, wobei durch den Kalten Krieg geprägte Kriegsvisionen Eingang in die Offenbarungen der Jungfrau Maria fanden. Diese Adaption funktionierte allerdings nur dank der gleichzeitigen Reaktivierung symbolischer Bedeutungsschichten aus früheren Religionskriegen.

„Crossing Borders“, der dritte Teil des Bandes, will Grenzüberschreitungen und Interaktionen mit dem ‚Anderen‘ adressieren. Die Beiträge entsprechen inhaltlich jedoch weitgehend einer Weiterführung der zuvor thematisierten Identitätspolitik und Selbstrepräsentationen, die Exklusionsmechanismen und Bilder des Anderen konstitutiv mit einschließen. Die redaktionelle Gliederung ist daher nicht schlüssig, zumal gewisse Beiträge aus dem zweiten Teil die Interaktionen über nationale, physische oder intellektuelle Grenzen in den Vordergrund stellen (etwa Luminata Gatejels Beitrag zur sowjetischen Autoindustrie). Ungeachtet dessen finden sich auch in Teil drei spannende Texte. Joe Segal ermittelt für die Versuche einer Kanonisierung „liberal-moderner“ Kunst in West- beziehungsweise „sozial-realistischer“ in Ostdeutschland Widersprüche und Grautöne, die gegen die These einer einförmigen Prägung kultureller Produktionen durch den Systemkonflikt sprechen. „Moderne“ Kunst wurde sowohl von ostdeutschen Kunstkritikern als auch von Konservativen in der Bundesrepublik Deutsch-

land als „dekadent“ verworfen; gleichzeitig zeichnete die Sowjetunion Pablo Picassos Malstil aus. Roman Krakovsky behandelt die tschechoslowakischen Darstellungen westlicher Führer, die in den 1950er Jahren als „Kriegstreiber“ und „Imperialisten“ gebrandmarkt wurden. In den 1960er Jahren wich diese Wahrnehmung in der liberaler werdenden Tschechoslowakei einem differenzierteren Bild.

Der letzte Teil ist der Historisierung und Erinnerung an den Kalten Krieg gewidmet. Anregend ist Petra Henzlers Darstellung des Luftbrückendenkmals in Berlin und der „Rahmung“, die die Luftbrücke vor und nach 1989 erfuhr. Das transatlantische Metanarrativ vor 1989, das die Verwestlichung, Demokratisierung und den Widerstand gegen den Kommunismus stark machte, schwand nach 1989 zunehmend einer ambivalenten Deutung, in der die USA als Imperialmacht entworfen wurde.

Existiert eine genuin europäische Kultur des Kalten Krieges? Die Antwort überzeugt, überrascht angesichts eines zahlreichen Partikularbeiträge aus Ost-, Nord-, Mittel- und Westeuropa umspannenden Bandes aber auch nicht: Es wäre verfehlt von einer homogenen europäischen Kultur des Kalten Krieges zu sprechen. Die Prägung durch die dichotomischen Strukturen und Sichtweisen des Kalten Krieges führte zu Pluralität und Vielfalt, die nur die Lesart von europäischen *Kulturen* des Kalten Krieges zulässt.

Um das auf Europa gerichtete Objekt noch etwas schärfer zu stellen, könnten künftige Untersuchungen mehr Gewicht auf die diachrone Perspektive und die Dynamiken der kulturellen Formationen, Wertesysteme und Denkmuster legen. Das Augenmerk wäre damit auf die spezifischen kulturellen Prägungen europäischer Länder in den 1950er Jahren, in der Phase der Détente und während des zweiten Kalten Krieges zu richten. Für die europäische Frage scheint überdies der Verweis auf die Bedeutung älterer Traditionen, Ideale und Konzepte zentral. Genauer zu fragen ist dabei zweifellos noch nach der Rolle des Zweiten Weltkrieges: Wie haben sich die unterschiedliche Involvierung einzelner Länder und die daraus abgeleiteten Wahrnehmungsmuster auf die spezifischen Kulturen im Nachkriegseuropa ausgewirkt?

Der Kalte Krieg bleibt ein heißes Thema.

Zürich

Silvia Berger Ziauddin

Aushandlung und Wahrnehmung

Schild, Georg: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, 256 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2013.

Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges ist ein hart umkämpfter Superlativ. Man könnte spontan an die Kubakrise von 1962 denken. Andere Krisen mit Potenzial zum Nuklearkrieg lassen sich auf 1951 (Korea), 1961 (Checkpoint Charlie), 1969 (Ussuri-Zwischenfall) oder 1973 (Jom-Kippur-Krieg) datieren. Georg Schild ruft hingegen in seiner Monografie das Jahr 1983 mit seiner dichten Aneinanderreihung explosiver Krisenmomente ins Gedächtnis. Binnen weniger Monate erfolgten der sowjetische Abschuss einer koreanischen Passagiermaschine, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, Reagans Invasion von Grenada, ein Fehlalarm im sowjetischen Raketenfrühwarnsystem und die Able-Archer-Krise vom November 1983, bei der die Sowjetführung eine NATO-Kommandostabsübung als bevorstehenden nuklearen Erstschatz deutete. All dies geschah vor dem Hintergrund von Reagans aggressiver Rhetorik gegenüber der Sowjetunion, seinen Plänen für einen die bisherige Abschreckungslogik gefährdenden Raketenschild und einem Wechsel der Führungsspitze in Moskau.

Es ist nicht nur zu begrüßen, dass sich Georg Schild fast genau 30 Jahre später an die Aufarbeitung dieser kumulativen Krisen und die Einordnung des Jahres 1983 in den breiteren Kontext des Kalten Krieges gemacht hat, sondern verdient auch einen gewissen Vorschuss an Respekt: Die Verfügbarkeit sensibler sicherheitsrelevanter Dokumente in den Presidential Libraries der Carter- und Reagan-Administrationen dürfte zum aktuellen Zeitpunkt noch schwierig sein. Die Durchsicht der insgesamt knapp gehaltenen Anmerkungen lässt dementsprechend zwar einen soliden, aber nicht überwältigend großen Anteil an Dokumenten als Quellenbasis erkennen.

Während Ansatz und Thematik des Buches ambitioniert und attraktiv wirken, entspricht sein Aufbau nicht unbedingt den vom Titel „1983“ geweckten Erwartungen: Dass der Autor in seinem etwa 200 Seiten umfassenden Werk mehr als 100 Seiten für eine detaillierte ereignisgeschichtliche Nacherzählung des kompletten Kalten Krieges bis zum Beginn der Ära Reagan reserviert, mag manchen Leser zumindest auf den ersten Blick irritieren. Die lange Vorgeschichte rechtfertigt sich teilweise durch Georg

Schilds Absicht, den Kontrast zwischen dem frühen Kalten Krieg bis zur Kubakrise auf der einen Seite und dem „zweiten Kalten Krieg“ ab 1979 auf der anderen Seite herauszuarbeiten. Ersteren begreift der Autor als einen „Lern- und Aushandlungskonflikt“, bei dem sich die Akteure rational verhielten, die Motive ihres Gegners zu verstehen suchten und probierten, ihre Einflussphären durch machtpolitische Sondierungen abzustecken (S. 10, 29ff.). In den frühen 1980er Jahren wurden die Supermächte hingegen füreinander zu einer Blackbox; Wahrnehmungsdiskrepanzen und Missverständnisse bestimmten ihre Interaktion. Das Jahr 1983 ist für Schild der Höhepunkt dieser Entwicklung: „Im Herbst 1983 war die Welt näher an einem Atomkrieg als zu jedem anderen Zeitpunkt während des Kalten Krieges“ (S. 190).

Der Begriff des „Aushandlungsprozesses“ hat zur Zeit in der Geschichtswissenschaft Konjunktur – und bleibt auch für den Kalten Krieges nicht ohne Erkenntnisgewinn. Schilds Konzept funktioniert glaubhaft für die Konflikte in Europa, insbesondere die Berlinkrisen. Mit Blick auf Korea und Kuba stößt es allerdings an seine Grenzen. Der Autor begreift den Koreakrieg als eine Art geostrategisches Missverständnis über die Interessensphären der USA. Die Kubakrise sei hingegen weniger bedrohlich gewesen, als sie in der öffentlichen Wahrnehmung und frühen historischen Darstellungen erschien (S. 42ff., 59). Für beide Interpretationen führt Schild interessante Argumente ins Feld, vermag aber nicht vollständig zu überzeugen: Den Koreakrieg im Wesentlichen an einer missverstandenen Rede Dean Achesons vor dem Presseclub aufzuhängen, wirkt etwas einseitig – zumal Stalin jede erdenkliche Maßnahme ergriff, um im Zweifelsfall China den Preis einer US-Intervention zahlen zu lassen. Auch die Deutung der Kubakrise erscheint mit ihrer Betonung von Rationalität und Kommunikation etwas zu steril und kontrolliert. Auf einige der gefährlichsten Momente (wie etwa den Einsatz von Tiefensprengladungen gegen sowjetische Nuklear-U-Boote) geht der Autor mit keinem Wort ein.

Bis der Leser ins Jahr 1983 gelangt, hat er bereits einen langen Ritt hinter sich. Dennoch wirken an dieser Stelle die Dramatik des Krisenjahres und Schilds Rekonstruktion eines nahezu monströsen Wahrnehmungskonfliktes eindringlich und fesselnd. Bedauerlich ist hingegen, dass ausgerechnet die Darstellung der Able-Archer-Krise, laut Schild der „Höhepunkt des zweiten Kalten Krieges“ (S. 190), mit lediglich fünf Seiten zu kurz kommt und kaum neue

Erkenntnisse bringt. Viele Argumente, etwa zur sowjetischen Kriegsangst und Fehlwahrnehmung sowie Reagans wachsender Erkenntnis derselben wurden in den letzten Jahren bereits andernorts entwickelt, etwa in den Aufsätzen von Anav Manchanda (2009) und Jonathan M. DiCicco (2011). Ebenso wenig verweist der Autor auf abweichende Perspektiven zu Able Archer, etwa Vojtech Mastnys (2009) und Len Scotts (2011) kritisch-hinterfragende Auseinandersetzungen mit der tatsächlichen Gefahr und nachträglichen Darstellung der Krise. Keiner dieser neueren Aufsätze lässt sich in Schilds Biografie finden.

Am Ende bleibt entscheidend, mit welchen Erwartungen der Leser an die Lektüre von „1983“ herangeht. Kontroversen provozieren wird die Monografie mit ihrer Bewertung des Krisenjahres wohl nicht. Schilds Resümee lautet: „Die Betonung des Jahres 1983 eröffnet eine neue Perspektive auf die Frage, was den Kalten Krieg ‚gefährlich‘ gemacht hat. [...] Die Gefahr des Jahres 1983 war nicht die des geplanten (amerikanischen oder sowjetischen) Militärschlages, sondern die des Missverständnisses“ (S. 207). Bisher hat in der Tat auch kein Historiker behauptet, dass Washington oder Moskau zu diesem Zeitpunkt ohnehin einen geplanten Angriffskrieg anstrebten. Georg Schild bietet in der Summe dennoch eine gut lesbare und angenehm unpräzise formulierte Einführung in die Krisenmomente und die Periodisierung des Kalten Krieges, die mit ihrer Betonung von Aushandlung und Wahrnehmung ihre eigenen Akzente zu setzen versteht.

Hamburg

Klaas Voß

POLITIKWISSENSCHAFT

Zwischenbilanz sozialpsychologischer Gerechtigkeitsforschung

Lerner, Melvin J./Clayton, Susan: Justice and Self-Interest. Two Fundamental Motives, 280 S., Cambridge UP, New York 2011.

Melvin Lerner gehört zu den Pionieren der sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung. Der von ihm im Laufe der 1960er Jahre entwickelte und in den 1970er Jahren ausgestaltete Ansatz, demzufolge Menschen ein fundamentales Bedürfnis haben, ihre Lebensverhältnisse als Aus-

druck einer gerechten Ordnung zu interpretieren, hat eine Vielzahl von empirischen Studien angeregt, darunter auch Studien von Susan Clayton zur Frage, wie Vorstellungen von Fairness die individuelle Identität prägen.

Mit dem vorliegenden Band legen beide Autoren eine Zwischenbilanz zur sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung vor, die auf die Frage fokussiert ist, in welchem Verhältnis das Streben nach Gerechtigkeit zum eigennützig motivierten Handeln steht. Die Argumentation zielt darauf ab, das Modell des *homo oeconomicus* zu relativieren, in dessen Licht der Einsatz für Gerechtigkeit davon abhängig ist, ob ein unmittelbarer oder mittelbarer individueller Vorteil zu erwarten ist, der die antizipierten Kosten des Engagements übersteigt. Lerner und Clayton machen geltend, dass dieses Modell die Eigendynamik des Gerechtigkeitsmotivs ignoriert und insofern zu den verunglückten Varianten reduktionistischen Denkens gehört, die alle Rätsel und Probleme mit einer monokausalen Erklärung bewältigen wollen.

Aus ihrer Sicht reicht es nicht aus, den Einsatz für angemessene Relationen bei Tausch, Verteilung oder Bestrafung als Ausdruck des wohlverstandenen Eigennutzes zu interpretieren, bei dem neben materiellen Vorleistungen auch Vertrauensvorschüsse eine sinnvolle Investition darstellen können. Tatsächlich sei das Gerechtigkeitsstreben eine automatische menschliche Antwort auf Leid, Unglück und Schädigung anderer, das sich bereits bei Kleinkindern in Form von spontaner Empörung und spontaner Hilfsbereitschaft zeige. Der Einwand, solche spontanen Impulse seien fehlender kognitiver Reife geschuldet und insofern allenfalls ein Beweis dafür, dass Kleinkinder ihr Eigeninteresse noch nicht klar definieren können, verfängt nach Lerner und Clayton nicht: Zum einen lassen sich bei Erwachsenen ebenfalls solche Impulse nachweisen; zum anderen gehe das Gerechtigkeitsmotiv auch in das reflektierte Denken ein. Hier mache es sich in politischen und sozialen Überzeugungen bemerkbar, deren Umsetzung einen Aufwand verlangen kann, der weit über das hinausgeht, was individuell als Ertrag zu erwarten ist.

Zudem könne sich die Macht des Gerechtigkeitsmotivs auch darin zeigen, dass Menschen von Gewissensbissen oder Schuldgefühlen geplagt werden, die im Hinblick auf die Maximierung ihres Eigennutzes weder kurz- noch langfristig einen Vorteil darstellen. Gleichwohl zeige sich gerade auch an der oft mühevollen Verdrängung von Gewissensbissen und Schuldgefühlen auch die Begrenztheit menschlichen

Reflexionsvermögens: Das Gerechtigkeitsmotiv kann auch zur Produktion von Illusionen beitragen; der von Lerner geprägte Terminus des „Belief in a Just World“ steht für die kognitive Tendenz, die Realität so umzudeuten, dass Leid und Unglück als ‚logische‘ Folge von Verfehlungen erscheinen.

Hier zeige sich auch, dass Eigennutz und Gerechtigkeitsstreben nicht dualistisch angeordnet sind. Die Motive sind zwar verschieden, sie interagieren aber im Sozialisationsverlauf, wobei sich unterschiedliche Muster ergeben können, die im Hinblick auf zwei Grenzfälle zu sortieren sind: Den einen Pol bildet der Fall, dass das Gerechtigkeitsstreben vom Motiv egoistischer Selbstbehauptung dominiert wird, was dann stattfindet, wenn Opfer beschuldigt werden, ihre Misere selbst verursacht zu haben. Den anderen Pol bildet der Fall, dass das Gerechtigkeitsmotiv sich über das Interesse am eigenen Wohl hinwegsetzt und zur Selbstaufopferung führt.

Das Verhältnis beider Triebkräfte menschlichen Verhaltens ist wandelbar; historische und soziokulturelle Rahmenbedingungen geben hier Spielräume der individuellen Entwicklung vor, die zu kollektiven Effekten führen können, die die Rahmenbedingungen verändern. Für Lerner und Clayton wäre es verfehlt, in einer Schwarz-Weiß-Schematisierung das Eigeninteresse als ‚unmoralisch‘ zu brandmarken und das Gerechtigkeitsstreben als ‚tugendhaft‘ anzupreisen. Sie streichen heraus, dass das Streben nach Gerechtigkeit unter Umständen weitaus katastrophalere Folgen haben kann als eigennützig motiviertes Handeln: Zu den Varianten altruistischer Opferbereitschaft gehört auch das Selbstmordattentat.

Die Autoren betten ihre Argumentation in eine sozialisationstheoretische Perspektive ein, die bei den Erfahrungen kindlicher Abhängigkeit einsetzt, aus denen sich ein Bedürfnis nach Zuwendung und Zugehörigkeit ergebe. Dieses Bedürfnis sei die Grundlage dafür, dass sich die Ich-Identität niemals von der Wir-Gruppe löst, auch wenn durch Selbstreflexion eine Distanzierung erfolgt. Die Bereitschaft zu Kooperation geht in diesem Sinne auf die Wahrnehmung von sozialer Einheit zurück, Konkurrenzverhalten auf die Wahrnehmung sozialer Verschiedenheit. Erfahrungen sozialer Einheit und Verschiedenheit liefern *scripts* und *clues*, anhand derer Ereignisse unwillkürlich als gerecht oder ungerecht bewertet werden. Dabei wirken mehrere bipolare Bewertungsschemata zusammen: Verhalten wird unwillkürlich als gut oder schlecht sowie als vertraut oder überraschend wahrgenommen.

Bei Überraschungen kommt die Frage ins Spiel, ob das irritierende Verhalten durch eine Reflexionsleistung als normenkonform entzählt werden kann oder aber explizit als regelwidrig eingestuft wird. Das verbindet sich mit der Frage, ob die Quelle der Irritation innerhalb der Wir-Gruppe oder bei einer Fremdgruppe angesiedelt ist. Auf Fremdgruppen bezogen, könne sich der „Belief in a Just World“ noch massiver auswirken als im Fall interpersonaler Beziehungen. Die aus dem Gerechtigkeitsmotiv erwachsenden Zurechnungen werden gleichsam gröber, wenn sie von Individuen auf Kollektive übertragen werden. Die Geschichte des Antisemitismus und der ethnischen Diskriminierung liefern unzählige Beispiele dafür.

Lerner und Clayton machen darauf aufmerksam, dass in der westlichen Moderne die Semantik des Eigeninteresses zum kulturell dominanten Deutungsmuster geworden ist: Oft stehe den Akteuren nur eine Schablone zur Verfügung, mit der sie sich als *homo oeconomicus* definieren können. Warum aber die Semantik der Gerechtigkeit mehr und mehr marginalisiert worden ist, wird in ihrer Darstellung nicht recht klar. Ein Erklärungsversuch könnte möglicherweise bei ihrem Hinweis ansetzen, dass bei der Frage der Gerechtigkeit relativ schnell verschiedene Bezugspunkte ins Spiel kommen: Ein elementarer Bezugspunkt ist hier die Bedürftigkeit, die bei existenziellen Notlagen leicht feststellbar ist. In hochentwickelten Gesellschaften geht es indes zumeist nicht um akute lebensbedrohliche Mängel, sondern um Aspekte relativer Deprivation und um die Legitimation von Ansprüchen auf der Basis abstrakter Prinzipien. Während die Semantik des Eigeninteresses relativ robust und konstant ist, kommt es bei der Semantik der Gerechtigkeit zu einer Pluralisierung, in deren Folge die Anfälligkeit dafür wächst, dem vermeintlichen Primat des Egoismus zu folgen. Ganz befriedigend ist ein solcher Erklärungsversuch aber nicht, weil auch beim Eigeninteresse leicht zu zeigen ist, dass Präferenzen nicht immer klar zu definieren sind und oft diffuse oder sogar widersprüchliche Nutzenexpectationen das Verhalten bestimmen.

Der Band überzeugt als Zwischenbilanz zu wichtigen Aspekten der sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung, er wirft aber in mancherlei Hinsicht mehr Fragen auf als dass er Antworten bietet. Aus der Perspektive der Verhaltensökonomie ist durch die referierten Studien der Grundlagenstreit über die Motive menschlichen Handelns sicher nicht entschieden. Im Sinne des Paradigmas der *Rational Choice* wä-

ren das Gerechtigkeitsmotiv sehr wohl als Derivat des Eigennutzes plausibel zu erklären. Einen schwierigen Stand hat die Position von Lerner und Clayton in diesem Grundlagenstreit möglicherweise auch deshalb, weil das Konzept des „Belief in a Just World“ von einer hochproblematischen Ambiguität behaftet ist: Lerner selbst hat hier von einer fundamentalen Selbsttäuschung gesprochen, während andere Verfechter des Ansatzes den Aspekt in den Vordergrund gestellt haben, dass dieser Glaube eine wichtige Ressource des Selbstbewusstseins, des Selbstwertgefühls und der Selbstwirksamkeit sein kann. Abgesehen davon, dass sich darüber streiten lässt, wie hilfreich Illusionen auf die Dauer für die Selbstbehauptung sind, wäre aber grundsätzlich zu überlegen, ob das Etikett des ‚Glaubens‘ hier gut gewählt ist. Für kleine Kinder mag das passend sein, ansonsten wäre es vielleicht genauer, hier von einem Wunsch zu reden, der je nach biographischer Entwicklung und Konstellation eher narkotisierend oder aktivierend wirken kann. Alltagserfahrungen und Massenmedien halten genug Beispiele dafür bereit, dass das Leben nicht fair ist – die Frage ist, ob wir dem Impuls der Verdrängung nachgeben oder auf die Chance der Verbesserung setzen wollen.

Aarau

Carsten Quesel

Multifunktionales Konzept

Demirović, Alex/Walk, Heike (Hrsg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, 305 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2011.

Seit deutlich mehr als zehn Jahren ist die Governance-Forschung einer der wichtigsten politikwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte. Es scheint, als ob Governance zu einer „Allzweckwaffe der Politikwissenschaft“ (Edgar Grande) geworden ist, deren Leistungsfähigkeit, Sehschärfe und Evaluationsproblematik allerdings noch intensiver zu analysieren sein dürften. Insoweit kommen den im Sammelband „Demokratie und Governance“ erörterten Fragen der „Demokratisierung von Governance-Praktiken“ (S. 12) und der Nachhaltigkeit einer „Legitimation durch Output und Effektivität“ (S. 13) Aktualität und Relevanz zu.

Die Herausgeber definieren in der Einleitung Governance als „die Führung, das Regie-

ren, die Steuerung im Rahmen einer Struktur oder eines Dispositivs, dem eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Akteuren zugerechnet werden können“ (S. 7). Wenn – so die zentrale Annahme dieser Governance-Perspektive – die politische Entscheidungsfindung und Politikausführung zunehmend von den formell definierten politischen Institutionen auf eher schwach institutionalisierte, informelle Gremien und Netzwerke ausgelagert wird, impliziert dies „weitreichende Folgen für das Verständnis von Politik und repräsentativer Demokratie“ (S. 8). Denn damit würde sich die Architektur politischer Herrschaft ändern und die demokratisch-repräsentativen Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung bekämen eine neue Funktion. Diese angenommene neue Funktion ist zentraler Untersuchungsgegenstand der unterschiedlichen Beiträge des Sammelbandes. Ausgehend von einer Governance-Perspektive, die „radikaler Demokratie“ (S. 8) verpflichtet ist, wollen sich die Autorinnen und Autoren nicht mit einer empirischen Beschreibung der unterschiedlichen Politikmodelle, nämlich Formen der politischen Koordinierung wie Hierarchie, Markt, Netzwerk oder Vertrauen, zufrieden geben.

In 13 Abhandlungen werden die mannigfachen Facetten der Veränderung politischer Herrschaft im 21. Jahrhundert erörtert: Integraler Staat und Metagovernance, Geschlechterkritik und Staatstransformation, Partizipative Governance, Kooperative Umweltpolitik, Governance und Europaforschung, Gewerkschaftspolitik, Global Governance und anderes mehr. Dabei soll deutlich werden, dass mit Governance der politische Prozess weit in den gesellschaftlichen Raum ausgedehnt wird. So ist nach Alex Demirović der Governance-Begriff „systematisch mit einem kritischen Verständnis des Staates zu verbinden“ (S. 73). Allerdings sieht er mehrere Probleme, da die Governance-Forschung nicht genau weiß, „was genau eigentlich der Begriff Governance meint, was also im spezifischen Sinne ihr Gegenstand ist“ (ebd.). Mit Governance, so der Vorschlag von Demirović, wird eine Form der Herrschafts- und Regierungspraxis in den Blick der Wissenschaften genommen, „in der sich formelle politische und öffentliche Einrichtungen wie Parlamente, Parteien, Regierungen oder Verwaltungen mit nicht formellen Akteuren verbinden“ (S. 77). Metagovernance verweist dann auf eine „reflexive Nutzung von Governance, die Bemühungen, Governance hinsichtlich verschiedener Governance-Formen, -Objekte und -Subjekte

zu koordinieren" und auch „sie zu evaluieren und im Fall ihres Scheiterns auf eine höhere Ebene [...] des Entscheidens auszuweichen" (ebd.).

Governance bietet – so Bob Jessop – zunächst einen dritten Weg zwischen der Anarchie des Marktes und Top-Down-Planung, denn „Selbstorganisation ist vor allem in Fällen von loser Koppelung oder operationaler Autonomie, komplexer reziproker Interdependenz, komplexen raumzeitlichen Horizonten und gemeinsamen Interessen und Projekten hilfreich" (S. 45). Jessop möchte darüber hinaus Governance und Metagovernance „produktiv in die kritische Theorie" einbeziehen, indem einige unkritische Merkmale der Mainstream-Literatur aufgegeben werden und das allgemeine Problem der Regierbarkeit „angesichts der Komplexität und Turbulenz materieller, gesellschaftlicher und raumzeitlicher Bedingungen" zum zentralen Gegenstand der Governance- beziehungsweise Metagovernance-Diskurse wird (S. 65).

Die in zahlreichen Abschnitten dominierenden abstrakt-theoretischen Reflexionen werden vor allem im Beitrag von Heike Walk konkretisiert, wenn sie eine partizipative Governance konturiert und auf die lokale Ebene transportiert: „Die Zivilgesellschaft wird nicht nur einfach als ein Stakeholder u. a. angesehen, sondern mit der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteuren werden Demokratisierungsprozesse verbunden. Dahinter steht die These, dass eine funktionierende Demokratie engagierter BürgerInnenbeteiligung bedarf. [...] Mitgestaltung und Einflussnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger werden bedeutsame und erstrebenswerte Prinzipien für die Gesellschaft" (S. 135).

Allerdings werden damit auch Begrenzungen der intellektuell anregenden und in zahlreichen Communities engagiert geführten Governance-Diskurse deutlich: Angesichts der – insgesamt – nur wenig ausgeprägten Bürgerbeteiligung vor allem an Kommunalpolitik und der verbreiteten Issue-Orientierung politischer Partizipation sind „Visionen für die Lösung von Problembereichen und zur Erarbeitung von Umsetzungsmöglichkeiten" (S. 137) keinesfalls a priori abzulehnen; sie sind allerdings ohne solide empirisch-analytische Begleitforschung wenig zielführend. Mit intellektueller Bescheidenheit sollte der Governance-Ansatz als ein multifunktionales Konzept gewertet und genutzt werden, welches eine Perspektivenerweiterung der Steuerungsdiskurse und eine Intensivierung der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen bewirkt hat. Die dynamische Perspektive erleichtert die Analyse komplexer

Politikdesigns und das Verständnis veränderter Modi des Regierens. Allerdings bleibt der Governance-Ansatz bisher „vor allem ein ‚Enabling Approach'" (Gunnar Folke Schuppert), welcher zu solider empirischer Forschung mit angemessener theoretischer Konzeptionalisierung motivieren sollte.

Trier

Wolfgang H. Lorig

Contingency in politics

Toens, Katrin/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Kontingenz, 296 S., VS, Wiesbaden 2012.

The collection of essays "Politik und Kontingenz" turns attention to a very important yet still largely neglected topic in political theory – to the problem of contingency and indeterminacy of occurrences in today's society and the consequences this intensified contingency has for political theory and practice. The question whether growing contingency of social life challenges the regulatory capacity of political institutions and whether we should rethink some categories of political theory and even redesign some political institutions so that they are better equipped for dealing with contingency is indeed one of the major question for political science in the upcoming decades (p. 12).

There is an area in legal and political philosophy where a version of this question has already been categorized as the problem of the state of exception or the emergency rule. Going back to Thomas Hobbes, Niccolò Machiavelli, and Carl Schmitt, this tradition has assumed that political order rests on security rather than on freedom, and that there is a distinction between "normal" circumstances of political life and "exceptional" situations of threat, risk, or danger which require situational measures other than norms and procedures applied in normal situations.

This "exceptionalist paradigm" as it can perhaps be called, has come to the forefront of political science as many thinkers attempted to analyze anti-terror policies introduced in the aftermath of 9/11. However, the paradigm has been a long time coming for at least two significant reasons. First, the perception of what situations represent contingent exceptions requiring situational answers has changed dramatically. Contemporary society understands itself as having to deal with risks that are incom-

parable as to the magnitude, limits, and complexity to risks in any previous society. Today, risks are multiple and spatially and temporally indeterminate and they include economic crises, environmental disasters, or national security threats. The second reason is that constitutional democracies and some of their core institutions have been designed with certain assumptions about speed, space, and time and are thus designed for "normal" conditions (here, a free-wheeling, consensus-aimed legislation or the division of powers can be named as prominent examples). Therefore, the mainstream liberal political theory has traditionally failed to address the problem of contingency.

A need to analyze purported risks and security issues of all kinds (military, economic, environmental, social) ubiquitous in our societies is without doubt an urgent task social and political scientists of all proveniences, if only because in the name of these risks, derogations of political rights, civil liberties and disregard of normal procedures of parliamentary and constitutional systems are justified. In the American legal and political theory, this topic has been analyzed quite exhaustively in recent decade. Countless scholars analyze critically the erosion of the rule of law, constitutionalism, and international law in the war on terror or discuss how emergency government may be inscribed into constitutional order. While the American discourse is analytically very rich (mostly due to an excellent tradition of constitutional law discourse), it hardly ever makes references to risks and contingencies in other spheres of social life.

"Politik und Kontingenz" begins to correct this deficit. It demonstrates that the topic of contingency is much larger. It shows that it requires truly interdisciplinary research agenda cutting across sociology, psychology, philosophy, and political science. The selection of topics may serve as a blueprint for a diverse research questions about contingency and politics. First of all, there is a need to categorize contingency as a permanent fixture of life in modern society. The paper about inherently contingent nature of modernity by Hans Joas attempts to do just that: Joas develops the theoretical framework that accommodates contingency while at the same time refusing value relativism or nihilism as a necessary consequence of contingency. Other articles examine epistemological and pragmatic aspects of contingency of social phenomena (Arnd Hoffmann) and methodological challenges of researching them (Wolfgang Knöbl). In an interesting piece,

Katrin Töens examines the linkages between contingency and social justice policies (for example insurance).

The explicitly political part of the book discusses various themes, such as for example the multiplication of contingency in politics through processes of Europeanization and globalization (Hans Lietzmann and Edgar Grande). Anna Geis examines the problem of political decision making under conditions of contingency and warns against dangers of attempting to minimize contingency by applying expert and technocratic knowledge. Joachim Blatter and Markus Holzinger reexamine the currency of normative (and normativist) conceptions of democracy and social justice under conditions of growing contingency.

Of a particular importance for political theorists are texts which argue we build the incapable condition of contingency into our normative political conceptions and perhaps also into political institutions. Friedbert Rüb argues for intensification of contingency through dissent production between the government and the opposition. In a similar vein, Kari Palonen argues for the affinity between contingency, freedom and rhetorical aspects of parliamentary politics. The text by Elena Esposito argues for a theoretical affinity between the real promise of democracy and its openness, pluralism, and incompleteness of its outcomes to contingency of modern society.

The collection of papers does not provide the basis of a systematic theory of contingency. It represents, however, a refreshing outlook on various aspects of the problem of contingency in politics. Unfortunately, the volume does not tackle critically the problem extensively discussed by American scholars in European context, namely the problem of emergency rule and state of exception (recently very acute in the management of the EU debt crisis) and their largely negative impact on democracy and constitutionalism. When the problem of contingency is seen from this traditional liberal perspective, the question whether political decision making should also become more contingent in order to better respond to contingency of social life, appears more frivolous than some of the authors in the book suggest. As all defenders of the rule of law and constitutionalism know very well, the stakes are very high in a bid to accommodate purported contingency of reality into legal and political procedures of decision making. Contingency necessarily implies actions that are less proceduralist, less formalist, less determinate,

and more situational and discretionary – and hence much less accountable and less constrained. When contingency becomes a principle of decision making, what institutions will protect us from abuses of power, its concentration, and arbitrary exercise of will?

Gießen

Petra Gümplová

Europäische Solidaritätskonzeptionen

Seul, Otmar/Davulis, Tomas (Hrsg.): *La Solidarité dans l'Union européenne. Solidarität in der Europäischen Union*, 294 S., Lang, Bern u. a. 2012.

Der von Otmar Seul (Paris) und Tomas Davulis (Vilnius) herausgegebene Sammelband, der auf eine deutsch-französisch-litauische Sommeruniversität im Juli 2008 in Vilnius zurückgeht, enthält 14 Beiträge in deutscher und französischer Sprache zum Thema „Solidarität in der Europäischen Union“. Neben den Rechtswissenschaften kommen dabei auch Disziplinen wie die Linguistik, die Geschichte sowie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu Wort. Auf diese Weise soll der Sammelband zur Ausbildung eines, so die Herausgeber, „europäischen Multilinguismus“ (S. VIII) nicht nur in sprachlicher, sondern auch in disziplinärer Hinsicht beitragen. Gerade mit Blick auf die, wie es scheint, zunehmend alternativlose Akzeptanz des Englischen in Projekten der internationalen wissenschaftlichen Kooperation kann dieser wissenschaftspolitische Anspruch des Sammelbandes nur begrüßt werden.

Erfreulich ist auch, dass die Herausgeber in der Konzeption des Sammelbandes der linguistischen und kulturell-geschichtlichen Dimension des Themas breiten Raum bieten. Nach einer thematischen Einleitung von Isabelle Vacarie und Otmar Seul (beide Paris) bildet der Rechtshistoriker Soazick Kerneis (Paris) den Auftakt. In seinem Aufsatz „Solidarité contractuelle, solidarité organique – Jalons historiques“ geht er auf die semantischen Grundlagen des Solidaritätsbegriffs im römischen Recht zurück und zieht davon ausgehend die großen Linien bis ins 19. Jahrhundert. Kerneis unterscheidet dabei idealtypisch zwei Formen von Solidarität im römischen Recht: eine vertragliche Form im Sinne der „obligatio in solidum“ (Gesamtschuld) und eine organische Form, die er in der Institution der (römischen) Korporation verwirklicht sieht.

Jean-Jacques Briu (Paris) analysiert anhand eines Korpus¹ französischer sowie deutscher Wörterbücher und Lexika das semantische Spektrum des Solidaritätsbegriffs („Spectre sémantique du concept de *Solidarité*. Analyse sur le corpus français et allemand, 18^e-20^e siècle“). Dabei geht es ihm einerseits darum, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Verwendung der Begriffe ‚Solidarité‘ und ‚Solidarität‘ in Frankreich und Deutschland bestehen. Andererseits versucht er, den Begriff auf einer „logisch-semantischen Ebene“ (S. 72) zu verorten. Er kommt zu dem Schluss, dass Solidarität nicht das Gegenteil von Konkurrenz, sondern von Egoismus und (übertriebenem) Individualismus darstellt.

Brigitte Krulic und Bernd Zielinski (beide Paris) gehen über die linguistische Analyse hinaus, indem sie den Solidaritätsbegriff jeweils in einem bestimmten ideen- und sozialhistorischen Kontext untersuchen. Krulic beschäftigt sich mit der französischen Tradition des Republikanismus, insbesondere mit der Frage, wie es zu der semantischen Verschiebung von der ‚fraternité‘ zur ‚solidarité‘ innerhalb des republikanischen Denkens gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam. Zielinski stellt in einer vergleichenden Studie die beiden sozialwissenschaftlichen Klassiker Emile Durkheim und Gustav Schmoller gegenüber und untersucht sie im Hinblick auf ihre Konzeptionen sozialer Solidarität.

Der Aufsatz des Frankfurter Verfassungsrechtlers und Rechtsphilosophen Erhard Denninger über „Solidarität als Verfassungsbegriff – Ideengeschichtlicher Hintergrund und moderne Deutungsversuche“ stellt gewissermaßen das Bindeglied zwischen den historisch orientierten Beiträgen des ersten Teils des Sammelbandes und den an aktuellen politischen und verfassungsrechtlichen Fragen ausgerichteten Aufsätzen im zweiten Teil dar. Denninger vertritt darin die These, dass jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus ein dritter verfassungspolitischer Weg möglich sei, den er im Anschluss an Albert Camus und an Richard Rorty skizziert. Während sich Denninger an philosophischen Ideen orientiert, versucht Lucie Laithier (Paris) in ihrem Beitrag über „La solidarité dans l'Union européenne, l'identité de l'Union européenne“ eher induktiv aus den europäischen Verträgen eine bestimmte Solidaritätskonzeption herauszuarbeiten.

Mit ausgewählten Rechtsbereichen beschäftigen sich die Beiträge von Vissarion Giannoulis (Paris) und Timo Tohidipur (Frankfurt a. M.): ersterer mit der Bedeutung des Prinzips

gegenseitigen Vertrauens im Strafrecht („La confiance mutuelle comme fondement du principe de la reconnaissance mutuelle des décisions judiciaires en matière pénale“), letzterer mit der „Solidarität in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik“. Tomas Davulis (Vilnius) betrachtet das Verhältnis zwischen den Menschenrechten und den „Binnenmarkt-Freiheiten“ innerhalb der Europäischen Union. Cornelia Stubbe (Paris) untersucht am Beispiel der Euroregion ‚Pomerania‘ das Problem der grenzüberschreitenden Solidarität und Kooperation in Europa.

Eine letzte Gruppe von Beiträgen widmet sich schließlich dem Themenkreis Arbeitersolidarität, Gewerkschaften und Demokratisierung von Unternehmen. So beschäftigt sich Alina Rymalova (Paris/Potsdam) mit dem Thema „Verstärkte Solidarität in demokratisch organisierten Unternehmen“, Otmar Seul (Paris) mit der Gruppenarbeit und Arbeitersolidarität in den 1990er Jahren („Travail en groupe et ‚solidarité ouvrière‘ sur les lieux du travail – retour sur les années 1990“), Peter Jansen (Brandenburg/Havel) mit „Solidarität und Konkurrenz – Perspektiven eines deutschen Gewerkschaftspluralismus“ sowie Meinhard Zumfelde (Paris) mit dem Thema „Solidarität und Streik“.

Trotz einer gewissen Heterogenität in der Auswahl der Beiträge und der von den jeweiligen Autoren vertretenen Ansätze gibt der Sammelband, insgesamt gesehen, einen guten Überblick über die Thematik der „Solidarität in der Europäischen Union“ und bietet wertvolle Anregungen für eine vertiefte Beschäftigung mit derselben.

Potsdam

Thomas Fiegler

Verantwortliches Regieren

Kielmansegg, Peter Graf: Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, 278 S., Nomos, Baden-Baden 2013.

Demokratisches Regieren sieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts einem bunten Strauß vermeintlicher und tatsächlicher Krisen gegenüber. Politische Parteien verlieren dramatisch an Mitgliedschaft und öffentlicher Zustimmung, Forderungen nach mehr direktdemokratischer Partizipation setzen althergebrachte Grundsätze repräsentativen Regierens unter Druck, die wirt-

schaftliche Globalisierung droht die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit des Nationalstaates zu unterminieren und ihn selbst zu ‚postdemokratisieren‘, angeblich ‚alternativlose‘ Politiken entleeren demokratische Verfahren und Prinzipien mehr und mehr ihres Sinns. In solchen Zeiten vermeintlicher oder tatsächlicher Krisen tut es gut, sich der Grundlagen demokratischen Regierens zu vergewissern. Mit Peter Graf Kielmanseggs Essaysammlung zur „Grammatik der Freiheit“ liegt ein gewichtiges kleines Büchlein vor, das diese Selbstvergewisserung aufs trefflichste anzuregen und anzuleiten vermag.

Essaysammlungen sind ja immer so eine Sache. Sind sie lieblos zusammengestellt, fragen Leserinnen und Leser oft zu Recht nach dem roten Faden und der Relevanz der vorgelegten Sammlung. Greifen die einzelnen Essays aber ineinander, machen sie im Idealfall die unterschiedlichen Gesichtspunkte eines gemeinsamen Themas fruchtbar für weiteres Nachdenken und vertiefende Diskussionen. Genau das ist hier der Fall. Eine Sentenz Thomas Paines aufnehmend („Was die Grammatik für die Sprache ist, sind die amerikanischen Verfassungen für die Freiheit“), erörtert Kielmansegg in den titelgebenden acht Versuchen unterschiedliche Aspekte des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Herausforderungen. Seinen Anfang nimmt das Buch mit überaus klugen Reflexionen zum Verhältnis von Demokratie und Wahrheit, bevor es sich über die Frage der Identität repräsentativer Demokratie, die Notwendigkeit von Parteien für das Funktionieren demokratischen Regierens, die Möglichkeiten und Grenzen direktdemokratischer Partizipation, die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Demokratie und das Verhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie zu den längerfristigen Entwicklungen der Demokratie in diesem und dem letzten Jahrhundert vorarbeitet.

Obwohl also viele unterschiedliche Aspekte moderner Demokratie diskutiert werden, verliert der vorliegende Band den gemeinsamen Fluchtpunkt der Erörterungen – die Institutionalisierung der Freiheit im demokratischen Verfassungsstaat – nie aus den Augen. Auch dem Leser droht dieser Fluchtpunkt nie abhanden zu kommen, weil die von Kielmansegg diskutierten Fragen allesamt um ähnliche Thematiken kreisen: um die Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit demokratischer Entscheidungen, um Repräsentation als notwendiges demokratisches Institutionalisierungsmerkmal, um den kategorialen Unterschied zwischen kollektiver Selbst-

regierung und individueller Selbstbestimmung und um die Relevanz gemeinwohlorientierter Politik. Insbesondere die Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit von Entscheidungshandeln stehen im Zentrum der Kielmansegg'schen Erörterungen. Dies erklärt sowohl seine Skepsis gegenüber direktdemokratischen Verfahren als auch seine Wertschätzung der repräsentativen Demokratie; es lässt verstehen, weshalb er Parteien eine „systemische Notwendigkeit“ (S. 83) in der Demokratie zuschreibt und die Verfassungsgerichtsbarkeit als zwar notwendigen, aber nicht vollends dem Demokratieprinzip verpflichteten Akteur begreift; es liegt auch dem Unbehagen darüber zugrunde, dass sich die Macht des globalen Kapitals als Macht „sich kumulierender Effekte“ (S. 192) darstellt, die nicht mehr bestimmten Akteuren zurechenbar und demokratischen Instanzen gegenüber verantwortlich ist. Hätte man einen alternativen Titel für die vorliegende Essaysammlung gesucht, ‚Verantwortliches Regieren‘ wäre sicher auch keine schlechte Wahl gewesen.

Ein zweiter, etwas aus der Mode gekommener Begriff zieht sich ebenso kontinuierlich durch das gesamte Buch: ‚Gemeinwohl‘. Dass die moderne Politikwissenschaft diesen Begriff etwas aus den Augen verloren hat – ob aus guten Gründen, sei dahingestellt –, wird umso deutlicher, je häufiger man im vorliegenden Band über ihn stolpert, sei es im Zusammenhang mit dem Amtsverständnis von Mandatsträgern, der Identität repräsentativer Demokratie oder der Frage, worauf sich eigentlich der immense empirische Erfolg der Verfassungsgerichtsbarkeit gründet – möglicherweise nämlich auch auf dem Bedürfnis nach Gemeinwohl und Selbstkorrektur der Demokratie. Die generelle Frage, ob Demokratie letztlich nicht mehr bedeuten muss als die reine Durchsetzung von Partikularinteressen, scheint sowohl in der praktischen Politik dieser Tage wie auch in der Theorie der Demokratie etwas zu sehr vernachlässigt. Welchem Zweck demokratische Politik eigentlich dienen soll, welche Politiken als für alle verbindlich zu legitimieren sind (und welche nicht) und welchem Amtsverständnis die Repräsentanten ‚des Volkes‘ folgen sollten, all dies sind Fragen, die zu selten gestellt werden.

Kielmansegg thematisiert all dies im vorliegenden Band auf eine Art und Weise, die im besten Sinne als diskursiv bezeichnet werden kann. Vermeintliche Common-Sense-Wahrheiten werden mit Argument und Gegenargument geprüft, ohne dass einseitig zugunsten der einen oder der anderen Position Partei ergriffen

würde. Natürlich wird deutlich, welche Positionen der Autor selbst bevorzugt, dies geschieht aber immer auf Basis ausgebreiteter Argumente, die die Leserinnen und Leser selbst zu prüfen, zu gewichten und zu bewerten aufgefordert sind. Manches hätte ausführlicher erörtert werden können, etwa die außerinstitutionellen Voraussetzungen und Grundlagen der Demokratie, die immer wieder zur Sprache kommen, aber nicht wirklich entfaltet werden. Anderes hätte eine tiefere Diskussion erfordert und verdient, etwa die anstehenden Transformationen der Demokratie im „dritten Jahrhundert“ oder die angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise drängenden Fragen zur Demokratiekompatibilität des Kapitalismus. Wieder anderes ruft sofortigen Widerspruch hervor, etwa die vielleicht zu optimistische Lobpreisung der sogenannten Schuldenbremse in demokratischen Verfassungen oder die vielleicht zu pessimistische Sicht auf die Reformfähigkeit des Islam. Was aber könnte man über eine demokratietheoretische Abhandlung Besseres sagen, als dass sie Fragen aufwirft, die den Leser umtreiben und zu Widerspruch reizen? Vielleicht dieses: Das letzte Kapitel der vorliegenden Essaysammlung beginnt mit dem ebenso schönen wie wahren Satz: „Man macht nie einen Fehler, wenn man mit dem Nachdenken über Demokratie bei Tocqueville ansetzt“ (S. 235). Das Gleiche ließe sich über den Autor dieses kleinen, großen Buches ebenfalls behaupten.

Berlin

Sascha Kneip

Staatlicher Schutz für religiöse Gefühle?

Rox, Barbara: Schutz religiöser Gefühle im freiheitlichen Verfassungsstaat?, 407 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2012.

„Wer die Seele der Gläubigen mit Spott und Hohn verletzt, der muss in die Schranken gewiesen und gegebenenfalls auch bestraft werden.“ Diese Position wird in jüngerer Zeit häufig vertreten, und zwar nicht nur in Bezug auf den Islam, sondern auch im christlichen Kontext. Das Zitat könnte der Diskussion um die dänischen Mohammed-Karikaturen entstammen, es wurde aber vor kurzem vom katholischen Bamberger Erzbischof Ludwig Schick geäußert und von Vertretern der Unionsparteien aufgegriffen. Das deutsche Recht kennt mit dem Paragra-

fen 166 des Strafgesetzbuches zwar ein Instrument gegen religiöse Schmährede, aber es bindet jegliches staatliche Handeln an das Interesse des öffentlichen Friedens, der durch solche Rede gestört sein muss. Eine wirklich an das religiöse Selbstverständnis angebundene Zwangsbewehrung will der freiheitliche Rechtsstaat nicht (mehr) garantieren. Sollte er das aber nicht tun in Zeiten, in denen Religion aus dem toten Winkel der akademischen Wahrnehmung rückt und auch wieder ein Faktor des Politischen geworden ist?

Barbara Rox geht in ihrer aus einer rechtswissenschaftlichen Dissertation hervorgegangenen Publikation diesen Fragen nach. Der Titel des Buches identifiziert den Kern des Problems: In welcher Hinsicht kann es einen „Schutz religiöser Gefühle im freiheitlichen Verfassungsstaat“ eigentlich geben? Einer juristischen Arbeit entsprechend, findet die Auseinandersetzung in den Formaten des positiven Rechts statt. Von vornherein wählt Rox aber den größtmöglichen Rahmen. Sie positioniert die möglichen Konflikte, die aus Phänomenen wie Gotteslästerung und Religionsbeschimpfung in Gesellschaften mit säkular-freiheitlicher Grundordnung entstehen können, auf der verfassungs- und grundrechtlichen Ebene, nämlich in einer Gegenüberstellung der Ansprüche von Religionsfreiheit und Meinungs- beziehungsweise Kunstfreiheit. Damit wird die Problemlage einerseits vom Nebel einer feuilletonistisch hier und da auftretenden Unbestimmtheit befreit; andererseits ist die verfassungsrechtliche Behandlung aber auch geeignet, die normativen Grundoptionen des gesellschaftlichen Umgangs mit dem Problem zu Tage zu fördern und zu bearbeiten.

Der Autorin gelingt es auf elegante Art und Weise, die Spannung der Fragestellung zur Entfaltung zu bringen. Ihr Votum lautet: „Die Problematik der ‚Verletzung religiöser Gefühle‘ durch Gotteslästerung oder Religionsbeschimpfung führt in keiner denkbaren Konstellation überhaupt zur Eröffnung des Schutzbereichs des Art. 4 Abs. 1 und/oder 2 GG“ (S. 164). Denn weder wird ihrer Auffassung nach die Gedankenfreiheit tangiert, noch erfolge eine unmittelbare Störung der Religionsausübung. „Allenfalls sind (unter Umständen) negative Fernwirkungen auf die äußere Religionsfreiheit zu befürchten, nämlich dann, wenn Gläubige vom Gebrauch der Religionsausübungsfreiheit abgeschreckt werden“ (ebd.). Aus einer solchen möglichen, aber nicht unmittelbar einsehbaren Fernwirkung eine unmittelbare Schutzpflicht des Staates, also sein aktives Eingreifen zu fordern, stellt in

den Augen der Autorin wegen eines fehlenden direkten Übergriﬀs in die Religionsausübungsfreiheit des Belästigten keine ausreichende Begründung dar.

Das entscheidende Kriterium, an dem sich eine Beeinträchtigung des Rechts auf Religionsfreiheit festmachen würde, ist demnach die *Willensentschließungsfreiheit* des Einzelnen in ihrem Bezug zu Glaubensfragen. Dass diese durch eine nicht subjektiv adressierte Schmährede direkt angegriffen wird, wird man kaum behaupten können. Religiös motiviertes Verhalten und Handeln ist jedermann weiterhin möglich, ebenso wie auch die das *forum internum* der Person betreffende Gedankenfreiheit. Die gewählte Methode erscheint hier zielführend: Eine differenzierende Diskussion der grundrechtlichen Schutzgüter der Religionsfreiheit zeigt, dass eine verfassungsrechtliche Schutzpflicht in Fällen der Gotteslästerung und Religionsbeschimpfung nicht in Betracht kommt – ganz einfach, weil es „an der Betroffenheit eines von diesem Freiheitsrecht umfassten Schutzgutes fehlt“ (S. 356). Religionsfreiheit, das sei den religiösen Akteuren ins Stammbuch geschrieben, meint nicht *Konfrontationsschutz*, selbst wenn dieser, wie ein Gericht einmal argumentierte, „überraschend“ und damit vielleicht individuell verletzend wirken mag.

Dem vorliegenden Band kommt in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Bedeutung zu, nicht nur für die verfassungsrechtliche Diskussion, sondern auch für gesellschaftlich-politische Auseinandersetzungen um die vermeintlich gestiegene Bedeutung von Religion in der Öffentlichkeit. Zunächst findet hier endlich in dankenswerter Klarheit eine *reductio ad principium* statt, also die Fokussierung der dahin wabern den Debatten zu Gotteslästerung und Religionsdiffamierung auf deren grundrechtssystematischen Konfliktkern. Und der zeigt dann deutlich, dass mit der Religionsfreiheit aus Artikel 4 des Grundgesetzes ein Schutzanspruch formuliert ist, der nicht zum Passepartout aller möglichen Empfindsamkeiten werden kann, ja auf eine solche Weise sogar fortschreitend delegitimiert würde. Rox formuliert eingängig: „Nicht jeder Sachverhalt, bei dem Religion eine Rolle spielt, eröffnet automatisch auch den Schutzbereich der Religionsfreiheit“ (S. 9). Darüber hinaus aber ist das Buch eine Einladung zum disziplinenübergreifenden Lernen; es baut Brücken zwischen Rechts- und Sozialwissenschaften, indem man vieles lernen kann über den zutiefst hermeneutischen Charakter der Rechtswissenschaft. Als Beispiel seien die

nuancierten Ausführungen zum Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwähnt, welches die Autorin aufgrund ihrer zuvor dargelegten methodologischen Prämissen in ein kritisches Licht stellt – überbetont sei hier ein vermeintlich durch die Religionsfreiheit gegebener Konfrontationsschutz, unterbelichtet hingegen die auslegende Durchdringung der berührten Schutzgüter. Die rechtspraktisch erforderliche Abwägung konfligierender Positionen verbleibe oftmals zu sehr in einem formalisiert-klischeehaften Stellungsspiel verhaftet, anstatt dass ein wirkliches Verständnis der Sache diskursiv gewonnen würde.

Auch wenn es zunächst nicht danach aussieht, könnten die Religionsgemeinschaften von einem Ansatz, wie Rox ihn vertritt, Gewinn ziehen. Denn die Religionsfreiheit nimmt an Geltung und Wirkung zu, wo sie davon befreit wird, ein Instrument des institutionellen Tendenzschutzes zu werden. Sie schützt die Praxis von Gläubigen (wie die von Nicht-Gläubigen). Wo diese in Gefahr ist, muss der Staat einschreiten – ein gutes Gefühl zu haben, war jedoch noch niemals eine zwingende Voraussetzung, um das zu tun, was einem wichtig ist.

Luxembourg

Daniel Bogner

Transkulturelle Diskussion von Politik und Religion

Graf, Friedrich Wilhelm/Meier, Heinrich (Hrsg.): Politik und Religion. Zur Diagnose der Gegenwart, 324 S., Beck, München 2013.

Ein weiterer Sammelband, mag man sich wundern, der sich dem Verhältnis von Religion und Politik widmet; diesmal jedoch herausgegeben von einem Theologen und einem Philosophen. Bisher bestimmten eher die Sozialwissenschaften den Diskurs, aus deren Perspektive auch diese Rezension erfolgt. Dort interessiert beispielsweise, welche Bedeutung religiöse Werte für Wahlverhalten und öffentliche Meinung oder religiöse Akteure für die Politikgestaltung haben. In den 1990er Jahren fragte man nach dem Einfluss von christlichen Kirchen auf Demokratisierung und weiterhin nach der (vermeintlichen In)kompatibilität von Islam und demokratischem Rechtsstaat. Jetzt stehen religiös sensible moralpolitische Kontroversen etwa um homosexuelle Partnerschaften oder mögliche Grenzen der Biotechnologie ebenso im Vorder-

grund wie religionspolitische Fragen oder aber Analysen politisch-religiöser Radikalisierung. Die politische Theorie diskutiert, wie Jürgen Habermas auch in diesem Band, seit längerem über den „richtigen“ Ort von Religion in der demokratischen Öffentlichkeit. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist meist die säkularisierungskritische Annahme, Religion sei „wiedergekehrt“ – in die Öffentlichkeit, auf die politische Agenda oder ins gesellschaftliche Bewusstsein; ein Diskurs, den Friedrich Wilhelm Graf mitträgt.

Der anspruchsvolle Sammelband zum Verhältnis von Religion und Politik, den Graf nun mit dem Philosophen Heinrich Meier herausgegeben hat, resultiert aus einer international hochkarätigen Vortragsreihe der Münchener Carl Friedrich von Siemens Stiftung. Die thematisch heterogenen Beiträge zeichnen aus, dass sie historisch-ideengeschichtlich und philosophisch tiefgründig Facetten im (oft eher vagebestimmten) Verhältnis von Religion und Politik innerhalb christlicher, jüdischer und islamischer Kontexte diskutieren.

Leider erschwert eine in Teilen exklusiv disziplinäre Terminologie den Anschluss an das zuvor skizzierte Forschungsfeld. Auch das Versprechen des Untertitels, eine „Diagnose zur Gegenwart“ zu liefern, lösen die in sich überzeugenden Beiträge nicht immer ein. So nimmt Giorgio Agamben in seiner „Archäologie des Befehls“ die Krise des gegenwärtigen Europas, die er in einem stiefmütterlichen Umgang mit der eigenen Geschichte begründet sieht, nur als Anlass, sich dem Ursprung (*arché*), dem „Befehl Gottes“ und den zwei „Ontologien“ der „abendländischen Kultur“, dem „Indikativ“ und eben dem „Imperativ“ (S. 251) zu widmen. Auch Robert C. Bartlett, der sich in „Klassische Politische Wissenschaft“ mit der Frage von Religion und Politik in Aristoteles politischer Wissenschaft befasst, deutet Gegenwartsbezüge nur an. Für die Begrifflichkeiten von „Religion“ und „Politik“ instruktiv, ist die komplexe religionssoziologische Abhandlung von Hans Joas über die Prozesse von „Sakralisierung“ und „Entsakralisierung“, eines kritisch betrachteten säkularisierungsbedingten Wandels im Verhältnis von „Macht“ und Religion.

Zum Verständnis gegenwärtiger Probleme sind jene Beiträge überaus interessant, die beobachtete Phänomene im Lichte ihrer historischen Entwicklungen begründen: Insbesondere Gregory L. Freeze, der aufzeigt, wie die religiöse „Wiederbelebung“ im post-sowjetischen Russland mit einer kritischen Distanz zur offiziellen orthodoxen Kirche einhergeht. Er be-

gründet dies mit dem durch die Sowjetherrschaft induzierten Konflikt zwischen Amtskirche und Volksgemeinden. Oder Hillel Fradkin, der in „Die lange Suche nach dem Islamischen Staat“ auf die neue Dynamik eingeht, mit der beispielsweise Ägypten und Iran gegenwärtig versuchen, die „Theorie“ zur Einheit von Religion und Politik mit einer gesellschaftspolitischen „Praxis“ in Einklang zu bringen (S. 121); ein andauernder Konflikt, der maßgeblich in der kolonisationsbedingten Konfrontation mit der westlichen Moderne wurzelt. Peter Schäfer befasst sich in „Die Herrschaft Gottes in der Jüdischen Antike“ mit der politischen Theologie Josephus' aus römischer Zeit, eine priesterliche Theokratie, die zum Gegenpol einer späteren schriftgelehrten Theokratie wird, welche Schäfer schließlich mit dem stetigen Zuwachs jüdisch-theokratischer Schriftgelehrter im heutigen Israel in Beziehung setzt.

Mit dem gegenwärtigen Verhältnis von Religion und Politik befasst sich auch Hans Ulrich Gumbrecht und zwar in den Vereinigten Staaten. Ausgangspunkt ist der in Europa wahrgenommene Widerspruch zwischen einer hoch, in Teilen radikal religiösen und zugleich modernen amerikanischen Gesellschaft, in der Religion politisch präsent ist, obwohl die Verfassung Kirche und Staat trennt. Hier hätte man sich im Verlauf seiner Begründung für den europäisch-amerikanischen Unterschied im (politischen) Umgang mit Religion (etwa die unterschiedliche „gesellschaftliche Konstruktion von Zeitlichkeit“, S. 55) zumindest den Kontrast mit vertrauteren Konzepten, wie dem der Zivilreligion, gewünscht.

Wie gewinnbringend ein transdisziplinärer Zugang zur Analyse von Religion und Politik ist, zeigt Grafs Einleitung, in der er gegenwärtige Spannungsfelder zwischen Religion und Politik historisch, theologisch und politologisch beleuchtet. Als „entschieden liberaler theologischer Anwalt von Aufklärung und weltanschaulich neutralem Staat“ (S. 8) geht er auf fünf Verflechtungen zwischen beiden Bereichen ein, die, so seine Grundannahme, auch in den westlichen Demokratien nie wirklich getrennt waren. Anti-essentialistisch stellt er die Pluralität innerreligiös- beziehungsweise konfessioneller Interpretationen sowie von staatlicher Neutralität und Entkoppelungen im Kirche-Staat-Verhältnis in den Vordergrund und verweist darauf, dass „theokratische Versuche“ nicht allein in der islamischen Welt existier(t)en, sondern auch Teil der europäischen Ideengeschichte sind (S. 35).

Auch Jürgen Habermas spannt einen Bogen zwischen gegenwärtigen Problemen wie

dem religiösen Fundamentalismus und seiner anti-säkularistischen Position, mit der er religiöse Beiträge in der politischen Öffentlichkeit verteidigt, sofern sie vor Eingang in staatliche Entscheidungsprozesse in eine allgemein zugängliche Sprache übersetzt werden (S. 290). Deutlicher als bisher geht er hier auf die postkoloniale Situation des Westens ein (S. 292), um dann das Verhältnis der westlichen Philosophie als „Anwältin der Aufklärung“ zur Religion zu skizzieren.

Der prägnante Epilog Meiers stellt das „Wiedererstarken religiöser Orthodoxien“ (S. 304) in das Zentrum und diskutiert unter Einbeziehung, insbesondere von Habermas, das Verhältnis von Religion, Politik und Philosophie. Er schließt mit einem klaren Plädoyer: „Politik und Religion sei der Ausgangspunkt des Dialogs“, den die Philosophie mit der Religion (wieder) zu führen habe (S. 313).

Insgesamt stellt dieser Band einen lesenswerten Beitrag zur transkulturellen Diskussion um das Verhältnis von Religion und Politik dar, der den Blick auf dieses Feld deutlich erweitert.

Frankfurt an der Oder

Anja Hennig

Feministisches Denken über, gegen und mit dem Staat

Löffler, Marion: Feministische Staatstheorien. Eine Einführung, 264 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2011.

Marion Löffler verweist in dem Vorwort zu ihrer Einführung darauf, dass die feministische Staatstheorie gemeinhin unter dem Verdacht stehe, keine Staatstheorie sein zu können, weil weite Teile der feministischen Theorie ‚dem‘ Staat und seinem Herrschaftsanspruch gegenüber aufgrund seiner patriarchalen und androzentrischen Verfasstheit ablehnend gegenüberstehen und ihn vornehmlich kritisieren. Diesem Vorwurf begegnet nun die Politologin mit ihrer Darstellung der feministischen Kritik am Staat: diese sei selbst „eine Variante von Staatstheorie“, die ihn allerdings „gerade nicht endgültig fest-schreiben will, sondern seine Legitimität grundlegend anzweifelt“ (S. 7). Die feministische Skepsis gegenüber der Institution Staatlichkeit, und dies ist ein weiteres Charakteristikum des feministischen Forschungsfeldes zum Thema Staat, weist trotz vielfältiger Überschneidungen eine starke Heterogenität auf. Folgerichtig

spricht die Autorin auch von feministischen Staatstheorien im Plural: Die Vielfalt der Perspektiven rührt vor allem von den unterschiedlichen Bezugnahmen auf bestehende staats-theoretische Ansätze des ‚Malestreams‘ her.

Recht ausführlich zeichnet Löffler die feministischen Kritiken und Weiterentwicklungen folgender Theorien nach: des (Neo)Pluralismus, (Neo)Institutionalismus, (Neo)Marxismus und des Poststrukturalismus. Ihre Darstellung ist weder eine chronologische noch eine genealogische. Die Konzeption des Buches sieht vielmehr vor, dass sämtliche Kapitel für sich stehen können. Gleichwohl folgen sie einer Logik, nach der die Einleitung eine Basis für das Verständnis herkömmlicher Staatstheorien einerseits sowie der Verortung feministischer Staatstheorie im Spannungsfeld zwischen Staatskritik und Erläuterung wichtiger Aspekte und Probleme des Staates andererseits bietet. Das zweite Kapitel führt vor, inwiefern Staatstheorie und Staatskritik gleichermaßen als verschiedene Verfahren der Auseinandersetzung mit dem Staat aufzufassen seien, die sich weniger hinsichtlich ihrer Methoden unterscheiden, als in ihrem Anspruch auf eine nachhaltige Herrschaftskritik. Im dritten Kapitel wendet Marion Löffler sich dem Fundus staats-theoretischer Ansätze in Form eines Mappings der bereits benannten Debatten nach 1945 zu. Im vierten Kapitel wird gezeigt, dass feministische Herrschaftskonzeptionen nicht in einer Staatskritik aufgehen müssen, weil sie nicht notwendig in Auseinandersetzung mit dem Staat entstanden. Im Gegenteil, Herrschaftsverhältnisse lassen sich auch in politischen Kontexten jenseits des Staates aufdecken und befragen. Entsprechend entwickelt Löffler eine Systematik relevanter Begriffe, die von feministischen Kritiken auch, aber nicht ausschließlich, in Bezug auf den Staat angewendet werden, wie beispielsweise „Patriarchat“, „Geschlechterverhältnisse“, „Symbolische Herrschaft“, „Intersektionalität“, „Hegemoniale Männlichkeit“ oder Heteronormativität. Im fünften und letzten Kapitel beschäftigt sich die Autorin eingehend mit Ansätzen feministischer Staatstheorie im engeren Sinne. Hier sind es die klassischen feministischen Fragen nach der Legitimität des Trennungsparadigmas zwischen ‚privat und öffentlich‘ sowie nach der Herrschaftsrelevanz eines vergeschlechtlichte Ungleichheiten zementierenden und perpetuierenden Staates. An dieser Stelle wird die Kontroverse der feministischen Debatten über den Staat besonders spannend,

da hier auch auf die Argumente von Befürworter/innen des Staates mit Verweis auf seine emanzipatorischen Potentiale (zumindest in Bezug auf die Möglichkeit, Alternativen zu privaten Abhängigkeitsverhältnissen bereitzustellen) eingegangen wird. Dennoch betont Löffler, dass staatsfreundlichere Theoretiker/innen stets darauf verweisen, dass jegliche Staatstheoretisierung erst von „ihren androzentrischen Einlassungen bereinigt werden“ (S. 33) müsse. Ob dies den feministischen Staatstheorien gelingt, bleibt offen, da die Autorin sparsam mit wertenden Stellungnahmen umgeht. Das ist angesichts des dezidierten Anliegens, eine Einführung und keine Abhandlung oder gar eine eigene Theorie vorzulegen, plausibel. Es ist umso verdienstvoller vor dem Hintergrund, dass es bislang immer noch nicht einmal eine Handvoll von Übersichtsdarstellungen zur feministischen Staatskritik und -theorie im deutschsprachigen Raum gibt. Hin und wieder wäre jedoch eine stärkere Akzentuierung bei der Beurteilung der Plausibilität einzelner Ansätze wünschenswert gewesen. Dies könnte gerade Studienanfänger/innen bei der Orientierung eventuell hilfreich sein. Dennoch merkt man dem Buch deutlich an, dass die Autorin die Wissbegier von Studierenden durchaus vor Augen hatte – die Systematisierung des verästelten und verwobenen inter- und transdisziplinären Forschungsdiskurses zum Thema Staatlichkeit erleichtert die Übersicht erheblich.

Zu bedauern ist allenfalls, dass Marion Löffler sich auf die Forschungsdebatte ab 1945 konzentriert und den geschichtlichen Aspekt, etwa einen Blick auf das 19. Jahrhundert oder auf frühere Jahrhunderte, so sporadisch dort feministisches Denken über den Staat anzutreffen ist, gänzlich ausspart. Diese Entscheidung ist aus systematischen Gründen nachvollziehbar, gleichwohl verzerrt es in einer Einführung die historische Dimension feministischer Kritik am Staat und seinem Handeln in Bezug auf Geschlechterverhältnisse, ist doch etwa die Kritik der englischen Sufragetten an der staatlichen Diskriminierung von Frauen zumindest als Vorüberlegung zu späteren Annahmen über die androzentrische Struktur des Staates zu verstehen. Insgesamt hat Marion Löffler eine sehr gut lesbare und differenzierte Einführung in feministisches Denken über, gegen und mit dem Staat vorgelegt.

Hannover

Franziska Martinsen

Praktikabilität einer skeptisch-kritischen Praxis

Prager, Julia: Frames of Critique. Kulturwissenschaftliche Handlungsfähigkeit „nach“ Judith Butler, 238 S., Nomos, Baden-Baden 2013.

Die Komparatistin Julia Prager setzt sich in ihrem Buch auf hohem Niveau mit Differenz und Identität zwischen Theorie und Praxis in den Schriften Judith Butlers auseinander. Die Frage, die sie immer wieder in Variationen stellt und zu beantworten sucht, ist die nach einer theoretisch legitimierbaren praktischen „Handlungsfähigkeit“ *aufgrund* eines „post-modernen“ oder „post-strukturalistischen“ kritischen Ethos. Damit stellt sie eine der zentralen Fragen, die man heute überhaupt stellen kann, wenn man philosophischen Theorien inhaltlich zustimmt, die einem ethischen Impetus folgend, einen politischen Anspruch auf Veränderungen erheben, ohne diesen durch den Rückgriff auf transzendente oder sonstige metaphysische Gewissheiten begründen beziehungsweise stützen zu können. Denn das ruft unweigerlich die Frage hervor, vor welchem Hintergrund diese dann überhaupt formulierbar werden. Wie also lässt sich ein wie auch immer gearteter Imperativ aussprechen, wenn es keine Wahrheit gibt, die ihn absichert? Und wie lässt sich überhaupt feststellen, was der Fall ist? Die Autorin richtet den Fokus dabei konkret auf die Frage, „wie sich wissenschaftliches Arbeiten verantwortlich gestalten lässt“ (Vorwort) – und beleuchtet somit ihre eigene, wie auch Butlers Handlungsfähigkeit als lehrende Wissenschaftlerinnen.

Warum wird das zum Problem? Weil sie erstens als *Literaturwissenschaftler/innen* gleichsam per definitionem nicht mit der Realität, sondern mit dem Imaginären arbeiten und daher nach Meinung vieler zur harten Politik nichts beizutragen haben. Und weil sie dennoch zweitens als *Literaturwissenschaftler/innen* dem Anspruch unterliegen, nach der Wahrheit zu suchen, sei es auch nur mit einem vorübergehenden Geltungsanspruch. Dieses erkenntnistheoretische Relativismus-Problem löst die Autorin mit Butler zusammen unter dem Schlagwort der „Gleichzeitigkeit“. Gleichzeitigkeit bedeutet, vom gesellschaftlichen Status quo ausgehend, über diesen in kritischer Absicht theoretisches Wissen zu erwerben, wohlwissend, dass theoretisches Wissen gerade darin besteht, den gegenwärtigen Zustand in gewisser Weise, das heißt interpretativ, zu verfehlen und damit wieder zu verändern. Wenn das so ist, lautet die Frage,

wie lässt sich gerade aus diesem grundlegenden Paradox Handlungsfähigkeit denken – statt es zu ignorieren. In diesem Spannungsfeld lassen sich die Frage, wie Theorie praktisch werden kann, sowie die vielseitigen Analysen des Buches verorten.

Die Studie ist in zwei große Teile mit den Titeln „[between frames]“ und „[within frames]“ gegliedert, in denen die „drei Handlungsstränge kulturwissenschaftlichen Arbeitens, nämlich ‚lesen/interpretieren‘, ‚schreiben/transformieren‘ und ‚auftreten/performieren‘“ (S. 18) unter zweierlei Perspektiven verhandelt werden. Der erste Teil dient dem Aufweis, dass eine klassische Zuschreibung der theoretischen Positionen Judith Butlers nicht möglich sei, solange dies in Form einer endgültigen propositionalen Festsetzung geschehen solle (1. Kapitel). Stattdessen sollen in gewissem Sinne in einem selbstreferentiellen Lese- und Darstellungsakt zugleich die Schwierigkeiten, die die Butler'schen Texte unter anderem benennen, an ihnen gezeigt werden. Das bedeutet, die Problematik adäquater semantischer Übersetzung(en) in den Kapiteln zwei bis fünf anhand der Themen „Performativität“, „Handlungsfähigkeit“ und „Universalität“ vorzuführen, indem alle drei Begriffe über ihre Gegenfolien paradoxal und prinzipiell offen definiert werden: als unaussprechliche Handlungsfähigkeit (k)eines Subjekts, als performativer Widerspruch und als plurale Universalität. Die Analyse der Butler'schen Texte erfolgt zumeist über deren eigenen Relektüren von G. W. F. Hegel, Jacques Lacan und Louis Althusser über Pierre Bourdieu zu Luce Irigaray und Gayatri Spivak, womit die Autorin nebenbei auch deutlich macht, wie Butler selbst arbeitet.

Der zweite Teil ist „politischer“, insofern die Frage nach der Handlungsfähigkeit der/s begrifflich prekären Einzelnen jetzt mit anderen „differentiellen Positionen“ gegen- beziehungsweise zusammengelesen wird. Das sind etwa die von Paul de Man, Jacques Derrida, Michel Foucault und Richard Rorty, aber auch die explizit politologischen Abhandlungen von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Im siebten Kapitel geht es um das Arbeiten an der kritischen Wahrnehmungsfähigkeit. Das achte betont nochmals, dass Verstehen sich ändern heißt, beziehungsweise dass die Vagheit des Wissens konstitutiv für alle Konzepte bleibt. Im neunten und zehnten Kapitel wird schließlich gefragt, welche Konsequenzen dies für die unmittelbare und die mittelbare Handlungsfähigkeit einer/s Wissenschaftlers/in hat. Im zweiten Teil sieht

die Autorin insgesamt bei Butler eine Radikalisierung des Körperlichen durch eine verstärkte Wissensinkorporierung gegeben, sodass sie letztlich zu dem Urteil kommt, Butler lasse ein konstitutives Mit-Gefühl zum Impetus und Ausgangspunkt angemessener ethischen Handelns beziehungsweise ethischer Theoriebildung avancieren.

Das Buch ist gut, notwendig, wichtig, aktuell und nachdenklich. Es hat nicht weniger im Sinn, als unter der genannten Fragestellung eine Gesamtschau der bisher von Judith Butler vorgelegten Texte vorzunehmen, diese zum Teil an Butlers selbst gewählten, vor allem philosophischen Gegenfolien, aber auch an literaturwissenschaftlich-methodologischen Positionen zu schärfen oder sie davon abzusetzen. Es gelingt Julia Prager immer wieder, aus der Fülle möglicher Zugangsweisen, kritischer Einwände und alternativer „frames“ den Weg zu zeichnen, der das Denken Butlers als konsistenten und konsequenten Entwurf *und als eine Praxis* greifbar macht, gerade weil Judith Butler nicht aufhört, ontologische, epistemologische und ethische Prämissen dekonstruktiv in Frage zu stellen, um sie kritisch zu verschieben. Ob das in den jüngeren Schriften tatsächlich vor allem auf die Mobilisierung eines menschlichen Gefühls hinausläuft, das sich aus unserer primären gegenseitigen Abhängigkeit speist, sei dahingestellt. Vielleicht ließe sich aus Butlers Analysen zum Krieg und seiner vielfältigen Legitimierung auch eine Warnung lesen, die uns lehrt, dass auch unsere ureigensten Gefühle letztlich gesellschaftlich, das heißt in diesem Fall ideologisch, vermittelt werden. Aber selbst wenn man nicht jeder Interpretation von Julia Prager zustimmen will – sie lehrt einen, was es heißen kann, gerade als Wissenschaftlerin den Zweifel nicht aufzulösen, ihn auszuhalten und dadurch produktiv werden zu lassen.

München/

Frankfurt am Main Tatjana Schönwälder-Kuntze

Wer war Friedrich Engels?

Salzborn, Samuel (Hrsg.): „...ins Museum der Altertümer“. Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels, 198 S., Nomos, Baden-Baden 2012.

„Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass es keine ‚positive‘ Staatstheorie Engels gab“ (S. 136)

– mit diesem prägnanten Satz von Georg Fülberth, einem der Autoren dieses Sammelbandes, lässt sich in der Tat das Engels'sche Verhältnis zum Staat bündig zusammenfassen. Und auch die negative Staatstheorie Engels'scher Provenienz ist schnell umrissen: Der Staat ist ein Produkt der ökonomischen Verhältnisse. Seine Funktion ist die Niederhaltung der Ausgebeuteten zugunsten der ökonomisch Starken. Nach der Revolution muss sich das Proletariat der staatlichen Gewalt bemächtigen und seinerseits die ehemals Herrschenden niederhalten, bis an die Stelle der Herrschaft über Menschen die Verwaltung von Sachen getreten ist und der Staat abstirbt.

Wem diese Staatstheorie etwas unterkomplex vorkommt, dem ist kaum zu widersprechen. Doch alles, was sich an komplexeren Überlegungen bei Engels findet, ist kontaminiert durch die ursprüngliche Dezision, die gesamte Geschichte nach dem Basis-Überbau-Schema zu deuten und Politik in Ökonomie aufgehen zu lassen. Das schlägt auf alles durch, womit sich Engels befasst, so auch seine militärhistorischen Studien, denen sich in diesem Sammelband zwei Autoren, Herfried Münkler und Rüdiger Voigt, widmen. Von daher ist stets zu berücksichtigen, wie sich Engels' Äußerungen in seine Klassenkampflöge fügen. Sein 1893 vorgebrachtes Plädoyer für militärische Abrüstung erscheint beispielsweise in anderem Licht, wenn die hinter dieser Forderung stehende Taktik enthüllt wird: der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Ablehnung einer entgegengerichteten Regierungsvorlage zu ermöglichen und die Armee als Repressionsgewalt gegenüber dem Proletariat zu schwächen (S. 134f.).

Dass Friedrich Engels immer im Schatten von Karl Marx stand, für dessen Finanzierung und Sakralisierung er Zeit seines Lebens getreulich sorgte, war wohl der Anlass, ihm einen eigenen Band in der von Rüdiger Voigt herausgegebenen, verdienstvollen Reihe „Staatsverständnisse“ zu widmen. Das Engels'sche Staatsverständnis monographisch aufzuarbeiten, wäre angesichts der geschilderten Ausgangslage sicher weniger ergiebig gewesen als es wie hier multiperspektivisch und so immer wieder zum Widerspruch herausfordernd zu reflektieren.

Der Band untergliedert sich in zwei Teile, in dessen erstem die Engels'sche Theorie in sich dargestellt wird, während im zweiten Teil Entstehungskontext und Rezeption geschildert werden. Zu Beginn kritisiert Samuel Salzborn an Engels' Staatsdenken das utopische Element, welches seinen erkenntnistheoretischen Ansatz

konterkariere – womit freilich unterstellt ist, dass man es bei der Engels'schen Theorie überhaupt mit Wissenschaft zu tun hat. Frauke Höntzsch verweist auf das Problem, dass die funktionale Ungleichheit, die auch im Kommunismus bestehen bleiben muss, doch wieder zu Herrschaftsverhältnissen führen könne. Renate Merkel-Melis zeichnet die Genese der Engels'schen Staatsvorstellung nach, die diesen durchaus als „eigenständige Persönlichkeit“ (S. 76) ausweise. Herfried Münkler würdigt Engels als Theoretiker des Krieges, nimmt aber zwei grundlegende Widersprüche wahr: Der Nachweis, dass „die Militärverfassung von der Organisation der Produktionsverhältnisse abhängig sei“ (S. 90), gelingt im Konkreten eben oft nicht. Wie andererseits bei der im Kommunismus erhofften Produktivität das von Engels erwartete Ende des Krieges möglich werden soll, ist logisch schwer nachvollziehbar. Rüdiger Voigt beleuchtet Engels' Militärtheorie vor allem im Hinblick auf dessen Preußenkritik, welche allerdings auch Elemente von Bewunderung enthielt und niemals jene Verachtung erreichte, die Marx und Engels gegenüber den slawischen Völkern und deren militärischen Fähigkeiten erkennen ließen.

In Teil 2 grenzt Georg Fülberth die gemeinsam mit Marx entwickelte Staatskritik von Engels' eigenen Schwerpunkten ab, die primär im Bereich der Verbreitung der Theorie sowie der praktischen Umsetzung via Arbeiterbewegung liegen. Mit welcher Raffinesse hier die Legalitätstaktik zur Unterminierung bestehender Staatlichkeit genutzt werden sollte, findet allerdings kein kritisches Wort. In einem schwer verständlichen Beitrag behandelt Eike Hennig Engels' Hegelkritik. Ingo Elbe unterscheidet in der Engels-Rezeption eine staatskritische und eine staatsaffirmative Variante, die er exemplarisch an Lenin und Hans Kelsen, also der bolschewistischen und der sozialdemokratischen Position vorführt. Beide hält er für defizitär, offenbar aber nicht Engels' Theorie vom Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ (S. 155). Diese sieht er in der „Formtheorie“ (S. 173) besser aufgehoben, welche die Rechtsform als Mittler zwischen Warenform und Staatsform begreift und damit angeblich erklärt, wieso sich der staatliche Zwangsapparat nicht unmittelbar auf ein konkretes Klasseninteresse zurückführen lässt. Hans-Christian Petersen schließlich verfolgt anhand des Lebens von Valentinovič Plechanov, eines der ersten Rezipienten des Marxismus in Russland und zunächst Mitstreiter Lenins, inwieweit auch Engels für diesen von Bedeutung

war. Danach war es nicht zuletzt Engels' Warnung vor einer vorzeitigen, das heißt den gesellschaftlichen Verhältnissen noch nicht entsprechenden Machtübernahme des Proletariats, die Plechanov an der Taktik der Bolschewisten irre werden ließ und ihn zu einem Kritiker des gewaltsamen Abbruchs der nachrevolutionären demokratischen Selbstorganisation durch Lenin machte.

Die Vielfalt der Beiträge, seien sie kritisch oder eher affirmativ, seien sie systematisch oder eher historisch, bringt Friedrich Engels dem Leser tatsächlich näher. Was in ihnen sichtbar wird, ist allerdings auch, welche reduzierte Wirklichkeitswahrnehmung aus einer ideologischen Vorentscheidung folgt. Das sollte man bedenken, wenn man eine Marx- beziehungsweise Engels- Renaissance herbeisehnt – die Probleme der Gegenwart sind mit Einäugigkeit sicher nicht zu lösen.

Passau

Barbara Zehnpfennig

Traditionen der Selbstbestimmung

Fisch, Jörg (Hrsg.): Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, 344 S., Oldenbourg, München 2011.

Der vom Zürcher Historiker Jörg Fisch in Zusammenarbeit mit Elisabeth Müller-Luckner herausgegebene Tagungsband setzt sich mit einem Konzept auseinander, das überaus gut geeignet ist, die Brüchigkeit von Ordnungsvorstellungen sichtbar zu machen. Die vierzehn Beiträge der Tagungsteilnehmer und -teilnehmerinnen erlauben eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit dem Konzept der Selbstbestimmung aus völkerrechtlicher, politikwissenschaftlicher, philosophischer und historischer Perspektive; sie bieten überdies eine interessante Darstellung, wie unterschiedliche Generationen von Wissenschaftler/innen mit differenten methodologischen und theoretischen Präferenzen an das Thema herangehen. Wie Jörg Fisch in seiner Einleitung festhält, ist „das Selbstbestimmungsrecht der Feind des Status quo“ (S. XVII). Die verschiedenen Beiträge folgen den für die Neuzeit ebenso prägenden wie ambivalenten Forderungen nach Selbstbestimmung, die als in sich widersprüchliche ‚Formel‘ verstanden wird.

Die Organisation des Tagungsbandes folgt einem historisch-chronologischen Narrativ, ein

wichtiges Anliegen sind die Entstehungsgeschichte des Selbstbestimmungsrechtes und die Frage, ob es sich dabei um eine spezifisch moderne Erscheinung handelt. Dabei ist, wie der systematische, den Grundlagen gewidmete Teil I zeigt, eine globale Erfassung des Selbstbestimmungsrechtes intendiert. Die Dekolonisierung wird dabei als Drehpunkt von intendierter globaler Reichweite und konzeptionellem Eurozentrismus diskutiert. Das Buch beginnt mit Rousseaus Ausführung zur *volonté générale*, allerdings in der von Georg Kohler erläuterten Erweiterung, dass neben dem Verhältnis von „Ich und Wir“ jeweils auch Formen der Abgrenzung zwischen „Wir“ und „Ihr“ gedacht werden müssen. Dieser Bogen wird von Onuma Yasuaki in eine „trans-civilizational perspective“ weitergezogen und die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechtes als eurozentrisches, durch die Zäsur der Dekolonisierung geprägtes Muster vorgestellt. In diesem Rahmen sind die chronologisch geordneten Kapitel aufgestellt, die an einzelnen, überlappenden Beispielen das Spannungsfeld von Fremd- und Selbstbestimmung im jeweiligen historischen Kontext diskutieren und in einem Ausblick auf die zukünftige Bedeutung des Selbstbestimmungsrechtes enden.

In einem schönen Beitrag zeigt Heinz Duchhardt die Frühe Neuzeit als Schnittstelle unterschiedlicher Entwicklungsmodi. Entspricht der Abtausch von Ländereien einem im 18. Jahrhundert üblichen, am Beispiel Lothringen/Toskana vorgestellten dynastischen Vorgehen, so spielten beim Verkauf der Insel Korsika örtliche Forderungen nach Selbständigkeit eine zukunftsweisende Rolle. Der Frage nach der Bedeutung eines noch nicht geprägten Begriffes widmet sich die detailreiche Untersuchung von Heinhard Steiger, der nachweist, wie sich zwischen 1789 und 1791 in den Debatten der französischen Nationalversammlung eine Erweiterung der *souveraineté du peuple* zu einem außenpolitischen Konzept entwickelte. Auch der Beitrag von Jörg Fisch ist der begriffsgeschichtlichen Phase *avant la lettre* sowie dem Nachweis gewidmet, dass Selbstbestimmung eng an Dekolonisierung geknüpft ist. Der originelle Ansatz untersucht die „Selbstbestimmung vor der Selbstbestimmung“ und weist die Herausbildung der modernen Begrifflichkeit im hispanoamerikanischen Kontext nach, wobei die staatliche Entität durch Sezessionsverbot und Verzicht auf plebiszitäre Fundierung gesichert wurde.

In Kapitel III stellt mit der „Zeit der Weltkriege“ die Transformierung der Selbstbestimmung

zu einem kontrovers genutzten, von Lenin wie Wilson eingesetzten politischen Schlagwort zur Debatte. In seinem überzeugenden Beitrag zur „Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht nach dem Ersten Weltkrieg“ schreitet Jost Dülffer die an das Selbstbestimmungsrecht geknüpften, kontroversen Forderungen und deren Entstehen in einer chaotischen Nachkriegssituation ab, die alsbald nach einer Ausbalancierung durch das seinerseits ambivalente Konzept des Minderheitenschutzes verlangte. Marina Cattaruzza und Sacha Zala zeigen am Beispiel von Südtirol und Fiume die komplexe und methodologisch herausfordernde Überlagerung von regionaler Eigendynamik, italienischen Gebietsforderungen und Auflösung eines Vielvölkerstaates. Marc Frey liefert in seinem überzeugenden Beitrag zur amerikanischen Außenpolitik eine kritische Einschätzung Wilsons in der Darstellung der an den Zivilisationsdiskurs geknüpften Vorstellungen von Selbstbestimmung.

Kapitel IV öffnet mit „UNO und Völkerrecht“ den Blick auf die Gegenwart, in der nun weitere, die Selbstbestimmung teilweise stützende, teilweise relativierende Rechtsinstrumente zur Verfügung stehen. Peter Hilpold diskutiert das Instrument der humanitären Intervention im Gegensatz zum Gewaltverbot der UN, Ramon Lee- mann erlaubt mit der Vorstellung von Individualbeschwerden vor dem UN-Menschenrechtsausschuss eine Innensicht auf den gescheiterten Versuch, ein individuelles Recht auf Selbstbestimmung operativ zu machen. Auch der folgende Artikel von Hans-Joachim Heintze bestätigt, dass die Selbstbestimmungsforderung für indigene Völker in der Gegenwart wenig zur Problemlösung beitrug. Die 2007 verabschiedete, von NGOs durchgesetzte UN-Deklaration hat eher zur Wahrnehmung der Probleme beigetragen statt diese zu entschärfen.

Das neueren Ansätzen gewidmete und auf die Zukunft ausgerichtete Schlusskapitel bestätigt letztendlich, dass das Konzept der Selbstbestimmung vor allem geeignet ist, die Vielschichtigkeit der Problematik und die Notwendigkeit von zusätzlichen Sicherungsmechanismen darzulegen. Stefan Wolff untersucht hierzu die Mechanismen der komplexen Konkordanzdemokratie und kann zeigen, dass für ethnisch geteilte Nachkriegsgesellschaften unterschiedliche Konfliktlösungsinstrumente kombiniert werden sollten. Kristina Roepstorff schlägt konzeptionell eine Verschiebung zentraler Akteursentitäten zu einem netzwerkbezogenen Governance-Ansatz vor. Wolfgang Danspeckgruber baut ein relationales Matrixmodell, fordert die Einbe-

ziehung eines globalen Kontextes und die Berücksichtigung der „Seven G's of globalization': God, Gold, Gender, Generation, Governance, Google and Geography“ (S. 325).

Die vielen unterschiedlichen Aspekte der Selbstbestimmung tragen ebenso zur Bedeutung des vorgelegten Bandes bei wie die unterdessen deutlich zunehmenden Neuerscheinungen zu einem Thema, dessen Relevanz in der Aufarbeitung der verschiedenen Facetten seines politischen Scheiterns liegt. Eine wissenschaftstheoretische Metaebene hätte wohl nochmals deutlich machen können, was der Mehrwert einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit dem Thema darstellt, zumal die disziplinäre Herkunft der Beiträge in Struktur und Argumentation deutlich ersichtlich ist. Das Thema ist nahezu ideal, um angesichts des Ungleichgewichts zwischen normativem Anspruch und fehlenden stabilen Definitionen methodologisches Neuland und relationale Konzepte zu testen und überdies nach der Historizität des Selbstbestimmungsrechtes zu fragen: Unter welchen Umständen und von welchen Akteuren auch immer Selbstbestimmung gefordert wurde, das Vorhandensein oder die Erfindung entsprechender Traditionen zieht sich, wie in diesem Band ersichtlich, als deutlich erkennbarer roter Faden durch die Neuzeit.

Basel

Madeleine Herren-Oesch

Geschichte des Internationalismus

Mazower, Mark: Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute, 464 S., Beck, München 2013.

Auf welche Weise entwickelten sich verschiedene philosophische Theorien und politische Praktiken der internationalen Kooperation über einen Zeitraum der letzten zweihundert Jahre und welche Konsequenzen für die heutige Welt lassen sich daraus ableiten? Diesen spannenden Fragen widmet sich der britische Historiker Mark Mazower, Leiter des Center for International History an der Columbia University in New York und Autor zahlreicher preisgekrönter Bücher, in seinem neuesten Werk. In „Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte“ entwirft Mazower eine an Detailwissen beeindruckende und in seinem Stil hervorragend lesbare Geschichte des Internationalismus vom Wiener Kongress 1815 bis zur andauernden Finanzkrise

des 21. Jahrhunderts. Sein Ziel ist dabei nicht eigene alternative Visionen einer organisierten Kooperation zwischen den Nationen anzubieten, sondern die geschichtliche Entfaltung bestehender Versionen zu analysieren und „zu zeigen, wie einige von ihnen mithilfe der Institutionen, die sie inspirierten, Realitäten geschaffen haben, und letztlich zu fragen, was von ihnen heute geblieben ist“ (S. 9f.). Methodisch verbindet Mazower elegant einen ideengeschichtlichen Zugriff mit einer Institutionengeschichte und den Biographien von für den Internationalismus zentralen Figuren, die zum Teil in der Historiographie bisher wenig Beachtung fanden. Seine Perspektive konzentriert sich dabei, wie er einleitend unumwunden einräumt, auf europäische und amerikanische Akteure, die seiner Meinung nach ursprünglich für das Entstehen des institutionellen und konzeptuellen Apparats verantwortlich waren (S. 14).

Der Inhalt des Buches gliedert sich in zwei große chronologisch angeordnete Blöcke. Teil I widmet sich unter dem Titel „Das Zeitalter des Internationalismus“ der Zeitspanne vom Entstehen der Wiener Ordnung 1815 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939 und dem damit verbundenen Zusammenbruch der Pariser Ordnung. Anschaulich beschreibt Mazower darin wie sich in verschiedenen Bereichen, beispielsweise der Friedensbewegung, der Völkerrechtslehre, der Technik und der Wissenschaft, Formen der internationalen Kooperationen herauskristallisierten und welche Internationalismen sich darüber auszuprägen begannen. Eine stärkere Berücksichtigung humanitärer transnationaler Netzwerke wie zum Beispiel das der Abolitionisten wäre an dieser Stelle sicherlich noch eine sinnvolle Ergänzung. In Hinsicht auf entstehende Ordnungsmodelle thematisiert der Autor ausführlich verschiedene Konzepte wie die Vision eines Internationalismus der Nationalstaaten von Giuseppe Mazzini, die von Richard Cobden propagierte Idee des Freihandels und die von Karl Marx initiierte Variante des sozialistischen Internationalismus. Mazower gelingt es darüber hinaus kritisch zu zeigen, wie eng die Idee der internationalen Kooperation mit den Vorstellungen einer vermeintlichen zivilisatorischen Überlegenheit der europäischen Staaten verflochten war, woraus diese ihren Anspruch und die Legitimation einer außereuropäischen imperialen Machtausübung ableiteten. Die Ausführungen zur Völkerrechtsentwicklung (S. 83ff.) und zum Mandatssystem des Völkerbunds (S. 176ff.) sind in dieser Hinsicht besonders erhellend.

Im zweiten Teil des Buches, der den Zeitraum von 1940 bis heute abdeckt, vollzieht Mazower einen Perspektivwechsel. Anstelle der europäischen Staaten richtet er nun, wie der Titel „Weltherrschaft auf Amerikanisch“ schon ankündigt, sein Augenmerk auf die Vereinigten Staaten von Amerika und deren ambivalentes Verhältnis zum Konzept internationaler „governance“. Ausgehend von der Atlantik Charta von 1941 beschreibt er facettenreich die zentrale Rolle der USA beim Aufbau des Systems der Vereinten Nationen und dem damit verbundenen Versuch, eine Art „New Deal“ für die Welt in der Nachkriegszeit zu etablieren. Im beginnenden Kalten Krieg konstatiert Mazower, dass die internationalen Institutionen für Washington zu einem unentbehrlichen Komplizen und wesentlichen Instrument wurden, um die erlungene Weltmachtstellung abzusichern (S. 226). Die Dekolonisation stellt für ihn nicht nur den welthistorischen Höhepunkt der UNO dar, sondern markiert aufgrund der veränderten Zusammensetzung durch die Aufnahme ehemaliger Kolonien als Neumitglieder auch eine entscheidende Zäsur im Verhältnis der USA zu den Vereinten Nationen ab den 1970er Jahren (S. 281).

Aufgrund der insgesamt sehr dichten Beschreibung der internationalen Politik seit 1945 sowie der Beschäftigung mit einer enormen Themenpalette, die bis zur aktuellen internationalen Finanzkrise reicht, drohen an manchen Stellen die Konturen etwas zu verschwimmen und die klaren Leitfragen in den Hintergrund zu rücken. Einige Aspekte des Buches werden zudem in der Geschichtswissenschaft gerade kontrovers diskutiert. Zum Beispiel wird der ausschließlichen Akzentuierung der Menschenrechtsentwicklung seit den 1970er Jahren (S. 325ff.) eine längere Geschichte der Menschenrechte gegenübergestellt, während die alleinige Verortung des Konzepts der humanitären Intervention erst nach dem Ende des Kalten Kriegs (S. 383ff.) mit dem Verweis auf Interventionsfälle im Zeichen der Humanität im 19. Jahrhundert ernsthaft in Frage gestellt wird. Diese kritischen Anmerkungen schmälern aber keineswegs den positiven Gesamteindruck eines Buches, das einen sehr wichtigen Beitrag zur Geschichte des Internationalismus liefert und sicherlich weitere fruchtbare Diskussionen anstoßen wird. Mazowers unverkennbarer Schreibstil macht das Buch zudem zu einem Lesevergnügen besonderer Güte und ist daher einer

breiteren Leserschaft auch außerhalb der akademischen Welt wärmstens zu empfehlen.

Mainz

Fabian Klose

Beitrag zu politikwissenschaftlichen Krisentheorien

Samuels, Richard: 3.11. Disaster and Change in Japan, 274 S., Cornell UP, Ithaca, NY 2013.

Führen schwere Krisen in einer Gesellschaft zu institutionellem Wandel? Dieser Frage widmet sich Richard Samuels, Massachusetts Institut of Technology, hinsichtlich des Erdbebens vom März 2011 in Japan. Bereits nach kurzer Zeit war eine Vielzahl von Beiträgen erschienen, die aber nur wenig über die Langzeitfolgen der Krise sagen konnten; exemplarisch seien hier die Titel von Johannes Hano (2011) oder Florian Coulmas/Judith Stalpers (2011) genannt. Zwei Jahre nach „3.11“ fragt Samuels nun, ob die Krise überhaupt zu institutionellem Wandel in Japan geführt habe. Damit hinterfragt er Theorien der Institutionenforschung, die eine Kausalität zwischen Krise und Wandel sehen. Dazu analysierte der Autor einen umfangreichen Korpus an Zeitungsartikeln, Regierungspapieren und Interviews mit relevanten Akteuren aus Politik, Militär, Wirtschaft, Bürokratie und Zivilgesellschaft.

Den Kern der Publikation bildet die Analyse der Effekte von „3.11“ auf Sicherheitsinstitutionen, Energiepolitik und staatliche Institutionen. Samuels weist mittels einer Analyse relevanter Akteure überzeugend nach, dass sich im Diskurs um „3.11“ drei Diskursfäden finden lassen. Einige Beteiligte fordern schnelle Veränderung, beispielsweise die Normalisierung des Militärs oder den Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Stoßrichtung nennt der Verfasser „put in a gear“ („einen Gang hochschalten“). Die zweite Akteursgruppe verstehe die Krise als Warnzeichen für fehl gelaufene Entwicklungen und plädiere für die Rückkehr zu einer besseren, idealeren Vergangenheit. Dies nennt Samuels „back to the future“ („zurück in die Zukunft“). Die meisten Beteiligten hingegen sähen im Krisenmanagement alle bestehenden Institutionen bestätigt: Das Militär hätte aufgrund seiner bereits bestehenden Struktur effizient gehandelt; die Energiesicherheit Japans wiege schwerer als die

Angst vor weiteren Unglücken, die kommunale Selbsthilfe beweise, dass das System funktioniere. Dies fasst der Autor als „stay the course“ („den Kurs halten“) zusammen.

Samuels kommt zu dem Schluss, dass es wegen „3.11“ im Verhältnis des Staats zum Militär, in der Energiepolitik und in der Beziehung zwischen kommunaler und nationaler Ebene nur kleine Veränderungen gegeben habe. Auch linke Bürgermeister hätten das Militär um Hilfe gebeten und es gäbe neue Kooperationen zwischen zivilen und militärischen Behörden. Auf kommunaler Ebene genieße die Idee der lokalen Energieversorgung Aufwind. Die dreifache Katastrophe hatte laut Samuels zur Folge, dass Gemeinden bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Hilfe im Katastrophenfall geschlossen hätten, die teilweise bereits zu größeren Netzwerken gewachsen seien. Der große Wandel sei aber in allen drei Bereichen ausgeblieben.

Warum gab es keinen Wandel? Dazu zitiert Samuels einen japanischen Politiker mit der Aussage: „3.11 sind zwanzigtausend Menschen zum Opfer gefallen, aber in Japan begehen jährlich dreißigtausend Selbstmord. Wie solle man erwarten, dass das Erdbeben einen Wandel wie nach dem Zweiten Weltkrieg auslösen würde?“ (S. 180). So kommt Samuels zu dem Ergebnis, dass ein gesellschaftlicher Wandel, den einige politologischen Modelle nach einer solchen Krise erwarten würden, ausblieb, weil Akteure den Diskurs dominierten, die diesen Wandel aus unterschiedlichen Gründen ablehnten. Der Autor schlussfolgert daher, dass auch große Krisen wie „3.11“ keineswegs grundsätzlich Veränderungen in der Gesellschaft bewirken müssen.

Das erste Kapitel bietet einen spannenden Überblick über die ersten Minuten nach dem Erdbeben. Dies findet sich aber auch in anderen Arbeiten. Das dritte Kapitel verortet „3.11“ auf eine spannende Weise historisch, ist für die Hauptthese aber nicht zentral. Enttäuschend ist das Fazit, dass die wirklichen Folgen von „3.11“ immer noch nicht abzusehen seien. Diese ehrliche Schlussfolgerung ist aber auch der einzige Wermutstropfen. Denn vor allem sind Samuels Quellen beeindruckend. Es ließe sich zwar kritisch diskutieren, ob eine Google-Recherche die beste Methode für eine Diskursanalyse ist. Doch dies stellt nicht die Basis der Empirie dar. Bemerkenswert sind die Interviewpartner, die Samuels mit einzigartigen Informationen versorgten. Dies ist das Alleinstellungsmerkmal dieses Buchs und macht es anderen Arbeiten überlegen. Samuels verfügt über einmalige

Netzwerke in Politik, Militär und Wirtschaft. Andere Forscher haben es schwer, mit vergleichbaren Quellen aufzuwarten. Mit dieser Publikation bietet Samuels daher einen wichtigen Beitrag zu politikwissenschaftlichen Krisentheorien und löst „3.11“ damit endlich aus einer japanzentrischen Diskussion.

Berlin

Julian Plenefisch

Zwischen Demokratie und Dekolonisation

Dabashi, Hamid: The Arab Spring. The End of Postcolonialism, 272 S., ZED, London/New York 2012.

Die Protestwellen, die sich seit Anfang 2011 in weiten Teilen des arabischsprachigen Raumes erstrecken, haben nicht nur die regierenden Diktaturen in ihrer Jahrzehnte langen Autokratie erschüttert, sondern auch die herrschenden, westlichen Urteile über die ‚arabischen Völker‘ in Frage gestellt. Galten diese aus westlicher Sicht lange als apolitisch, schicksalsgläubig und gefangen in längst überkommenen, kulturellen Eigenheiten und religiösen Fundamentalismen, so haben die Aufstände von Tunesien über Ägypten bis hin nach Bahrain, Jemen und Syrien bewiesen, dass breite Bevölkerungsschichten bereit sind, sich den Panzern und Snipern der diktatorischen Regime zu stellen, um für ihre politischen Partizipations- und Inklusionsrechte zu kämpfen. Das ist die einleitende Feststellung, von welcher ausgehend Hamid Dabashi seine Lesart der Umbrüche im Maghreb und im Nahen Osten – bekannt unter der Metapher ‚Arabischer Frühling‘ – unternimmt. Dabashi kritisiert in den ersten Kapiteln (S. 1–89) die Narrative und Deutungsmuster westlicher Beobachter, die er als vom Orientalismus geprägt charakterisiert. Anhand einer beeindruckenden Fülle an Zitaten, Anekdoten, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Abhandlungen zeigt Dabashi auf, welche (Fehl)Interpretationen die Proteste gekannt haben. Neben der immer wieder auftauchenden Ansicht, es habe sich nicht um genuin politische Proteste gehandelt, sondern lediglich um die Forderung nach besseren Lebensbedingungen, dekonstruiert Dabashi auch die weit verbreitete Meinung, dass die Bevölkerung Nordafrikas und des Nahen Ostens Demokratie-, unfähig‘ oder -,unwillig‘ sei.

Dabashi hingegen interpretiert die Proteste zunächst im weitesten Sinne als kollektive Akte der Überwindung: Überwindung von festgelegten Identitäten sowie rassistischen, ethnischen oder religiösen Zuschreibungen. Er weist dabei darauf hin, dass nahezu die gesamte arabische Welt – aber in erster Linie die Länder, in denen die Proteste am intensivsten ausgebrochen sind – eine koloniale Vergangenheit hat. Vor diesem Hintergrund liest Dabashi die Aufstände, Revolten und Revolutionen in den verschiedenen, mehrheitlich arabischen Ländern als Versuch, sich von postkolonialen Ideologien und Narrativen zu emanzipieren, die als Antithese zum Kolonialismus formuliert wurden, seine Überwindung allerdings nie erreicht haben, blieben sie doch immer auf ihn bezogen. Die Entität ‚der Westen‘ ist für die postkoloniale Ideologiebildung und damit einhergehend auch für das Selbstverständnis postkolonialer Staaten konstitutiv, entnimmt man sie, so entleert man die Ideologie gleichzeitig ihres inhaltlichen Kerns. Der sogenannte ‚Dritte-Welt-Sozialismus‘, der antikoloniale Nationalismus und der militante Islamismus sind, nach Dabashi, als Antwort auf die koloniale Moderne zu verstehen (S. 159). Den postkolonialen Ideologien kommt dabei eine ambivalente Rolle zu: Zum einen haben sie die antikolonialen Befreiungskämpfe inspiriert, zum anderen haben sie jedoch gleichermaßen zur Etablierung der Diktaturen nach dem Abzug der europäischen Mächte beigetragen (S. 13). Die Befreiung vom europäischen Imperialismus hatte demgemäß eine Art ‚zweite Kolonialisierung‘ durch politisch-militärische Eliten zur Folge, die analog zu den Mechanismen des europäischen Kolonialismus die Exklusion der Bevölkerung aus jeglichen politischen Entscheidungsgebungsprozessen, eine nepotistische, wirtschaftliche Ausbeutung des Landes und eine arbiträre sowie politisch abhängige Justiz bedeuteten. Die Protestwelle 2011 begreift Dabashi als Ende der Ära des Postkolonialismus als epistemische Bedingung und Modus jeglicher Ideologiebildung, da sich die regimiekritischen Positionen der Demonstranten jenseits der Binarität von pro- oder anti-westlichen Haltungen bewegen (S. 155, 160). Auf ‚den Westen‘ wird lediglich bezüglich der westlichen Unterstützung diktatorischer Regime referiert, jedoch steht er selbst nicht im zentralen Fokus der Kritik. Daraus leitet Dabashi ebenfalls ab, dass die Proteste post-ideologisch seien, da sie aus dem kolonialen Modus, Kontext und Begriffen der Wissensproduktion ausbrechen (S. 139).

Dabashis Post-Ideologiebegriff ist jedoch auf zwei Ebenen problematisch. Auf der theoretischen Ebene überzeugt der Begriff nicht ganz, da sich Ideologien nicht ausschließlich durch ihre Referenz auf ‚den Westen‘ als Feindbild definieren lassen, was zudem bedeute, dass sich westliche Ideologien auch nicht mehr als solche identifizieren lassen. Auf der empirischen Ebene ist es schlichtweg unzutreffend, dass die arabischen Proteste un- oder post-ideologisch seien, im Sinne eines Endes jeglicher Ideologien als Motor politischer Handlungen. Dabashi gibt ferner selbst zu, dass einige Anhänger der postkolonialen Ideologien, die er als *passé* deklariert, wie beispielsweise die sogenannten ‚Dritte-Welt-Marxisten‘ oder Islamisten, ebenso in den Aufständen involviert sind. Es lässt sich vermuten, dass Dabashi anhand dieses Begriffs eher darauf hinweisen wollte, dass die politische Mobilisierung der Proteste keine rein ideologische Fundierung hatte oder nicht eindeutigen ideologischen Lagern zuzuordnen ist, da eine breite Bevölkerungsschicht in der arabischen Welt ohne politische Erfahrung oder ideologische Implikation gegen die diktatorischen Regime manifestiert. Irritierend ist ebenfalls, dass Dabashi bezüglich seines Argumentes des Ende des ‚Post-Kolonialismus‘ angibt: „This judgment is based on an argument that I have carefully constructed over a period of almost thirty years [...]. It didn't suddenly dawn on me when I saw Hosni Mubarak packing his belongings“ (S. 155). Das erweckt teilweise den Anschein, er sei nicht aus der Analyse der Aufstände in der arabischen Welt zur Theoretisierung dieser gekommen, sondern habe eher sein theoretisches Raster auf die Geschehnisse gelegt.

Dabashis Revolutionsbegriff scheint von einem radikaldemokratischen Verständnis von Politik inspiriert zu sein. So betont er vielmals, dass er unter Revolution einen offenen, un abgeschlossenen und ‚ergebnislosen‘ Prozess versteht, der nicht zwangsläufig im plötzlich herbeigeführten, politischen Umsturz im Sinne einer ‚Stunde Null‘ mündet und grenzt ihn stark vom Begriff der „total revolution“ ab, den er in den Schriften Negris/Hardts verortet (S. 168). Leider bleibt an dieser Stelle trotz der Fülle an herangezogenen Theorien (von Rousseau, Hegel, Marx, Trotsky über Foucault, Arendt, Butler bis hin zu Badiou und vielen anderen) Dabashis eigene theoretische Positionierung etwas unklar. Zwar bezieht er sich auf die Diskussion Arendts der Amerikanischen und Französischen Revolution und steht ihrer Trennung des Sozialen und des Politischen durchaus affirmativ gegenüber.

Jedoch macht er nicht genügend deutlich, inwieweit diese Arendtsche Annäherung für das Verständnis der politischen Umbrüche in der arabischen Welt förderlich ist, zumal sich, seinen eigenen Ausführungen zufolge, die Bedeutung der sozialen Bedingungen und Forderungen für die Emergenz der Revolten nicht bestreiten lässt (S. 246). Die stellenweise mangelnde Trennschärfe seines Revolutionsbegriffs wird vor allem durch den fehlenden Länderfokus verstärkt, da Dabashi die Aufstände in den verschiedenen, arabischen Ländern eher im Sinne einer Logik eines Phänomens diskutiert und weniger auf die Länderspezifika eingeht. Dementsprechend verwendet er mal den Begriff der Revolution (Tunesien, Ägypten, stellenweise Syrien), mal den des Aufstandes (Libyen), mal den der Proteste (Yemen, Bahrain).

Dabashi hat mit „The Arab Spring“ eine sehr interessante Monographie vorgelegt, die von einer tiefgründigen und langjährigen Reflexion über die arabische Kultur, Sprache, Politik und Geschichte zeugt. „The Arab Spring“ stellt sowohl eine bedeutsame Einführung in den Diskurs der arabischen, politischen Imaginationen als auch in die westliche Perspektive auf Nordafrika und den Nahen Osten dar.

Aachen/Paris

Nabila Abbas

Terror als Konglomerat von Handlungen

Getoš, Anna-Maria: Politische Gewalt auf dem Balkan. Schwerpunkt Terrorismus und Hasskriminalität. Konzepte, Entwicklungen und Analysen, 330 S., Duncker & Humblot, Berlin 2012.

Anna Getoš beschäftigt sich mit Grundlagenfragen zur politischen Gewalt in Form von Terrorismus und Hasskriminalität. Im Zentrum stehen dabei die Radikalisierungsprozesse, die Menschen so verändern, dass sie zu entsprechenden Gewalttaten fähig sind. Nicht die Ursachen, sondern die Prozesse, Formen und Ziele von Gewalt stehen im Mittelpunkt ihres Interesses. Sie möchte nichts weniger als eine dichte Beschreibung von Gewalt, wie es Trutz von Trotha bereits 1997 gefordert hat, als er für eine neue Gewaltforschung plädierte. Getoš bezieht sich in ihrer Arbeit explizit auf diesen Ansatz und macht ihn sich zum Vorteil der Analyse zu eigen.

Gegliedert ist die Arbeit sehr übersichtlich in fünf Teile, von denen 140 Seiten zu Recht den

Fallanalysen gewidmet werden. Kapitel 1 beschäftigt sich mit konzeptionellen Ausgangsüberlegungen, Kapitel 2 stellt die Forschungsthese vor, Kapitel 3 den Forschungsstand. Kapitel 4 präsentiert die Fallanalysen und das abschließende Kapitel liefert ein kurzes Fazit von drei Seiten, welches sehr knapp, wenn auch präzise die wichtigsten und nötigsten Schlüsse zieht. Die Autorin schließt mit dem Satz, dass ein guter Wissenschaftler immer in der Lage sein müsse, sich selbst Grenzen zu setzen und innerhalb dieser Grenzen etwas Definitives zustande zu bringen. Das ist Getoš zwar nur zum Teil gelungen. Dennoch ist die Studie entsprechend der Ansprüche der Autorin mehr als befriedigend.

Die geführten Interviews bilden das Herzstück der Arbeit und sind ihr eigentlicher Schatz, auch darüber hinaus. Interviews mit Gewalttätern und Terroristen sind in dieser Art selten und daher schon beachtenswert und sehr beeindruckend. Darüber hinaus sind sie als Material hoch spannend und geben Einblicke, von denen es in dieser Art von Forschung zu wenige gibt. Terror (das gilt auch für Hasskriminalität) ist wie so vieles andere auch nicht ausschließlich eine politische Kategorie, die sich in Gesetzen, politischen Maßnahmen oder gegenseitigen Anschuldigungen ausdrückt, sondern eine Handlung oder eine Konglomerat von Handlungen Einzelner oder eines Kollektivs. Das wird in den Interviews deutlich und macht sie so wertvoll. Entscheidungen, Gefühle, Missgeschicke, die Dynamik und das Wie von Gewalt werden greifbar, augenscheinlich und nachvollziehbar. Es werden außerdem Legitimationsstrategien sichtbar – denen sich die Autorin leider zu wenig widmet. Gleichzeitig wird deutlich, dass Terror und Hasskriminalität in den dargestellten Formen nicht einfach so passieren, sondern gelernt und eingeübt werden müssen – nicht nur als Technik, sondern auch als Gedanke und somit als Wille. Radikalisierung passiert schleichend. Genaue Gründe sind im Einzelfall, aber nicht unbedingt generell auszumachen. Dazu ist das Spektrum individueller Gründe viel zu groß. Getoš kommt das Verdienst zu, genau das mit ihrer Analyse veranschaulicht zu haben. Sie schreibt gewissermaßen eine Mikro-Soziologie der Gewalt und verknüpft diese Ebene mit den kulturellen Bedingungen (Meso-Ebene) sowie mit den noch darüber liegenden Strukturen auf einer Makro-Ebene. Die Autorin beschreibt in der Analyse sehr anschaulich, was der Soziologe Randall Collins (2008) die „dirty little secrets of violence“ nennt. Aufgrund dieser Beschreibun-

gen, der darauf aufbauenden Analyse und der argumentativen Stringenz lohnt sich das Buch.

Leider hat die Arbeit auch einige Schwächen, die den Lesegenuss ein wenig schmälern. Das Buch will zu viel. In den konzeptionellen Ausgangsüberlegungen (Kapitel 1) werden alle notwendigen Begriffe erläutert, geklärt und einer gründlichen Diskussion unterzogen. Dabei wird immer wieder auf andere Modelle verwiesen, diese werden erläutert und mit Graphiken dargestellt. Die beschriebenen Phänomene sind zwar aufeinander bezogen, dennoch fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Beispielsweise wird nicht ersichtlich, wie das Konzept einer allgemeinen Gewaltphänomenologie (S. 29), die Vorstellung von „Terror als kommunikative Gewalt“ (S. 33), der Begriff „Gewaltzyklus“ (S. 48) und das Definitionsmodell zu Terror und Terrorismus (S. 57) zueinander stehen, ob Doppelungen enthalten sind oder welches den Ausschlag geben soll.

Auch wird Getoš' Definition von Terrorismus, die dem Stand der Forschung entsprechend umfangreich ist, getragen von einer teils unterschwellig, teil offen mitlaufenden normativen Aufladung von Terror als Kriminalitätsphänomen. Dadurch tritt die Autorin ihren Untersuchungsobjekten mit einem gewissen Vorbehalt entgegen. Das ist nicht verwerflich, aber dadurch lassen sich nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, um in den Fallanalysen die Motive und Legitimationsmuster der Interviewten herauszuarbeiten.

Obwohl der Titel schwer zu lesen ist und einige Längen hat, ist er eine Lektüre wert. Getoš liefert eine dichte, hoch interessante Analyse zu Terrorismus und Hasskriminalität. Allein das empirische Material ist beeindruckend, für dieses Themenfeld selten und daher wichtig. Da die Arbeit zwischen einer rechtlich-empirischen Beurteilung und einer sozio-politischen Analyse der Gewalt anhand empirischen-dokumentarischen Materials angesiedelt ist, fällt es schwer, auf einen Blick das Wesentliche zu erkennen. Manches hätte gekürzt oder ausgelassen werden können – es hätte die sehr gute Analyse nicht beeinträchtigt. Aber vielleicht ist das das Schicksal von Doktorarbeiten, deren Form stark von der Arbeitssituation der Schreibenden abhängig ist. Für die zukünftige Diskussion über Terror und Hasskriminalität ist vor allem die Herangehensweise der Autorin und ihr Umgang mit dem Material von hoher Bedeutung, beispielsweise um in vergleichender Perspektive andere Kontexte zu untersuchen.

Hamburg

Nils Zurawski

Wissenschaftliche Pionierleistung

Hentges, Gudrun: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, 493 S., VS, Wiesbaden 2013.

In ihrer historisch ausgerichteten politikwissenschaftlichen Studie untersucht die Fuldaer Politikwissenschaftlerin die Frühgeschichte der Bundeszentrale für politische Bildung. Diese stellt heute einen kaum mehr wegzudenkenden Akteur und Dienstleister der politischen Bildung und Politikvermittlung dar und ist als Informationsbörse für politische und zeitgeschichtliche Themen und Fragestellungen allgemein anerkannt. 1952 wurde die Institution als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet. Begrifflich suchte die Einrichtung zunächst den Anschluss an die gleichnamige „Reichszentrale“ der Weimarer Republik, offenbar ohne dass diese Namensgebung kritisch hinterfragt worden wäre. Schließlich war die „Reichszentrale“ eher eine Propagandastelle der jeweiligen Reichsregierung und keineswegs eine neutrale Stelle zur Förderung eines demokratischen staatsbürgerlichen Bewusstseins. Die Errichtung der Institution in der jungen Bundesrepublik ist zunächst im Kontext US-amerikanischen Bemühungen nach *Reeducation* und *Reorientation* zu verorten. Allerdings wurde die konkrete Ausrichtung und Ausgestaltung der neuen Zentrale von Beginn an widersprüchlich und kontrovers diskutiert und umgesetzt. Hauptsächlich setzte sich ein Konzept politischer Bildung durch, das vor allem die Einsicht in die Funktionsweise des parlamentarisch verfassten Staates zum Ziel hatte und sich mit der Förderung von Demokratie als Lebensform nur am Rande beschäftigte. Widmete sich die Bundeszentrale in ihren Anfangszeiten durchaus auch schwerpunktmäßig der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, so determinierte bald der einsetzende Kalte Krieg die Ausrichtung der bildungspolitischen Arbeit. Seit Mitte der 1950 Jahre prägte die „Bekämpfung kommunistischer Bestrebungen“ Programm und Praxis der Bundeszentrale. Es ging nun vorrangig um „Widerlegung des Marxismus-Leninismus“, um „antikommunistische Unterrichtung und Schulung“ gesellschaftlicher Multiplikatoren und um „antikommunistische Aufklärung und Werbung mit Massenwirkung“ (S. 344f.). Es nimmt kaum Wunder, dass hierbei zahlreiche ehemalige NS-Propagandisten und bewährte vormalige „Ostforscher“ ein neues Betätigungsfeld finden konnten. „Die Dominanz der Thema-

tisierung" tatsächlicher oder vermeintlicher kommunistischer Gefahren, „war immer auch begleitet von Feindbildkonstruktionen“ (S. 448). Allerdings blieb der Paradigmenwechsel nicht ohne Widerspruch, wobei die Kontroversen um die Ausrichtung der Zentrale der Öffentlichkeit stets verborgen blieben und nur innerhalb und zwischen der beteiligten Ministerien und Einrichtungen ausgetragen wurden. Zeitlich schließt die Studie mit den frühen Sechziger Jahren, als 1963 die „Zentrale für Heimatdienst“ in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt wurde. Eine tatsächliche inhaltliche Zäsur stellte die Umbenennung indes nicht dar. Die Modernisierung der politischen Bildung setzte sich in der Folgezeit erst allmählich und verstärkt im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung der Bundesrepublik in den späten 1960er Jahren durch.

Gudrun Hentges hat eine differenziert argumentierende, flüssig geschriebene, materialreiche und quellengesättigte Studie vorgelegt, die weit mehr als eine Institutionsgeschichte einer nachgeordneten staatlichen Einrichtung darstellt. Vielmehr erhält der Leser viele interessante Einblicke in die politische Kultur der jungen Bundesrepublik und in die kontroversen Auseinandersetzungen um politische Deutungshoheiten und Einflussnahmen verschiedenster Art. Abgerundet wird die Arbeit durch ein Abkürzungsverzeichnis, ein Quellen- und Literaturverzeichnis und ein Personenregister.

Der Wertung Christoph Butterwegges in seinem Vorwort, dass das Werk „ohne Übertreibung“ eine „wissenschaftliche Pionierleistung“ darstelle und „ganz neue Maßstäbe im Hinblick auf die Erforschung der (west)deutschen Institutionengeschichte im Bereich der politischen Bildung“ setze (S. 7), kann sich der Rezensent nur anschließen.

Potsdam

Christoph Kopke

Die Rolle von Thinktanks in der Außenpolitik

Parmar, Inderjeet: Foundations of the American Century. The Ford, Carnegie, and Rockefeller Foundations in the Rise of American Power, 356 S., Columbia UP, New York 2012.

Bei allem, was die internationale Historiographie inzwischen über die großen amerikanischen Stiftungen weiß, liegt bislang noch keine über-

zeugende Gesamtdarstellung zum 20. Jahrhundert vor. Umso mehr muss Parmars neuestes Buch interessieren, das die „influence of American foundations on U.S. foreign affairs from the 1930s to the ‚war on terror‘“ (S. 2) untersucht. Die Stiftungen gelten als lange unterschätzte Hauptagenten der Außenpolitik und des Aufstiegs der USA zur Weltmacht, die sie inneramerikanisch und mit weltweiter „cultural and intellectual penetration“ (ebd.) von der *soft power*-Seite her flankierten. Die besondere Macht der Stiftungen ist Parmar zufolge doppelt begründet: Sie resultiert zum einen aus ihrer engen Allianz und personellen Verflechtung mit dem amerikanischen Staat und dem „big business“ (S. 18 u. ö.) und zum anderen aus ihrer hochgradig erfolgreichen Taktik globaler Netzwerkbildung in für die USA strategisch wichtigen Weltregionen (S. 6f., 11). Auf diesem Wege animierten beziehungsweise nötigten die Stiftungen ein weltweites ökonomisch-politisch-kulturelles Establishment dazu, das vermeintlich gemeinsame Projekt einer amerikanisch inspirierten „capitalist ‚modernization‘“ (S. 7 u. ö.) voranzutreiben und demgegenüber nationalistische oder kommunistische Gegenprojekte auszubremmen.

Der Akzent der Darstellung liegt klar auf der Periode des Kalten Krieges (Kap. 4 bis 7), die gerahmt wird von summarischen Untersuchungen der Phase ab 1930 (Kap. 3) und nach 1990 (Kap. 8). Vorgeschaltet ist eine kollektivbiographische Skizze der Philanthropen (Kap. 2). In jedem dieser Kapitel zeigt Parmar, wie die Stiftungen durch die gezielte Forschungsförderung spezifischer sozialwissenschaftlicher Disziplinen zur Institutionalisierung und Kanonisierung einer Expertise beitrugen, die in letzter Konsequenz das Stiftungshandeln in den USA und der Welt legitimierte: Waren es vor 1945 die *International Relations* (Kap. 2), so nach 1945 ein Kaleidoskop neuer *Area Studies* – der *American*, *Asian*, *African* und *Latin-American Studies* (Kap. 4 bis 7) und schließlich nach 1990 Demokratietheorien und *Security Studies* (Kap. 8), die als Legitimierungsressourcen für das globale Hegemonieprojekt der Stiftungen dienen sollten.

Die Darstellung bietet über weite Strecken eine interessante Mischung aus Forschungssynthesen und neu eingespeister Empirie. Der breite Fokus beeindruckt ebenso, wie zu begrüßen ist, dass Parmar die Rolle der Stiftungen kritisch diskutiert und hervorhebt, wie sie keiner neutral-unparteiischen Maxime, sondern programmatischen und dezidiert politischen Inter-

essen folgten (S. 2). Denn tatsächlich trifft zu, dass ein großer Teil der primär sozialwissenschaftlich orientierten Forschung nach wie vor der offiziösen Stiftungsrhetorik folgt (S. 31 u. ö.). Allerdings beginnt die internationale Geschichtswissenschaft der letzten fünf bis zehn Jahre die Stiftungsattitüde zu historisieren und zu dekonstruieren.

Mangelnde Expertise ist Parmar sicher nicht vorzuwerfen. Als Professor für *International Politics* an der City University London hat der Sozialwissenschaftler wiederholt zur Rolle von Thinktanks in der Außenpolitik und zu den anglo-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gearbeitet. Wer Parmars bisherige Veröffentlichungen kennt, wird auch über den Duktus seines neuesten Buches wenig verwundert sein. Es basiert erneut auf dem Bestreben des Autors zur investigativen Aufdeckung teils subversiver, teils unverblümt offensichtlicher Machenschaften der *Big Three* unter einem rhetorischen Deckmantel angeblich globaler Menschlichkeitsideale. Dieser Tenor beherrscht weite Strecken der Darstellung.

Nun ist Parmars These, anders als hartnäckig behauptet (u. a. S. 24f.), erstens nicht neu, sondern schreibt die gramscianisch inspirierte Stiftungsforschung seit den 1970er Jahren fort, auf die sich der Verfasser mit seinem Rekurs namentlich auf Edward H. Berman, Robert F. Arnove, Donald Fisher und andere auch ausdrücklich beruft. Zweitens hat Parmars investigativer Duktus problematische Folgen für eine Studie, die antritt, kein politischer Diskussionsbeitrag, sondern eine historische Langzeitstudie philanthropischer Politik seit den 1930er Jahren zu liefern. Die stiftungskritische Polemik unterlegt das Buch aber nicht nur mit einem monotonen Ostinato. Es entsteht auch der Eindruck, dass Parmar, fixiert auf seine Leitthese einer ‚malignen‘ hegemonieversehten-expansionistischen Philanthropie allzu viele Geschichtsfäden durch diesen einen teleologisch verengten Nadelkopf fädelt.

Das Narrativ droht daher, unterkomplex zu werden. Jedenfalls gibt es nicht annähernd so viele empirische Lackmustests für die Hegemoniethese, wie sich Wiederholungen eben dieser These im Text finden (u. a. besonders dominant S. 1ff.). Parmars Argumentation kann an vielen

Stellen nicht überzeugen. So wirft seine Hypothese von der philanthropischen Arbeit an der globalen Weltgeltung der USA schon für die Phase vor 1945 in doppelter Hinsicht Fragen auf. Zum einen arbeitet Parmar mit einem dichotomischen Internationalismus/Isolationismus-Modell, das die historische Forschung zur US-Außenpolitik der 1930er Jahre ad acta gelegt hat. Damit ist aber schon das Szenario schief, in das die Stiftungen eingeordnet werden sollen. Zum anderen bleibt die Darstellung zur Phase vor 1945 merkwürdig Amerika-fixiert. Auch hier mit der Folge, dass die Hegemoniethese nicht historisch justiert werden kann: Denn es bleibt ausgeblendet, dass die nicht selten erfolglosen Anstrengungen der Stiftungen, jenseits der USA internationale Beziehungsnetzwerke zu bilden, sich häufig nicht auch nur annähernd so hegemonial nutzen ließen, wie womöglich erhofft. Weil Parmar allerdings kaum Rezipienten von Fördergeldern in seinem Narrativ vorsieht und die Aktionsspielräume von Geldempfängern nicht zu vermessen versucht, erhält das Hegemoniekonstrukt kein Korrektiv. Dieses letzte Problem zieht sich durch den gesamten Darstellungsteil der *Cold War* und *Post-Cold War*-Phase.

Dass über die Einflussgrenzen der Stiftungen nicht systematisch nachgedacht wird, scheint der Verfasser zu sehen. Nur so erklärt sich die eigentümliche Volte im Bucheingang, in der Parmar seine Selbstermächtigungsthese kurzzeitig selbst unterläuft: Schon möglich, dass die weltweit philanthropisch Geförderten nicht automatisch zu Marionetten der amerikanischen Stiftungen mutierten, sondern imstande waren, sogar „radically at odds with foundation's implicit or explicit intentions“ (S. 10) zu denken und agieren. Wann, wo, wie und warum exakt das geschah, und ob dann die Gegenthese vertretbar wird, dass alle hegemoniale Programmatik der Stiftungen ständig neuen Umsetzungstests im Einzelfall unterlag, deren Ausgang nicht automatisch vordefiniert war, kommt allerdings nicht zur Sprache. Eine historische Synthese zur US-Philanthropie im 20. Jahrhundert fehlt bislang in der Tat. Parmars gramscianische Prämissen torpedieren seinen Versuch, diese Forschungslücke zu schließen.

Freiburg i. Br.

Helke Rausch